DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 9 September 1987 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Deutschland:
Zur Wiedervereinigung nur Sonntagsreden

Warum töten Deutsche über 250 000 ungeborene Kinder jedes Jahr?

Banker:
Die dritte Billion kommt in Umlauf

Nazijagd:
USA geben freie Fahrt für Haßwelle

Freihandel:
Mit Riesenschritten zur Weltregierung

Iran:
Khomeinis Charisma

Vatikan:
Drittes Geheimnis von Fatima verkündet Ende der röm. Kirche



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51; D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

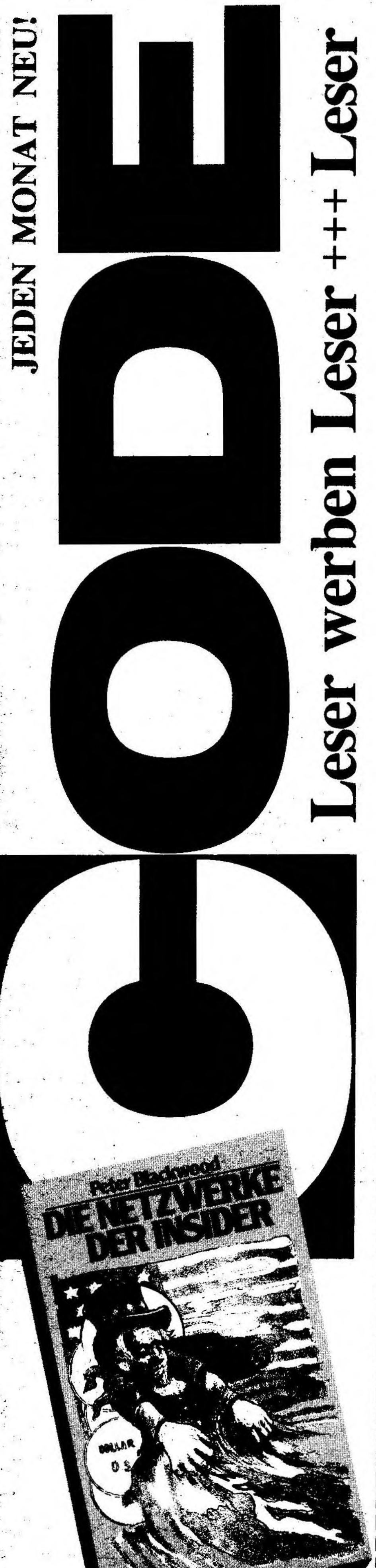
Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. Sept. 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bitte um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland

6 **Was stimmt nicht in Deutschland?**
Warum ist für die Deutschen die Welt so sinnlos, daß sie es für ein Unrecht halten, in diese unheile Welt Kinder zu gebären? Warum töten die Deutschen über 200 000 Ungeborene jedes Jahr?

7 **Davor haben sie alle Angst**
Im Gegensatz zu den Phrasen und heuchlerischen Sonntagsreden aller Bonner Politiker hat es in der Bundesrepublik nie eine echte, ehrliche Wiedervereinigungspolitik gegeben.



Bundeskanzler Helmut Kohl gehört zu den US-Protektorats-Politikern, für die es nur eine Lösung für Deutschland gibt.

8 **Rechtsnotstand für Deutsche**

9 **Stichworte: Lusitania, Lidice, Oradour**
In dem Bestreben, auch Jahrzehnte nach Kriegsende die Diffamierung der Deutschen fortzusetzen und eigene Schuld vergessen zu machen, wiederholen hintergründige Unruhestifter Falschdarstellungen vergangener Kriegsereignisse.

Finanzen

14 **Der Dollar weiter auf Talfahrt**

15 **Das Ende der Perspektive**
Das internationale Währungssystem kann nur so lange überleben, wie es den riesigen Zufluß von Kredit-Geld erhält, der für die Zahlung der Zinsen nötig ist.

16 **Die dritte Billion**
Das Volumen der grenzüberschreitenden Einlagen und Kredite ist 1986 in einer beispiellosen Größenordnung gewachsen. Nach Erhebungen der Bank für Zahlungsausgleich haben die internationalen Bankmärkte jetzt ein Volumen von umgerechnet 3000 Milliarden US-Dollar erreicht.

18 **Der Freihandel – ein Riesenschritt zur Weltregierung**

20 **Privatbanker forcieren die EG-Währung ECU**

Internationales

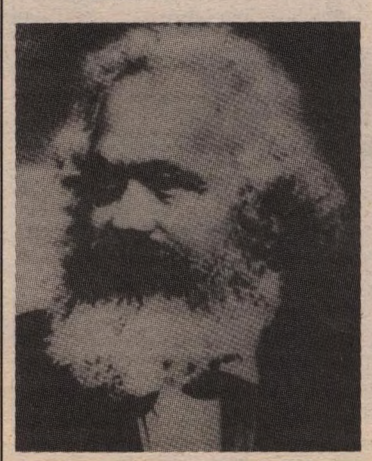
21 **Griechenlands Sozialisten unterjochen die Staatskirche**
Der griechische Staatspräsident hat das Gesetz über die »Säkularisierung des kirchlichen Eigentums an Grund und Boden« in Kraft gesetzt. Unter der Tarnung von »sozialer Gerechtigkeit« wird die griechische Staatskirche unter sozialistische Vormundschaft gestellt.

27 **Finnischer Kriegsheld in sowjetischer Gefangenschaft**

29 **Die Sowjets liefern Waffen per U-Boot**

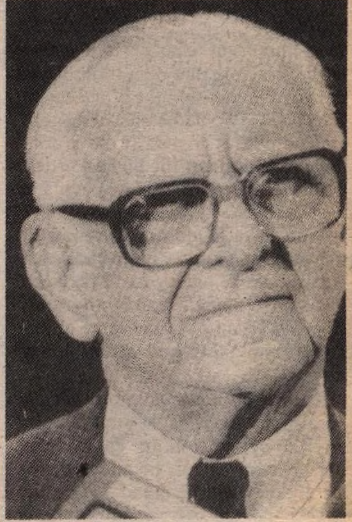
29 **Der Leichtsinn in der Moskauer US-Botschaft**

30 **Die Netzwerke der Insider**
Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen.



Karl Marx war ein Befürworter des Freihandels, weil »Freihandel die Revolution beschleunigt«.

33 **Armand Hammers Welt mit dem Besten aus zwei Systemen**



Armand Hammer ist der heimliche Chef der Weltregierung. Er rühmt sich seiner Vertrautheit mit kommunistischen Führern und westlichen Staatsmännern.

Naher Osten

24 **Khomeinis Charisma**

34 **Kriegsangst am Persischen Golf**
Die Reagan-Regierung macht wieder einmal von ihrem Lieblingstrick der Manipulation der öffentlichen Meinung Gebrauch: der Kriegsangst. Dieses gewagte Spiel birgt die Gefahr hoher und kostspieliger militärischer Verwicklung in sich.

35 **Ronald Reagans Säbelgerassel geht weiter und wird immer lauter**

Nr. 9 September 1987

37 Saudis finanzieren US-Politik
Saudi-Arabien hat seit dem Jahr 1968 mindestens 110 Milliarden Dollar ausgegeben, um Ziele der US-Politik, diplomatische Initiativen, wirtschaftliche Bedürfnisse und Verteidigungsprogramme zu unterstützen.

Zionismus

38 Die vom Teufel Besessenen
Der US-Justizminister Edwin Meese ist der Meinung, daß das Weiße Haus und das US-Außenministerium von bösen Geistern und Dämonen heimgesucht wird, deren Ziel es ist, Israel zu schaden.



Charles M. Fischbein ist der Autor verschiedener Beiträge in diesem Heft zum Thema Zionismus. Er war lange Zeit Geschäftsführer des Jewish National Fund in Washington, bevor er sich zu einem der entschiedensten internationalen Kritiker des Zionismus wandelte.

39 Edwin Meese, der Nazijäger der US-Regierung

41 USA geben freie Fahrt für die weitere Nazijagd
Unter dem Druck einer Lobby hat sich die Reagan-Regierung der Kampagne angeschlossen, die die »Kriegsverbrecher-Archive« in der Obhut der Vereinten Nationen öffnen sollen.

42 Wem nützt die Destabilisierung im Nahen Osten?

43 Israelische Waffen für die US-Verteidigung

44 Die politischen Handlungen der ADL

45 Wie die ADL alles zum Schweigen bringt

47 Wann ist man ein Antisemit?

48 Treibjagd zwischen zionistischen Organisationen

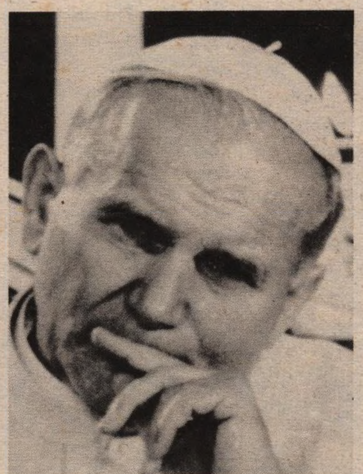
Wissenschaft & Technik

51 Der Weg zum Licht
Das neue Zeitalter hat eigentlich schon während des Zweiten Weltkrieges begonnen, denn seit Ende 1944 erscheinen die UFOs. Was ist wirklich wahr an diesen Berichten? Wie sahen die einzelnen Typen der deutschen Flugkreisel aus?

54 Die Magische Weltsicht, zweite Folge
Der Sieg El Schaddais war für die Menschheit die schwerste Tragödie, die sie in ihrer langen Geschichte erlebte. El Schaddai drohte allen mit Rache und Tod, die ihn nicht als »Gott« anbeten wollten.

Vatikan

57 Das dritte Geheimnis von Fatima
Warum ist das dritte Geheimnis von Fatima noch nicht enthüllt? Hat der Vatikan vor dem Inhalt dieser Prophezeiung Angst, weil es den Niedergang der katholischen Kirche prophezeit?



Papst Johannes Paul II. las das dritte Geheimnis und ist, wie seine Vorgänger, nicht bereit, den Inhalt bekanntzugeben.

61 Der dritte Teil der Prophezeiung von Fatima

Ständige Rubriken

12 Banker-Journal
1987 gibt es in den USA rund 200 Bankenpleiten;
Kolumbiens Finanzschwierigkeiten wachsen;
Folgt der Sudan dem Schuldenbeispiel;
De Beers Kapitalverbindung zu Botswana;
Brasiliens Funaro wird zum Volkshelden;
Ausverkauf des Dollars durch die Sowjets;
Schuldenbombe bringt Militärcoups in Mode.

22 Europa-Journal
Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand;
Rückgang im europäischen Seeverkehr;
Das Autotelefon ohne Grenzen für 1991;
Europa im Lebensstandard hinter den USA und vor Japan;
EG an vierter Stelle bei Erdöl-Produktion;
Spanische Terroristen nicht ins Europa-Parlament;
Zusammenarbeit mit China auf dem Energiesektor.

50 Zitate

62 Vertrauliches
Neuseeland verabschiedet Plan für atomwaffenfreie Zone;
Boß der »moslemischen Karte« in der UdSSR verschwunden;
Olivetti-Chef angeklagt wegen Unterschlagung;
Gorbatschow verlangt von Rumänien Kriegsbeute;
Baghwan-Jünger preisen Gorbatschow;
Sowjets haben Probleme mit der Zivilverteidigung;
Edwin Wilson spricht bei Irangate von Vertuschung;
FBI beendet Operation gegen Geldwäscherei;
Israelische Fanatiker drohen mit Destabilisierung;
Spiritualismus überschwemmt die USA;
Briten wollen Vakuum im Weißen Haus füllen.
Was sagen die Sowjets zu den Massakern von Katyn?
Weltraum-Station als Schlüssel zur Zukunft.

In eigener Sache

66 Ein ernstes Thema wird zur Farce

Jugend

Was stimmt nicht in Deutschland?

Max Bürklin

Warum ist für die Deutschen die Welt so sinnlos, so hoffnungslos, daß sie es für ein Unrecht halten, in diese unheile Welt Kinder zu gebären – Kindern diese Welt zuzumuten? Warum töten die Deutschen die Ungeborenen – ihre Zukunft – über 200 000 jedes Jahr? Was stimmt nicht in Deutschland?

Man hat den Deutschen ihre Vergangenheit genommen und hat sie damit verurteilt, geschichtslos und zukunftslos nur dem Tag zu leben. Auf den Schulen erfährt die Jugend nichts vom Geist und vom Klang der unvergänglichen Werke deutscher Meister wie Goethe und Schiller, nichts von der Schönheit der Lyrik Mörikes. Junge Deutsche tragen keines der Gedichte ihrer Meister, keinen der Psalmen der Heiligen Schrift in Luthers unübertrefflicher Übersetzung im Herzen.

Damit die Wirtschaft wächst

Von deutschen Bühnen grinsen verfremdete Zerrbilder unserer Vergangenheit. Die Kunst ist kein Hort des Guten, des Wahren, des Schönen, sondern ein Schreckensort des Häßlichen, des Zweifelns, der Angst. Gott ist tot, wird verkündet. Computer und Roboter machen den Menschen nutzlos, zwecklos.

Die Wirtschaft muß wachsen, so wird gelehrt, das sei wichtiger als ein paar Hektar Wald, ein paar Schmetterlinge, Eidechsen, Fischotter, als ein paar Feldblumen; wichtiger als ein Brunnen, der trinkbares Wasser gibt, wichtiger als reine Luft zum Atmen.

Damit die Wirtschaft wächst, läßt man in das schon überfüllte Land Millionen Fremde einwandern und beschimpft die Deutschen täglich als Fremdenhasser. Die Großmächte halten ihre Todesraketen mit Atomsprengköpfen auf unser Land gerichtet, wozu?

In amerikanischen Filmen ist der Bösewicht immer ein Deutscher – aber kein deutscher Politiker protestiert. In der UNO verzichten deutsche Diplomaten freiwillig auf Deutsch als Verhandlungssprache. Die Feindstaatenklausel berechtigt die einstigen Sieger noch heute jederzeit zum Einmarsch in die westdeutsche Bundesrepublik, obwohl diese Mitglied der UNO geworden ist – deutsche Politiker haben nichts einzuwenden.

Die »Deutsche Lufthansa« läßt ihre Nationalitätsbezeichnung »bescheiden« fort. »British Airways« aber schreiben »British« in roter Farbe. Die »Deutsche Bundesbahn« fälscht Kurzzeichen »DB« um in »Die Bahn« – als sei »deutsch« ein Wort, dessen man sich schämen müsse.

Und die Presse warnt vor dem Deutschtum, als sei es die Pest oder der Aussatz: »Werden Sie um Gottes willen kein rechter Deutscher!« schrieb eine große deutsche Zeitung.

Unterwürfige Feigheit

Die polnische, die russische Seele werden in der deutschen Presse gerühmt. Aber daß ein deutscher Komponist eine Chor-Kantate nach Versen von Eichendorff »Von deutscher Seele« zu nennen gewagt hatte, war ein Grund genug, ihn als »nationalistisch« zu brandmarken und das Werk lange aus dem Markt zu nehmen.

Gemessen am Selbstbewußtsein anderer Nationen, stempeln die Vertreter der Deutschen ihr Volk zu einer drittklassigen Erscheinung. Das ist keine Bescheidenheit, das ist unterwürfige Feigheit derer, die als Deutsche am liebsten gar nicht vorhanden wären.

Wie oft sagte der ehemalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt »Wir Sozialdemokraten«; hat er jemals, was seines Amtes gewesen wäre, von »uns Deutschen« gesprochen?

Die Freimarken der Deutschen Bundespost stellen den internationalen Materialismus der Technik dar. Sie zeigen damit, verglichen mit den oft herzbewegend schönen Marken anderer Länder, daß eine gefühlsmäßige Bindung der Deutschen an ihr Volk und Land auch bei der Post unerwünscht ist.

Und daß die Presse in Zweifel zieht, daß man sich als Deutscher über deutsche Olympiasieger freuen dürfe, unterstreicht nur, daß es nichts Gutes geben soll, das die Deutschen zu einer Gemeinschaft verbindet.

Wie aber soll ein täglich angeklagtes, beschimpftes, in Zweifel gezogenes, nur als Schuld-Gemeinschaft anerkanntes Volk an eine Zukunft glauben in einem Staat, in dem dies täglich geschieht – in dem Staat, der gar nicht schützende, geliebte Heimat sein will?

Was stimmt nicht in Deutschland? Muß man das noch fragen, wenn junge Frauen, die schon den Herzschlag des Kindes wahrnehmen, das sie erwarten, von ihrer Umgebung gedrängt werden: »Du willst doch nicht in diese Welt ein Kind setzen? Laß es doch abtreiben! Der Staat bezahlt es dir!«

Damit es wieder stimmt in Deutschland, ist es die Aufgabe des einzelnen von uns, diesem Volk die Selbstachtung, das Selbstvertrauen und damit den Mut zur Zukunft wiederzugeben.

Die, deren beschworene Aufgabe es wäre, haben versagt. □

Warum töten die Deutschen über 200 000 Ungeborene jedes Jahr? Glaubt das deutsche Volk nicht mehr an seine Zukunft?

Deutschland

Davor haben sie alle Angst

Hans W. Schimmelpfeng

Im Gegensatz zu den Phrasen und heuchlerischen Sonntagsreden aller Bonner Politiker hat es in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung keine echte, ehrliche Wiedervereinigungspolitik gegeben.

Die westdeutschen Nachkriegsregierungen hatten – wenn überhaupt im Hinblick auf ihre begrenzte Souveränität und unter der Drohung der bis heute gültigen Feindstaaten-Klauseln – nur die Wahl zwischen zwei Wegen, die sich gegenseitig ausschlossen und sich auch heute und morgen ausschließen: Entweder Integration, Einschmelzung in den Westen und damit Vertiefung der deutschen Teilung, oder eine Wiedervereinigung in gesamtdeutscher Neutralität.

Germans to the front

Beides, Westintegration und Wiedervereinigung, war nie möglich und ist auch in Zukunft nicht denkbar. Der Rheinbundpolitiker von 1923 und Zyniker Adenauer wußte das und betrog die Deutschen wissentlich, wie seine Enkel bis heute.

Während die CDU mit Ausnahme von »Ausrutschern« im allgemeinen an dieser Lüge und Verdummung der Wähler festhält, erklären SPD-Größen immer offener, daß die Präambel des Grundgesetzes für sie nicht mehr gilt.

Die ersten und grundlegenden Entscheidungen gegen die deutsche Einheit fielen schon vor 1949, vor der Gründung der Bundesrepublik, als sich deutsche Separatisten fanden, die sich den westlichen Siegermächten willig zur Verfügung stellten, Westdeutschland als Speerspitze gegen Rußland aufzurüsten.

Die Stunde der Wahrheit kam dann 1952, als Stalin die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands unter durchaus verhandlungswerten Bedingungen anbot. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob die damalige Note Stalins ein seriöses Angebot war oder nicht. Tatsache ist, daß sowohl die Westmächte als auch die Bundesregierung jede Diskussion ablehnten.

Sie waren eisern entschlossen, die Bundesrepublik aufzurüsten – »Germans to the front« – und unlösbar in das westliche Bündnissystem einzubinden. Die Vorstellung, die Russen könnten es mit der Wiedervereinigung ernst meinen, versetzte sie in Angst und Panik.

Es ist die historische Schuld der CDU/CSU, daß sie diese Chance ohne Befragung der Volksvertretung, des Bundestages, vom Tisch fegte. Der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, von Brentano, erklärte im Bundestag wörtlich: »Meine Damen und Herren, daß wir eine solche Lösung nicht akzeptieren, ja nicht einmal diskutieren, halte ich für eine Selbstverständlichkeit.«

Das ärgerliche Gequatsche

So wurden in den Folgen die beiden Teilstaatsprovisorien in die sich feindlich gegenüberstehende Wirtschafts- und Militärblökke eingeschweißt. Und heute sind wir so tief gesunken, daß auf das Grundgesetz verpflichtete »Volksvertreter« die Suche nach Wegen zur Neuvereinigung West- und Mitteldeutschlands straflos als »ärgerliches Gequatsche« bezeichnen dürfen.

Wie würden wohl das polnische, britische, französische Volk reagieren, wenn in ähnlicher Lage ihre Volksvertreter solche Reden führen würden?

Die Studie des CDU-Abgeordneten Friedmann, der »Versuchsballon« eines möglichen Gorbatschow-Angebotes und als letztes auch noch die »Mauerweg«-Rufe völlig unpolitischer, aber eben deutscher, jugendlicher Rockfans in Ostberlin haben die Bonner und ihre Verbündeten nun außerordentlich irritiert.

Die Zeitung »Die Welt«, die fest zur »unverbrüchlichen« Westbindung steht und jeden Gedanken an eine gesamtdeutsche Neutralität als gefährliche »Versuchung« von sich weist, hat in einem recht: Die Wiederkehr einer Chance wie 1952 würde »über den Köpfen der repräsentativen Politiker zusammenschlagen«.

Die Aufregung der Bonner West-Extremisten und ihrer Verbündeten geht soweit, daß sich jetzt der französische Ex-Präsident Giscard d'Estaing in einer Debatte der französischen Nationalversammlung für die Sicherung der »Verankerung der Bundesrepublik in Westeuropa« ausgesprochen hat.

Die Zeitung »Westdeutsche Allgemeine« kommentiert dazu: »Dieses Ziel wird mehr und mehr von Politikern aller Parteien in Frankreich als vordringlich angesehen. Dahinter kann sich eigentlich nur die Furcht vor einem Sonderweg der Nachbarn verbergen. Giscard schwebt vor, die Verankerung auf dem Währungs- und auf dem Verteidigungsgebiet anzustreben. Das deckt sich mit den Bestrebungen des amtierenden Staatschefs Mitterrand.«

Genau das wollen wir nicht, weil es die Neuvereinigung West- und Mitteldeutschlands verhindert und auch verhindern soll.

Für die in Bonn regierende CDU ist es bezeichnend, daß Kanzler Kohl betont, die Freiheit müsse Vorrang vor der Einheit haben. Der CDU-Chef meint also, daß wir hier in Freiheit leben und daß die Einheit Unfreiheit bedeutet.

In anderen Äußerungen beschwören Kohl und seine Parteigenossen zwar das Ziel der deutschen Einheit, erklären aber, daß die Möglichkeiten in weiter Ferne lägen. Beides sind in Wahrheit Ablehnungen, die schon beinahe so deutlich sind wie Äußerungen von Bahr und seiner SPD-Genossen, die die Wiedervereinigungsforderung aus dem Grundgesetz entfernt sehen möchten.

Thema Wiedervereinigung schreckt Separatisten

Was Herrn Kohls »Freiheit« betrifft, so sei daran erinnert, daß unser Volk und Land vom Feind zwangsweise geteilt und militärisch besetzt wurde und immer noch besetzt ist. Außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die in Bonn etablierten Parteien einig sind in dem Wunsch einer immer enger werdenden »Integration« in die sogenannte »Europäische Gemeinschaft«, die sie irreführend mit Europa gleichsetzen.

Europa ist viel größer als die EG, wie auch Deutschland viel größer ist als die Bundesrepublik Deutschland!

Die Westintegration der Bundesrepublik hat schon zur Aufgabe eines Teils der sowieso begrenzten westdeutschen Staatshoheit geführt und hat deren vollkommene Aufgabe zum Ziel. Wir sollen in eine Währungs-, Wirtschafts- und Staatsunion eingebunden werden, die Europa und das deutsche Volk endgültig teilt, unser Volk auflöst und die deutsche Geschichte beendet.

Das jetzige Bestreben der EG, immer mehr deutsche Landwirtschaft stillzulegen und uns von fremder Einfuhr abhängig zu machen, ist kein Weg zur Freiheit, sondern in die Knechtschaft einer westlich-kapitalistischen Einheitsgesellschaft.

Kein Wunder, daß der Separatistenverein erschrocken aufgescheucht wird durch die Feststellung, daß das Thema Neuvereinigung bei jeder Erwähnung freudiges Echo im Volk findet.

Und wie sieht es bei Herrn Honnecker aus? Zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft von Moskaus Gnaden bedient er sich leerer Redensarten: »Es gibt, wie wir wissen, nichts wiederzuvereinigen«, die BRD und die DDR hätten nie zusammengehört, es trennten sie Welten, die sozialistische und die kapitalistische.

Honnecker wird, wie seine Konkurrenten in Bonn, zur Kenntnis nehmen müssen, daß politische und wirtschaftliche Ideologien nur zeitlichen Bestand haben. □

Bundesrepublik

Rechtsnotstand für Deutsche

Bruno Unger

In den letzten Jahren haben Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte entschieden, daß die Angehörigen der Volksgruppe der Tamilen aus Sri Lanka – früher Ceylon – ohne Ansehen der Person, nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Volksgruppe, sämtlich und grundsätzlich Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland hätten. Diese Urteile sind eigentlich kaum zu fassen, als daß man sie glauben kann. Und doch sind sie Tatsache.

Hunderttausende von fremdartigen Menschen von einer kleinen Insel am anderen Ende der Welt sollen also das Recht haben, sich auf dem Boden der Bundesrepublik niederzulassen, nur weil es in deren Heimat Kämpfe und Verfolgungen zwischen einzelnen Volksgruppen gibt.

Ein Volk läßt sich auflösen

Wenn man bedenkt, daß es seit Ausbruch des »großen Weltfriedens« nach 1945 in erklärten und nicht erklärten Kriegen und Völkermordaktionen über 20 Millionen Tote und Hunderte Millionen Flüchtlinge und Verfolgte in aller Welt und politische sowie rassische Verfolgung um den ganzen Erdball gibt, kann man über solche Gerichtsurteile nur noch den Kopf schütteln – oder über das Notstandsrecht nachdenken, das im Grundgesetz des Teilstaatprovisoriums Bundesrepublik Deutschland verankert ist.

Wegen der nichtauszudenkenden Konsequenzen dieser Urteile wurde das Bundesverwaltungsgericht angerufen, und mit einer typischen Falschüberschrift beruhigte die Presse die aufkommende Unruhe: »Bundesverwaltungsgericht: Nicht automatisch asylberechtigt«.

Die Rechtsanwältin Gerwens-Henke legte dazu in der »Frankfurter Allgemeinen« dar, daß das oberste deutsche Gericht im Gegenteil das automatische Asylrecht der Tamilen bejaht hat, nur erklärt wissen will, ob es für alle Tamilen oder nur für die aus bestimmten Landesteilen gelten soll.

Deutsche Richter haben mit diesen Urteilen entschieden, daß Mongolen, Kanaken, Buschmänner, Fidschi-Insulaner und wer auch immer, so sie »offenkundig« als Volksgruppe in ihrer Heimat verfolgt werden, Asylrecht in der Bundesrepublik haben.

Und es sind nur wenige Deutsche in Deutschland, die das zur Kenntnis nehmen, die begreifen, was hier geschieht, und sich zur Wehr setzen.

Fassungslos steht man diesem in der Weltgeschichte wohl einmaligen Geschehen gegenüber: Ein Volk läßt sich auflösen, gibt sich selbst auf und merkt es nicht einmal!

Im Gegenteil: Vielgepriesene, staatlich unterstützte und Spenden sammelnde »Menschenrechtsorganisationen« wie die »Gesellschaft für bedrohte Völker« fordern von der Bundesregierung »schnellere Anerkennung der Asylanten«, und die SPD und die Grünen werden sich dann für deren Wahlrecht einsetzen.

Das Spiel der »One-World« Lenker

Was sind das für Menschen, die solche Organisationen und Parteien – oft auch noch ehrenamtlich und mit persönlichem Einsatz – tragen, unterstützen und vor sich selbst, ihren Familien und ihren Kindern vertreten?

Was sind das für Menschen, die *sich um »bedrohte Völker«* kümmern und dabei nicht merken, daß sie und ihre Kinder von den großen »One-World«-Lenkern selbst zum Aussterben gebracht werden sollen?

Was sind das nur für Menschen, die vor Jahren hysterisch gegen die Gesellschaft für das bedrohte Volk der Deutschen, die Gründung des »Schutzbundes für das deutsche Volk« anschrien, einen warnenden Professor auf offener Bühne im Fernsehen ohrfeigten und »Nazi raus«! schreien, wo sich örtliche Gruppen deutscher Menschen zusammenfinden, die ihre Heimat und ihr Volk vor der Auflösung bewahren wollen?

Dieses Irresein ist politisch wohl nicht mehr zu erklären, es kann nur ein medizinisches Problem sein. Um so dringender und notwendiger ist es, daß sich die Minderheit der Gesundgebliebenen – jeder einzelne für sich – aufrafft, mehr als bisher zu tun. Es genügt nicht, irgendwo Mitglied zu sein, ab und zu eine Spende zu geben oder einige Blätter zu verteilen – es müssen Millionen sein.

Es ist auch kein Ausweg, von einer großen Partei zu träumen oder auf »andere« zu hoffen und solange nichts zu tun oder in »Man-müßte«-Vorstellungen zu schwelgen. Eine Partei könnte hilfreich sein, aber sie löst nicht das Problem.

Der Notstand ist so groß, daß man mit allen Mitteln versuchen würde, sie zu behindern, ihr die Säle zu kündigen, sie mit Agenten und Provokateuren zu unterwandern, sie zu verbieten. Selbst 10 oder 15 Prozent der Stimmen für eine solche Partei und die entsprechenden Vertreter im Bundestag würden nichts nutzen, wenn und solange diese dann von versammelten und geeinigten »demokratischen Kräften« wie Aussätzige behandelt würden – was ganz sicher zu erwarten ist.

Wir brauchen keinen Bürgerkrieg, keine politische Auseinandersetzung zwischen Deutschen oder einzelnen Parteien, sondern den gemeinsamen Ausdruck des Überlebens- und Selbsterhaltungswillens.

Der Widerstand muß ganz breit und ganz von unten aus dem Volk kommen. Dieser Notstand ist nicht Sache der Partei – Partei heißt Teil –, die man in eine Ekke drängen oder verbieten kann.

Auflehnung gegen den Volkstod

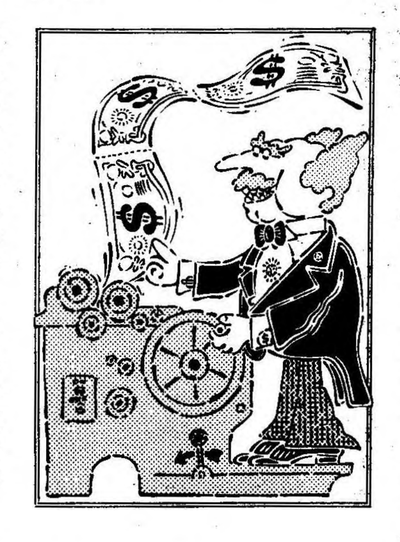
Dieser Notstand muß zum beherrschenden Thema jedes Gewerkschaftstreffens, jeder Kirchengemeinde, jeder CDU- bis SPD-Versammlung, jedes Bürgertreffens werden.

Völlig unabhängig von der politischen, weltanschaulichen oder sonstigen unterschiedlichen Auffassung muß der Wille des Volkes, sich zu wehren und überleben zu wollen, nach oben durchdringen und die herrschenden Kräfte zwingen, dem Willen des Volkes zu folgen.

Nicht organisatorische »Sammlung« der wenigen, die etwas tun, ist das vordringlichste Ziel – sie arbeiten auch so. Vordringlich ist es, mehr Deutsche zu bewegen, sich ganz persönlich und in ihrem Lebensbereich gegen den programmierten Volkstod aufzulehnen.

Die Organisationen und Parteien, die die »Masse«, den Volkswillen, dann vertreten, sind vorhanden oder werden zwangsläufig entstehen, wenn die vorhandenen es nicht tun.

Nach wie vor gilt also das Wort von Albert Mattinäi (1855 bis 1924) für jeden Deutschen, wo er in sonstigen Fragen politisch auch stehen mag: »Und handeln sollst Du so, als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wär' Dein.« □



Revisionimus

Stichworte: Lusitania, Lidice, Oradour

Hans W. Schimmelpfeng

In dem Bestreben, auch Jahrzehnte nach Kriegsschluß die Diffamierung des deutschen Volkes in aller Welt aufrecht zu erhalten und eigene Schuld vergessen zu machen, wiederholen hintergründige Unruhestifter Falschdarstellungen vergangener Kriegsereignisse, die längst widerlegt sind. Da tauchen immer wieder die Vorkommnisse von Lidice und Oradour auf, und selbst die seit dem Mai 1915 vor der irischen Küste auf dem Boden rostende »Lusitania« muß immer noch dazu herhalten. Um ihr tragisches Schicksal richtig zu beurteilen muß man folgendes wissen.

Mit Beginn der englischen Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich am 4. August 1914 führte England die »Seeblockade« gegen die deutschen Küsten ein. Das heißt, sie drohten jedes Schiff – auch jedes neutrale – zu versenken, das einen deutschen Hafen ansteuerte. Bei der Übermacht der seebeherrschenden englischen Hochseeflotte bedeutete dies die gänzliche Unterbindung von Lebensmittelzufuhren zur See für das Deutsche Reich, ohne die eine ausreichende Ernährung nicht möglich war. Diese völkerrechtswidrige Maßnahme berechtigte und veranlaßte die deutsche Seekriegsführung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Die USA halfen mit Waffen und Munition

Wegen der Unterlegenheit der deutschen Hochseeflotte, die nicht auf Kriegführung gegen England eingestellt war, gab es nur eines: Den Einsatz der ganz neuen und noch unerprobten Unterseebootwaffe zu einer nur beschränkt möglichen Gegenblockade der englischen Küste. Am 4. Februar 1915 erfolgte die Erklärung der Gewässer um England als Kriegsgebiet, nachdem England die gesamte Nordsee als Kriegsgebiet erklärt und die Hungerblockade über Deutschland eröffnet hatte.



William T. Turner, der Kapitän der »Lusitania«, war nur ein Bauer in einem internationalen Machtspiel.

Die US-Regierung belieferte auch schon vor der am 6. April 1917 erfolgten amerikanischen Kriegserklärung das kriegführende England einseitig mit Lebensmitteln, Waffen und Munition. Mit Recht verfielen amerikanische – und natürlich auch andere England ansteuernde Schiffe – der Seeblockade.

Am 7. Mai 1915 sichtete das deutsche U-Boot U 20 vor der irischen Küste einen großen Dampfer mit Kurs auf Queenstown. Die vier Schornsteine waren schwarz bemalt, die Reedereizeichen überstrichen, eine Flagge war nicht gesetzt. Das U-Boot schoß einen Torpedo ab, der an Steuerbordseite traf.

Der Bericht des Kommandanten: »Ungewöhnlich starke Detonationen, gefolgt von ungeheurer Rauchwolke. Trümmermassen flogen bis in Schornsteinhöhe. Es folgte eine zweite Explosion, als wäre Munition in die Luft gegangen. Die Brücke und die Stelle der Bordwand, wo der Torpedo traf, waren weit aufgerissen.«

Die britische Schuld

Am Bug des sinkenden Schiffes erkannte ein Besatzungsmittglied des U-Bootes durch das Seerohr den Namen »Lusitania«. Es handelte sich um den mit Munition beladenen, aber auch Passagiere befördernden englischen Dampfer dieses Namens, der bereits 1913 auf Drängen der britischen Admiralität unter Marineminister Winston Churchill im Hinblick auf den schon damals beabsichtigten Krieg gegen Deutschland zum Hilfskreuzer umgebaut worden war.

Nach jahrzehntelanger Ableugnung von englischer Seite bewies der englische Publizist Colin Simpson in seinem 1972 erschienen Buch »Lusitania« anhand genauer Untersuchungen, daß das Schiff (30 369 BRT) für umfangreiche Transporte von Waffen und Munition auf regelmäßigen Fahrten von New-York nach Liverpool benutzt wurde.

Mit der gleichzeitigen Benutzung des Munitionsschiffes als Passagierschiff – die Versenkung kostete rund 1200 Menschen das Leben – verschaffte sich die britische Kriegspropaganda unter Ableugnung der eigenen Schuld ein lange benutztes Mittel zur Diffamierung der deutschen Kriegführung. Die britische Schuld wiegt um so schwerer, als es der britische Admiralität bekannt sein mußte, daß sie die »Lusitania« ungewarnt in ein Operationsgebiet deutscher U-Boote laufen ließ, in dem kurz zuvor einige kleine Schiffe versenkt worden waren.

Wer heute noch die deutsche Kriegführung im Fall »Lusitania« beschuldigt, macht sich durch Verschweigen der näheren Umstände, insbesondere der englischen Seeblockade, der Geschichtsfälschung schuldig.

Und wir sollten nicht aufrechnen?

Die Selbstbeschuldigungssucht und Kniefallpolitik bezüglich der deutschen Vergangenheit, die seit Jahrzehnten bei uns eingerissen ist, ist leider immer noch nicht der Erkenntnis gewichen, daß wir nach über »40 Jahren danach« keinen Grund zur einseitigen Entschuldigung haben, wenn angebliche oder tatsächliche Kriegsverbrechen auf deutscher Seite denjenigen unserer Kriegsgegner gegenübergestellt werden. Und wir sollten nicht aufrechnen?

Weil immer noch spektakuläre Vorfälle wie »Lidice« oder »Oradour« von unserer Prominenz, Presse und Funk als abschreckendes Beispiel einseitig und ohne sachliche Darstellungen zitiert werden, jedoch weit schlimmere damalige Handlungen der Gegenseite diesen sonderbaren Volksvertretern nicht erwähnenswert erscheinen, sind wir um der geschichtlichen Wahrheit willen verpflichtet, nicht zu schweigen.

Zum Beispiel besuchte der Bundesabgeordnete Jürgen Todenhöfer kürzlich Afghanistan und appellierte danach an uns Bundesbürger, dieses »tägliche Lidice« durch Spenden zu mildern. Wir meinen, man sollte nicht immer nur »Lidice« als abschreckendes Beispiel hinstellen, sondern auch mal mit »Dresden« vergleichen oder mit den toten Frauen und Mädchen in Stuttgart, die 1945 die Massenvergewaltigung durch die Besatzer nicht überlebten. Ähnliche Vergleiche stehen in großer Zahl zur Verfügung.

Revisionismus

Lusitania, Lidice, Oradour

Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Klein verglich die Zerstörung Afghanistans mit »Hunderten von Oradours und Lidices«. Wie aber war das zum Beispiel mit Lidice?

Am 10. Juni 1942 wurde der Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Heydrich, in einer Vorstadt von Prag erschossen, als er, nur in Begleitung seines Fahrers, auf dem Weg zu seiner Dienststelle war.

»Ein englischer Langstreckenbomber setzte in der Nacht zum 19. Dezember 1941 die Männer ab, die fünf Monate später den Mord ausführten. Der Ausgang des Unternehmens mit Schwarzsender, Waffen, Munition und Verpflegung war das Dorf Lidice.« (Wilhelm Pleyer »Europas unbekannte Mitte«)

Nach dieser Feststellung wurde das Dorf Lidice zerstört, nachdem es zuvor von Frauen und Kindern geräumt worden war. Die Männer, etwa 192, wurden erschossen. Hierüber schrieb der schottische Geistliche Reverend Peter H. Nicoll in seinem Buch »Englands Krieg gegen Deutschland«.

»Der Fall Lidice wirft auf die Engländer kein besseres Licht als auf die Deutschen, nachdem neuerdings bekannt geworden ist, daß der Mord an Heydrich von britischen ›agents provocateurs‹ verübt wurde. Ihr Ziel war, deutsche Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren und damit den Haß auf die Deutschen, die angeblich so wilden Barbaren, zu steigern. Die Engländer waren im Einsatz dieser agents provocateurs, die in der Hauptsache deutsche Vergeltungsmaßnahmen erzwingen und damit die einheimische Bevölkerung sowie die alliierte Öffentlichkeit gegen Deutschland aufbringen sollten, sehr aktiv. Sie waren für viele Gewaltakte in Dänemark verantwortlich, wo die Deutschen die Bevölkerung besonders rücksichtsvoll behandelt hatten, und die Dänen darum gegen sie aufgehetzt werden mußten.

Diese Agenten hatten auch großen Anteil an den Greueltaten in der Via Rasella in Rom im März 1944, welche die immer wieder propagandistisch ausgebeuteten Vergeltungsaktionen der Deutschen in Italien zur Folge hatten.

Kein denkender Mensch wird bestreiten, daß die deutsche Vergeltungsaktion an Lidice eine brutale und beklagenswerte Maßnahme war, aber sie als Akt einzigartiger Barbarei zu bezeichnen, ist absurd.

Die von den Alliierten begonnenen Vernichtungsbombenwürfe brachten Millionen der Zivilbevölkerung ums Leben. Tausende fanden in Hamburg und anderen deutschen Städten durch die von Engländern abgeworfenen Phosphor-Brandbomben den Feuertod. Über Hunderttausende verbrannten bei dem militärisch in keiner Weise erforderlichen und berechtigten amerikanischen Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki.

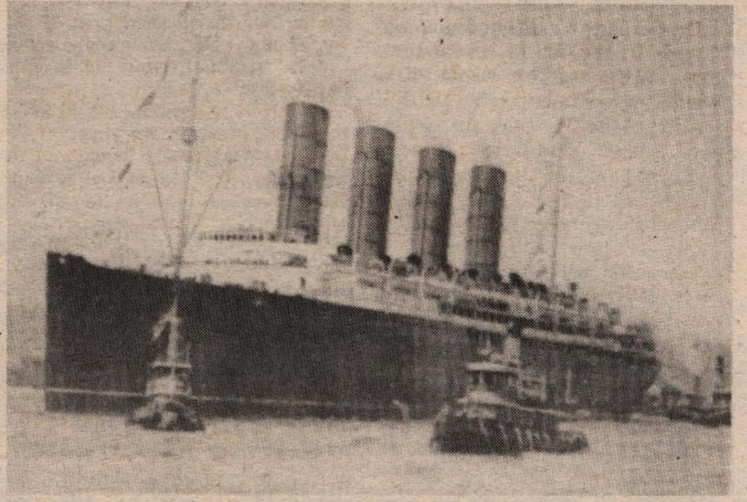
Nach dem Krieg haben die Tschechen, wie der Gegner der Nationalsozialisten und bayerische Edelmann Hubertus Prinz zu Löwenstein nachwies, bei der Vertreibung der Sudetendeutschen Lidice dutzendfach wiederholt. Die Franzosen haben sich damit gebrüstet, sie hätten im Spätsommer 1955 die Behandlung Lidices in einem Tag neun algerischen Dörfern angedeihen lassen. Zur gleichen Zeit haben die Engländer beim Niederwerfen der Revolten auf Malaya und Kenya sie selben Methoden angewandt.«

Als am Schluß des Zweiten Weltkrieges die deutschen Truppen sich aus dem besetzten Teil Frankreichs zurückzogen, bekamen diejenigen Kräfte in Frankreich freie Hand, die als »Maquisards« oder »Franc-Tireurs« während der Besatzungszeit einen völkerrechtswidrigen Heckenschützenkrieg (Partisanenkrieg) gegen die deutschen Besatzungstruppen geführt hatten.

Die Toten sind nie gezählt worden

Sie wüteten jetzt mitleidlos und grausam gegen die sogenannten »Kollaborateure«, das heißt gegen diejenigen Franzosen, die während der Besatzungszeit zum Beispiel als Verwaltungsbeamte mit den deutschen Stellen bei der Versorgung der Bevölkerung und sonstigen Wirtschafts- und Ordnungsaufgaben pflichtgemäß zusammengearbeitet hatten.

Die Toten sind nie gezählt worden, man schätzt aber, daß weit über 100 000 »Kollaborateure« außerhalb aller Gesetzlichkeit erschlagen oder erschossen worden sind. Eine Amnestie schloß das Kapitel ab.



Die »Lusitania« läuft zu ihrer letzten Reise aus New York aus. Sie wird am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste versenkt.

Zuvor hatten sich diese entgegen der Haager Landkriegsordnung nach Heckenschützenart tätige Gruppen gebildet, als nach Abschluß des Frankreichfeldzuges zwischen der deutschen Reichregierung und der französischen Regierung Petain (Vichy-Regierung) ein Waffenstillstand abgeschlossen war. Manche ihrer Führer waren russische, spanische und französische Kommunisten. Ziel der für die deutschen Soldaten verlustreichen hinterhältigen Mordanschläge war die Erzwingung deutscher Abwehrmaßnahmen und damit die Aufputschung der Zivilbevölkerung, um eine sich anbahnende Verständigung zwischen Soldaten und der französischen Bevölkerung zu unterbinden. Waffen und Munition erhielt der Maqui durch Abwurf englischer Flugzeuge.

Im Juni 1944 befand sich die 2. SS-Panzerdivision in Frankreich auf dem Marsch nach Norden an die durch die englisch-amerikanische Landung entstandene Invasionsfront. Sie erreichte Limoges, in dessen Nähe das Dorf Oradour sur Glane liegt.

Zu dieser Zeit war ein Bataillonskommandeur dieser Division, Kämpfe, in die Hand der Partisanen gefallen und es wurde infolge einer Agentenmeldung vermutet, daß er in Oradour gefangengehalten und gefoltert wurde. Daraufhin erhielt die 3. Kompanie eines SS-Panzergrenadier-Batallions am 10. Juni 1944 den Befehl, Kämpfe zu suchen, nach Möglichkeit zu befreien und andernfalls Geiseln zu nehmen, die zum Austausch gegen Kämpfe dienen sollten. Zu dieser Zeit war der Truppe noch nicht bekannt, daß es sich bei Oradour um ein typisches Partisanendorf handelte.

Aber bereits vor dem Dorf fand die Kompanie eine mit allen 12 Insassen, Sanitätern und Verwundeten, verbrannte Sanitätsstaffel des Heeres. Die verbrannten Fahrer waren am Lenkrad ihrer Wagen angebunden. Im Dorf fand sich die verstümmelte Leiche eines deutschen Offiziers, aber es war wahrscheinlich nicht Kämpfe. Er war am Vormittag desselben Tages gefoltert und verbrannt worden. Es fanden sich weitere Leichenteile deutscher Soldaten, und auf dem Gehöft Picat lagen unidentifizierte Leichen im Brunnen.

Eher Verschleierung als Klärung

Nach der Besetzung des Dorfes wurden die Einwohner aufgefordert, sich auf dem Marktplatz zu versammeln. Von dort wurden die Frauen und Kinder in die Kirche gebracht. Die Männer wurden in Scheunen eingewiesen und bewacht. Die Kompanie wurde eingeteilt für die Siche-

rung um das Dorf, für die Bewachung der Männer und für die Durchsuchung des Dorfes. Kämpfe wurde nicht gefunden, aber in fast allen Häusern fanden sich Waffen und Sprengstoff.

Diese Häuser wurden zur Vernichtung der Munition in Brand gesetzt. Diese Maßnahme entsprach einem für den Partisanenkampf gegebenen Befehl des Oberbefehlshabers West und dem geltenden Kriegsrecht. Partisanen stehen nicht unter dem Schutz der Haager Landkriegordnung.

Ferner stellte sich heraus, daß schätzungsweise 100 Maquisards dem Befehl zur Sammlung auf dem Marktplatz nicht gefolgt waren. Es entwickelten sich aus Partisanenverstecken Schießereien im Dorf und auch um die Kirche. Später wurde festgestellt, daß es ideale Verstecke gab, zum Beispiel unter der Kirche und auf dem Friedhof.

In Oradour und im weiteren Umkreis schätzte man etwa 1000 organisierte Partisanen. Explosionen und danach Brand in der Kirche hatten zur Folge, daß die Frauen und Kinder die Kirche wegen Zerstörung der Ausgänge nicht mehr verlassen konnten und darin umkamen.

Die seitdem verbreitete Behauptung, die Kirche sei von den SS-Soldaten angezündet worden, ist unwahr. Zuerst explodierte der Oberteil des Kirchturms, weil er versteckte Munition enthielt.



Weitere Munition explodierte in einem Raum unter der Sakristei. Die Kirche war nicht untersucht worden, so daß das Vorhandensein der Munition und die nachgewiesene Anwesenheit von Partisanen in der Kirche und in Verstecken unter der Kirche den Soldaten unbekannt gewesen war. Die Möglichkeit liegt nahe, daß die Sprengung von Partisanen ausgelöst wurde.

Daß die Kirche nicht von den deutschen Soldaten angezündet wurde, jedoch einige Frauen und Kinder von deutschen Soldaten gerettet wurden, ist sehr viel später von geretteten Frauen bestätigt worden, nachdem vorherige Vorgänge, so auch der Oradour-Prozeß in Bordeaux, eher zur Verschleierung als zur Klärung des Hergangs gedient hatten.

Für 50 Jahre in die Staatsarchive verbannt

Während dieser unübersichtlichen Verwirrungen, auch verbunden mit dem Ausbruchversuch von Männern, ist die zuvor keineswegs beabsichtigte Erschießung der etwa 180 Männer befohlen worden und erfolgt. Die Zahl der umgekommenen Frauen und Kinder konnte nicht festgestellt werden, weil die ungeheure Hitzeentwicklung der explodierenden Munition die größte Zahl der Leichen gänzlich vernichtete. Daß die Glocke im Turm schmolz, ist der beste Beweis für die Entzündung hochexplosiver Sprengstoffe, ohne die ein Brand des Gebäudes das Kupfer nicht hätte zum Schmelzen bringen können.

Daß es Kreise gibt, die zwecks Diffamierung der deutschen Kriegführung und besonders der Waffen-SS die wahren Vorgänge um Oradour zu verschleiern bemüht sind, ergibt sich aus folgender der einschlägigen Literatur entnommenen Feststellung: Das, was die Vichy-Behörden über Oradour ermittelte haben, wurde durch Gesetze von Charles de Gaulle vom Oktober 1944 für 50 Jahre in die Staatsarchive verbannt und verschlossen.

Auch dort wird sich also voraussichtlich später die Bestätigung finden, daß die tragischen Ereignisse von Oradour durch die völkerrechtswidrigen Mordanschläge während des mit Frankreich geschlossenen Waffenstillstandes hervorgerufen wurden. □

Banker-Journal

1987 gibt es in den USA voraussichtlich 200 Bankenpleiten

Sinkende Profite und nicht rückzahlbare Kredite machen vielen Handelsbanken der Vereinigten Staaten zu schaffen, und etwa 200 werden in diesem Jahr pleite gehen, sagte William Seidman, Vorsitzender der Federal Deposit Insurance Corporation (DFIC). »Es scheint klar zu sein, daß sich das Risiko durch sinkende Qualität im Kreditportefeuille erhöht hat«, meinte Seidman.

»Wenn die gegenwärtige Tendenz anhält, können wir in diesem Jahr mit mindestens 200 Zusammenbrüchen und Unterstützungs-Transaktionen rechnen.« Er beharrte jedoch darauf, daß das Bankensystem der USA »trotz der Redkordzahl an Problemen und Bankenpleiten überlebensfähig bleibe«. □

Maxwell verzichtet auf Übernahmeangebot

Der Londoner Industriemagnat Robert Maxwell hat sein Angebot zur Übernahme des Verlags Harcourt Brace Jovanovich zurückgezogen. »Damit hat Mr. Jovanovich, Sohn eines polnischen Bergbauarbeiters, als einer der wenigen Geschäftsleute die Pläne von Mr. Maxwell durchkreuzt«, so heißt es dazu in Pressekommentaren.

Die Tscheche Maxwell ist der Eigentümer der britischen Zeitungskette »Mirror«. Er ist auch das führende britische Mitglied des Club of Rome. Seine Pergamon-Presse veröffentlicht alle Schriften des Club of Rome sowie Schriften sowjetischer und bulgarischer Führer.

Jovanovich hat Maxwells Zwei-Milliarden-Dollar-Angebot zur Übernahme seines amerikanischen Verlagshauses ärgerlich zurückgewiesen und nannte ihn »ungeeignet, den größten Textbuch- wissenschaftlichen und medizinischen Verlag in den Vereinigten Staaten zu kontrollieren«.

In seinem kurzen Einwand gegen Maxwells Angebot brachte Jovanovich den verdächtigen Charakter des in Liechtenstein ansässigen Trusts vor, der Maxwells Vermögen überwacht. Er sprach des weiteren von seinen pro-sowjetischen Ansichten und seiner angeblichen Verteidigung des Abschusses des koreanischen Verkehrsflugzeuges im Jahr 1983 durch die Sowjets.

Jovanovich schlußfolgerte: »Mr. Maxwell hat Geld, aber nicht genug. Er hat Ehrgeiz, aber kein Stehvermögen. Man sollte ihn verpacken und nach Liechtenstein schicken.«

Die Londoner »Financial Times« meinte dazu, es sei noch nicht klar, ob es sich bei Maxwells Entscheidung um »einen Rückzug oder Aufgabe handelt«. □

Kolumbiens Finanz-Schwierigkeiten wachsen

Die Schulden des südamerikanischen Landes Kolumbien werden bis Ende 1987 auf 15,5 Milliarden Dollar angestiegen sein und sein Schuldendienst wird 45 Prozent seiner gesamten Exporterlöse ausmachen. Im Jahr 1986 belief sich der Schuldendienst auf 37 Prozent der gesamten Exporteinnahmen.

Bisher hatte das Land bei seinen internationalen Gläubigern den Ruf des »braven Jungen«, denn es zahlte alle seine Schulden, ohne die Bedingungen jemals neu auszuhandeln. Dies hat ihm jedoch wenig eingebracht. Die Politik hat das Land in die nicht beneidenswerte Lage versetzt, in der es gegenwärtig viel höhere Zinsen zu zahlen hat als jede andere südamerikanische Nation.

Vor kurzem hat man drei Missionen ins Ausland geschickt, und zwar in die USA, nach Großbritannien und Japan, um neue Kredite in Höhe von 5 Milliarden Dollar zur Finanzierung der Entwicklungen bis zum Jahr 1990 zu beschaffen.

Doch die Regierung von Präsident Virgilio Barco kündigte vor kurzem an, daß sie ihren fünfzigprozentigen Anteil an dem großen Cerrejon-Kohle-Minenprojekt im Nordosten verkaufen werde. Einst gepriesen als eine kluge Investition von mehreren Milliarden Dollar von den Gläubigern des Landes, sollte Cerrejon das größte Kohlenbergwerksprojekt auf der Welt sein, das ausschließlich für den Export produziert, das heißt, um Devisen zu verdienen, damit die Außenschuld bezahlt werden kann. □

Folgt der Sudan den Schuldenbeispielen

Der sudanesische Finanzminister Beshir Omar erklärte, daß der Sudan in diesem Jahr nicht in der Lage sei, den gesamten Schuldendienst an ausländische Gläubiger zu leisten, und daß er dies auch nicht tun werde. Der Sudan schuldet den ausländischen Banken für das Jahr 1987 rund 10,6 Milliarden Dollar.

Omar verlangte die Stornierung sämtlicher Schulden der von der Dürre betroffenen Länder Afrikas und meinte, daß für die Schulden an Privatbanken ein neuer Rückzahlungsplan aufgestellt werden könnte, vorausgesetzt, es würden keinerlei Zinszahlungen gemacht. Der Sudan zahlt in diesem Jahr lediglich 20 Prozent des fälligen Schuldendienstes. □

De Beers Kapitalverbindung zu Botswana

De Beers, die südafrikanische Bergwerks- und Marketinggruppe, knüpft engere Verbindungen zur Regierung von Botswana; der Handel wird die Kontrolle der Firma über den weltweiten Diamantenvorrat noch verstärken.

Die Firma gibt 20 000 Aktien oder 5,27 Prozent des erweiterten Kapitals an die De Beers Botswana Mining Company in Debswana aus, ein 50 zu 50 Jointventure mit der Regierung von Botswana, die damit 2,6 Prozent von De Beers besitzt. Als Gegenleistung für die Aktien plus einer unbestimmten Summe Bargeld verkauft Debswana an De Beers einen Diamantenvorrat, der in der Rezession der Jahre 1982 bis 1985 angesammelt wurde.

Gemäß einer in Gaborone unterzeichneten Vereinbarung wird Debswana zwei Mitglieder in den Vorstand von De Beers und die Diamond Trading Company – den Londoner Edelstein-Marketing-Arm des Unternehmens – berufen. Damit bekommt de Beers mit ziemlicher Sicherheit seine ersten schwarzen Direktoren.

Botswana ist sehr wichtig für De Beers, denn es besitzt drei der Welt reichsten Diamantminen im Land an Südafrikas Grenze im Norden. Debswana brachte es im vergangenen Jahr auf 13,1 Millionen Karat Diamanten – das sind 55 Prozent der De-Beers-Produktion – im Vergleich zu 9,8 Millionen Karat in Südafrika.

In Johannesburg sagte Mr. Julian Ogilvie Thompson, der Chef von De Beers, De Beers habe die Ausgabe von Aktien an Debswana vorgeschlagen. Er dementierte, daß Botswana jemals gedroht habe, den Verkauf von Diamanten durch De Beers' zentrale Verkaufsorganisation zu stoppen, die 80 bis 85 Prozent des Weltumsatzes an Rohdiamanten (ungeschliffen) kontrolliert. □

Brasiliens Funaro zum Volkshelden geworden

Einer von der Tageszeitung »Folha de São Paulo« veröffentlichten Studie zufolge wird der

ehemalige brasilianische Finanzminister, Dilson Funaro, der Hauptbefürworter für ein Schuldenmoratorium gegenüber den internationalen Bankern, der am 26. April 1987 zum Rücktritt gezwungen wurde, zu einem nationalen Volkshelden.

Ein Reporter berichtet von einer Versammlung mit Funaro: »Ich habe seit den Zeiten Getulio Vargas, dem ›Vater der Armen‹, nichts Vergleichbares gesehen. Vargas war in der überwiegenden Zeit zwischen 1935 und 1955 der populistische Präsident Brasiliens.«

Die Zeitung berichtete von einem anderen Bürger, der vor Freude weinte und meinte, Funaro »stelle Brasiliens Würde wieder her, die das Land seit Ruy Barbosa nicht mehr erlebt hat«. Barbosa wurde im Jahr 1890 Finanzminister und kämpfte für die Industrialisierung durch merkantilistische, billige Kredite und den Schutz neuer Industrie. Barbosa wurde wie Funaro durch eine Verschwörung internationaler Banken gezwungen zurückzutreten. □

Sowjets meinen, sie kommen ohne USA aus

In einem Interview erklärte der sowjetische Propagandachef Alexander Yakovlev, daß Moskau über die amerikanische Militärbedrohung nicht mehr besorgt ist und ohne Handel mit den Vereinigten Staaten auskommen kann.

»Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es für die Amerikaner schwierig ist, uns mit Atomwaffen anzugreifen«, sagte er. »Wir haben drei Jahrzehnte lang in der Furcht vor einer solchen Möglichkeit gelebt, doch das ist jetzt nicht mehr der Fall.«

Yakovlev fügte hinzu, daß die Sowjets ihren Handel mit den Vereinigten Staaten verringern wollen. Washingtons »arrogante, hochtrabende« Aktionen wie die Embargos und das Reduzieren der Exporte von allen möglichen Arten von Technologie haben die Sowjetunion veranlaßt, die USA nicht mehr länger zum Handel mit Rußland zu ermutigen, sondern seine Bemühung stattdessen auf Japan und Westeuropa zu orientieren.

Yakovlev wörtlich: »Sie haben uns dazu veranlaßt. Ich glaube, Europa ist mehr und mehr an einer Détente interessiert und daran, mit uns gute Beziehungen aufzubauen. Meiner Meinung nach sind die Sowjetunion und Japan natürliche Handels- und Wirtschaftspartner, und die Japaner verstehen das auch, denke ich.« □

Bank of Boston folgt Citicorp und Chase Manhattan

Die Bank of Boston hat angekündigt, daß sie der Citicorp, Chase Manhattan und Securities Pacific folgend ihre Kreditverlustreserven um 300 Millionen Dollar aufstocken wird. Damit sind die Reserven der Bank of Boston für die Schulden der Länder der Dritten Welt auf 430 Millionen Dollar oder 36 Prozent angestiegen. Sie belaufen sich auf rund fünf Prozent der Gesamtkredite der Bank. □

Ausverkauf des Dollar durch die Sowjets

Die Sowjetunion betreibt den Ausverkauf des Dollar als Teil eines Plans, um US-Präsident Ronald Reagan davon abzuhalten, seine gegenwärtige katastrophale Einstellung zur Wirtschaft nicht zu ändern, so meinen einige amerikanische Geheimdienstquellen. Andere Informanten behaupten, das seien Falschinformationen, deren Verbreitung allerdings den gleichen strategischen Zweck verfolgt.

Einigen Quellen zufolge haben die Sowjets Gold auf die Schweizer Märkte geworfen und US-Dollar gekauft, um einen Zusammenbruch des Dollar hinauszuzögern. Der angebliche Plan der Sowjets ist es, sicherzustellen, daß Reagan mit seinen wirtschaftspolitischen Wahnvorstellungen fortfährt.

Das US-Außenministerium soll mit dem sowjetischen Außenministerium über einen Ausverkauf des Dollar in Geheimverhandlungen stehen und als Gegenleistungen Fortschritte bei den Rüstungsgesprächen über die »Null-Option« bieten.

Anderen hochplazierten Geheimdienstquellen zufolge soll es sich bei den Berichten dagegen um Falschinformationen handeln, um die Illusion zu fördern, daß kein Zusammenbruch der US-Banken bevorsteht. □

Schuldenbombe bringt Militärcoups in Mode

Die Londoner Zeitung »Economist« verlangt in einem Leitartikel den Stopp der Kredite an Länder wie Peru, die die Austeritätsbedingungen der internationalen Banken ablehnen. Es wird auch ein Militärcoup gegen Perus Präsident Garcia vorausgesagt.

»Es besteht die Gefahr, daß ein Scheitern des Populismus die Militärcoups in Lateinamerika wieder in Mode bringt«, heißt es im »Economist«, »und daß nach einer Verringerung der Darlehensgewährung, wie durch die Citicorp verursacht, die Banken für diese Coups verantwortlich gemacht werden. Die internationalen Finanzorganisationen und angeprangerten Handelsbanken müssen sich überlegen, welche Politik sie dann verfolgen sollten.

Zwei Regeln wären hier am klügsten. Erstens, keine Kredite an Militärregime, die Präsidenten stürzen, selbst so verworrene wie den armen Garcia. Dies würde den Militärregimen einen Anreiz liefern, rasch Neuwahlen auszuschreiben, möglichst innerhalb von drei Monaten – und solche Coups wären dann die einzig annehmbaren.

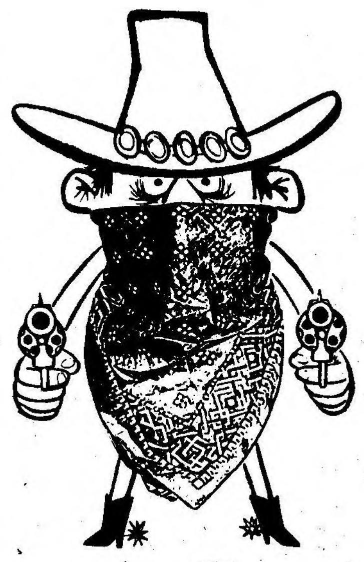
Zweitens, internationale Organisationen und umsichtige Handelsbanken sollten die Kreditvergabe in dem Moment stoppen, wo ein Land eine Politik verfolgt wie Garcia im Jahr 1986. Die Weltbank stoppte die Kreditvergabe an das säumige Peru erst vor einigen Wochen. Viel zu spät.« □

Kritik an der Schuldenbombe

Der ehemalige Chef der Bank for International Settlements (BIS) hat die Schuldenpolitik der westlichen Banken angegriffen, darunter auch die der BIS, eine Politik, die er seinerzeit als Chef der Bank selbst sehr stark vertreten hat.

Fritz Leutwiler, jetzt Vorsitzender der großen Schweizer Industriegruppe BBC, sagte bei einem Jahrestreffen der Aktionäre: »Wie sollen sich die sogenannten Schwellenländer weiter entwickeln, wenn die Industrienationen protektionistische Schranken gegen sie errichten, was den Exporthandel einschränkt, und wenn ihre gesamten Exporterlöse durch den Schuldendienst aufgebraucht werden? Ist es nicht höchste Zeit, daß wir in den Industrieländern die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen einer solchen Politik in Betracht ziehen?«

Erst vor wenigen Jahren sagte Leutwiler in einem Interview, selbst jene Länder, deren »Rand-Bevölkerungsschichten« verhungern müßten, wenn die Außenschuld weiterhin gezahlt würde, müßten ihre Außenschuld weiterhin bezahlen. □



Dollar weiter auf Talfahrt

C. Gordon Tether

In den ersten Monaten dieses Jahres hat es für Investitionen in Edelmetalle den größten Aufschwung gegeben, seit der Boom der frühen achtziger Jahre durch die Währungspolitik der Reagan-Regierung gestoppt worden ist. Bereits im April standen Gold und Platin rund 20 Prozent über den Werten von Ende 1986, während für Silber ein Zuwachs von mehr als 40 Prozent verzeichnet wurde.

Die Stärke der Metalle zeigte sich mehr als deutlich im Verhalten der jeweiligen südafrikanischen Bergwerkaktien. Zusätzlich unterstützt durch die zunehmende Überzeugung, daß die Apartheid-Krise im Land dabei ist abzuflauen, erhöhten sich ihre Werte zwischen Mitte Februar und Mitte April allein durchschnittlich um mehr als zwei Drittel und erreichen damit ihre Höchstwerte seit Jahren.

Fragezeichen über der Zukunft des Dollar

An diesem Punkt wurde deutlich, daß sich die Märkte selbst überstrapaziert hatten. Es setzte eine Reaktion ein, die die Aufwärtsbewegung der beiden vorhergehenden Monate rasch umkehrte, doch die Preise blieben immer noch weit über dem Niveau vom Februar.

Mitte Juni lagen Gold und Platin beide etwa fünf Prozent unter ihren Höchstwerten von Mitte April, während Silber ungefähr um das Doppelte gefallen war.

Lediglich im Fall der südafrikanischen Goldaktien war der Rückgang sehr stark. Ihr durchschnittlicher Fall in den gleichen beiden Monaten lag in der Größenordnung von 20 Prozent, was bedeutete, daß etwa die Hälfte des in den beiden vorgehenden Monaten gewonnenen Bodens wieder verloren war.

Normalerweise spiegeln sich Bewegungen in den Preisen von Edelmetallen in verstärkter Form bei Goldaktien wieder. Doch es scheint, daß die Reaktion der südafrikanischen Goldminenaktien auf den Fall der Gold-Barrenpreise im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juni zu einem großen Teil auf die Verschlechterung der politischen Situation in Südafrika zu dieser Zeit zurückzuführen war.

Es wuchs das Gefühl, daß nach einer Verhärtung der Ansichten zu den Rassenthemen in der Botha-Regierung sich frühere Hoffnungen auf ein baldiges Nachlassen der Apartheid-Spannungen – und der Gefahr für das Wohlergehen der Gold-Minenindustrie, die ebenfalls davon betroffen ist – nicht realisieren würden.

Um von der Vergangenheit auf die Zukunft zu schauen: Es gibt berechtigte Annahmen für die Überlegung, daß sich die Ereignisse in den verbleibenden Monaten dieses Jahres positiv entwickeln und einen erneuten Aufschwung in Edelmetallwerten – wie im ersten Viertel dieses Jahres – bringen werden; dies scheint wahrscheinlicher als die Fortsetzung der Reaktion, die April einsetzte.

Zunächst einmal ist es klar, daß das Fragezeichen über der Zukunft des amerikanischen Dollar durch seinen starken Fall im vergangenen Jahr und die anschließenden Bemühungen der Zentralbanken, einen Mindestwert noch darunter zu setzen, auf keinen Fall gänzlich beseitigt ist.



Die Goldminen in Südafrika gehören zur Lebensgrundlage für die Weißen und Schwarzen.

Wegen US-Politik weltweiter Abschwung

Eine sorgfältige Studie, die vor kurzem von einer führenden internationalen Bank in Großbritannien durchgeführt worden ist, kam zu dem Schluß, daß der Dollar durch diese Entwicklungen eine Atempause von kaum mehr als ein paar Monaten haben wird und Anfang des Jahres 1988 höchstwahrscheinlich gegenüber dem japanischen Yen und der Deutschen Mark um weitere zehn Prozent fallen wird.

Wenn man berücksichtigt, in welchem Ausmaß das Weltwährungssystem um den Dollar herum aufgebaut ist, so sind das gelinde ausgedrückt beunruhigende Aussichten. Hinzu kommt die Tatsache, daß teilweise wegen des zerstörerischen Einflusses der massiven Defizitpolitik der Reagan-Regierung im Haushalt und der amerikanischen Außenhandelsbilanz auf die Weltwirtschaft die zunehmende Gefahr besteht, daß die Weltkonjunktur aus anderen Gründen stagnieren wird.

Dies würde zwangsläufig den Druck erhöhen, der bereits jetzt schon auf einige der wichtigeren Stützen im Gefüge ausgeübt wird. Das gilt besonders für die Bedrohung, die die anhaltende Schuldenkrise der dritten Welt auf das internationale Bankensystem ausübt.

Es ist klar, wie ich bereits in früheren Beiträgen geschrieben habe, daß die großen Banken und ihre Überwacher, die Zentralbanken, ihr Bestes tun, um die Krise in Grenzen zu halten – und das mit mäßigem Erfolg.

Doch es ist schwer, das derzeitige Unbehagen ganz zu beseitigen, das herrührt von der Befürchtung, daß das System übermannt werden wird von einer Eskalation der Moratorien, die in Gang gesetzt wurden durch die Entscheidungen der peruanischen und brasilianischen Regierungen, den Schuldendienst im Umfang zu verringern oder gänzlich auszusetzen.

Steigerung bei Edelmetallen

Diese Dinge werden in den kommenden Monaten deutlich zur Popularität der Edelmetall-Investitionen beitragen. Das gleiche gilt für die jüngsten Hinweise, daß die Welt mehr zur Inflation neigen wird, wenn nicht gar



noch zu den schwerwiegenderen Versionen des Übels.

Außerdem muß die Tatsache in die Rechnung einbezogen werden, daß Investitionen auf diesem Gebiet von einem Fall des Dollar erheblich profitieren werden. Das führte dazu, daß die Preise für sämtliche Edelmetalle in den Welthartwährungen – insbesondere dem japanischen Yen und der Deutschen Mark – deutlich gefallen sind, was zu einer kräftigen Förderung der Nachfrage in den betreffenden Ländern geführt hat.

Wie immer ist bei den südafrikanischen Gold-Minenaktien Vorsicht geboten. Ihr Schicksal scheint es zu sein, in absehbarer Zukunft weiterhin verwundbar zu sein durch die Probleme der Apartheidkrise. Doch die massiven Wertschwankungen durch die Zunahme und Abnahme solcher Sorgen liefern – wie ich schon vor einiger Zeit meinte – Gelegenheit, erhebliche Gewinne einzustreichen, indem man sich zwischen diesen Höchst- und Niedrigstwerten entsprechend einschaltet. □

Ende der Perspektive

Peter Blackwood

Das internationale Währungssystem – das bereits schätzungsweise zu 96 Prozent aus zinstragenden Schulden besteht – kann nur so lange überleben, wie es den riesigen Zufluß von Kredit-Geld erhält, der für die Zahlung der Zinsen nötig ist. Diese Funktion hat das nordamerikanische Haushaltsdefizit auf inländischer und die negative Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten auf ausländischer Ebene.

Dies bedeutet jedoch, daß nicht »freies«, sondern Kreditgeld zu Zinssätzen geschaffen wird, die weit über den Gewinnen liegen, die das neue »Geld« in dem einem übermäßigen Wettbewerb unterliegenden Wirtschaftssystem, Folge einer jahrzehntelangen willkürlichen Kreditexpansion, erzielen kann. Daher liegen die Gewinne, das heißt der Mehrwert, der die einzige zusätzliche Geldquelle sein müßte, wenn es nicht inflationär zugehen soll, weit unter den Zinssätzen. Im übrigen wächst die Zinslast geometrisch und muß entweder vom Steuerzahler oder durch noch höhere Defizite aufgebracht werden.

Eine Reise nach Jerusalem

Andererseits fließen dem »Euro«-Dollar-Markt nicht mehr die Überschüsse der ölproduzierenden Länder zu, sondern er benötigt im Gegenteil neue Geldmittel, um sie zurückzuzahlen, völlig abgesehen davon, daß er auch die hierauf wachsende Zinslast »finanzieren« muß. Die Vereinigten Staaten stellen erstens durch ihr steigendes Handelsdefizit und zweitens aufgrund der Gewährung von Steuervorteilen, die den »Euro«-Markt gegenüber inländischen Obligationen begünstigen, vorläufig diese Geldmittel für die gefräßigen »Euro«- und »Asien«-Dollar-Papiertiger zur Verfügung.

Ganz abgesehen von der Rolle, die nicht-amerikanische »Anleger« spielen, besonders die japanischen und westdeutschen, indem sie ihre US-Dollar-Überschüsse aus dem Export durch den Kauf von US-»Wertpapieren« verschiedener Art wieder zurückfließen lassen.

Die Notwendigkeit, dieses der »Reise nach Jerusalem« gleichende Spiel in Gang zu halten, bei dem jedoch nicht nur kein Stuhl herausgenommen wird, sondern laufend neue hingestellt werden, um die Nerven der Teilnehmer zu beruhigen, das heißt Anleihen zur Beschaffung der Zinslasten bereitzustellen, um die Kreditpyramide des kapitalistischen Systems aufrechtzuerhalten, zeigt die absolute Notwendigkeit für ein riesiges US-Haushaltsdefizit auf der Angebots- und einen anhaltenden Dollar-Bedarf auf der Nachfrageseite und folglich einen unaufhörlichen Anstieg des Dollar gegen andere Währungen in den Jahren 1985 bis 1986.

Es war logisch, daß dieser Anstieg, der allen wirtschaftlichen Realitäten widerspricht, schließlich unhaltbar und zu einem verheerenden und weltweiten Zusammenbruch der Kapitalmärkte und des Handels führen mußte. Dieser könnte durch einen Aufruhr der amerikanischen Landwirte und Industriellen ausgelöst werden, bevor diese sich durch Zinsbelastungen und immer höhere Importe völlig ruiniert haben.

Die Stunde der Wahrheit

Ein weiterer Auslöser, nicht zuletzt in diesem Zusammenhang, muß der eines Tages aufkommende allgemeine Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen der USA sein, ihre Riesenschulden weiter zu finanzieren und in der vereinbarten Höhe zu bedienen sowie überhaupt an der Leistungsfähigkeit der Dollar-Schuldner, deren Realverpflichtungen sich oft mehr als verdoppelt haben, auf den Offshore-Kapitalmärkten.

Das sichere Symptom dafür, daß sich die »Stunde der Wahrheit« nähert, wäre ein erneuter schärferer Anstieg der Zinssätze. Dies als Anzeichen für das wachsende Mißtrauen in die Fähigkeit der Schuldner, ihre Schulden zu bedienen, nicht sie zurückzuzahlen. Nichts würde die Banken mehr gefährden und mit ihnen das gesamte »kapitalistische« System – das eben die organische Marktwirtschaft, die auf »freiem« Geld, also Gewinn- und Verlustbeteiligung, nicht aber auf Verzinsung beruht –, als eine Rückzahlung der Kredite. Inzwischen wird die Refinanzierung der Kredite immer teurer.

Folglich werden die Zinssätze auf US-Schulden erneut unglaubliche Höchststände erreichen als Folge des unhaltbaren Verschuldungsgrades des amerikanischen Staates. Die Kapitalmärkte werden unter dieser Last zusammenbrechen und finanziell schwächere Schuldner, die fällig werdende Schulden neu zu finanzieren suchen, werden ausgeschaltet.

Der endgültige und sicher auftretende Riß in der Kette, selbst ein geringfügiger, möglicherweise verursacht durch die Erwartung, daß oben aufgeführte Hypothesen eintreffen werden oder zum Beispiel ausgelöst durch einen weiteren Fall der Ölpreise, würde zu einem endgültigen Zusammenbruch des Systems führen. Dann würde es zu einer Selbstauflösung des Systems durch eine Superinflation kommen, verursacht durch den vergeblichen Versuch der Zentralbanken, es durch Zuführung zinsfreien Geldes, mit anderen Worten Papiergeld anstelle von Kreditgeld, zu stützen.

Nachäffung der Schöpfung

Der logische Höhepunkt des von uns miterlebten Prozesses, Folge der willkürlichen Schaffung von Kreditkapital oder Geld, wird vor dem amerikanischen Wahljahr 1988 erreicht sein. Inzwischen werden Gold und Silber wahrscheinlich Tiefpreise erreicht haben; in Dollar ausgedrückt wird der Preis je Unze möglicherweise weit unter 200 liegen, wobei dies zeitlich mit Rekordhöhen an den Aktienmärkten, vor allem in New York, zusammenfallen dürfte.

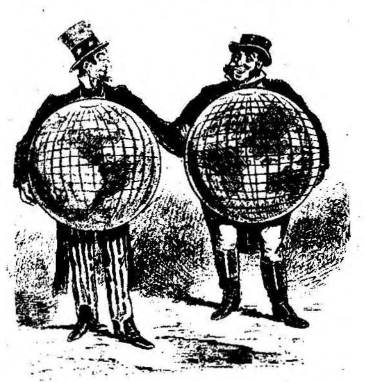
Wenn aber schließlich die Kapitalmärkte zusammenbrechen oder, besser gesagt, sich in einem Meer von Papier auflösen, ohne eine Ausweichmöglichkeit wie den Dollar zu haben, werden die Edelmetallpreise astronomische Höchstwerte erreichen.

Aber genau dann wird der Besitz von Gold und Silber in den USA wieder verboten und streng bestraft werden, wie es schon 1933 unter Roosevelt »im Land der Freien« der Fall war, während die »neue Weltordnung«, die seit den dreißiger Jahren auf den Dollar-Scheinen versprochen wird, mittels Debitkarten – ohne die keiner überleben kann – auf der Basis der Electronic Fund Transfer Systems in Kraft tritt.

Dennoch bleibt eine Frage: Wird sich die neue Wirtschaftsordnung auf derartige Mißbildungen abstützen wie den amerikanischen Internal Revenue Service, dessen gewalttätige Eintreibungsmethoden zunehmend zu Todesopfern führen, die »Bestie« von Brüssel oder den »Gulag«?

Oder wird der Mensch Freiheit statt Knechtschaft wählen innerhalb der organischen Ordnung, von welcher der ehemalige Rabbiner Saulus und spätere Apostel Paulus sagte: »Ubi spiritus Domini, ibi Libertas« – »Unter dem Geist des Herrn ist Freiheit.«

Jedoch wer versteht schon, daß die unbeschränkte Ausgabe von »Fiat«-Geld über den zinstragenden Kredit eine Nachäffung des göttlichen Schöpfungsaktes und Ausbeutung ist? Nach den Worten Keynes, »nicht einer unter einer Million Menschen«. □



Banker

Die dritte Billion

Das Volumen der grenzüberschreitenden Einlagen und Kredite der Banken ist 1986 in einer beispiellosen Größenordnung gewachsen. Nach der neuesten Erhebung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel haben die internationalen Bankmärkte jetzt ein Volumen von umgerechnet 3000 Milliarden US-Dollar erreicht. An der Geschäftsausweitung des vergangenen Jahres waren Banken in Deutschland – also auch hierzulande ansässige Töchter ausländischer Banken – überdurchschnittlich beteiligt.

Geldanlagen und Geldausleihungen über die nationalen Grenzen hinweg sind in jüngster Zeit mit hohem Tempo expandiert. Die dritte Billion des gegenwärtigen Marktvolumens wurde erst in den letzten zwei Jahren aufgebaut; für die ersten beiden Billionen wurden immerhin rund zwei Jahrzehnte benötigt.



Die Struktur des Geldmarktes

Allerdings wird das Wachstum der letzten Jahre durch den fallenden Dollar-Kurs überzeichnet. Alle nicht auf Dollar-Währung lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten werden dadurch automatisch höher bewertet. Doch selbst nach Ausschaltung dieses Faktors ergibt sich für 1986 ein Rekordzuwachs.

Ungewöhnlich dabei ist: Im Jahre 1986 entfielen über 90 Prozent der Neuausleihungen auf das sogenannte Interbankgeschäft. Kennzeichen dafür: Kreditgeber und Kreditnehmer sind jeweils Banken. Am Gesamtbestand der grenzüberschreitenden Kredite dagegen stellen die Geschäfte zwischen den Banken bislang »nur« einen Anteil von knapp zwei Dritteln.

Ein Großteil des internationalen Bankgeschäfts entfällt auf den sogenannten Euromarkt. Darunter versteht man Geldanlagen und Kredite in einer bestimmten Währung außerhalb des Geltungsbereichs dieser Währung als gesetzliches Zahlungsmittel. Diese Transaktionen laufen also gleichsam an den nationalen Geldmärkten vorbei.

Noch bis vor kurzem wurde der Euromarkt häufig als Euro-Dollar-Markt bezeichnet. Grund: Anfangs war das Geschäft in Europa konzentriert und lief fast ausschließlich in US-Dollar.

Beide Merkmale – Geschäftsort Europa und Handel in Dollar – treffen heute nicht mehr ohne weiteres zu.

Der mit Abstand größte Teil des internationalen Bankgeschäfts wurde 1986 mit fast 25 Prozent in Großbritannien – Finanzdrehscheibe London – abgewickelt. Danach folgen USA (15 Prozent) und Japan (10 Prozent). Die andere Hälfte des Marktvolumens ist aufgesplittert in eine Vielzahl kleiner Bankplätze, angefangen bei der Bundesrepublik selbst über die europäischen Nachbarländer Frankreich und Luxemburg bis zu exotischen Plätzen wie die Bahamas oder die Niederländischen Antillen.

Der beachtliche Beitrag Japans an der Entwicklung ist auf den Ende 1986 dort eingerichteten »Offshore-Markt« zurückzuführen. Folge: Japaner können jetzt gleichsam vor der eigenen Haustür am Europamarktgeschehen teilnehmen, was offenbar zu einem erheblichen Teil zu Lasten des nationalen Bankgeschäfts in Japan geht.

Was heißt Offshore-Markt?

Der Ausdruck Offshore-Markt wird heute weitgehend als Synonym für Euromarkt verwendet. Ursprünglich hatte er eine enger gefaßte Bedeutung: Gemeint waren damit kleine Finanzplätze, die sich gewissermaßen vor der Haustür großer Finanzmärkte etabliert hatten.

Beim Offshore-Markt handelt es sich im Grund um eine trickreiche Konstruktion: Hier können einerseits die nationalen Steuer- und Bankaufsichtsregelungen umgangen, andererseits aber auch enge Kontakte zu den Kunden auf dem »Festland« unterhalten werden. Typische Beispiele: Panama oder die Cayman-Inseln im Vorhof der USA oder Singapur als Vorposten Japans.

Diese »Zwergstaaten« stellten vor allem in der Vergangenheit eine ernsthafte Konkurrenz für die großen Finanzzentren dar – namentlich für die USA. Im Jahr 1981 schufen die Amerikaner auf ihrem Territorium eigene Offshore-Zentren, Freihandelszonen für Geld mit allen Standortvorteilen des Euromarktes.

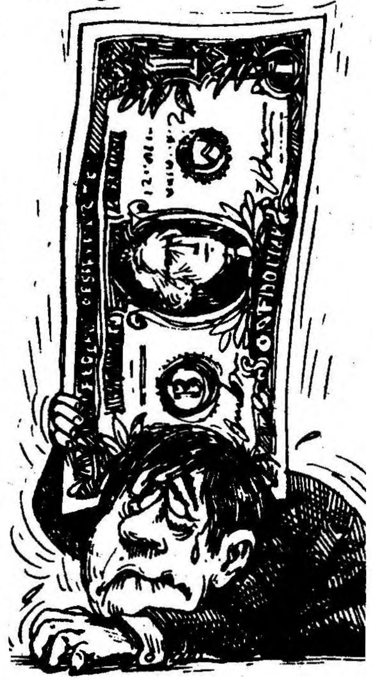
Diese Freihandelszonen sind mitunter nichts anderes als spezielle Abteilungen traditioneller Banken.

So konnte ein erheblicher Teil des in den siebziger Jahren gerade auch an Europa verlorenen Euromarkt-Geschäftes wieder in die USA zurückgeholt werden.

Ähnlich hat Ende 1986 auch Japan einen Offshore-Markt auf eigenem Boden eröffnet. Seitdem braucht japanisches Kapital nicht mehr das Inselreich zu verlassen, wenn es von den Vorteilen des Euromarktes profitieren will.

Attraktivität der Euromärkte

Genaue Angaben macht die BIZ nur über die Fremdwährungsforderungen und Verbindlichkeiten der Banken. Danach liegt der US-Dollar mit knapp zwei Dritteln unangefochten an der Spitze. Die D-Mark als zweitwichtigste Währung bringt es zwar nur auf 12,6 Prozent, das ist aber immerhin noch rund das Doppelte der nächstplazierten Währung, des Schweizer Franken. Danach folgen Yen, ECU und Pfund Sterling.



Bei der Verteilung der Mittel dominieren die Industrieländer sowohl bei der Mittelherkunft als auch bei der Mittelverwendung jeweils mit etwa zwei Dritteln.

Ein wichtiger Grund für das Wachstum des internationalen Bankgeschäfts ist die hohe Attraktivität der Euromärkte. Sie haben gegenüber den nationalen Geldmärkten drei entscheidende Standortvorteile.

Erstens, Freiheit von Mindestreserven. Zinslose Guthaben – die Banken müssen sie im nationalen Bankgeschäft je nach Höhe ihrer Einlagevolumen bei der Notenbank hinterlegen – wirken gleichsam wie eine Sondersteuer. Die Ersparnis an Mindestreserven im Euromarktgeschäft macht sich vor allem bei sehr kurzfristigen Einlagen bemerkbar. Für sie gelten zumindest in der Bundesrepublik vergleichsweise hohe Reservesätze.

Zweitens, weniger Regulierung. Hierzu zählen vor allem geringere Eigenkapitalanforderungen und günstigere Liquiditätsvorschriften als auf den Inlandsmärkten. An zahlreichen Euromarktplätzen genießen die Banken zudem handfeste steuerliche Vorteile.

Drittens, Konzentration auf Großhandelsgeschäfte. Am internationalen Markt werden vorwiegend große Anlage- und Kreditgeschäfte mit standardisierten Beträgen über kurze Fristen (bis 6 Monate) abgewickelt. Das hält die Informations- und Transaktionskosten für alle Beteiligten niedrig. Folge: Eurobanken könnten ihren Kunden günstigere Konditionen bieten – sowohl für das Aktiv- als auch für das Passivgeschäft; internationale Geldanlagen werden, verglichen mit inländischen Anlagen, höher verzinst; Kredite werden zu niedrigeren Zinssätzen vergeben.

Eine Analyse der Rolle von Gebietsansässigen der Bundesrepublik (Banken einschließlich Unternehmen und Privathaushalte) im internationalen Geldverkehr ergibt drei Strukturmerkmale:

Erstens: Seit 1983 liegen die von der Bundesrepublik im Ausland aufgenommenen Mittel, in D-Mark gerechnet, vergleichsweise konstant bei rund 200 Millionen DM. Ganz anders verhält es sich bei von Deutschen deponierten Einlagen: Sie waren Ende 1986 rund dreimal so hoch wie 1983. Konsequenz: Während deutsche Banken, Unternehmen und Privathaushalte im internationalen Geldverkehr 1982 noch mehr als doppelt so stark als Kreditnehmer denn als Kreditgeber auftraten, ist die Entwicklung im vergangenen Jahr umgeschlagen.

Zweitens: Sowohl bei den Einlagen wie bei den Ausleihungen von Deutschen dominiert die D-Mark. Ansonsten haben nur die Amerikaner eine ähnlich starke Präferenz für ihre eigene Währung bei ihren grenzüberschreitenden Bankbeziehungen.

Drittens: Der Löwenanteil der deutschen Guthaben und Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Banken entfällt auf den Banksektor. Unternehmen und Privathaushalte sind deutlich schwächer vertreten. Allerdings nutzen sie 1986 den internationalen Geldmarkt im Gegensatz zu den Banken überwiegend als Kreditquelle und weniger stark als Anlageort für liquide Mittel.

Konkurrenz für den deutschen Geldmarkt

Eine wichtige wirtschafts- und geldpolitische Frage, in welchem Maße die internationalen Bankmärkte eine unmittelbare Konkurrenz zu den deutschen Geldmärkten darstellen. Ein Vergleich der jeweiligen Größenordnung ergibt diese Anteile:

Die von deutschen Unternehmen und Privathaushalten im Ausland angelegten liquiden DM-Beträge entsprachen Ende 1986 rund 8 Prozent der vergleichbaren inländischen Geldbestände – sogenannte Geldmenge M 2.

Bei den Banken fällt das internationale Geschäft merklich stärker ins Gewicht. Ihre kurzfristigen DM-Anlagen außerhalb der deutschen Grenzen haben mittlerweile ein Volumen von etwa 40 Prozent des deutschen Interbankgeldmarktes erreicht. □

Freihandel

Riesenschritt zur Weltregierung

Folger Addison

Wird Amerika von einer konservativen republikanischen Regierung auf den Weg zu einer Weltregierung geführt? Wird der populärste Präsident in der jüngsten Geschichte der Vereinigten Staaten, dem die Wiederherstellung des amerikanischen Patriotismus und die Verteidigung der Rechte des Individuums nachgesagt wird, die Aufgabe der nationalen Souveränität der USA beaufsichtigen?

Auf den ersten Blick erscheint es lächerlich und die Amerikaner sind noch weit entfernt von der Verwirklichung dieses internationalistischen Traums der Linken. Doch die erstaunliche Tatsache ist, daß US-Präsident Ronald Reagan im Jahr 1986 in einer Ansprache beim Jahrestreffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington nach einer »wahren Weltwirtschaft« verlangte, etwas, was unmöglich ist, wenn es nicht von einer Weltregierung überwacht wird.

Der Trugschluß bei der Lösung der Schuldenkrise

In seiner Rede sagte der amerikanische Präsident: »Meine Freunde, ich glaube, daß die Herausforderung, vor der wir stehen, die Entwicklung einer wahren Weltwirtschaft ist – einer Wirtschaft, die die Verschiedenheit unserer Länder achtet, während sie gleichzeitig ungehinderten Handel und Investitionen unter unseren Völkern ermöglicht.

Wir haben in den vergangenen 40 Jahren eine weite Strecke auf dem Weg zu einer solchen Welt zurückgelegt. Wir sind bis hierher gekommen und nun ist es an der Zeit für eine Bestandsaufnahme, für die aufgeschlossene Planung der nächsten Etappe der Reise und ihren Start.«

Der Kernpunkt von Reagans Rede war, daß alle Nationen zusammenarbeiten müssen, um das Schuldenproblem der Länder der dritten Welt zu lösen,



Der »konservative« Ronald Reagan fordert Freihandelspolitik und ein Wirtschaftssystem, das nur in Zusammenhang mit einer Weltregierung funktioniert.

weltweites Wachstum zu fördern und die Handelsschranken zu beseitigen.

Die Lösung für die Schuldenkrise und alle anderen wirtschaftlichen Übel ist Wirtschaftswachstum. Wenn die Wirtschaft expandiert, werden sich die Schulden angeblich »verflüchtigen«, das heißt, sie werden aus den Exporterlösen gezahlt werden.

Der Trugschluß dieses Arguments liegt in der Tatsache, daß diese überschuldeten Länder Zugang zu den Auslandsmärkten bekommen müssen. Die Vereinigten Staaten mit dem größten Einzelmarkt auf der Welt sind natürlich das Ziel aller anderen Länder, die an Amerika verkaufen müssen, um die Devisen zu verdienen, mit denen sie ihre Zinsen auf die Schulden bezahlen können.

Dies wiederum schadet der US-Industrie, die ihre Anteile am amerikanischen Markt verliert und entweder aus dem Geschäft kommt oder sich in einem Land der dritten Welt niederläßt, wo die Arbeitskräfte billiger und in Hülle und Fülle vorhanden sind.

Die rosarote Brille des US-Präsidenten

Wenn Reagan also bei seiner Amtsübernahme den »neuen Kurs« der US-Wirtschaft pries, indem er sagte: »Heute hat ein größerer Prozentsatz unseres Volkes einen Arbeitsplatz als jemals zuvor in der Geschichte«, so hat er damit ein paar harte Tatsachen ignoriert.

Der stärkste Zuwachs in der Zahl der Arbeitskräfte ist dem Eintritt der Frauen in das Heer der Arbeitnehmer zuzuschreiben. Da die männlichen Familienvorstände gezwungen waren, relativ hoch bezahlte Posten in der Produktion aufzugeben und geringer bezahlte Aufgaben im Dienstleistungssektor anzunehmen, sahen sich viele Ehefrauen und Mütter durch wirtschaftliche Umstände – Steuern und Inflation eingeschlossen – dazu gezwungen, einen Arbeitsplatz anzunehmen, um die Grundbedürfnisse zufriedenzustellen.

Während der US-Präsident von der amerikanischen Wirtschaft ein rosarotes Bild zeichnete und über die unerfreulichen, familienzerstörenden Tatsachen hinwegging, schrieb Reagan das Wirtschaftswachstum der Beseitigung »aller Formen von Intervention in die Konjunktur« zu, der Kürzung »des Umfangs an Vorschriften«, der Senkung der Steuersätze und der Verringerung der »Wachstumsrate bei den Ausgaben der öffentlichen Hand«.

Doch auch diese Ausgaben werden durch die Tatsachen Lügen gestraft. Die Steuersätze wurden tatsächlich in den USA gesenkt, doch nur für die Reichsten und für Geschäftsbetriebe. Die Steuerzahler der Mittelklasse hatten nur wenig, wenn überhaupt etwas davon.

Der Staat hat tatsächlich aufgehört, in die Konjunktur einzugreifen, doch vor allem im Kartellgesetzbereich. Das führte zu der gegenwärtigen Fusionswelle, im Zuge derer ganze Industrien von Spekulanten aufgekauft werden, um Monopole zu schaffen.

Die Folge: Höhere Schulden werden gemacht, um den Kauf von existierenden Anlagen zu ermöglichen. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, es gehen vielmehr viele verloren, und das freie Unternehmertum wird unterdrückt.

Während Reagan nun erfolgreich von der »Senkung der Wachstumsrate« bei den Ausgaben der öffentlichen Hand sprechen kann, was tatsächlich Schulden sind, sieht die Wirklichkeit so aus, daß sich in seiner Amtszeit die öffentlichen Schulden von einer Milliarde Dollar auf über zwei Milliarden Dollar mehr als verdoppelt haben.

Der Untergang der US-Industrie

Es hat fast 200 Jahre gedauert – von der Gründung der amerikanischen Republik bis zum ersten Jahr der Amtszeit Ronald Reagans –, um eine nationale Schuld von einer Milliarde Dollar zu erreichen. Kaum vier Jahre später hat sich dieser Betrag unter einem konservativen Präsidenten verdoppelt.

Reagan, ein überzeugter Anhänger der Freihandelspolitik, versicherte den versammelten Finanzministern in seiner Rede, daß Amerika seinen Teil zur Expansion der Wirtschaft und des Inlandsmarkts beitragen werde, so daß der Rest der Welt an seinem Erfolg teilhaben könne.

Reagan: »Während Amerikas Expansion von Nutzen sein wird, müssen andere Industrieländer ebenfalls ihren gerechten Anteil zum Weltaufschwung beitragen und eine wachstumsorientiertere Politik durchsetzen.

Natürlich wird es in dem Prozeß vielleicht zu einigen Verlagerun-

gen und Verschiebungen kommen, doch wir müssen erkennen, daß wir alle in Richtung auf dieses Ziel zusammenarbeiten müssen, wenn wir zusammen wachsen und gedeihen wollen.«

Oder anders gesagt, wenn wir zusammen blühen und gedeihen wollen, müssen viele von uns leiden.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die »Verlagerungen und Verschiebungen«, die genannt wurden, den Untergang der amerikanischen Industrie beinhalten und die Umwandlung in eine sogenannte Dienstleistungswirtschaft, die in vielen Landesteilen der USA zu hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geführt hat, und wenn sich der Trend fortsetzt, muß es dazu führen, daß der Konjunktur der Hahn abgedreht wird, denn die USA werden bezüglich allem vom Ausland abhängig.

Reagan sagte, daß die Länder, die in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds (IWF) vertreten sind, seit dem Zweiten Weltkrieg »unter einer Wirtschaftsverfassung gelebt haben. Seither hatten wir 40 Jahre lang eine größere und weiter verbreitete Prosperität als je zuvor.«

Die Bestandteile der »Verfassung«, so sagte er, sind die Weltbank, der IWF und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Der Aufstieg Europas und Japans als eine gemeinsame wirtschaftliche Macht, die der amerikanischen Kraft gleichkommt, und das sich abzeichnende Wirtschaftswachstum der Schwellenländer, so Reagan, verlangt nach neuen, koordinierten Aktionen unter den Nationen. Die größte Gefahr für das neue Weltwirtschaftssystem, so sagte er, ist der Protektionismus.

Der Traum von mehr Wachstum

»Ich habe die große Depression erlebt«, sagte der US-Präsident. »Ich habe gesehen, was der sogenannte Protektionismus der Welt gebracht hat. Nichts war geschützt. Alles wurde zerstört.«

Obwohl Reagan zugibt, daß »kein Handelssystem überleben kann, wenn in den Handelsflüssen ein ungeheures Ungleichgewicht herrscht«. Reagan weiter: »Ungleichgewicht in der Außenhandelsbilanz kann nur durch Wachstum im Ausland, hohe Wettbewerbsfähigkeit des US-Dollar oder beides, gekoppelt mit der Öffnung der Märkte, gelöst werden.«

Im Gegensatz zu Reagans Überzeugung, die allen Anhängern der Freihandelspolitik gemeinsam ist, war der Protektionismus nicht die Ursache für die große Depression. Es waren vielmehr die Finanzspekulationen und Geld- und Kreditmanipulationen der Banker in einem nie dagewesenen Ausmaß und einer Art, wie sie auch heute praktiziert werden, die den Zusammenbruch verursacht haben.

Der amerikanische Präsident argumentierte, die Länder müßten ihre Inlandsmärkte für Waren aus dem Ausland öffnen und die Folge – ungehinderter Freihandel – wird allen Prosperität bringen. Doch er berücksichtigt dabei nicht, daß das einzige Land auf der Erde, das einem offenen Markt am nächsten kommt, die Vereinigten Staaten sind und daß andere Länder einen Anteil am US-Markt als ihr »Recht« verlangen, während ihre eigenen Märkte für amerikanische Waren verschlossen bleiben.

Die USA können sich vielleicht hier einen einzelnen Markt für amerikanische Agrarprodukte öffnen oder dort für amerikanische Erzeugnisse der Telekommunikation, doch kein Land wird seine Märkte vollständig öffnen.

Der US-Präsident verlangt auch eine verstärkte Aktivität der Weltbank und des IWF bei der Ankurbelung des weltweiten Wachstums, was heißt, daß der amerikanische Steuerzahler noch viele weitere Milliarden Dollar für Kredite an die dritte Welt aufbringen muß, damit Industrien erschlossen werden, die mit den amerikanischen und den anderer westlicher Industriestaaten konkurrieren können.

Die US-Regierung sollte aus ureigenstem Interesse erkennen, daß sie nicht für die Prosperität der Welt verantwortlich ist. Ihre primäre Verantwortung liegt in dem Wohlergehen ihrer eigenen Bürger, die nicht gezwungen werden sollten, unter den Verlagerungen, Verschiebungen und den laufenden Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Länder zu leiden, die sich aus den Bemühungen, die »Weltwirtschaft« zu stützen, ergeben.

Die Ironie des Schicksals

Um eine »wahre Weltwirtschaft« einzuführen, an der alle Länder beteiligt wären, bräuchte man eine starke Macht, die die Befolgung der Spielregeln durchsetzt. Ein Weltwirtschaftssystem mit starken Durchsetzungsmechanismen wäre eine Weltregierung. An dieser Tatsache kommt man nicht vorbei.

Sobald der Rahmen für ein Weltwirtschaftssystem einmal geschaffen wäre, in dem jedes Land einen Teil seiner Freiheit aufgibt, um die wirtschaftlichen Entscheidungen zu treffen, die für seine Bürger von größtem Nutzen sind, existiert eine Weltregierung, egal welchen Namen das Kind bekommen wird.

Daß der »konservative« Ronald Reagan ein Weltwirtschaftssystem fordert, ist eine Ironie des Schicksals, denn jahrelang haben konservative Gruppen und Publikationen in den USA lauthals vor den von Sozialisten und Liberalen propagierten Weltregierungsplänen gewarnt. Und doch ist hier ein konservativer Präsident, der die äußerst Konservativen in Richtung einer Weltregierung führt und kein Fünkchen Protest wird laut.

Leider haben weder Konservative noch Liberale jemals erkannt, was Tatsache ist: die Freihandelspolitik ist in der Tat ein Riesenschritt in Richtung einer Weltregierung, denn sie führt unvermeidlich zur Notwendigkeit von »internationalen Wirtschaftsvereinbarungen«, die der amerikanische Präsident jetzt fordert. □



Privatbanker forcieren EG-Währung

Martin Burns

Die europäische Währungseinheit, der oder die ECU, wurde im Jahr 1979 vom Europäischen Währungssystem (EWS) als eine Verrechnungseinheit eingeführt, die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft bei der Verrechnung von Schulden untereinander benutzen konnten. Der Wert des ECU basiert auf einem »Korb« von neun Währungen und die relative Wichtung dieser Währungen wird alle fünf Jahre angepaßt. Die letzte Anpassung fand im Jahr 1984 statt; die nächste wird im Jahr 1989 stattfinden.

Der ECU – ein ECU sind DM 2,07 – wird von vielen Internationalisten als ein Schritt zu einer vollständigen Währungsunion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) angesehen. Pierre Pflimlin, der damalige Präsident des Europa-Parlaments, sagte im Jahr 1985: »Der ECU möge zu einer echten europäischen Währung werden.«

Währung für Schuldscheine

Das »Wall Street Journal« meinte: »Die letzten Bastionen fallen eine nach der anderen. Der ECU ist in die verschiedensten Bereiche der Banken-Aktivitäten eingedrungen. Die letzten Bereiche, in denen er noch einen Durchbruch als Währung erreichen muß, sind die als Nennwert bei Verträgen und als Zahlungsmittel für Privatpersonen.«

Der ECU wird bereits als Zahlungsmittel bei der Berechnung von Exportwaren eingesetzt und als »Währung« für den Nennwert von Euro-Schuldscheinen. Exporteure in Ländern des Europäischen Währungssystems mit historisch schwachen Währungen – Frankreich, Italien, Belgien – ziehen es oft vor, in ECU zu berechnen als in ihrer eigenen Währung.

Wenn ich ein französischer Exporteur von Wein nach Holland wäre, und ich damit rechnen müßte, daß der französische Franc abgewertet wird, würde ich dem Kunden die Rechnung in ECU statt in Franc ausstellen. Wenn dann zwischen der Zeit, in der ich die Rechnung schicke und die Zahlung erhalte, der Franc abgewertet wird, bekomme ich mehr Franc für den ECU, wenn ich bezahlt werde, und ich vermeide die Schwierigkeit, meine Währung dem Terminmarkt aussetzen zu müssen.

Der Hauptverwendungszweck des ECU ist jedoch bis jetzt als »Währung« für internationale Schuldscheine. Der ECU ist bereits die fünftwichtigste Währung in internationalen Finanzkreisen hinter dem US-Dollar, dem Yen, der DM und dem Schweizer Franken vor dem britischen Pfund Sterling, dem französischen Franc, der italienischen Lira und allen anderen frei konvertiblen Währungen.

Wer gibt den ECU aus?

ECU-Schuldscheine kursieren sogar in den Vereinigten Staaten; die ersten, die dort in Umlauf kamen, wurden im Dezember 1984 von der Europäischen Währungsunion ausgegeben.

Doch weder die Verwendung des ECU für die Berechnung von Exportwaren oder als Nennwert für Euro-Schuldscheine macht den ECU zu einer Währung. Da der ECU wie das Sonderziehungsrecht gegenüber den Weltwährungen frei zirkuliert, werden ECU-Bonds zu ihrem gegenwärtigen Verkaufskurs in Dollar, Pfund, Franc oder in einer anderen Währung gekauft. Wenn eine Rechnung in ECU bezahlt wird, wird sie vom Zahlungsempfänger tatsächlich in einer Landeswährung kassiert.

ECUs werden von keiner Zentralbank ausgegeben wie das amerikanische Federal Reserve System beispielsweise Dollar ausgibt oder die Bank von England Pfund Sterling. Heißt das, daß der Aufruf des »Wall Street Journal« nach einer breiteren Verwendung dieser Einheit unbeachtet bleiben wird? Wohl kaum.

Es darf nicht vergessen werden, daß bisher keine internationale Stelle Banknoten in ECU ausgibt oder sie wie Computereingaben aus dem Nichts schafft. Selbst die EG und das Europäische Währungssystem bekommen ihr Arbeitskapital aus den Mitgliedsländern in deren Währungen, die dann bei Bedarf in ECU umgewandelt werden können.

Auf diese Weise ausgegebene ECUs werden in die verschiedenen konvertiblen Währungen eingelöst, wenn die EG und das EWS seine Rechnungen bezahlt.

Wer schafft also die ECUs? Natürlich die Banker. Es sind die Privatbanken, die ECU-Bonds verkaufen, ECU-Travellerschecks ausgeben und ECU-Kreditkarten anbieten. Schon bald werden sie vielleicht auch ECU-Banknoten offerieren, so wie Privatbanken in Schottland Banknoten in Pfund Sterling ausgeben und Privatbanken in Hongkong Banknoten in Hongkong Dollar.

Der Präzedenzfall für multinationale Währungen ist schon seit langem geschaffen. Der ostkaribische Dollar (EC-Dollar) ist die gemeinsame Währung für Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Christopher und Nevis, St. Lucia und St. Vincent und die Grenadines. Diese Mikrostaaten sind »zu klein«, als daß sie eine eigene Währung haben könnten; der EC-Dollar erfüllt hier seinen Zweck sehr gut. Der CFA-Franc ist die gemeinsame Währung von elf ehemaligen französischen Kolonien in West- und Zentralafrika und seit dem 1. Januar 1985 auch in der ehemaligen spanischen Kolonie von Äquatorial-Guinea. Äquatorial-Guinea wurde im Jahr 1968 unabhängig, und das Land hat seine ehemalige Währung wegen der Sicherheit aufgegeben, die eine Hartwährung bietet. Der CFA-Franc ist tatsächlich eine konvertible Währung, die zu 50 CFA je Franc in französische Franc eintauschbar ist.

ECU ein europäischer Versuchsballon

Die Folge ist, daß Bürger von kleinen, armen und unbedeutenden Länder wie Benin (Dahomey) und Burkina Faso (Elfenbeinküste) eine stärkere Währung haben als ihr Nachbar Nigeria, der ein wirklich machtvolles Land in der Region ist. Benin ist ein kommunistisches Land; Burkina Faso wird von einem marxistischen Militärdiktator regiert.

Eine weitere Währung mit einer multinationalen Rolle ist keine andere als der US-Dollar. Die Währung ist ein gesetzliches Zahlungsmittel auf den britischen Jungfern-Inseln, Panama und Liberia und ist im Umlauf neben dem Dollar von den Bermudas und Bahamas. Der US-Dollar ist auch die Währung der Wahl der Teilnehmer an den freien oder Parallelmärkten – oft Schwarzmärkte genannt – in kommunistischen Ländern und den Ländern der dritten Welt.

Bedeutet die Zunahme an Bedeutung des ECU, die Existenz multinationaler Währungen wie des EC-Dollar und des CFA-Franc sowie die weitverbreitete offizielle und inoffizielle Verwendung des US-Dollar, daß wir uns auf eine Eine-Welt-Währung zubewegen? Nein, das bedeutet es nicht.

Die meisten Länder der dritten Welt und der kommunistische Block zum Beispiel besteht darauf, daß ihre Bürger nur lokale Währungen zu Hause verwenden, und sie fordern die Abgabe aller fremden Währungen an die Zentralbank oder das jeweilige Finanzministerium. Ihre Kontrolle über die eigene Bevölkerung würde durch eine Welt mit nur einer Währung reduziert. □

Griechenland

Sozialismus unterjocht Staatskirche

Beat Christoph Baeschlin

Der griechische Staatspräsident hat im Juni 1987 das hart umkämpfte Gesetz über die »Säkularisierung des kirchlichen Eigentums an Grund und Boden« in Kraft gesetzt. Unter der Tarnung von »sozialer Gerechtigkeit« wird da beabsichtigt, die griechische Staatskirche unter sozialistische Vormundschaft zu zwingen. Das Gesetz begründet eine beengende staatliche Kontrolle des ganzen kirchlichen Finanzwesens.

Das soeben in Kraft getretene Gesetz bezweckt ganz unverhohlen die Bevormundung der orthodoxen Kirche durch die staatlichen und parteipolitischen Mächte. Sollen doch sämtliche kirchlichen und klösterlichen Vermögenswerte einem außerkirchlichen Verwaltungsapparat unterstellt werden. Diese neue Behörde trägt den Namen »Verwaltungsorgan des kirchlichen Eigentums«.

Engmaschiges System der Bevormundung

Vorab geht es um die in Klostereigentum befindlichen Ländereien. Die heilige Synode hat beschlossen, die landwirtschaftlich nutzbaren Domänen in Klosterbesitz direkt an arme Bauern zu verteilen. Damit versucht die Kirche, der üblen Gesetzesbestimmung zuvorzukommen, wonach der Klosterbesitz zu Händen staatlich oder parteipolitisch kontrollierter und beherrschter Genossenschaften oder Kollektivfarmen einzuziehen sei.

Das Gesetz sieht verschiedene Bevormundungsinstanzen vor: zuoberst das erwähnte »Verwaltungsorgan des kirchlichen Eigentums«, das aus sieben Mitgliedern besteht. Um die Kirche total in den Griff zu bekommen, hat der Gesetzgeber bestimmt, daß vier von diesen sieben direkt von der Regierung ernannt werden. Der Ministerrat bestimmt ebenfalls den Präsidenten dieser für die Kirche schicksalsschweren Kommission. Somit werden die kirchlichen Verwaltungsräte stets in der Minderheit sein.

Natürlich soll sich die politische Bevormundung der Kirche nicht auf diese Oberinstanz beschränken. Die Unterdrückung der kirchlichen Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit wird mit aller Gründlichkeit vorbereitet durch eine politische und wohl auch weltanschauliche Durchdringung des Kirchenlebens. Sämtliche Kirchensprengel (Diözesen) und Kirchengemeinden werden mit Bevormundungsräten – also mit einem wahren Rätesystem – versehen. Auf Ebene der Kirchengemeinden hat der Regierungsstatthalter je einen Beamten der Einwohnergemeinde als Kirchengemeinderat zu ernennen, dem vier Laien zur Seite stehen, die mittels Volkswahlen zu bestimmen sind.

Griechenland kennt vorläufig keine Kirchenmitgliedschaft im juristischen Sinn, da jeder Staatsbürger als Glied der Kirche gilt. So wird auch jeder Staatsbürger ungeachtet seiner persönlichen Einstellung zu Kirche und Evangelium stimmberechtigt sein. Die bevorstehenden Wahlen für die Kirchenvorstände werden folglich nach rein politischen Grundsätzen durchgeführt.

Feierlicher Protest der Kirchenführer

Der Weg ist somit frei, daß Atheisten und Antiklerikale in die kirchlichen Finanzräte gelangen. Das bietet Gelegenheit zu Sabotage und Behinderung aller kirchlichen Tätigkeiten. Die Regierung kann dieses Zerstörungswerk nach Gutdünken fördern, indem sie als Vertreter der Gemeindeverwaltung Feinde der Kirche ernennt.

Als dieses Gesetz zur Diskussion stand, hat die heilige Synode unverzüglich heftigen Widerstand angemeldet. Es war allzu offensichtlich, daß die sozialistische Regierung Papandreu darauf hinwirkte, sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche einzumischen. Daß die Staatsverfassung eine Bevormundung der Kirche keineswegs vorsieht, wurde da kurzerhand »vergessen«.

Mit Recht sagte Irenäus, Metropolit von Kissamos (Kreta), in einem Protesttelegramm an den sozialistischen Premierminister



Papandreu: »Diese Angelegenheit bedeutet eine schwerwiegende Belastung für das Volksempfinden ... Ihr Sozialisten bemüht Euch um den Weltfrieden, aber mit dem Kirchengesetz zögert Ihr nicht, Feuer an das Haus des Staates legen, wo es doch dringend nötig wäre, die Einheit von Volk und Nation zu bewahren.«

Auch der orthodoxe Patriarch von Konstantinopel, Demetrios I., hat als formeller oberster Geistlicher aller orthodoxen Kirchen klar Stellung bezogen gegen das absurde Kirchengesetz der Sozialisten. Patriarch Demetrios I. gab eine offizielle Erklärung heraus, wonach das Gesetz durchaus unvereinbar sei mit den Grundsätzen und Rechtsordnungen der Orthodoxie. Die Einschleusung nichtkirchlicher oder kirchenfeindlicher Elemente in die Kirchenverwaltung komme einer Vergewaltigung gleich.

Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die orthodoxe Kirche über die düsteren Jahrhunderte der türkisch-muselmanischen Besetzung hinweg die feste Burg und der Rückhalt des griechischen Volksbewußtseins war. Nie hat die volks- und religionsfremde Besatzungsmacht es fertiggebracht, den christlichen Glauben zu zersetzen und die orthodoxe Kirche zu schwächen oder gar zu zerstören.

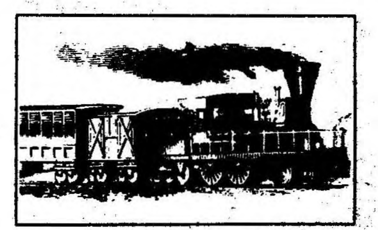
Sozialisten zerstören die Religion

Was die Türken in Jahrhunderten nicht fertigbrachten, das wollen nun die Sozialisten im Eiltempo verwirklichen, nämlich die Unterjochung der Kirche und die systematische Auflösung der christlichen Volksfrömmigkeit.

Unwillkürlich drängt sich der Vergleich auf mit den protestantischen Volkskirchen. Diese wurden Ende des 18. Jahrhunderts vom Rationalismus zersetzt und im 19. Jahrhundert vom Liberalismus ihrer Glaubensgrundlagen entäußert, um in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu substanzlosen Hilfskräften des Marxismus abzusinken. Das bewirkte einen vollständigen Bruch zwischen Volk und Kirche.

Die Papandreu-Sozialdemokraten wollen nun der griechisch-orthodoxen Kirche diese Talfahrt in die Bedeutungs- und Sinnlosigkeit aufnötigen.

Hoffentlich wird sich das griechische Volk diese geistliche und geistige Abwertung nicht gefallen lassen. In den traditionell protestantischen Ländern wird die gegenwärtige Tragödie Griechenlands vor Augen führen, daß der Sozialismus ein Todfeind der christlichen Religion ist; auch wenn die heutigen protestantischen »Kirchenfürsten« sich krampfhaft bemühen, dem Volk diese harte Tatsache zu verheimlichen. □



Europa-Journal

Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand

Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen im Europa der zwölf sind seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit. Proportional gesehen werden von der Langzeitarbeitslosigkeit mehr Jugendliche als Ältere betroffen, und in den meisten Ländern der Gemeinschaft nimmt sie noch weiter zu. Einige Langzeitarbeitslose haben schon »europäische« Beihilfen erhalten.

Im Jahr 1985 waren mehr als 52 Prozent der 16 Millionen Arbeitslosen der Zwölfer-Gemeinschaft – heute sind es 16,3 Millionen – seit mehr als einem Jahr ohne Arbeit. Dieser schon sehr hohe Prozentsatz wurde jedoch in mehreren Ländern noch wesentlich übertroffen; in Belgien zählte man mehr als 68 Prozent Langzeitarbeitslose, mehr als 63 Prozent in Italien und mehr als 62 Prozent in Irland.

Im gleichen Jahr waren im gesamten Europa der zwölf 38 Prozent der Langzeitarbeitlosen jünger als 25 Jahre. Zu derselben Altersgruppe gehörten 46 Prozent derjenigen, die seit weniger als einem Jahr arbeitslos waren, aber nur 17 Prozent der Europäer mit einer Arbeitsstelle. In Italien waren 60 Prozent der Arbeitslosen jünger als 25 Jahre und in Portugal und Frankreich lag der Prozentsatz bei fast 50 Prozent. □

Rückgang im europäischen Seeverkehr

Zu einer Zeit, in der zahlreiche europäische Transportunternehmer panamesische, liberianische oder sonstige »Billigflaggen« nutzen und mehr als ein professioneller Im- oder Exporteur auf preisgünstige Reeder zurückgreift, scheint das Europa der zwölf sich die Mittel zu geben, auf Gegendampf zu gehen. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung dieser Frage ist in der Tat enorm: Ungefähr 90 Prozent des Außenhandels der Gemeinschaft und 30 Prozent des Binnenhandels erfolgen im Seeverkehr.

1986 hatte die Flotte der elf Seehandelsländer der EG nur noch 19 Prozent der Welttonnage, während ihr Anteil 1975 noch 31 Prozent betrug. Die Tonnage der gemeinschaftlichen Handelsmarine erreichte 1980 ihr höchstes Niveau und ist seitdem um fast 40 Prozent zurückgegangen; allein im Jahr 1986 überschritt dieser Rückgang 12 Prozent.

Dieser Rückgang bringt den Verlust von Arbeitsplätzen mit sich, sowohl bei den Seehandelsunternehmen als auch bei den Werften; er führt darüber hinaus auch zu Konkursen bei den Reedereien. Natürlich findet es manch europäischer Exporteur angenehm, seine Preise senken zu können, weil er Transporteure aus Drittländern benutzt, die die gültigen internationalen Vorschriften für Sicherheit, Verschmutzung und Beschäftigung nicht einhalten.

Neue Vorschriften der EG zielen jetzt darauf, im Europa der zwölf geordnete Wettbewerbsbedingungen zu garantieren und es der Gemeinschaft zu ermöglichen, unlautere Praktiken von Reedereien aus Drittländern zu bekämpfen und gegen restriktive Maßnahmen von Ländern vorzugehen, die die Aktivitäten der gemeinschaftlichen Transportunternehmer behindern. □

Das Autotelefon ohne Grenzen für 1991

Paris oder Brüssel aus dem Auto anrufen zu können, während man auf der Autobahn zwischen Amsterdam und Köln unterwegs ist, und gleichzeitig Anrufe aus Mailand und Barcelona erhalten zu können, dies wird mit einem einzigen Apparat 1991 möglich sein. Das Autotelefon auf europäischer Ebene wird eine Realität werden.

Dieses Autotelefon der »zweiten Generation« wird dank eines numerischen Systems funktionieren, also eine Computersprache verwenden. Es ersetzt die existierenden nationalen Systeme, die nicht untereinander vereinbar sind, und wird das Berufsleben von Millionen von Europäern vereinfachen.

Das neue Autotelefon bringt dem Verbraucher einen zusätzlichen Vorteil: den günstigen Preis. Denn die Hersteller können auf europäischer Ebene wesentlich größere Serien produzieren als gegenwärtig im nationalen Rahmen. □

1986 war ein schlechtes Jahr für die Energiewirtschaft

Im Jahr 1986 ist der Energieverbrauch weniger gestiegen als das Bruttosozialprodukt. Der Energieverbrauch stieg nur um 1,1 Prozent, während gleichzeitig das Bruttosozialprodukt eine Steigerung von 2,5 Prozent und die Industrieproduktion von 1,9 Prozent verzeichneten. Ebenso wie im Jahr 1985 hat der Prokopfverbrauch an Energie leicht zugenommen.

Unter den verschiedenen Energiequellen ist der Verbrauch von Atomstrom am schnellsten gestiegen, selbst wenn die 1986 festgestellte Zunahme von 7,5 Prozent hinter den fast 20 Prozent von 1985 zurückbleibt. Nach der rückläufigen Tendenz, die man in den vorherigen Jahren registrieren konnte, hat der Rohölverbrauch im letzten Jahr um 2,1 Prozent zugenommen. Der Verbrauch von Erdgas ist leicht gestiegen, der von Kohle dagegen zurückgegangen.

Schwärzester Punkt des Jahres 1986: Die Gemeinschaft mußte 44,9 Prozent ihrer Energie importieren, im Vergleich zu 43,2 Prozent im Jahr 1985. Beim Öl ist die Abhängigkeit von der Außenwelt von 31,6 Prozent im Jahr 1985 auf 33,6 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Die gesamten Nettoeinfuhren – Einfuhren abzüglich Ausfuhren – haben um 5,5 Prozent zugenommen; die Öleinfuhren sind um 8,7 Prozent gestiegen, die von Erdgas um 8,8 Prozent. □

Europa im Lebensstandard hinter den USA und vor Japan

Seit 1958, also in fast 30 Jahren, ist der Lebensstandard in allen westlichen Industrieländern erheblich gestiegen. Im Europa der zwölf hat sich die Zahl der Autos pro 1000 Einwohner mehr als verdreifacht, die Zahl der Fernsehapparate mehr als vervierfacht und die Zahl der Telefone fast verfünffacht.

Europa hat einen Großteil seines Rückstandes auf diesem Gebiet gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada aufholen können: Auf die gleiche Einwohnerzahl bezogen gab es in Europa 1958 viermal weniger Autos als in den USA; die Europäer von heute haben nur noch zweimal weniger Autos als ihre Vettern jenseits des Atlantiks.

1958 besaßen die Europäer viermal weniger Telefone je 1000 Einwohner, 1986 ist die Zahl der in der EG installierten Telefone nur noch um ein Drittel niedriger als die amerikanische Anzahl.

Die Japaner haben ihrerseits die Zahl der Telefone pro 1000 Einwohner seit 1958 verzwanzigfacht; sie haben die Europäer auf diesem Gebiet jetzt überholt, während sie vor 30 Jahren viermal weniger Apparate als die Europäer hatten. Die Zahl der Fernsehapparate in Japan ist dagegen im gleichen Zeitraum weniger gestiegen als in Europa. □

EG an vierter Stelle bei Erdöl-Produktion

Die Europäische Gemeinschaft steht mit ihren 143,7 Millionen Tonnen bei der Produktion von Rohöl an vierter Stelle der Weltrangliste. Hauptstütze dieses Ergebnisses ist natürlich die britische Produktion mit 122,3 Millionen Tonnen Rohöl im Jahr 1986.

Spitzenreiter der Weltproduzenten ist noch immer die UdSSR mit 613 Millionen Tonnen bei einer Weltgesamtproduktion von 2914 Millionen. Die USA besetzen den zweiten Platz mit 280 Millionen Tonnen und Saudi-Arabien den dritten mit 247,6 Millionen Tonnen.

Die EG kommt also noch vor Mexiko (140 Millionen Tonnen) und der Volksrepublik China (129,6 Millionen Tonnen). Besonders bemerkenswert ist der spektakuläre Wiederaufstieg Saudi-Arabiens von 158 Millionen Tonnen im Jahr 1985 auf fast 250 Millionen Tonnen im Jahr 1986.

Dies entspricht übrigens der allgemeinen Tendenz in den Nahostländern, die allein im Jahr 1986 ihre Produktion um 25 Prozent erhöht haben (662,2 Millionen Tonnen nach 529,4 Millionen Tonnen im Jahr 1985). Die OPEC, die bei weitem die größte Erzeugergruppe der Welt bleibt, hat ihre Produktion insgesamt um 16 Prozent (von 818 Millionen Tonnen auf 950 Millionen Tonnen) gesteigert, bei einer Weltproduktion von 2914 Millionen Tonnen. Nur die Vereinigten Staaten haben 2,3 Prozent weniger produziert, während die Sowjetunion 3 Prozent Steigerung erreicht hat. □

Spanische Terroristen nicht ins Europa-Parlament

Eine Untergruppierung der Regenbogen-Koalition des Europäischen Parlaments – bekannter unter dem Namen Grael – hat beschlossen, den Antrag auf Mitgliedschaft der spanischen Partei Herri Batasuna abzulehnen, und zwar mit der Begründung, sie »unterstütze in der einen oder anderen Form die Gewalt und die Verhandlungen zwischen bewaffneten Organisationen und dem spanischen Staat«.

Herri Batasuna ist die legale Frontorganisation der ETA-Terroristen. Die Ankündigung wurde in politischen Kreisen Europas mit einiger Überraschung aufgenommen. Die Regenbogen-Koalition selbst besteht weitgehend aus pro-ökologischen Abgeordneten, die in einen Skandal nach dem anderen verwickelt waren im Hinblick auf ihre Beziehungen zu »reformierten« Mitgliedern der Rote-Armee-Fraktion (Baader-Meinhoff-Gruppe), ihre Finanzierung der anti-französischen neukaledonischen Befreiungsbewegung und anderer solcher Bewegungen.

Die Entscheidung fiel inmitten der Entrüstung über den Mord an zwei militanten Angehörigen der sozialistischen Partei im spanischen Portugalete im Verlauf einer Brandbombenlegung, die vermutlich eher von Batasuna-Angehörigen als von der ETA durchgeführt worden ist. Sie erfolgte auch aufgrund der Freigabe von Dokumenten an die spanischen Behörden, die bei der ETA-Kooperative »Sokoa« beschlagnahmt worden waren, die angeblich Beweise über die finanziellen und anderen Beziehungen zwischen ETA und Herri Batasuna darstellen sollten. □

Kinnock: Großbritannien ist wie Afghanistan

Der Führer der britischen Labour Party, Neil Kinnock, hat in England einen kleinen politischen Sturm hervorgerufen, als er in einer Rede zu verstehen gab, die Sowjetunion könnte irgendwann in der Zukunft die Britischen Inseln besetzen und die britische Verteidigungspolitik sollte darauf ausgerichtet sein. Seither geht es bei Premierministerin Thatcher, die im Juni erst gegen Kinnock und andere die Wahlen gewonnen hatte, hoch her.

Kinnock argumentierte, die britische Verteidigung solle darauf angelegt sein, »daß eine Besetzung völlig unhaltbar ist«, und zitierte Afghanistan als Modell. Wahrscheinlich sollten die Briten selbst auf einen Guerillakrieg vorbereitet sein.

Man war jedoch verblüfft, daß jemand eine Parallele ziehen kann zwischen dem Vereinigten Königreich und einem Land, in dem fünf Millionen Menschen durch den Überfall der Sowjetunion zu Flüchtlingen gemacht wurden.

Margaret Thatcher antwortete Kinnock mit den Worten: »Er hat keine andere Politik als Invasion und Besetzung und hegt die aussichtslose Hoffnung, daß ein Guerillakrieg die Besatzungsarmee schließlich zum Rückzug zwingen wird. Ich verstehe nicht, wie jemand, der das Regierungsamt anstrebt, so leichtfertig über die Verteidigung unseres Landes denken kann.« □

Britische Elite-Streitmacht wird umorganisiert

Großbritanniens Elite-Sonderstreitmacht wird umorganisiert, um der wachsenden Bedrohung terroristischer Anschläge und der sowjetischen Spetsnaz (irreguläre Sondertruppen), die sich gegen seine Militärstützpunkte wendet, zu begegnen, so berichtete die englische Zeitung »Sunday Times«.

Unter dem öffentlichen Stichwort der Umorganisierung werden die Special Air Services und die Special Boat Squadron (SBS) einem neuen Hauptquartier für Sondertruppen im Londoner Stadtteil Chelsea unterstellt, die unter dem Kommando der Joint Operation Centers beim britischen Verteidigungsministerium operieren werden.

Etwa 200 Mitglieder der Comachio-Gruppe, einer Elite-Einheit der britischen Marine, werden der SBS angehören. Der Rest der Comachio-Gruppe, die normalerweise zum Schutz der Bohrinseln in der Nordsee eingesetzt wird, soll jetzt den U-Boot-Stützpunkt Clyde schützen.

William Massie vom »Sunday Express« zufolge, stellen Seeleute auf Schiffen, die nicht zum Warschauer Pakt gehören, für Großbritannien eine offensichtliche Bedrohung durch die sowjetische Spetsnaz dar.

»Tausende von Seeleuten des Warschauer Pakts mit Militärtraining auf Schiffen, die regelmäßig in britischen Häfen in der Nähe von wichtigen Verteidigungseinrichtungen herumfahren, rufen Alarm in Whitehall hervor.«

Westliche Schiffseigner stellen osteuropäische Seeleute über Sonderorganisationen in Hauptstädten des Warschauer Pakts ein, weil den Seeleuten mit Status von Mitgliedern der Verteidigungsstreitmacht in ihren Heimatländern lediglich Matrosengehälter gezahlt werden müssen, das ist weit weniger, als Matrosen des Westens bekommen.

Eine Sonderabteilung von Scotland Yard behauptet, sie wisse nicht, wieviel osteuropäische Seeleute von britischen Reedereien angeheuert werden. □

Auf dem Energiesektor engere Zusammenarbeit mit China

China ist potentieller zweitgrößter Kohleproduzent der Welt, Besitzer einer der größten Wasserkraftreserven der Welt, reich an Vorkommen von Öl und Erdgas, doch es nutzt seine Schätze nur ungenügend aus. Trotz eines spektakulären Aufstiegs vom 13. Platz im Jahr 1973 auf den 6. Platz für 1986 im Weltrang der Rohölproduktion ist man noch weit von dem wirklich Erreichbaren entfernt. Vom Potential der Wasserkraft werden bisher überhaupt nur 5 Prozent genutzt.

Bis zum Jahr 2000 hat sich die Volksrepublik China jedoch zum Ziel gesetzt, das Bruttosozialprodukt zu vervierfachen, wobei nur das Doppelte des heutigen Energieverbrauchs eingesetzt werden soll.

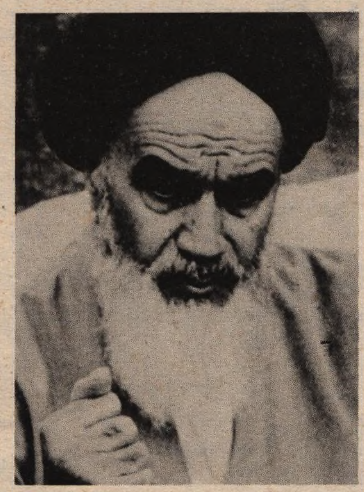
Dabei hat China ganz klar auf die europäische Karte gesetzt und die Zusammenarbeit hat sich geradezu spektakulär erweitert. Mehr als 2200 chinesische Manager sind in vier von der EG und China errichteten Zentren in Peking, Tianjin, Nanjing und Hangzou ausgebildet worden, und drei weitere Zentren mit einer Ausbildungskapazität von 600 Managern pro Jahr sind gerade eröffnet worden. □

Khomeinis Charisma

Gunther Burkhardt

Im Zentrum jeder sozialen Bewegung, sei sie nun religiös oder anders inspiriert, steht fast immer das Charisma eines einzelnen Menschen. In eben diesem Sinn ist die islamische Revolution im Iran untrennbar mit dem Namen Khomeinis verbunden. Ohne ihn hätte diese Revolution möglicherweise gar nicht stattgefunden, auf jeden Fall hätte sie andere Wege und Menschen gesucht, suchen müssen. Wer ist dieser Khomeini? Worin äußert sich seine Wirkung innerhalb der Bewegung? Was läßt ihn zu ihrem Zentrum werden?

Ayatollah Ruholla Musavi Khomeini, wie er mit vollem Namen heißt, wurde am 24. September 1902 in Khomein, nordwestlich von Isfahan im Zentraliran geboren. Er stammt aus einer alten Gelehrtenfamilie. Sein Vater fiel im Kampf für eine Staatsverfassung gegen das Regime der Qajar-Dynastie. Khomeini war zum Zeitpunkt des Todes seines Vaters gerade fünf Monate alt und wurde deshalb von seinem Bruder Morteza, einem bekannten islamischen Geisteswissenschaftler, der zur Zeit in Qom lebt, erzogen.



Für viele materialistisch orientierte Menschen ist Khomeinis iranische Revolution unbegreiflich.

Engagement für Nation und Politik

Khomeini selbst ging nach den ersten Ausbildungsjahren im Alter von 19 Jahren nach Arak, um seine Ausbildung bei einem der bedeutendsten islamischen Theologen, Ayatollah Haieri, fortzusetzen.

1922 begleitete Khomeini seinen Lehrer nach Qom, um ihn aktiv dabei zu unterstützen, die Stadt in ein Zentrum islamischer Studien zu verwandeln. In dieser Zeit absolvierte Khomeini eine Art islamisches Studium generale: islamisches Recht, islamische Hermeneutik, Philosophie, Mystik, Ethik und Glaubenslehre.

Khomeini heiratete im Jahre 1928. Aus dieser Ehe gingen drei Töchter und zwei Söhne hervor. Sein ältester Sohn, Mustafa, starb 1978 unter ungeklärten Umständen im Irak.

Obwohl Khomeini schon mit 30 Jahren den Ijtihad-Grad, den höchsten theologischen Rang erreicht hatte, bezeichnet er sich noch heute im hohen Alter als »Student der Islam-Wissenschaften«. Hierzulande würde man diese Art der Selbsteinschätzung eines solchen Mannes wahrscheinlich mit dem Prädikat »professorale Koketterie« abtun.

Es gehört jedoch mit zu den Ursachen seines Erfolgs, daß er die hierarchische Distanz durch eine uneitle Selbsteinschätzung zu mindern vermag. Indem er sich selbst einen Suchenden heißt, vermittelt er Gemeinsamkeit mit allen Suchenden auf dem islamischen Heilspfad. Und Khomeini geht voran auf diesem Pfad.

Durch sein Engagement für Nation und Politik war er schon immer mehr als nur ein großer Lehrer der Philosophie und der Grundsätze des islamischen Rechts gewesen.

Aus Khomeinis über dreißig Büchern läßt sich der Nachweis seiner charismatischen Qualifikation nicht erbringen. Sein erstes Buch »Die Enthüllung der Geheimnisse«, ein direkter Angriff auf die Herrschaft von Reza Schah und dessen Unterwürfigkeit gegenüber ausländischen Mächten mit ihrer systematischen Vernichtung der islamischen Kultur im Gefolge, enthält zwar durch die Anprangerung als negativ erkannte Phänomäne gleichzeitig einen programmatischen Entwurf der Revolution und ihrer Ziele. Sein Charisma bleibt aber genauso unerklärt wie bei den übrigen Büchern.

Gegen die Herrschaft von Reza Schah

Unsere Analyse muß sich deswegen zur Erhellung der charismatischen Macht Khomeinis an der historisch gewordenen Phänomenologie der Bewegung orientieren und an der Rolle, die der geistige Führer Khomeini darin gespielt hat. Worin also äußert sich seine Wirkung innerhalb der Bewegung? Was läßt ihn zu ihrem Zentrum werden?

Seit Max Webers Untersuchungen versteht die sozialwissenschaftliche Forschung unter dem Phänomen Charisma jene außeralltägliche Qualität eines Menschen, die bei anderen Menschen Hingabe hervorruft und den charismatisch Qualifizierten deshalb als Führer legitimiert.

Eine unbefangene Phänomenologie richtet ihr Erkenntnisinteresse dabei weniger auf die an der Interaktion beteiligten Individuen, als vielmehr auf die Interaktion selbst. Der charismatische Prozeß zwischen Führer und Geführten ist das eigentliche Phänomen. Mit dem Soziologen Florian Deltgen zu sprechen: »Der charismatische Führer und seine Gemeinde sind gewissermaßen zwei Seiten derselben Münze. Sie bedingen einander.«

Charisma erweist sich somit als soziales Phänomen. Nichts anderes beschreibt der Begriff als den wechselwirkenden Prozeß von Hingabe und Führung, Befehl und Gehorsam, die Interaktion charismatisch aufeinander eingestellter Menschen. Ergebnis dieses wechselwirkenden Prozesses ist immer ein spezifisches »Wir-Gefühl«, Verschmelzung und Aufhebung individuellen Bewußtseins, kurz Gemeinschaft.

In einer ihrer Ausgaben schrieb die Illustrierte »Stern« im Jahr 1979: »Millionen in Ekstase. Khomeini ist da.« Fraglos kann dieses charismatisch bewirkte Gemeinschaftsgefühl den Grad besonderen, eben außeralltäglichen Erlebens erreichen.

Ekstatische Erlebniszustände sind – gerade bei religiös inspirierten Vergemeinschaftungen – nicht selten. Im Fall der islamischen Revolution im Iran mag diesen außeralltäglichen psychogenen Erlebniszuständen sogar spezifische Bedeutung zukommen. Die Glorifizierung des Märtyrertums wirkt beim Bau der psychologischen Basis als Ursache solcher Erlebniszustände ebenso mit wie die latent immer vorhandene Heilserwartung, die sich im Glauben an die irdische Gegenwärtigkeit des – eben nur – verborgenen letzten Imam artikuliert.

»Es steht geschrieben – ich aber sage euch«

Hinzu kommt das Erleben einer vielgesichtigen Not weiter Bevölkerungsteile unter dem Schah-Regime. Zusammen genommen ergaben diese drei Faktoren im sozialen Bereich ein hochbrisantes, alle Dimensionen des Menschlichen umfassendes Gemisch, das nur eines Zünders bedurfte: Khomeini.

Und Khomeinis spezifische Gabe besteht eben gerade darin, daß er alle Dimensionen des Menschlichen zu erreichen und zu verbinden vermag. Seine Macht äußert sich gemeinschaftstiftend, Himmel und Erde, Gott und Welt in einem tiefempfundenen »Wir« vereinend. Jenes starre, diesseitige, der Religiosität entfremdete Schah-Regime wurde durch das religiöse Feuer dieser glaubensergriffenen, durch Khomeini charismatisch beseelten Gemeinschaft des Volkes hinweggebrannt.

»Es steht geschrieben – ich aber sage euch«, lautet jener Revolutionssatz, den Max Weber zur Charismatisierung charismatischen Führertums immer wieder bemüht. Im Sinne dieses Satzes ist Ayatollah Khomeini der charismatische Führer in idealtypischer Reinheit.

Mit Khomeinis Auftreten korrelierte ja gerade die Chance zur Veränderung, Umwandlung,

Revolution. Und sie wurde wahrgenommen. Die Verinnerlichung der von Khomeini verheißenen Ziele durch die Gläubigen vollzog sich mit einiger Wahrscheinlichkeit vor allem während seiner Reden. In diesen Reden skandiert Khomeini in Modifikation letztlich nichts anderes als diesen Satz: Es steht geschrieben – ich aber sage euch.

Das verheißene Heil jenseits der Not, wie es sich im »ich aber sage euch« symbolisch verdeutlichen läßt, bewirkt ganz ursächlich den Akt der Vergemeinschaftung in einem den bloß sozialen Rahmen sprengenden Sinn. Die Identifikation der Betroffenen mit diesem Heil jenseits der aktuellen Not löst die Bewegung aus.

Insofern sind die Begriffe »Vergemeinschaftung« und »Bewegung« zwei Aspekte desselben Phänomens: psychologische und soziologische. Zusammen mit der Heilserwartung, letztlich: der Erwartung des verborgenen Imam und der damit verbundenen Erwartung der gerechten und idealen Gesellschaft, gestalten diese psychologischen und soziologischen Faktoren die islamische Revolution im Iran zu einem menschlich sozialen Phänomen sui generis, das sich jeder Beurteilung von außen entzieht. Und Khomeini ist der Spiritus rector dieses Phänomens.

Khomeinis historische Rede

Khomeini hat die höchsten schiitischen Feiertage im Trauermonat Muharram zu Ehren des Märtyrers Imam Hussein zum Ausgangstag der Bewegung gemacht. Der hohe Grad religiöser Ergriffenheit in diesen Tagen prädisponiert die Gläubigen geradezu für jede Art von psychologischer Entfesselung und macht sie entflammbar für das Neue, Bewegende, Revolutionäre.

Khomeini hatte insofern gut gewählt. Und so wird der Muharram des Jahres 1963 als Monat des Aufrufs Khomeinis zum Kampf gegen den Schah in die Chronik der islamischen Revolution eingehen.

Der Schah hatte gerade die »weiße Revolution« begonnen, ein Programm zur »Sanierung« der Wirtschaft, mit dem eine fehlgeschlagene Bodenreform einherging und die Erschließung des Iran als Absatzmarkt für amerikanische Agrarprodukte. Beides Wirkungen, die die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher machten.

Khomeini nahm diese »weiße Revolution« zum Anlaß für eine Reihe von Predigten gegen den Schah. Diese wurden im Muharram in allen Moscheen des Landes verlesen. Das Ergebnis dieser Predigten war die Verhaftung Khomeinis durch den Geheimdienst des Schah und ein dreitägiger Volksaufstand, den die Armee mit gezieltem Feuer in die Demonstrantenmassen beendete und der die Aufständischen mehrere tausend Menschenleben kostete.

Am 28. Oktober 1964 gab Khomeini seine berühmt gewordene Erklärung gegen die Ratifizierung des vom Volksmund »Kapitulationsgesetz« geheißenen »Vertrages mit den USA« ab, der alle amerikanischen Staatsbürger außerhalb der iranischen Gesetzbarkeit stellen sollte. Der erste Absatz dieser Erklärung von Khomeini lautete:

»Im Namen Gottes. Weiß das iranische Volk, was in diesen Tagen im Parlament vor sich ging? Weiß das iranische Volk, was für ein Verbrechen ohne sein Wissen verübt wurde? Weiß es, daß das Parlament auf Vorschlag der Regierung das Gesetz zur Versklavung des Volkes billigte? Das Parlament hat damit den Iran zum Kolonialstaat erklärt.



Schah Reza Pahlevi versuchte, das iranische Volk dem Joch der Amerikaner zu unterwerfen. Kraft seiner Persönlichkeit zwang Khomeini diesen reichsten und mächtigsten Despoten zur Flucht.

Es bestätigte den Vereinigten Staaten von Amerika schriftlich, daß das islamische Volk ein Volk von Wilden ist. Es löscht mit einem Federstrich all unsere islamischen und nationalen Errungenschaften aus.

Iranische Persönlichkeiten wurden unter das Niveau der primitivsten Völker herabgewürdigt, die ehrenhafte iranische Armee und ihre Offiziere beleidigt, die Ehre der Justiz mit Füßen getreten.

Zu diesem von der vorigen Regierung gebilligten schädlichsten Gesetzeswerk hat das Parlament auf Wunsch der jetzigen Regierung nach einer geheimen Debatte von wenigen Stunden seine Zustimmung erteilt. Es hat damit das iranische Volk dem Joch der Amerikaner unterworfen. Nun ist es den Amerikanern, sowohl den Militärberatern wie allen anderen, samt Familie und Dienerschaft freigestellt, jeden Mord und jeden Verrat zu begehen, ohne daß die iranische Polizei sie verhaften darf.

Warum? Weil Amerika das Land des Dollar ist. Und die iranische Regierung ist auf Dollar angewiesen. Falls ein Amerikaner oder einer seiner Diener einen islamischen Gelehrten, einen ehrenhaften Bürger oder hohen Offizier in irgendeiner Weise beleidigt oder verräterische Handlungen gegen sie begeht, darf die iranische Polizei nach diesem schändlichen Gesetz nicht eingreifen.

Die Ehre des Islams verschenkt

Die iranische Justiz darf nicht tätig werden. Aber falls einem Hund der Amerikaner etwas angetan wird, müssen Polizei und Justiz eingreifen. Heute sind die Kolonien im Begriff, sich mit großer Tapferkeit vom Kolonialismus zu befreien und die Ketten der Unterwerfung zu zerreißen.

Gleichzeitig billigt das ›fortschrittliche‹ iranische Parlament, das sich auf eine 2500-jährige Kuturgeschichte und das Entwicklungsniveau der höchst zivilisierten Staaten beruft, das verdammenswürdige Gesetz einer ehrlosen Regierung, mit dem das ehrenhafte iranische Volk zu einem der primitivsten Völker der Welt degradiert wird.

Die Regierung verteidigt diesen Gesetzentwurf und das Parlament billigt ihn. Aus manchen Quellen habe ich erfahren, daß den Regierungen von Pakistan, Indonesien, der Türkei und Westdeutschland ein entsprechender Vorschlag gemacht wurde – aber keine von ihnen hat sich bereit gefunden, sich diesem Joch zu unterwerfen. Allein die iranische Regierung ist es, die so mit der Ehre des Volkes und mit der Ehre des Islams spielt und sie verschenkt.«

Am 4. November 1964 wurde Khomeini in die Türkei verbannt und später von dort in den Irak, wo er den Wallfahrtsort Nadjaf, den Grabort des Schiitenvaters Ali, als Exil wählte.

Iran

Khomeinis Charisma

Von dort lenkte Khomeini den Widerstand gegen den Schah – nicht weniger als vierzehn Jahre lang. Bis zum Frühjahr 1978, als er – nach neuen Aufständen im Iran, ausgelöst durch einen vom Geheimdienst lancierten Hetzartikel gegen Khomeini – auf Grund des enormen Drucks, den das Schah-Regime auf die Regierung des Irak ausübte, das Land verlassen mußte.

Kuwait wollte den Ayatollah trotz eines gültigen Einreisevisums nicht haben, so daß er nach Frankreich ausweichen mußte. Dort erhielt er eine befristete Aufenthaltsgenemigung, die er zu nutzen wußte. Rund 4500 Kilometer von der Heimat entfernt in dem kleinen Pariser Vorort Neauphle-la-Château machte Khomeini Weltgeschichte, vollbrachte ein Werk, das selbst in der langen und an Helden reichen Geschichte des Orients Anspruch auf Einmaligkeit hat.

Die Macht seiner Rede auf Tonbändern

Kraft seiner Persönlichkeit, seines Charismas zwang Khomeini einen der reichsten und mächtigsten Despoten dieser Welt zur Flucht. Sein wichtigstes Mittel bei diesem revolutionären Werk: die Macht seiner Rede. Tonbänder, die der Ayatollah 4500 Kilometer vom Ort des eigentlichen Geschehens entfernt besprochen hatte, wurden tausendfach in den Moscheen des Iran abgespielt, vermittelten den Gläubigen das außeralltägliche Gefühl des Einsseins miteinander, das Gefühl der Gemeinschaft mit dem Führer.

Seit dem 15. November 1979 ist der Ayatollah Imam Khomeini verfassungsrechtlich als Führer der islamischen Revolution im Iran bestätigt. Grundsatz 107 der »Verfassung der Islamischen Republik Iran« schreibt ihm diese Führungsbefugnis und die damit verbundene Verantwortung ausdrücklich zu.

In Verbindung mit Grundsatz 5 der Verfassung ergibt sich eine Art »Gelehrtenherrschaft«, wie Plato sie für die griechische Polis vor mehr als 2000 Jahren gefordert hatte. Der religiöse Aspekt in der iranischen Verfassung indes ist unübersehbar: der eigentliche Führer dieser islamischen Gemeinschaft ist der erwartete 12. Imam.



Khomeini demütigte die USA zutiefst durch die Besetzung ihrer Botschaft in Teheran.

Khomeini ist »nur« der Statthalter während dessen Abwesenheit – solange sein Handeln die Hoffnung auf Realisierung der zu erwartenden gerechten und idealen Gemeinschaft nährt. Und diese mediumistische Funktion erweist sich auch mit verfassungsmäßiger Legalität nach wie vor in der Praxis seiner Rede. Sie sind charismatische Befehlsübermittlung im elektronischen Zeitalter und dabei gleichzeitig Symbol für eine archetypische Kommunikation zwischen Menschen, wie sie nur durch offenbar religiöses Feuer inspiriert werden kann.

Obwohl für viele materialistisch orientierte Menschen von heute unbegreiflich, hat die islamische Revolution ihre Wurzeln in immateriellen Werten der islamischen Religion. Ihren Sieg hat sie vor allem der von der Mehrheit anerkannten geistigen Führerschaft zu verdanken. Nicht wie im Fall anderer Revolutionen, bei denen die Macht über Jahre hinweg in den Händen eines Revolutionsrates liegt, konnte sich das iranische Volk 47 Tage nach seinem Sieg für die zukünftige Staatsform entscheiden.

Noch im August 1979 wählte das Volk die verfassungsgebende Versammlung. Im November desselben Jahres wurde durch Volksentscheid über die neue Staatsform entschieden. Am 7. Januar 1980 fanden zum erstenmal in der Geschichte freie und öffentliche Parlamentswahlen statt.

Die Gegner setzten auf einen Blitzkrieg

Die Religion, »Opium für das Volk«, entpuppte sich als dynamische Kraft im Aufstand eines entrechteten Volkes gegen eine Supermacht. Das iranische Volk hatte sein Schicksal in die eigenen Hände genommen. Der Westen mußte auf eines seiner wichtigsten Marionettenregime verzichten. Wichtige militärische Basen und Horchposten gingen den Amerikanern ebenso verloren wie der direkte Zugriff auf reiche Erdölquellen und wichtige Kupferlagerstätten.

In den ersten Wochen nach dem Sieg der Revolution wurden Unruhen in Kurdistan und Westazerbeidjan gestiftet, man begann mit der Liquidierung führender Persönlichkeiten. Im April 1980 versuchten die Amerikaner militärisch zu intervenieren, doch ihre Aktion ging im Wüstensturm von Tabas kläglich unter. Im Juli desselben Jahres wurde eine großangelegte Verschwörung aufgedeckt, nach der das Theologiezentrum in Qom bombardiert werden sollte. Fünf weitere rechtzeitig aufgedeckte Putschversuche folgten.

Da alle Versuche scheiterten, die islamische Revolution von ihrem Kurs abzubringen, setzten die Gegner alle ihre Hoffnungen auf einen Blitzkrieg. Im September 1980 wurden die fünf wichtigsten Flughäfen des Landes, die Raffinerien im Süden, Wohngebiete in Teheran, Tabriz und fünf weiteren Städte von irakischen Kampfflugzeugen angegriffen. Unterstützt von Hunderten von Panzern und Flugzeugen marschierten Zehntausende von irakischen Soldaten in das Land ein und besetzten rund 20 000 Quadratkilometer iranischen Bodens.

Zudem setzten die Großmächte damals noch auf den amtierenden Staatspräsidenten, der jedoch im Juni 1981 abgesetzt wurde. Noch in derselben Woche wurde die Zentrale der Islamisch Republikanischen Partei in die Luft gesprengt und 72 Regierungsmitglieder und Parlamentarier, darunter Ayatollah Beheschti, kamen ums Leben.

Bei einem weiteren Attentat fanden dann im August 1981 der Staatspräsident Rajai und der Ministerpräsident Bahonar den Tod. Obwohl die Gegner der Revolution alle Kraft in einen schrecklichen Straßenterror, in Sabotageakte und Bombenanschläge setzten, denen Tausende zum Opfer fielen, konnte dies nichts an dem einmal eingeschlagenen Weg ändern.

Auch der seit Jahren andauernde Krieg, der Zehntausende das Leben kostete, konnte daran nichts ändern. Die irakischen Invasoren verwüsteten ganze Landstriche, machten viele Städte dem Erdboden gleich und setzten die schrecklichsten Waffen ein, darunter Senfgas, Zyanid und Nervengas. Internationale Organisationen schweigen darüber und konnten sich bis heute zu keiner Verurteilung des Angreifers durchringen.

Obwohl die Regierung Irans mehrfach ihren Friedenswillen bekundet und ihre Forderungen zur Beendigung des Krieges – Reparationszahlungen, Verurteilung des Aggressors, Abzug der Truppen – seit langem zum Ausdruck gebracht hat, wird von den internationalen Medien versucht, ihr die Rolle des Unfriedenstifters zuzuschieben. □

Finnland

Kriegsheld in sowjetischer Gefangenschaft?

Mike Blair

Zu den amerikanischen Soldaten im Vietnamkrieg, die noch immer als vermißt gelten, zählt ein finnisch-amerikanischer Offizier der US-Armee. Wegen seiner Heldentaten im »russisch-finnischen« Krieg der Jahre 1939 bis 1940 ist er in Finnland noch heute als Nationalheld angesehen. Es gibt heute noch 2450 amerikanische Soldaten aus dem Krieg in Südostasien, über die die Kommunisten keine Rechenschaft abgelegt haben.

Major Larry Alan Thorne aus Norwalk, US-Bundesstaat Connecticut, der am 28. Mai 1919 in Finnland als Lauri Allan Torni geboren wurde, wird seit dem 18. Oktober 1965 vermißt, als der amerikanische CH-34-Choctaw-Helikopter, den er flog, etwa 25 Meilen südwestlich von Da Nang (Tourane) in Südvietnam abstürzte.

Befehligte finnische Elitetruppe

Torni ging als junger Mann in Finnland in den dreißiger Jahren in die Armee und kämpfte mit Auszeichnung im ersten »russisch-finnischen« Krieg, bekannt als Winterkrieg, der am 30. November 1939 ausbrach, als die Sowjettruppen mit 300 000 Mann in das kleine Land in Skandinavien einfielen und damit den Finnen im Verhältnis drei zu eins überlegen waren.

Angeführt von dem berühmten Feldmarschall Karl von Mannerheim kämpften die Finnen wie die Tiger. Sie wichen vor den vorwärts stürmenden roten Horden zurück und lockten sie tief in die finnischen Wälder mit ihren gefrorenen Seen. Dann schlugen sie die Sowjets und wechselten in ihrem Angriff geschickt von einer Kolonne zur anderen.

Während einige Formationen der Finnen die Front gegen die Sowjets hielten, führten andere einen Schlag gegen die Flanken der Roten Armee aus. Sie isolierten die Sowjettruppen voneinander und machten dann Kleinholz aus ihnen. Zehntausende sowjetischer Soldaten starben in den Wäldern.

Torni befehligte eine finnische Elitetruppe und erhielt den Rang eines Hauptmanns, obwohl er kaum älter als ein Teenager war. Sein Heldenmut brachte ihm die begehrte Mannerheimer-Medaille ein, das Äquivalent der amerikanischen höchsten Tapferkeits-Medaille.

Mannerheim, der als einer der brillantesten Kriegsstrategen des 20. Jahrhunderts gilt, lobt Torni als einen der vortrefflichsten und tapfersten Jung-Offiziere, »einen finnischen Helden«.

Im finnischen Bürgerkrieg des Jahres 1918 schlug Mannerheims nationalistische weiße Garde die kommunistische rote Garde, die von 40 000 sowjetischen Soldaten unterstützt wurde.

Torni war so erfolgreich als Truppenkommandeur, daß seine Einheit seinen Anfangsbuchstaben, das »T«, mit einem Pfeil als Abzeichen annahm.

Josef Stalin kompromittiert

Ende des Jahres 1939 hatte man die Sowjets zu einem Stillstand gebracht und die Welt schaute bewundernd auf den Mut und das Können der kleinen finnischen Armee, einer Nation mit nur 3,7 Millionen Einwohnern.

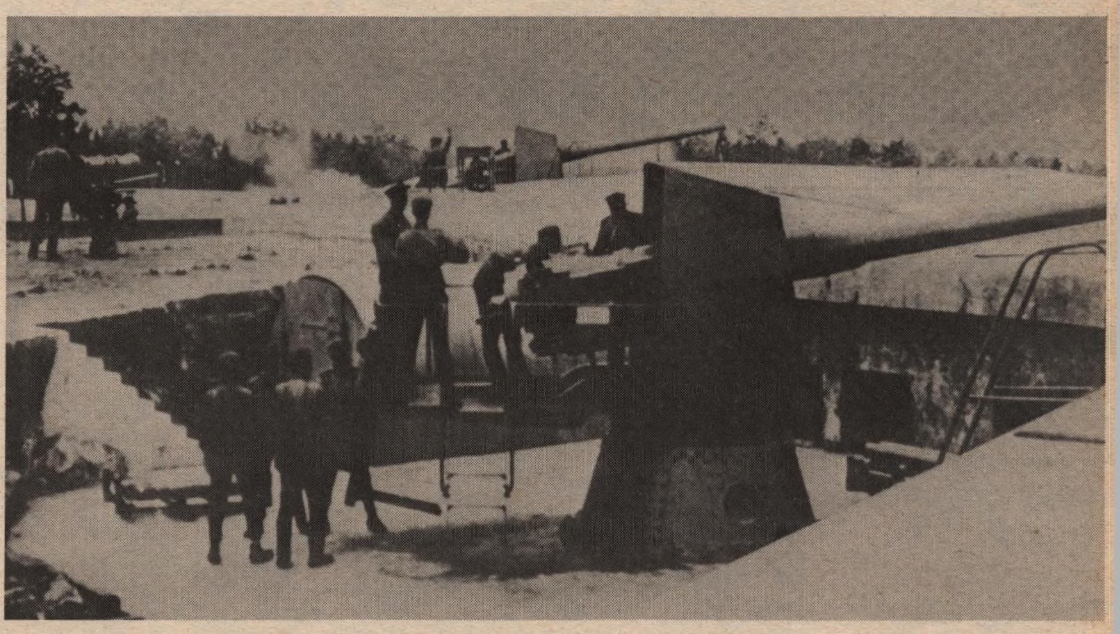
Der Sowjetdiktator Josef Stalin – kompromittiert vor den Augen der ganzen Welt – zog Truppen von den Verteidigungsstellungen sämtlicher Grenzen der UdSSR in Europa ab und sammelte sie an der finnischen Front zu einer erneuten Offensive, die im Februar 1940 unternommen wurde.

Mangels Nachschub und Unterstützung vom Rest der Welt, die in kaum mehr als lediglich Bewunderung bestand, und angesichts der zahlenmäßigen überwältigenden Überlegenheit der Roten Armee wurden die tapferen Finnen langsam immer tiefer und tiefer in das Innere ihres kleinen Landes zurückgedrängt.

Am 12. März 1940 waren sie schließlich gezwungen, die harten Bedingungen der Sowjets zur Beendigung des Krieges und Unterzeichnung des sogenannten Friedens von Moskau zu akzeptieren.

Finnland verlor zehn Prozent seines Territoriums einschließlich des größten Teils der Karelischen Landenge, des Industriegebiets um den See Ladoga, der strategisch wichtigen Inseln im Golf von Finnland und der Region Petsama an Finnlands arktischer Küste in der Nähe des sowjetischen Hafens Murmansk. Die Sowjets zwangen die Finnen auch zu einem dreißigjährigen Pachtvertrag über die Halbinsel Hango.

Der Krieg hatte die Sowjets über 100 000 Tote gekostet, während die finnischen Verluste bei 25 000 lagen. Die Armee der Roten verlor 1600 Panzer und 872 Flugzeuge, womit die Sowjetunion sich in einem äußerst geschwächten Zustand befand, als sie am 22. Juni 1941 von Deutschland überfallen wurde.



Eine finnische Küstenbatterie bei Hangö. Zehntausende sowjetischer Soldaten starben in den Wäldern.

Inzwischen zu einem überzeugten Antikommunisten geworden, schloß sich Torni der deutschen Armee an, um gegen die Sowjets zu kämpfen. Finnland trat auf seiten Deutschlands in

Finnland

Kriegsheld in sowjetischer Gefangenschaft?

den Krieg gegen die Sowjetunion ein und hoffte damit, einen Teil seines verlorenen Territoriums zurückgewinnen zu können.

Torni kehrte wieder in die finnische Armee zurück, um im »russisch-finnischen« Krieg, bekannt als »Fortsetzungskrieg«, erneut einen Elitetrupp anzuführen.

Im September 1944 war Finnland erneut gezwungen, harte



Josef Stalin war gezwungen, sowjetische Truppen von den Verteidigungsstellungen sämtlicher Grenzen der UdSSR abzuziehen und an die finnische Front zu bringen.



Skier und Rentier machten die finnische Infanterie beweglich und kompromittierte die Rote Armee.

Friedensbedingungen einschließlich der Zahlung von 300 Millionen Dollar für Kriegsschäden zu akzeptieren.

Der Weg in die US-Armee

Torni wurde von den Sowjets gefangengenommen und zur Zwangsarbeit in den sowjetischen Archipel Gulag gesteckt. Er unternahm zwei Versuche zu fliehen, die scheiterten; beim dritten gelang es ihm zu entkommen.

Schließlich gelang es ihm, in die Vereinigten Staaten zu kommen, und dort ging er als einfacher Soldat in die US-Armee. Es dauerte nicht lange, bis er zum Offizier ernannt wurde. Das amerikanische Militär schätzte seine Leistungen, insbesondere seine großen Erfahrungen im Kampf gegen die Sowjets offenbar sehr hoch ein.

Ein großer Teil seines Dienstes in der US-Armee unterliegt noch immer einer hohen Geheimhaltungsstufe und umfaßte mehrere Geheimmissionen. Es ist bekannt, daß Torni das Kommando über eine streng geheime Mission in Nahost geführt hat, um hoch sensitives elektronisches Gerät an Bord eines abgestürzten amerikanischen Spionageflugzeuges zu bergen oder zu zerstören.

Es könnte sein, daß er bei dieser Mission die türkische Grenze ins sowjetisch besetzte Südarmenien passieren mußte, wo am 2. September 1958 ein EC-130-Elint-Spionageflugzeug der US-Luftwaffe bei der Untersuchung sowjetischer Radarfähigkeiten abgeschossen worden war.

Das Flugzeug war offensichtlich in den Bergen nahe der armenischen Hauptstadt Yerevan sowie der Grenze zum Iran abgestürzt. Von 18 Besatzungsmitgliedern an Bord der Maschine wurden *kommunistischen Quellen in* Ostdeutschland zufolge sieben getötet und elf wurden von den Sowjets gefangengenommen, als sie vor den Toren Yerevans mit dem Fallschirm absprangen.

Trotz des Drucks von seiten der US-Regierung ließen die Sowjets die amerikanischen Soldaten nicht frei.

Die Vereinigten Staaten haben offenbar dreimal vergeblich versucht, an die Absturzstelle zu gelangen, um an die sensitive Elektronik an Bord des Flugzeuges zu gelangen, bevor der wahrscheinlich von Torni angeführte Versuch gelang.

Als der Helikopter Tornis in Südvietnam abgeschossen wurde, sind alle anderen Amerikaner beim Absturz ums Leben gekommen. Ihre Leichen wurden später geborgen. Torni jedoch war einfach verschwunden. Bei einer Durchsuchung der Flugzeugtrümmer und der Umgebung der Absturzstelle stieß man auf keinerlei Hinweise.

An die Sowjets ausgeliefert?

Ein Tag nach dem Zwischenfall verkündete die US-Regierung, daß Torni getötet worden sei. Es ist jedoch bekannt, daß amerikanische Beamte Überläufern aus dem kommunistischen Vietnam immer noch Fotos von Torni zeigen, um eine mögliche Spur von dem tapferen Finnen ausfindig zu machen.

Seine Familie ist noch der Überzeugung, daß er in sowjetischer Gefangenschaft am Leben ist, obwohl er inzwischen 68 Jahre alt wäre.

Einige amerikanische Experten mutmaßten, daß Torni nach seiner Gefangennahme durch die kommunistischen Vietcong vielleicht der sowjetischen Regierung ausgeliefert worden ist, die ihn sicherlich wegen seiner mutigen Aktionen zur Abwendung der kommunistischen Unterjochung in seiner Heimat Finnland 20 Jahre zuvor hatten haben wollen. □

Sowjetunion

Waffen-Hilfe per U-Boote

John Bishop

Das amerikanische Verteidigungsministerium ist besorgt darüber, daß die Sowjets oder ihre kubanischen Freunde U-Boote für die Versorgung der marxistischen Guerillas benutzen, die gegen die Streitkräfte der Regierung im mittelamerikanischen Staat El Salvador kämpfen.

Informanten zufolge verfügen amerikanische und salvadorianische Geheimdienstquellen über Berichte von Fischern in der Nähe des Ortes Chirilagua entlang der Pazifikküste El Salvadors, die gesehen haben wollen, wie große U-Boote Waffen und anderes Material an die marxistischen Rebellen übergeben und verwundete Rebellen an Bord genommen haben.

Die nur spärlich bevölkerte Küste bietet sich dafür an. El Salvador verfügt praktisch über keine Marine außer vier kleinen Küstenpatrouillen-Booten und hängt von der amerikanischen Marine ab, wenn es darum geht Waffenlieferungen für die Rebellen von dem Meer her abzufangen.

Informanten innerhalb der amerikanischen Geheimdienstverbände weisen darauf hin, daß der CIA ähnliche Berichte bekommen hat, aus denen hervorgeht, daß kommunistische U-Boote kürzlich für die Versorgung marxistischer Rebellen in Peru und Chile eingesetzt wurden.

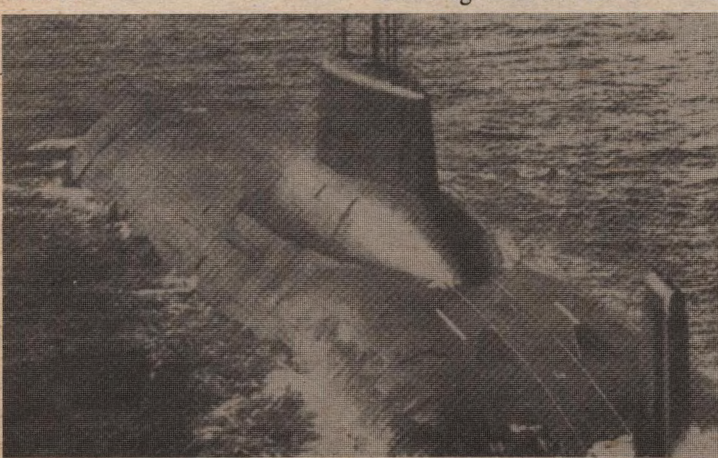
Einige Experten des US-Verteidigungsministeriums sind der Ansicht, daß der Einsatz der U-Boote zur Versorgung der Rebellen in El Salvador für die verstärkte Aktivität der Rebellen in diesem Land in den letzten Monaten verantwortlich ist.

Ein Geheimdienstexperte äußerte die Vermutung, daß es sich bei den U-Booten um kubanische handelt, die die Lieferungen an die Rebellen von Stützpunkten des nahe gelegenen, kommunistisch kontrollierten Nicaragua oder direkt von Kuba aus durchführen.

Natürlich könnte es sich dabei auch um sowjetische Unterseeboote handeln, da die Sowjets regelmäßig in der Karibik mit einer Vielzahl von Atom- und Diesel-U-Booten kreuzen, die von ihnen Mitte der sechziger Jahre gebaut worden sind. Idealerweise sind sie für den Einsatz in flachen Küstengewässern geeignet.

Die Kubaner verfügen auch über ein altes, sowjetisches Diesel-U-Boot, das Geheimdienstexperten zufolge allerdings nicht einsatzfähig sein dürfte.

Amerikanische und salvadorianische Militärexperten haben festgestellt, daß die Patrouille, mit der die Rebellen vor kurzem El Salvadors zweitgrößten Militärstützpunkt vier Meilen von Santa Rita im Norden des Landes angegriffen haben, besonders gut bewaffnet und versorgt waren. Sie verfügten über neue Uniformen, ein Funkgerät und umfangreiche Munition. Die Rebellen waren mit amerikanischen M-16-Gewehren und einem amerikanischen M-60-Maschinengewehr bewaffnet. □



Ein sowjetisches Taifun-U-Boot. Der U-Boot-Typ, der vor der Küste von El Salvador gesichtet wurde, konnte nicht identifiziert werden.

Spionage

Leichtsinn in der Moskauer US-Botschaft

Zwei Mitglieder des amerikanischen Kongresses, die die US-Botschaft in Moskau untersucht haben, erzählten von unverschlossenen Safes, Blaupausen von Sicherheitseinrichtungen an der Wand, wo sie leicht abfotografiert werden konnten, und von einem Sowjetbürger, der früher Botschaftsangestellter war und der Zugang zu einem Sicherheitsbereich hatte.

Die Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses Dan Mica und Olympia Snow beklagten in Fernsehinterviews die lasche Haltung zu Sicherheitsfragen auf seiten einiger Angehöriger des US-Botschaftspersonals, obwohl dabei verschiedene bestimmte Anschuldigungen von Beamten des amerikanischen Außenministeriums, die für die Sicherheit in US-Missionen im Ausland zuständig sind, abgestritten wurden.

Fraternisierung mit den Sowjets?

Die beiden Abgeordneten hatten vor kurzem inmitten des Marine-Sex-Spionageskandals und der Berichte, daß die Sowjets das neue Botschaftsgebäude mit Abhöreinrichtungen übersät hätten, den bereits existierenden, aber noch nicht ganz fertiggestellten Komplex der künftigen US-Botschaft in Moskau besichtigt.



Ein Sowjetsoldat hält vor der neuen US-Botschaft in Moskau Wache, obwohl das Gebäude abgerissen werden soll.

Unterdessen wurde abgestritten, daß Arthur Hartman, der ehemalige US-Botschafter in Moskau, schuld daran sei, daß der Kreml die amerikanische Botschaft mit Abhöreinrichtungen versehen habe; er hätte im Gegenteil eine Fraternisierungspolitik mit den Sowjetbürgern unbarmherzig verfolgt.

Hartman sagte in einer Sendung der US-Fernsehstation ABC mit dem Titel »This week with David Brinkley«, er fühle sich nicht der Unterlassung schuldig, was die angebliche Bestückung der Botschaft mit Abhöreinrichtungen durch die Sowjets angehe sowie die Behauptungen, daß sowjetische Frauen amerikanische Marineoffiziere verführt hätten, um sich Zugang zum Botschaftskomplex zu verschaffen.

»Das kann ich ganz sicherlich nicht annehmen und werde es nicht annehmen«, sagte Hartman. »Wir betonen hier den Gebäudeschutz zu sehr.«

Amerikaner sind Neulinge

Hartman meinte, daß einige amerikanische Marineoffiziere Verrat begangen hätten, wenn die Anschuldigungen nachgewiesen werden.

Der Führer der Minderheit im US-Senat, Bob Dole, meint, die Sowjets haben einen sehr großen Vorteil gegenüber den Vereinigten Staaten, was Spionage angeht. Die Amerikaner sind Neulinge im Vergleich zu den Sowjets, wenn es um Spionage und Abhöreinrichtungen geht, sagte er in der CBS-Sendung »Face the Nation«.

»Wir setzen keine Prostituierten ein, um junges Militärpersonal in die Falle zu locken. Wir überschwemmen die Vereinigten Nationen und andere Bereiche nicht mit KGB-Agenten oder unseren Agenten«, sagte er. »Wir denken also, daß sie einen sehr großen Vorteil haben. Die Sowjets sind viel professioneller.« □

Weltregierung

Die Netzwerke der Insider

Peter Blackwood

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Im folgenden sind einige Schlüsselthemen erläutert, dabei wird von einer populistischen Philosophie ausgegangen. Es wird die populistische Perspektive analysiert sowie die Grundlage des populistischen Denkens dargelegt, indem ein Vergleich und eine Gegenüberstellung von Populismus, »Konservatismus« und »Liberalismus« stattfindet, wobei die beiden letzten in vielen Fällen einander gleichen.

Kapitalismus

Das Wirtschaftssystem der Demokratie, das jedoch auch in manchen Formen der Militärdiktatur zu finden ist. Eine degenerierte Form freien Unternehmertums und freier Marktwirtschaft. Die Produktionsmittel, das Geld, Banken und der politische Prozeß werden von einer kleinen Gruppe oligopolitisch, monopolistischer Kapitalisten für ihre eigenen persönlichen Profite kontrolliert.

Kapitalismus ist im Grunde ein Feind des Nationalismus. Ständige Expansion durch Krieg, Imperialismus und Anhäufung von Profiten durch immer neue Spekulationen mit Hilfe von Steuergeldern machten es erforderlich, die ständig wachsende Zinslast zu befriedigen. Die Inflation gehört zu dem System.

Der Kapitalismus ist mit weit verbreitetem Wettbewerb in der wirtschaftlichen, intellektuellen oder politischen Sphäre unvereinbar. Wegen des Zinsanreizes und den Grundlagen von Gleichheit und Monopolismus, die er mit dem Marxismus gemeinsam hat, degeneriert der Kapitalismus zwangsläufig in eine Krise und in den Marxismus.

Das Wort Kapitalismus wurde von Karl Marx geprägt und ist seither von konservativen und liberalen Intellektuellen verteidigt worden.

Lenins sowjetisches Ideal ist in Amerika Wirklichkeit geworden. Die übergroße Technisierung hat zur Entpersönlichung des Menschen geführt.

Kommunismus

Eine Mischung aus philosophischer Irreführung (Marx) und unbarmherziger politischer Aggression und Bevölkerungskontrolle (Lenin). Eine perfekte Gesellschaft entsteht durch erzwungene Gleichheit der Menschen (Zerstörung der Überlegenen) und Unterdrückung der freien Marktwirtschaft genannt Kapitalismus, denn die freie Marktwirtschaft impliziert eine Ungleichheit menschlicher Fähigkeiten.

Die Täuschung der Kommunisten, die freie Marktwirtschaft als »Kapitalismus« zu bezeichnen, wird von konservativen und liberalen kapitalistischen Intellektuellen kopiert, um den Kapitalismus als Verfechter des Antikommunismus hoch zu halten, während er in Wirklichkeit der symbiotische Partner und Bettgenosse des Kommunismus ist.

Im Grunde ist der Kommunismus nichts anderes als ein Gesellschaftssystem, in dem jeglicher Wettbewerb zwangsweise entfernt wurde, außer jenem, mit dem das System kontrolliert wird.

Der Kommunismus ist in seiner Theorie internationalistisch, in der Praxis nationalistisch. Totalitär und monopolistisch – die beiden Wörter sind synonym.

Konservatismus

Während der Konservative in der Theorie weniger Staat befürwortet und gegen Sozialismus ist, unterstützt er generell alle Wesensmerkmale des Kapitalismus und damit die Grundlagen, die zwangsläufig den Sozialismus herbeiführen.

Die Konservativen werden von ihren Anführern fehlgeleitet in der Unterstützung des »Big Business«, des Freihandels und des Internationalismus einschließlich der militärischen Intervention in sinnlose Kriege.

Unklar oder widersprüchlich in vielen Bereichen ist der Konservatismus wiederum auf anderen Gebieten deutlich liberal und vermeidet eifrig die Kontroverse in bezug auf Zionismus, Rassenfragen, Geld- und Bankwesen sowie Trilateralismus.

Kultur

Menschlicher Fortschritt und Zufriedenheit des Individuums beruht auf der Stabilität einer gesunden Kultur, die auf die traditionellen gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche abgestellt ist. Wenn man also eine Rassen- oder nationale Kultur zerstört oder ernsthaft schädigt, so ist das ein Verbrechen gegen das betroffene Volk.

Eine Kultur »lebt« von Generation zu Generation fort und wächst entweder und verfeinert sich weiter oder sie macht Rückschritte, wenn sie zerstört wird. Der Internationalismus zerstört jegliche Individualität des Menschen und die nationalen Kulturen und ersetzt sie durch einen formlosen, pornographischen Mißklang aus Schund und Schmutz wie die »moderne Kunst«, die obszönen Geräusche, die von der Presse als »Musik« bezeichnet werden und ähnliche internationale Barbareien.

Kein Volk kann frei sein, wenn seine Kultur angegriffen wird. Somit ist die Zerstörung sämtlicher nationaler Kulturen ein wesentlicher Bestandteil der kommunistisch-kapitalistisch-zionistischen Verschwörung im Hinblick auf die Zerstörung aller Werte der Mittelklasse, mit der sie gleichzeitig zu Sklaverei reduziert wird.

Demokratie

Normalerweise das kapitalistische politische System, obwohl

sich Variationen von Kapitalismus auch in antikommunistischen Militärdiktaturen finden. Sie wird kontrolliert durch kapitalistischen Besitz beziehungsweise Kontrolle der Medien, Beihilfen von steuerfreien Stiftungen, positive Presseberichterstattung über favorisierte politische Kandidaten.

Ein großzügiges Wahlrecht existiert für das Volk, um es leichter kontrollieren zu können, indem man es glauben macht, daß es selbst, das »Volk«, für die unvermeidlichen Verzerrungen und negativen Konsequenzen der Politik verantwortlich ist, die die superreichen, verrückten »Genies« auferlegen, um ihre selbstsüchtigen Interessen durchzusetzen.

Demokratie trennt Autorität von der Verantwortung und macht es so den Wählern praktisch unmöglich, das System zu reformieren.

Jene, die die Autorität, die Macht besitzen, die verrückten »Genies«, haben keine Verantwortung. Die Verantwortlichen, die Politiker, haben keine Macht, Befehlsgewalt, keine Autorität, außer jener, die ihnen von jenen verliehen ist, von denen sie kontrolliert werden.

Drogen

Siehe Stichwort Homosexualität

Außenpolitik

Um ihrem Namen gerecht zu werden, muß sie allein vom Standpunkt der nationalen Interessen durchgeführt werden, nicht im Interesse einer Minderheit, besonders der von Interessengruppen.

In der Außenpolitik stehen sich Nationalismus und Internationalismus gegenüber, nicht »Konservatismus« und »Liberalismus«, wie »konservative Führer« vorgeben. Es gibt keine »konservative« Außenpolitik oder eine »liberale« Außenpolitik.

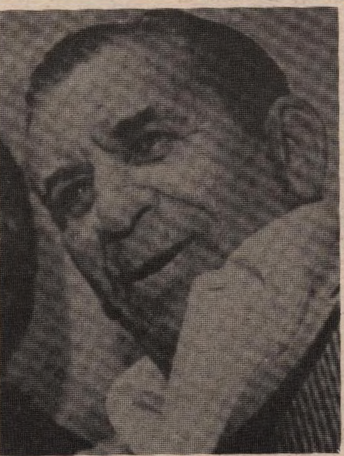
Die Bezeichnung »konservativ« oder »liberal« im Zusammenhang mit Außenpolitik verdeckt die wahren Themen und trägt zur Verwirrung auf diesem Gebiet bei, die von den idiotischen kapitalistischen »Genies« angestrebt wird, so daß sie ihre selbstsüchtigen Ziele leicht erreichen können, ohne sie aufdecken zu müssen.

Freie Marktwirtschaft

Wirtschaftlicher Austausch ohne Eingriff von seiten des Staates, außer wenn er in Richtung Monopol tendiert und Gesetze eingesetzt werden, um den Wettbewerb wieder herzustellen. Mit Ausnahme öffentlicher Versorgungsbetriebe darf kein Unternehmen den Markt beherrschen.



David Rockefeller ist mit seiner Trilateralen Kommission und den Bilderbergern einer der wichtigsten Drahtzieher.



Meyer Lansky gehört ebenfalls in den Kreis der verrückten »Genies«, die im Grunde unumschränkte Macht besitzen.

Der Schutz des Binnenmarktes vor Billigprodukten aus dem Ausland durch Zölle und vor billigen Arbeitskräften durch strenge Einwanderungsgesetze ist ein wesentlicher Bestandteil des Systems.

Sogar die Leitung von landwirtschaftlichen Betrieben ohne Eigentümerrisiko ist verboten. Bäuerliche Betriebe bleiben in Familienhänden, auch wenn sie nach kapitalistischen Maßstäben »unrentabel« sind. Die Menschen, nicht der Profit, stehen an erster Stelle.

Freihandel

Die Beseitigung sämtlicher Restriktionen im Waren- und Dienstleistungsverkehr einschließlich Kapital und Arbeit über die Landesgrenzen hinweg. Freihandel erfordert die Umgehung aller restriktiven Einwanderungsgesetze und anderer Gesetze bezüglich nationaler Souveränität.

Freihandel macht damit die Zerstörung der verfassungsrechtlichen Garantien und des Regierungssystems erforderlich. Kein Verfechter des Freihandels kann diese unvermeidliche Tatsache logischerweise bestreiten; alle versuchen sie zu ignorieren.

Jene, die mit dem Freihandel ihre Geschäfte machen, sind die gleichen internationalen Banken, die den Feldzug für eine internationale Wirtschaft anführen. Marx hat den Freihandel unterstützt, weil »Freihandel die Revolution beschleunigt«.

Pressefreiheit

Unter dem Kapitalismus darf die Presse alles sagen, was nicht gegen die Interessen der Werbetreibenden oder Monopolisten verstößt. Ein größtmögliches Maß an Redefreiheit wird Kommunisten, Zionisten, Pornographen, Drogenhändlern und anderen Kulturzerstörern gewährt, doch Nachrichtensperre und Redeverbot gilt für populistische und nationalistische Ideen.

Die Bedeutung der Pressefreiheit wird somit also von einer konstruktiven in eine destruktive Kraft umgekehrt. Populisten würden die Propagierung von Verbrechen und Kulturzerstörung unterdrücken und den Ausdruck politischer Ideen voll zulassen.

Rüstungskontrolle

Aus offensichtlichen Gründen wollen Kommunisten und Kapitalisten ein weltweites Monopol über sämtliche Waffen schaffen. Populisten glauben an die alte Theorie, daß jeder Mensch nur in dem Maß frei ist, wie er sich selbst und seinen eigenen Besitz vor Verbrechern schützen kann, die ihm seine Freiheit oder seinen Besitz wegnehmen wollen.

Populisten wissen, daß der Kampf um die Freiheit verloren sein wird, wenn es den Monopolisten gelingt, uns die Waffen wegzunehmen.

Homosexualität

Homosexualität zusammen mit Drogen ist die zügellose Seuche einer gesellschaftlichen Krankheit vom marxistisch-kapitalistischen Establishment. Es wird auf meisterhafte Weise absichtlich gefördert, um die Länder des Westens zu schwächen und zu zerstören, indem die Jugend pervertiert und zerstört wird.

Das Überhandnehmen von Homosexualität und Drogen ist nur ein Teil des volksmörderischen Krieges gegen das Volk und erklärt die Bemühungen des Establishments, die Geburtenrate aller weißen Nationen zu senken und sie mit ungebildeten und fügsamen Einwanderern aus fremden Kulturen zu füllen.

Homosexualität sollte genauso verurteilt werden wie Heroin oder andere Drogen, die Geist und Seele zerstören. Populisten sehen hier eine Verantwortung, gegen diese Dinge anzukämpfen, ebenso wie sie sämtliche antisozialen und kriminellen Verhaltensweisen bekämpfen, weil Populisten und Nationalisten gegen alles sind, was eine Nation schwächt und eine Gefahr für die Zukunft darstellt.

Einkommensteuer

Die unerläßliche Geldquelle für den Kapitalismus, den Marxismus und den Zionismus, die von ihnen geschaffen wurde, vorangetrieben und durchgesetzt wird. Sie wird fast ausschließlich von der weißen, produktiven Mittelklasse gezahlt. Die superreichen, verrückten »Genies« zahlen keine oder nur sehr wenig Einkommensteuer im Verhältnis zur Mittelklasse.

Mit der Einkommensteuer wandert das Vermögen der Steuerzahler in die Taschen der herrschenden Klasse. Ohne Einkommensteuer, mit der die Rechnungen für korrupte, kapitalisti-

Weltregierung

Die Netzwerke der Insider

sche Projekte bezahlt und die Stimmen der Armen gekauft werden, könnte das kapitalistische System ebensowenig wie der Internationalismus, der Kommunismus und der Zionismus überleben.

Die Einkommensteuer dient dazu, die Mittelklasse einzuschüchtern und zu berauben, während man sie auf Enteignung und eigenständigen Kommunismus vorbereitet. Sie wird von dem kapitalistischen Establishment – einschließlich der sozialistischen Gewerkschaftsbossen und Liberalen – als »progressiv« bezeichnet, während es sich dabei in Wirklichkeit um die regressivste Steuerart überhaupt handelt – es werden nicht die belastet, die am ehesten zahlen können, sondern die Mittelklasse.

Die Einkommensteuer zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, das Federal Reserve System und der Erste »Welt«krieg waren Produkte der Regierung Wilson. Die Steuer war und ist nötig, um den Banken die Zinsen auf die Schuldverschreibungen zu zahlen, die zur Finanzierung dieses Krieges und aller folgenden gebraucht wurden.

Zinsen

Ein Synonym für Wucher. Zinsen sind die Hauptursache für Inflation, denn die Schaffung von Geld ist wichtig, um die Banken für die imaginären Kredite zu bezahlen, die sie aus dem Nichts erschaffen. Zinseszinsen über einen bestimmten Zeitraum hinweg sind unmöglich: ein Pfennig, der zur Zeit von Christi Geburt zu sechs Prozent Zinseszins geliehen worden wäre, würde heute einer Kugel Gold entsprechen, die weitaus größer wäre als der Erdball.

So kann eine Gesellschaft, die auf Zinsen und Zinseszinsen basiert, kurzfristig nicht überleben ohne energisch Märkte an sich zu reißen und Schulden zu machen, mit denen sie nicht mehr fertig wird – und langfristig wird sie überhaupt nicht überleben können.

Zinsen und Zinseszinsen sind ein Garant für den Zusammenbruch des Kapitalismus. Der Beweis dafür, daß Marxismus Betrug ist, besteht darin, daß er sich nicht mit dem Zinsproblem beschäftigt.

Liberalismus

Argumentationsverlagerung in Richtung Sentimentalität, die von Marxisten, Minderheiten und Kapitalisten verwendet wird, um die herkömmliche Gesellschaft zu zerstören.

Alle verrückten »Genies« sind Liberale, doch die meisten Liberalen – die nicht in der Lage sind, die Konsequenzen der Politik zu sehen, die sie befürworten – sind nicht intelligent genug, um solche »Genies« zu sein.

Liberalistentum

Erstreckt sich von der Befürwortung totaler Anarchie durch die »Linke« bis zum Konservatismus der »Rechten«. Der gemeinsame Nenner aller Liberalisten ist die Unterstützung des Freihandels, der Hauptstütze des internationalen Kapitalismus.

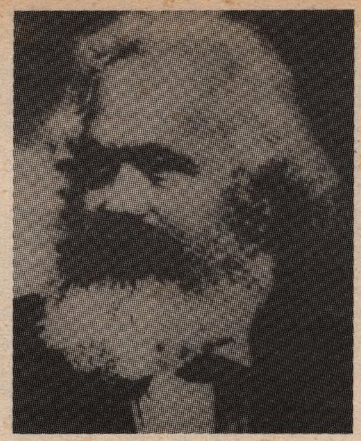
Das Liberalistentum ist keine funktionsfähige politische Philosophie, denn es funktioniert ebensowenig wie der Kommunismus und kann exakt nur als eine weltliche Religion beschrieben werden. Wie bei den Gläubigen sämtlicher Religionen sind sich zwei Liberalisten kaum in allen Punkten ihrer Glaubenslehre einig.

Marxismus-Leninismus

Siehe Stichwort Kommunismus

Verrücktes »Genie«

Ein Verbrecher mit hoher Intelligenz. Sie finden sich oft in der internationalen Bankenwelt oder Politik. Aus geschäftlichen Gründen müssen sie sich oft als Liberale und Menschenfreunde geben, obwohl sie völlig gewissenlos sind, keinerlei Beziehungen zu anderen Menschen haben und durch und durch unbarmherzig sind. Im Unterbewußtsein hat das verrückte »Genie« zum Ziel die totale Macht zu erreichen, indem es die Gesellschaft zerstört.



Bereits Karl Marx hat den Freihandel unterstützt, weil »Freihandel die Revolution beschleunigt«, die den Bankern noch mehr Macht und Einfluß weltweit beschert. Die Konsequenz ist eine Weltregierung.

Mit diesen beiden widersprüchlichen Instinkten werden diese Personen zur größten Gefahr, die jeder Gesellschaft droht. Es handelt sich hierbei um eine Erbkrankheit. Meyer Lansky, David Rockefeller und Josef Stalin sind drei Beispiele hierfür.

Neutralität

Nicht-Intervention in Kriege zwischen anderen Staaten. Erfordert die Fähigkeit zu erkennen, daß es in jedem internationalen Streit drei Seiten – nicht zwei – gibt; die beiden kämpfenden Parteien und die amerikanische Seite.

Die reife Erkenntnis, daß den Interessen Amerikas nicht gedient ist durch Einmischung in die Streitigkeiten anderer, obwohl damit den Interessen der internationalen Banker, Zionisten und Kommunisten gedient sein mag. Die reife Prämisse, daß die meisten internationalen Konflikte schon lange feststehen, bevor sie unsere nationalen Interessen berühren.

Im Rückblick ist es unbestreitbar, daß die Zustände auf der Welt durch amerikanische Intervention in ausländische Konflikte ungleich schlechter geworden sind als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Amerikaner sich abseits gehalten und die Bemühungen des Auslands, Amerika hineinzuziehen, zurückgewiesen hätten.

Die Einmischung der Vereinigten Staaten in Weltkonflikte hat nur zu deren Verschlimmerung beigetragen und führte zu möglicherweise unlösbaren Problemen. Neutralität und Nichteinmischung sind nur vereinbar mit Nationalismus. Einmischung, Kriege, Schulden, Ausgabenwirtschaft, Marxismus und Pazifismus sind nur mit dem Internationalismus vereinbar.

Pazifismus

Der jenseitige Glaube, daß die Weigerung sich selbst und sein Land mit Gewalt zu verteidigen, Frieden bringen wird, hat nichts zu tun mit bewaffneter Neutralität.

Der Pazifismus wird vom Marxismus-Leninismus propagiert, um die Feinde zu entwaffnen. Pazifismus und Marxismus werden fast immer von den Kapitalisten durch die steuerfreien Stiftungen oder Kirchen finanziert, die ihr Einkommen aus abzugsfähigen Beiträgen beziehen.

Populismus

Herrschaft durch die Mehrheit der Wähler zum Nutzen aller, nicht nur zum Nutzen einer Interessengruppe, die lediglich eine Minderheit darstellt. Regierung durch die Produzierenden und Steuerzahler der Gesellschaft, nicht durch die superreichen Ausbeuter, die keine Steuern zahlen oder von den Steuern profitieren sowie müßige Parasiten oder mächtige, organisierte Minderheiten.

Öffentliche Kontrolle über die Ausgabe von Geld. Nationalismus in außenpolitischen Angelegenheiten. Hohe Besteuerung der Superreichen, um deren korrupten und perversen Einfluß zu reduzieren.

Eine Regierungspolitik zur Garantie und zum Schutz der freien Marktwirtschaft und der Eigentumsrechte durch Verhinderung von Monopolen und »Big Business« mit Ausnahme der öffentlichen Versorgungsbetriebe. Schutzzölle zum Kostenausgleich an den Wassergrenzen und Landesgrenzen sowie strenge Einwanderungsgesetze.

Protektionismus

Einfuhrkontrolle von Erzeugnissen, die mit den Binnenprodukten konkurrieren, um die Kosten an den Landesgrenzen durch die Verwendung von Zöllen zu kontrollieren. Der Protektionismus sichert den Wettbewerb im Inland und schützt die Arbeitskräfte und die Industrie, was zu einem ausgeglichenen Wirtschaftswachstum im Inland führt.

Der Protektionismus tendiert aus drei Gründen zu niedrigeren Steuern: Erstens, die Zölle bringen der Regierung Einkünfte; zweitens, die Zölle senken die Arbeitslosigkeit, wodurch staatliche Arbeitslosen- und Sozialfürsorgeunterstützung verringert werden und drittens, Zölle erweitern und stärken die Konjunktur, was zu einer besseren Verteilung der Steuerbelastung führt.

Dadurch, daß das Geld in der eigenen Volkswirtschaft verbleibt, gibt es bei Protektionismus keinen Bedarf nach neuem Geld, außer jenem, das nötig ist, um mit der Produktion und einer wachsenden Konjunktur Schritt zu halten. Somit ist die Inflation niedriger und es entsteht ein hoher Vervielfältigungseffekt, da das Geld im Inland in Umlauf bleibt und nicht ins Ausland verschwindet.

Wenn viel Geld ins Ausland geht, führt das im Inland zu einem Mangel – das Rezept für eine Rezession. Während Freihandel zu Land-, Geschäfts- und Grundbesitz durch Ausländer und zu einem ungesunden politischen Einfluß aus dem Ausland führt, wird durch Protektionismus die Souveränität und konstitutionelle Herrschaft erhalten.

Der Protektionismus unterstützt also den Frieden, denn es fällt die Notwendigkeit weg, sich in die Angelegenheiten fremder Regierungen einmischen zu müssen, was für eine Freihandelspolitik oberstes Gebot ist. Langfristig gesehen profitieren lediglich die internationalen Banken und subversive politische Kräfte vom Freihandel.

Republik

Sowohl der Populismus als auch der Republikanismus wollen die politische Macht in den Händen der Produzierenden und Steuerzahler sehen, nicht in den »demokratischen« Händen der kapitalistischen, verrückten »Genies« und deren angeheuerten Politikern.

Sozialismus

Siehe unter Stichwort Kommunismus

Frauen

Sie sind anders als Männer. Frauen gebären Kinder; Männer nicht. Das ist nur einer von zahllosen und tief verwurzelten körperlichen, psychologischen, geistigen Unterschieden.

Nichts reflektiert deutlicher die tödliche Geisteskrankheit der zeitgenössischen Demokratie als die marxistisch-kapitalistische Wahnvorstellung, daß der Staat die natürlichen Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern auslöschen kann, oder daß Mädchen in der Bundeswehr dienen können.

In einer geistig gesunden Gesellschaft wird von Frauen nicht erwartet, daß sie sich wie Männer verhalten oder die Arbeit von Männer machen und umgekehrt. Nach dem Gesetz haben Frauen mehr Rechte als Männer, und das wollen die Populisten beibehalten.

Zionismus

Eine weltliche Verschwörung, die nach außen hin das Ziel hat die Juden der Welt in Israel zusammenzuführen, doch in Wirklichkeit eine massive weltpolitische Macht, die im Bündnis mit der Macht der Superkapitalisten sämtliche Aspekte des politischen, intellektuellen, religiösen und kulturellen Lebens im Westen wirksam kontrolliert.

Der Zionismus findet sich sowohl im Kapitalismus als auch im Kommunismus. Ohne zionistische Unterstützung könnten weder der Kapitalismus noch der Kommunismus überleben. Der Zionismus steht in starkem Gegensetz zu jeglichem Nationalismus mit Ausnahme des jüdischen Nationalismus. □

Peter Blackwood ist auch Autor des Nachschlagewerks »Die Netzwerke der Insider«, erschienen im Verlag Diagnosen, Leonberg. Sein Buch gibt Auskunft über die Arbeit, die Pläne und Ziele der Internationalisten.

Weltregierung

Hammers Welt mit dem Besten aus zwei Systemen

In einer Rede im National Press-Club in Washington pries der Boß von Occidental Petroleum und der heimliche Chef der Weltregierung, Armand Hammer, den Sowjetführer Michail Gorbatschow »als den intelligentesten Sowjetführer, den es je gab«, der dem Westen »eine einzigartige Gelegenheit« für einen historischen Rüstungskontrollvertrag anbietet, »weil er nichts anderes will als den Lebensstandard seiner Bevölkerung verbessern«.

Hammer rühmte sich seiner persönlichen Freundschaft zu Lenin und jedem Sowjetführer außer Stalin. Er lehnte es ab, ein Werturteil zwischen den Amerikanern und Sowjets zu fällen. »Soll die Geschichte entscheiden, welches System das bessere ist«, sagte er.

Die Straßen Moskaus sind sicherer

Was die sowjetische Diktatur angeht, so meinte Hammer: »Die Sowjets haben ihre Art, die Führer zu wählen, und wir die unsrige. Bei den Sowjets herrscht zumindest Recht und Ordnung. Die Straßen Moskaus sind sicherer als in den meisten amerikanischen Städten.«

Hammer spricht nicht als ein Außenseiter der Reagan-Regierung, sondern nach seinem Freund, Charles Wick, ist dieser kommunistische Sympathisant vielleicht die einflußreichste Einzelperson, die den Null-Optionsvorschlag heute in Genf gestaltet.

Hammer, der sagt, er sei für den demokratischen Senator Albert Gore als nächsten amerikanischen Präsidenten, und der auch meint, das Öl werde in fünf Jahren 100 Dollar pro Barrel kosten, weil die Regierung seine Investitionen in die Ölschieferentwicklung in den Rockies nicht subventioniert, »sagte voraus«, daß Gorbatschow in diesem Jahr nach Washington kommen wird, um einen Zwischenvertrag über die atomare Streitmacht mit Reagan zu unterzeichnen, und er wird eine Chance bekommen, im amerikanischen Fernsehen zu sprechen.

Hammer meinte, die Sowjets würden dann Reagan nach Moskau einladen, um im nächsten Jahr dort das gleiche zu tun. »Vielleicht haben wir eines Tages eine Welt mit dem Besten aus beiden Systemen.«

Hat Begin Hammer ins Weiße Haus gebracht?

In seiner Biographie behauptet Armand Hammer, der israelische Premierminister Menachem Begin habe interveniert, um die israelische Botschaft in Washington Hammer gegen Anklagen verteidigen zu lassen, die auf einer »anonymen Aktennotiz« in Washingtoner Kreisen kursierten, die dahingehend lautete, »der israelische Geheimdienst habe Beweise, daß Hammer ein Kommunist sei«.

Auf Begins Anweisung, so Hammer, habe der israelische Botschafter in Washington dem damaligen amerikanischen Außenminister Alexander Haig geschrieben und »ihn heftig verteidigt«.

Hammer behauptet, vor dieser Intervention habe Begin ihm erzählt, Präsident Reagan sei der festen Überzeugung, Armand Hammer sei »ein Kommunist«, teilweise wegen der kommunistischen Vergangenheit seines Vaters. Der alte Hammer war Gründer der kommunistischen Partei in den USA.

Deshalb wollte Reagan nichts mit Hammer zu tun haben. Hammer schreibt: »Ich war der Meinung, daß Begin durch seine Worte und Taten Reagans Auffassung über mich geändert hat.«

Damit wurden ihm die Tore des Weißen Hauses geöffnet und er bekam die Möglichkeit, den ersten Gipfel Reagan/Gorbatschow zu organisieren. Hammer ist sowjetischer Agent, das heißt, ein Agent der Trust-Beziehung zwischen sowjetischen und bestimmten westlichen Finanzinteressen. □

Naher Osten

Kriegsangst am Golf

Victor Marchetti

Die Reagan-Regierung macht wieder einmal von ihrem Lieblingstrick zur Manipulation der öffentlichen Meinung Gebrauch: der Kriegsangst. Diesmal geht es um die Kriegsgefahr im Persischen Golf. Dieses gewagte Spiel birgt die Gefahr hoher und kostspieliger militärischer Verwicklung in sich. Es enthält die Saat der Katastrophe ähnlich der übereilten Intervention der amerikanischen Regierung auf der Seite Israels im Libanon von vor ein paar Jahren und dem anschließenden demütigen Rückzug.

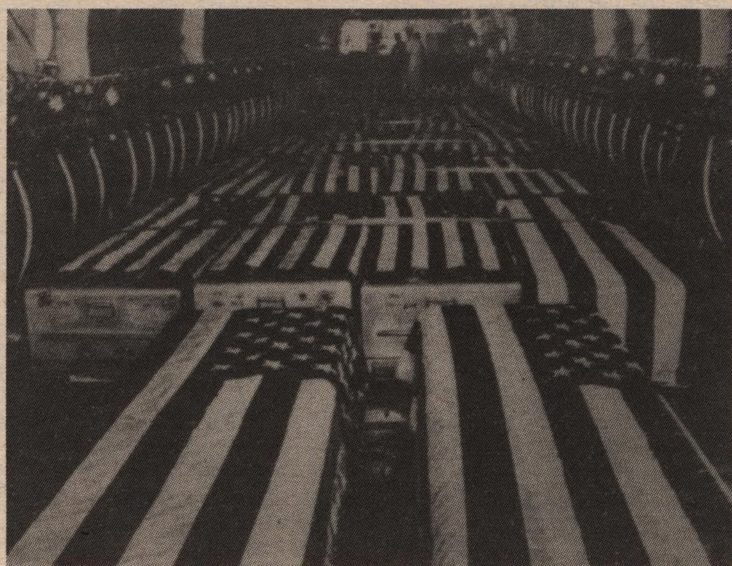
Die amerikanische Regierung bereitet den Boden dafür, die USA in einen Krieg mit dem Iran hineinzuziehen, einen Krieg, der rasch in einen Konflikt für die ganze Region oder gar einen weltweiten Konflikt eskalieren könnte.

Die Ähnlichkeit zwischen dem Angriff auf die »USS Stark« im Persischen Golf und dem Vorfall im Golf von Tonkin – bei dem nordvietnamesische Patrouillenboote im Jahr 1964 angeblich versucht haben, zwei US-Zerstörer zu torpetieren – sind erschreckend, sagte ein Informant aus dem US-Kongreß. Dieser Vorfall, so erinnert er sich, veranlaßte den Kongreß dazu, US-Präsident Lyndon Johnson einen Blankoscheck dafür auszustellen einen Krieg zu beginnen.

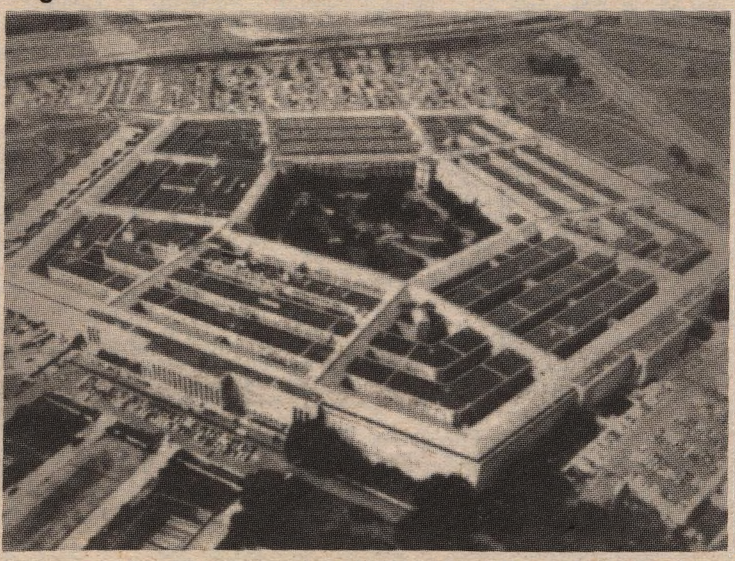
»Genau das verlangt jetzt auch das Weiße Haus vom Kongreß, wenn es verlangt, daß amerikanische Schiffe den kuwaitischen Öltankern im Persischen Golf Begleitschutz geben dürfen«, sagte der Informant.

Ein ehemaliger Planer aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium bemerkte: »Der Kongreß hat den Plan der Regierung uns über Nicaragua in einen Krieg in Mittelamerika hineinzuziehen zunichte gemacht. Jetzt beginnen sie das gleiche Spiel in Nahost und benutzen den Iran als Entschuldigung.«

Viele Beobachter sind erstaunt, wie das Weiße Haus es fertiggebracht hat, den Luftangriff des Irak auf die »Stark« in eine direkte Bedrohung der US-Sicherheitsinteressen in Nahost auf seiten des Iran zu verwandeln und dadurch die Notwendigkeit hervorzuheben, daß die US-Marine kuwaitischen Tankern im Golf Begleitschutz bietet und sie verteidigt und möglicherweise einen Angriff auf iranische Schiffsabwehrraketen-Standorte zu fordern, die derzeit in der Nähe der Straße von Hormuz gebaut werden.



Die Särge mit den sterblichen Überresten der Opfer, die beim Angriff auf die »USS Stark« am 17. Mai ums Leben kamen.



Versucht das Pentagon absichtlich einen Krieg in Nahost zu entfachen, in heimlichem Einvernehmen mit Israel?

Könnte es sein, daß es sich bei dem vereinzelten Luftangriff des irakischen Kampfbombers auf die »Stark« um einen absichtlichen Versuch gehandelt hat, das amerikanische Schiff zu versenken und den gemeinen Angriff dann dem Iran vorzuwerfen?

Diese Möglichkeit, basierend auf Berichten unter Diplomaten und Journalisten in der Region kurz nach dem Angriff, wurde rasch beiseitegeschoben, als der Irak den »versehentlichen Angriff« zugab. Diesen Berichten zufolge hat das irakische Militär allerdings den Angriff gegen die »Stark« in der Hoffnung angeordnet, die Vereinigten Staaten in seinen Krieg mit dem Iran hineinziehen zu können.

Vertuschung der Verwicklung

Doch die Sache schlug fehl. Dem Pilot gelang es nicht das Schiff zu versenken und sein Flugzeug wurde nicht wie erwartet von der »Stark« oder saudiarabischen Abfangjägern abgeschossen. So erfolgte die nötige Vernichtung der belastenden Beweise zur Vertuschung der Verwicklung des Iraks in den Zwischenfall – mit der der Irak den Iran der Tat beschuldigen wollte – nicht.

Dennoch gab es anfangs erhebliche Verwirrung im amerikanischen Verteidigungsministerium und in Geheimdienstkreisen darüber, was genau tatsächlich passiert war, obwohl der ganze Vorfall von einem saudi-arabischen AWACS-Radarflugzeug verfolgt worden war, das mit amerikanischen Luftwaffenpersonal bemannt war.

Nur ein irakisches Flugzeug – wahrscheinlich eine französische Mirage F1-EQ5 (möglicherweise auch eine Super Etendard) wurde von dem AWACS-Flugzeug gesichtet, doch es wurden zwei Raketen beobachtet, die auf die »Stark« abgefeuert worden sind. Die Bestätigung dafür, daß die »Stark« von zwei Exocet-AM39-Marschflugkörpern französischer Bauart getroffen worden sei, kam am nächsten Tag, als ein fehlgeschlagener, 352 Pfund schwerer Sprengkopf in dem klaffenden Loch auf der Backbordseite des Schiffes, das von der ersten Rakete verursacht worden war, entdeckt wurde.

Geheimdienstexperten schlußfolgerten schließlich, daß beide Raketen von dem irakischen Flugzeug abgefeuert worden waren, das von dem AWAC beobachtet worden ist. Dies erklärt zum Teil, warum die Mirage auf dem Radar »niedriger als normal zu fliegen schien und unbeholfen wirkte«, sagte eine Quelle aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium. »Das zusätzliche Gewicht einer zweiten Rakete – normalerweise hat eine

Mirage nur eine Exocet – plus der Tatsache, daß sie sich auf niedriger Flughöhe an die ›Stark‹ heranschleichen wollte.«

Noch bevor die Leichen der Besatzung der »Stark«, die bei dem irakischen Angriff getötet worden waren, zur letzten Ruhe gebettet wurden, fingen Beamte des Weißen Hauses an von der »Bedrohung der Sicherheit der Amerikaner im Persischen Golf durch den Iran« zu sprechen. Es mußte etwas getan werden, um die Ölschiffahrtswege im Golf offenzuhalten, wurde den Leuten gesagt.

Zusammenhang mit Waffengeschäften

Irgendwie schien es das Verschulden des Iran zu sein, daß die »Stark« angegriffen worden ist.

US-Präsident Ronald Reagan verkündete, daß er den kuwaitischen Öltankern im Golf den Schutz der US-Marine angeboten habe. Dies sei nötig gewesen, sagte er, weil die Sowjets versuchten, sich Zugang zum Golf zu verschaffen, indem sie Kuwait die gleichen Dienste anbieten.

Und es sei ein gefährliches Unternehmen, warnte er, denn der Iran stellt an der Straße von Hormuz Schiffsabwehrraketen auf, die vom kommunistischen China geliefert wurden.

Was der amerikanische Präsident allerdings nicht gesagt hat: Beide Entwicklungen waren der Regierung seit über einem halben Jahr bekannt. Wieso dann die plötzliche Sorge in Washington? Schließlich währt der Krieg zwischen Irak und Iran seit nunmehr sieben Jahren.

In dieser Zeit sind über 1000 Tanker – durchschnittlich mehr als drei pro Woche – von den kämpfenden Parteien angegriffen worden. Obwohl ein paar Tanker dabei verlorengingen, hat doch die überwältigende Mehrzahl ihre Ladungen nach Europa, Japan und anderswohin gebracht und tut es weiterhin. Nur sechs Prozent der amerikanischen Ölimporte kommen aus dem Persischen Golf.

Nichtsdestotrotz behauptete der amerikanische Präsident Amerika, doch offenbar keines der anderen Länder, die Öl vom Golf bekommen, sei verpflichtet den ungehinderten Fluß von arabischem Öl zu garantieren. Darüber hinaus drohte er Angriffe auf die iranischen Raketenstandorte an, die sich derzeit im Bau befinden.

Warum? Gibt es da einen Zusammenhang mit dem verpfuschten Geschäft Waffen gegen Geiseln mit dem Iran?

Kuwait hat mit Moskau im Dezember 1986 Vereinbarungen getroffen über den Schutz seiner Tanker durch die Sowjetmarine – nur wenige Wochen, nachdem die Weltöffentlichkeit von dem vermasselten Doppelhandel der amerikanischen Regierung mit dem Iran erfahren hat. In dieser schmutzigen Affaire hat US-Oberstleutnant Oliver North den Iranern versprochen, daß die Vereinigten Staaten dabei helfen würden, die Regierung des Irak zu stürzen und sich gar selbst gegen die Sowjetunion mit dem Iran zu verbünden.

Versucht die Regierung Reagan jetzt ihre vergangenen Fehler in der Region wieder auszugleichen, indem sie Streit mit dem Iran sucht?

Oder steckt mehr hinter der Geschichte als nur das? Versucht Washington absichtlich einen Krieg in Nahost zu entfachen, vielleicht in heimlichem Einvernehmen mit der Sowjetunion und Israel?

Der Stabschef des Weißen Hauses, Howard Baker, bemerkte kürzlich beim Wirtschaftsgipfel in Venedig, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion de facto kooperieren würden, da sie beide den kuwaitischen Schiffen mit ihrer Marine Schutz bieten.

Tag des letzten großen Kampfes

US-Präsident Ronald Reagan ist seit langem der Überzeugung, daß Amerika dazu bestimmt ist die biblische Prophezeiung eines katastrophalen Weltkrieges – eines letzten großen Kampfes der Entscheidung – zu erfahren. Er hat sowohl auf offizieller als auch inoffizieller Ebene häufig davon gesprochen.

Einige Reagan-Beobachter sind der Meinung, daß diese Kommentare mehr als nur eine rein allegorische oder symbolische Bedeutung reflektieren. Wenn ja, so fürchten sie, könne der amerikanische Präsident darauf aus sein, die eigene Prophezeiung Wirklichkeit werden zu lassen. □

Ronald Reagan

Säbelgerassel geht weiter und wird lauter

Victor Marchetti

Die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan verfolgt ihre Politik der Kriegshetze am Persischen Golf unbarmherzig. Dies trotz starken Widerstandes von einem zunehmend besorgten Kongreß und völlig fehlender Unterstützung von seiten amerikanischer Verbündeter.

Gleichzeitig spielt das Weiße Haus – vom Präsidenten angefangen – mit den Tatsachen über die jüngste, selbst erfundene internationale Krise und behauptet, die Ereignisse am Golf »bedrohen unsere eigene nationale Sicherheit«.

Drei Zerstörer aus der Atlantikflotte wurden zur Ergänzung der sechs Schiffe umfassenden Flotte der US-Marine entsandt, die sich derzeit im Golf befindet. Ursprünglich plante das Weiße Haus die Entsendung von drei raketenbestückten Kreuzern zur Ergänzung der Flotte, doch entschied man sich dann für die kleineren Schiffe, nachdem die Militärbosse im Pentagon protestierten.

»Die Verstärkung unserer Streitmacht im Golf mit großen Kampfschiffen wäre zu provozierend gewesen«, äußerte ein Experte im US-Verteidigungsministerium. »Wir können es uns nicht leisten ein Schiff zu verlieren. Sie werden für die Flugzeugträger gebraucht.«

Unterdessen erreichte die Regierung durch Druck auf den amerikanischen Kongreß, daß 11 der 22 kuwaitischen Öltanker unter amerikanischer Flagge laufen dürfen und von der amerikanischen Marine geschützt werden, während sie die gefährlichen Gewässer im Golf befahren.

Um den widerstrebenden Vertretern der Legislative den Antrag schmackhafter zu machen, ist das Weiße Haus von dem »wagt bloß nicht uns anzugreifen«, gegenüber dem Iran und den Drohungen eines Präventivschlages gegen die chinesischen Silkworm-Schiffsabwehrraketen, die jetzt an der Straße von Hormuz von den Iranern installiert werden, abgewichen.

Statt dessen informierte der Leiter des US-Generalstabs, Admiral William Crowe, den Kongreß, daß es nicht nötig sei, die Silkworm-Raketenstandorte anzugreifen. Er meinte, die Bedrohung, die sie darstellen würden, sei ein »annehmbares Risiko«, ein Risiko, mit dem die US-Marine, die die kuwaitischen Tanker schützen soll, »leben könne« – so ein Informant aus dem Kongreß, der von der Aussage Crowes wußte, die allerdings in einer Sitzung hinter verschlossenen Türen fiel.

Sorge über die Glaubwürdigkeit

Amerikanische Militärexperten sind da nicht so optimistisch wie Crowe. Sie meinten, um die Bedrohung von Anti-Schiffsraketen abzuwenden, sei es eher üblich, die Abschußplattform – in diesem Fall die Silkworm-Standorte – zu zerstören als zu versuchen, die Raketen selbst abzufangen.

»Eine abgeschossene Rakete abzufangen ist eine viel heiklere

Ronald Reagan

Säbelgerassel geht weiter und wird lauter

Aufgabe, als die Zerstörung ihrer Abschußrampe«, sagte ein ehemaliger Marineoffizier. »Das Ziel ist viel kleiner und die Reaktionszeit für die elektronische Gegenmaßnahme und andere Raketenabwehrmaßnahmen ist sehr kurz – oft nur eine Sache von wenigen Sekunden. Die ›Stark‹ ist ein gutes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn man nur von der eigenen Raketenabwehr abhängt.«

Die Sorge über die Glaubwürdigkeit der verschiedenen Behauptungen, die von der amerikanischen Regierung im Hinblick auf die gegenwärtige Krise gemacht werden, nimmt im Kongreß rasch zu. Viele Mitglieder rätseln noch über den Zwischenfall der »USS Stark« und darüber, wie das Weiße Haus den irakischen Angriff in einen Vergeltungsschlag gegen den Iran gedreht hat.

Was allerdings starken Verdacht bei manchen Kongreß-Mitgliedern erregt hat und noch beunruhigender ist die Art, wie das Weiße Haus die Fakten dem Kongreß präsentiert hat. Die Sowjets haben bereits im vergangenen Dezember – nur einen Monat nach der Enthüllung des gescheiterten Präsidenten-Handels Waffen gegen Geiseln mit dem Iran – das Angebot gemacht, drei kuwaitische Tanker unter ihrer Flagge laufen zu lassen, doch das Weiße Haus zeigte sich erst nach dem Zwischenfall der »USS Stark« besorgt.

Geheimdienstquellen zufolge begann Rotchina vor einem Jahr den Iran mit Silkworm-Raketen zu beliefern, doch die amerikanische Regierung enthüllte die Lieferungen erst einen Monat nach dem Angriff auf die »Stark«.

Wie außerdem zu erfahren ist, hatte das Weiße Haus im Prinzip bereits im März zugestimmt, kuwaitische Tanker unter amerikanischer Flagge fahren zu lassen und ihnen Schutz zu bieten, doch es berichtete dem Kongreß erst nach dem »Stark«-Vorfall darüber.



Was steckt hinter Amerikas Engagement beim Schutz des Öls in der Golfregion? Versucht Washington absichtlich einen Krieg in Nahost zu entfachen?

Keine Unterstützung von den Verbündeten

Darüber hinaus sind viele Kongreß-Mitglieder beunruhigt über die mangelnde Unterstützung von seiten amerikanischer Verbündeter einschließlich der Ölscheichtümer am Golf für die Politik der amerikanischen Regierung. Man wies darauf hin, daß sich lediglich Kuwait und der Irak zugunsten der Politik ausgesprochen haben und diese auch nur sehr behutsam.

Saudi-Arabien hat es abgelehnt, das Weiße Haus offen zu unterstützen, obwohl die Bewilligung des Kaufs von 1600 Maverick-D-Panzerabwehrraketen vor einem aufgerüttelten Kongreß gefährdet schien. Auch war von den Saudis nichts zu hören, als die Regierung gezwungen war, den Kauf vom Tagesordnungspunkt zu streichen. Zur gleichen Zeit machte US-Botschafter Richard Murphy, Staatssekretär für Nahostangelegenheiten im Außenministerium, seine Aussage vor dem außenpolitischen Ausschuß.

Unterdessen bleibt der tragische Angriff auf die »Stark« in der Nacht vom 17. Mai 1987 – der Vorfall, der die »hausgemachte« Golfkrise der amerikanischen Regierung entzündete – in Rätsel gehüllt. Jüngste Versuche des Kongresses, etwas Licht in das Dunkel zu bringen, brachten nur weitere Verwirrung und Argwohn.

Der demokratische Abgeordnete Les Aspin, Vorsitzender des Heeresausschusses des Repräsentantenhauses behauptete, eine Reihe verfahrenstechnischer »Unterlassungen« in militärischer Hinsicht von seiten der Schiffsmannschaft und des irakischen Piloten habe zu dem Angriff geführt. Aspins Urteil basierte auf einer jüngst abgeschlossenen Untersuchung des Zwischenfalls durch Ausschußmitglieder.

Laut Aussagen eines Informanten aus dem Kongreß, der den Bericht gesehen hat, wird darin der größte Teil der Schuld dem Kapitän und den Offizieren der »Stark« gegeben, während der irakische Pilot des Mirage-Kampfbombers kaum getadelt wird. Ihm wird lediglich angelastet, daß er sich nicht in die Warnfrequenz der »Stark« eingeschaltet habe – was anscheinend üblich ist –, und daß er keinen Sichtkontakt mit seinem Ziel aufgenommen hat – was ebenfalls angeblich üblich ist –, bevor er seine Raketen abfeuerte.

»Welche akrobatischen Sehkünste verlangten sie von ihm aus einer Entfernung von 25 Meilen mitten in der Nacht?«, fragte sich der Informant, ein ehemaliger Armeeoffizier.

Die Reichweite der Exocet beträgt 27 Seemeilen. Die »Stark« wurde kurz nach 21 Uhr, Golfzeit, angegriffen.

»Warum sollte er sich unsere Warnungen, nicht anzugreifen, anhören? Wenn er so weit südlich flog, überladen mit zwei Raketen, hatte er es einfach darauf abgesehen, irgend jemandem sein Schiff zu versenken.«

Weitere Ungereimtheiten

Ein Informant aus dem US-Verteidigungsministerium, ein ehemaliger Marineoffizier, äußerte: »Es mutet auch seltsam an, daß ein voll ausgebildeter Kapitän ein solch kleines Schiff kommandiert. Kapitäne führen normalerweise das Kommando auf Flugzeugträgern und Kampfschiffen oder zumindest Kreuzern. Da ist noch etwas anderes an dem Bericht des Kongresses, das auffällig ist. Die Verfasser sind offenbar von ihrer üblichen Praktik, dem Kapitän die Schuld zu geben, abgewichen und haben sich dabei aber auch endlos darüber ausgelassen, die Schiffsausrüstung und die Gefechtsregeln des Marineministeriums von jeglicher Schuld reinzuwaschen.

Wir haben vor kurzem einige Raketenabwehrtests in der Karibik durchgeführt und die Zerstörer vom Typ ›Stark‹ haben kläglich versagt.«

Die eigenen Untersuchungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums über den Zwischenfall der »Stark« sind noch nicht abgeschlossen. Man scheint einige Probleme dabei zu haben, sagte der Informant, doch lehnte er es ab, sich weiter darüber auszulassen. □

Naher Osten

Saudis finanzieren US-Politik

Warren Hough

Saudi-Arabien hat seit dem Jahr 1968 »mindestens 110 Milliarden Dollar ausgegeben, um Ziele der US-Politik, diplomatische Initiativen, wirtschaftliche Bedürfnisse und Verteidigungsprogramme zu unterstützen«, behauptete ein hoher saudi-arabischer Regierungsvertreter kürzlich in einem ungewöhnlich offenen Interview. Fast alle diese Gelder wurden »stillschweigend, oft im geheimen« ausgegeben, enthüllte der arabische Politiker und fügte hinzu: »Unsere beiden Länder sind durch ein enges, unsichtbares Bündnis miteinander verbunden. Wir können das, was wir zusammen tun, nicht publik machen.«

Der sehr erfahrene und kenntnisreiche Politiker vom Persischen Golf, der in den Vereinigten Staaten in Jura promoviert und anschließend eines der Verbindungsbüros seiner Regierung in Washington leitete, bis er Anfang des Jahres 1986 wieder zurückberufen wurde, war bereit, zu einem heiklen Thema Rede und Antwort zu stehen.

Den Wind der Saudis im Rücken

»In Wahrheit geht die lange Tradition der freundschaftlichen Verbundenheit zwischen Saudis und Amerikanern auf die dreißiger Jahre zurück«, erinnert er sich. »Im Zweiten Weltkrieg dienten unsere See- und Flughäfen als amerikanische Schlüsselstützpunkte.

Amerikas Umschwenken auf Israel in der Nachkriegsära war eine große Enttäuschung für uns. Wir sahen voraus, daß die wachsende und immer intensiver werdende Unterstützung dieses Kleinstaats durch die aufeinanderfolgenden Regierungen schließlich Amerikas ganze Position in Nahost gefährden würde. Doch das hat unsere Sympathie und Unterstützung der USA nicht geschmälert. Sie wuchs sogar eher noch mit der zunehmenden Krise in unserer Region.«

Selbst amerikanische Regierungsvertreter, die eng mit Washingtons pro-israelischer Strategie in Zusammenhang stehen, geben inoffiziell zu, daß die Unterstützung von seiten der Saudis ein wichtiger Faktor beim Erreichen der amerikanischen Ziele war. »Immer, wenn ich in den Nahen Osten flog, spürte ich den Wind der Saudis in meinem Rücken«, soll der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger mehr als einmal gegenüber Kollegen geäußert haben.

Lange bevor die Reagan-Regierung die Saudis insgeheim bat, den Guerillakrieg gegen Nicaraguas kommunistisches Regime mit finanzieren zu helfen, statteten US-Diplomaten der Hauptstadt des saudi-arabischen Königreichs, Riad, häufige Besuche ab, um bei einer Vielzahl von Problemen um Unterstützung zu bitten.

Viele Schulden der dritten Welt bezahlt

Sogenannte Notstabilisierungsfonds von insgesamt 40 Milliarden Dollar in dem Jahrzehnt nach 1973 machten den Löwenanteil aus, den die Saudis auf Drängen der USA lockermachten. Diese hohen Summen wurden dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und anderen »Kreditgebern als letzter Ausweg« zur Verfügung gestellt, so dieser Informant.

»Es handelte sich um ein umfassendes Programm, um das amerikanische Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren«, erläuterte der Politiker vom Persischen Golf. »Diese Milliarden wurden verwendet, um es zahlungsunfähigen Schuldnerländern zu ermöglichen, zumindest einige ihrer Verpflichtungen gegenüber amerikanischen Banken zu erfüllen.

Wir haben uns praktisch eingeschaltet und viele Schulden der dritten Welt gegenüber amerikanischen Gläubigern bezahlt.«

Ohne diese Hilfe der Araber wäre die Bürde des Bankenausverkaufs, die der amerikanische Steuerzahler zu tragen hat, doppelt so groß gewesen, sagte Dr. Paul Adler, der bekannte internationale Wirtschaftswissenschaftler.

»Außerdem wurde durch die Subventionen der Saudis verhindert, daß es in einer Reihe verarmter Nationen zu einer Explosion kam – zu Aufruhr und gewaltsamen Protesten infolge eines Zusammenbruchs der sozialen Ordnung«, fügte Adler hinzu.

Doch die Milliarden saudischer Gelder gingen in einige der dringlichsten strategischen Kernpunkte der amerikanischen Regierung, enthüllte der saudische Regierungsvertreter. Er führte einige der Kriesengebiete auf, wo die geheime Intervention der Saudis den amerikanischen Zielen förderlich war:

In den Jahren 1978–1979 wuchs die Sorge der Carter-Regierung über den Vorstoß der Sowjets in Somalia, einem strategisch wichtigen Land in Afrika, das zu einem kommunistischen Satellitenstaat zu werden schien. Auf geheimes Drängen von US-Präsident Carter stellte die saudiarabische Regierung fast 500 Millionen Dollar an »Notgeldern« dem an Hungersnot leidenden Somalia zur Verfügung, das prompt ins westliche Lager zurückkehrte, indem es große Gruppen gerade eingetroffener sowjetischer Militärberater auswies und dem amerikanischen Militär ihre Stützpunkte anbot.

Das Engagement wurde zum Eigentor

Im Jahre 1977 wurde ein weiteres von Armut geschütteltes Land in Afrika, Zaire, durch Revolte und Guerillakrieg bedroht. Saudi-Arabien finanzierte eine Luftintervention durch eine internationale »Friedensstreitmacht« aus vorwiegend französischen und marokkanischen Truppen, was es Zaire ermöglichte, im amerikanischen Einflußbereich zu bleiben.

Im Jahre 1979 wurde der Nord-Yemen, ein amerikanischer Satellit, vom Süd-Yemen, dessen kommunistischem Bruderstaat, überfallen. Die Saudis stellten »etwa eine Million Dollar unmittelbar zur Verfügung«, wie es aus Washingtoner Verteidigungskreisen verlautete, um eine Luftbrücke für amerikanische Militärlieferungen und Einheiten von Sonderstreitkräften in das Kriesengebiet zu finanzieren und so das Gleichgewicht wieder herzustellen und die sowjet-gestützte Invasion zurückzuschlagen.

Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan im Jahre 1979 setzten die Saudis ein fortgesetztes Hilfsprogramm für die antikommunistischen Mujahideens (Freiheitskämpfer) in Gang. »Über die Jahre hinweg hat dieses Hilfsprogramm die Saudis mehrere Millionen Dollar gekostet«, bestätigte ein Pentagon-Programmleiter, der mit asiatischen Angelegenheiten vertraut ist.

»Ohne die Hilfe Saudi-Arabiens wäre Afghanistan heute ein sowjetischer Satellitenstaat. Durch die arabischen Gelder wurde der Gang der Ereignisse in diesem kriegsgeschüttelten Gebiet stark gelenkt – in unsere Richtung gelenkt, sollte ich hinzufügen.«

Trotz breiter und diskreter Unterstützung der US-Schlüsselpolitik haben die Saudis in Washington wenig Gunst gewonnen. »Die Reagan-Regierung hat sich pro-israelischer gezeigt als jeder ihrer Vorgänger«, beklagte der saudi-arabische Politiker. »Unsere zahlreichen proamerikanischen Engagements haben sich als Eigentor erwiesen.« □



Zionismus

Die vom Teufel Besessenen

Charles M. Fischbein

Nach Aussagen einiger seiner engsten Freunde ist der amerikanische Justizminister Edwin Meese der Meinung, daß das Weiße Haus und das US-Außenministerium von bösen Geistern und Dämonen heimgesucht wird, deren Ziel es ist, Israel zu schaden und zu verhindern, daß der Tag des letzten großen Kampfes der Entscheidung zwischen Gut und Böse stattfindet.

Diese Analyse eines der mächtigsten Männer in den Vereinigten Staaten stammt von Roberta (Bobbi) Hromas, Begründerin und Leiterin des American Christian Trust für Israel (ACT). Mrs. Hromas, die diese und andere Informationen über Meese und seinen Fanatismus des »evangelischen Zionismus« verbreitet hat, arbeitete mit mir in meiner Zeit als leitender Direktor des Jewish National Fund (JNF) von Washington eng zusammen, als ich für Mrs. Hromas ein Essen zu Spendensammelzwecken gab, an dem auch Meese teilnahm.

Die Geister des Weißen Hauses

Mrs. Hromas Aussagen nach zählten Meese und seine Frau Ursula zu den treibenden Kräften hinter dem Erfolg des ACT. Das Ehepaar ist auch ein intensiver Anhänger des Evangelisten Pat Robertson und seines »Clubs 700«, und sie haben zu seinen pro-zionistischen Aktivitäten im Südlibanon schon viel beigesteuert.

Mrs. Hromas erwähnt bei verschiedenen Gelegenheiten, daß sich Meese und andere hochrangige Mitglieder der Reagan-Regierung einschließlich des ehemaligen Innenministers James Watt einer seltsamen Theorie verschrieben hätten, derzufolge böse dämonische und satanische Geister die Büros des US-Außenministeriums und des Weißen Hauses heimsuchen würden.

Diese Philosophie ist ein Schlüsselelement, das die Mitglieder des ACT verbindet, die nur ein paar hundert Meter von der israelischen Botschaft entfernt in ihrem Hauptquartier in Washington 24-stündige Gebetsandachten für Israel abhalten.

Meese habe sie, so Mrs. Hromas, bei verschiedenen Gelegenheiten schon angesprochen und gefragt, ob es möglich sei, die Geister aus dem Weißen Haus und dem US-Außenministerium sowie den Räumlichkeiten, in denen der Nationale Sicherheitsrat der USA (NSC) untergebracht ist, zu vertreiben.



US-Justizminister Edwin Meese glaubt, daß jene, die Israel in Frage stellen, vom Teufel besessen sind, und während er einen Stein aus Jerusalem umklammert, betet er für den dritten Weltkrieg.

Oft, so Mrs. Hromas, ruft Meese vor Besprechungen des NSC oder solchen des amerikanischen Generalstabs in den Büros des ACT an und bittet Mrs. Hromas und andere spezielle, intensive Gebete für Israel durchzuführen.

Die Kapelle mit dem kugelsicheren Glas

Obwohl der Gedanke, einen Exorzisten ins Weiße Haus und in die Büros des US-Außenministeriums zu lassen, um die bösen Geister auszutreiben, die es auf die Zerstörung des zionistischen Kleinstaates abgesehen haben, vielleicht etwas weit hergeholt erscheint, so war es Meese damit doch sehr ernst. Er beharrte bei mehreren Gelegenheiten darauf, wenn er in dem protzigen Hauptquartier des ACT zu den 24-Stunden-Andachten für Israel erschien.

Mrs. Hromas gestand, Meese habe ihr anvertraut, er glaube, das US-Außenministerium, das seiner Meinung nach pro-arabisch sei, würde diese Geister die amerikanische Nahost-Politik bestimmen lassen, was seiner Meinung nach zu der Beseitigung des Staates Israel führen und verhindern würde, daß der letzte Kampf der Entscheidung noch zu seinen Lebzeiten stattfinden wird.

Es ist interessant festzustellen, daß die gleiche Person, die das Weiße Haus und das US-Außenministerium von bösen Geistern befreit haben will, Demonstranten gegen die Steuerpolitik der Reagan-Regierung und verfassungsrechtliche Verfechter als »Idioten und Narren« bezeichnet hat.

Mrs. Hromas zufolge haben Meese diese Gefühle sehr zu schaffen gemacht, und er hat sie häufig um spirituelle Orientierung ersucht.

Als der US-Kongreß den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien gebilligt hat, vertraute Meese ihr an, der Antrag und seine Billigung seien des Werk des Teufels gewesen und er bestand darauf, daß jene, die dafür gestimmt hätten, besessen gewesen wären. Er bat Mrs. Hromas für jeden von ihnen zu beten.

Wenn Meese in das ACT-Gebäude geht, bleibt er die ganze Nacht dort und setzt sich neben einen Stein, der von den Bergen um Jerusalem stammt. Er umfaßt den Stein und betet stundenlang für die Rettung Israels und die Erfüllung der Prophezeiung durch das rasche Eintreten des letzten großen Kampfes.

Auf Meeses Anweisungen hin hat der Geheimdienst in der Kapelle des ACT-Gebäudes kugelsicheres Glas eingebaut sowie eine neue Auffahrt angelegt, so daß auch Präsident Reagan gelegentlich an den 24-stündigen Andachten teilnehmen kann. Mrs. Hromas erzählte mir, daß Reagan bei solchen Andachten an besonderen Abendessen teilgenommen habe.

Um bei diesen Andachten unentdeckt zu bleiben, parkt die Präsidentenlimousine im unterirdischen Parkhaus der israelischen Botschaft, nur wenige Meter vom Eingang der ACT-Kapelle entfernt und der Präsident gelangt vom Hinterausgang der Botschaft in die Kapelle.

Gebete für den Agenten Pollard

Mrs. Hromas vertraute mir auch an, daß Meese seine Verbindungen zu zahlreichen Rüstungsfirmen einschließlich der Wedtech Corporation auch dazu nutzt, daß diese israelische Ingenieure einstellen, so daß diese Zugang

zu einigen hochtechnischen und elektronischen Geheimdiensteinrichtungen der USA bekommen.

Mrs. Hromas und ihr Mann, der Direktor eines High-Tech-Forschungslabors für TRW – eines der größten Rüstungsunternehmen Amerikas – ist, kommen häufig mit Ed und Ursula Meese zusammen und suchten die Unterstützung für die besondere Behandlung von israelischen Wissenschaftlern, damit diese Zugang zu streng geheimen Militär- und Geheimdienstinformationen bekommen.

Nach der Verhaftung von Jonathan Jay Pollard, so Mrs. Hromas, war Meese sehr niedergeschlagen und hatte starke psychologische Probleme, als er Pollard wegen Spionage gegen die Vereinigten Staaten und zugunsten Israels anklagen mußte.

Mrs. Hromas berichtete, daß Meese mehrmals in das ACT-Hauptquartier ging, um für Pollard und dessen Frau zu beten, und daß er anderen ACT-Mitgliedern anvertraute, er hoffe insgeheim, daß es Pollards Anwalt gelingen werde, Pollard vor dem Gefängnis zu bewahren und ihm die sichere Rückkehr nach Israel zu ermöglichen.

Meeses Verbindungen zu Israel haben sich im ersten Teil seiner ersten Amtsperiode verstärkt, als er durch James Watt mit Mrs. Hromas in engen Kontakt kam. Watt war seit Jahren ein Anhänger des ACT und er hat Meese zum ACT gebracht.

Über die Wedtech Corporation laufen Untersuchungen wegen der Zahlung von Bestechungsgeldern an Bundesbeamte, um sich lukrative Rüstungsaufträge zu sichern. Unterdessen tauchen Berichte auf, denen zufolge der frühere Präsident der Wedtech, John Mariotta, an verschiedene pro-zionistische Organisationen Beiträge geleistet hat, darunter auch an den ACT und den skandal-umwitterten PTL-Club.

Meese war natürlich mit Mariotta eng befreundet; letzterer ist ebenfalls ein unerschütterlicher Evangelist und langjähriger Anhänger von Mrs. Hromas und dem ACT.

Seit dem Tod seines Sohnes Scott vor vielen Jahren bei einem Autounfall in Nord-Virginia ist Meese – Mrs. Hromas Aussagen nach – nahezu besessen von Israel. Der JNF »pflanzte auf den Bergen um Jerusalem für Scott Meese einen Wald«, und ich überbrachte damals Mr. und Mrs. Meese die Plakette dafür.

Beten für den dritten Weltkrieg

Später traf sich Meese mit Reagan auf privater Ebene und teilte ihm mit, wie wichtig es sei, daß er Israel so viel Unterstützung wie nur möglich gäbe. Seither vertritt Meese die zionistische Sache ständig und ist bei Abendessen von Zionisten, die zu Spendensammelzwecken stattfinden, immer als Sprecher zugegen.

Vor einigen Monaten soll Meese bei dem jährlichen »Prayer Breakfast for Israel« bei der National Religious Broadcasters Convention in Washington im Februar einigen Teilnehmern gegenüber geäußert haben, daß er die Position von Meir Kahane unterstütze, nach der alle Araber aus dem Heiligen Land vertrieben werden sollten.

Einigen Teilnehmern an dem Frühstück soll er gesagt haben, die Araber im Heiligen Land »sind nicht wie wir oder die Juden. Sie sind die Esel der Region. Sie denken und fühlen nicht wie wir.«

Der amerikanische Justizminister ist so besessen von Israel und dem Gedanken der dämonischen Besessenheit jener, die eine ausgewogene Nahost-Politik fordern, daß selbst viele seiner Freunde der Meinung sind, daß er seinem Land, den Vereinigten Staaten, nicht ordnungsgemäß dienen kann.

So haben die Amerikaner einen Justizminister, der an anti-zionistische Geister an hohen Stellen glaubt, der meint, daß jene, die Israel überhaupt in Frage stellen, vom Teufel besessen sind, und der einen Stein umklammert, während er für den dritten Weltkrieg betet. □



Nazijagd

Gerechtigkeit unter Meese

P. Samuel Foner

Was haben George Hansen, Karl Linnas und die Wedtech Corporation gemeinsam? Die Antwort lautet: Edwin Meese, Amerikas Justizminister und Spitzenbulle. Justizminister Edwin Meese ist verantwortlich für die anhaltende Inhaftierung von Hansen, eines ehemaligen republikanischen Abgeordneten aus dem US-Bundesstaat Idaho, und der Zwangsausweisung von Linnas aus den Vereinigten Staaten in das sowjetisch regierte Estland, wo ihm die Todesstrafe drohte. Meese ist auch die Schlüsselfigur in dem, was als die »größte Untersuchung krimineller Korruption in der Geschichte des Landes bezeichnet wird«.

George Hansen ist die einzige Person, die ja nach einem neuen Gesetz verurteilt wurde, das von seinen Kollegen verabschiedet worden ist und von dem viele in aller Öffentlichkeit gesagt haben, daß es nie unter Strafe hätte gestellt werden sollen. Außerdem: nach Hansens Verurteilung konnten 230 seiner Kollegen ihre Steuererklärungen ex post facto »anpassen«.

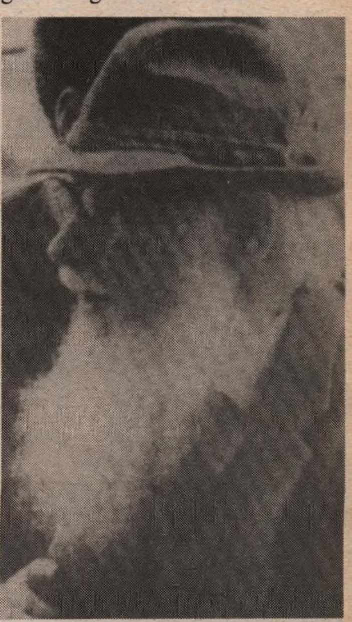
Meese muß davon gewußt haben

Hansen wurde verurteilt, weil er bestimmte Darlehen an seine Frau Connie nicht bekanntgegeben hatte. Doch er war monatelang mit US-Bundesbeamten in Kontakt gewesen, die mit solchen Angelegenheiten zu tun hatten, und man sagte ihm, er habe korrekt gehandelt.

Dann beschloß Meeses Justizministerium einzuschreiten. Die Folge ist, daß Hansen jetzt im Gefängnis sitzt und Meese tut unterdessen so, als wüßte er von nichts.

Die Wahrheit ist, daß Hansen mit einer Amnestie des amerikanischen Präsidenten rechnen könnte und Meese ist ein Mann, der das mit einem Federstrich streichen kann. Traditionsgemäß unterzeichnen Präsidenten die Gnadengesuche nach Empfehlung durch den Justizminister. Es gibt keinen Fall in der jüngsten Geschichte der USA, wo ein Präsident die Empfehlung seines Justizministers abgewiesen hat – Ronald Reagan eingeschlossen.

Wir haben den Fall Hansen verfolgt, seit der ehemalige Kongreß-Abgeordnete darüber in-



Karl Linnas wurde vom US-Justizministerium als angeblicher Kriegsverbrecher in die UdSSR abgeschoben, wo er kurz nach Eintreffen bei einer Operation starb.

formiert wurde, daß über ihn eine Untersuchung eingeleitet worden ist. Meese konnte als Justizminister unmöglich über die Situation in Unkenntnis gewesen sein, zumal es um ein Mitglied des Kongresses ging.

Die Tatsache, daß Hansen ein Gnadengesuch beantragt hat, ist ebenfalls kein Geheimnis. Nach unseren Bemühungen, Hansens Situation zu publizieren, hat auch das amerikanische Establishment – wenn auch verspätet – die Geschichte aufgegriffen.

Nazijagd

Gerechtigkeit unter Meese

Entweder liest Meese keine Zeitung oder er schwindelt, wenn er sagt, daß er über den Fall Hansen nichts weiß.

Der Nazijäger der US-Regierung

Hier ist ein Mann, der von sich selbst behauptet, einen moralisch hohen Standard zu haben – ungeachtet jeglicher Opposition.

Hansen, der niemals vor Gericht hätte gestellt werden dürfen, geschweige denn inhaftiert werden, sitzt heute im Gefängnis, weil Meese das so will. Wenn Meese ihn aus dem Gefängnis haben wollte, würde er vom Präsidenten begnadigt werden.

Dann ist da Linnas, ein naturalisierter amerikanischer Staatsbürger aus der kleinen baltischen Republik Estland. Linnas wurde die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen, und er wurde zur Hinrichtung an die Sowjetunion ausgeliefert. Ihm ist von den Sowjets bereits in Abwesenheit der Prozeß gemacht worden und er wurde dabei zum Tod verurteilt.

Linnas war das jüngste Opfer des Office of Special Investigation (OSI) im amerikanischen Justizministerium, den mit Steuergeldern finanzierten »Nazijägern« der US-Regierung.

Anhand von »Beweisen«, die vom sowjetischen Geheimdienst, KGB, geliefert wurden, haben die Vereinigten Staaten Linnas geflissentlich die Staatsbürgerschaft weggenommen. In diesem Augenblick trat Meese ins Bild und brachte wieder seinen hohen moralischen Standard ins Spiel. Er wollte ein Land finden, das bereit war, den Amerikaner aus Estland aufzunehmen.

Meese wählte Panama aus Gründen, die niemals deutlich gemacht wurden. Als die Nachricht durchsickerte, beschwerten sich die zionistischen Organisationen in Amerika und der Handel wurde rückgängig gemacht. Das letzte Mal wurde Linnas gesehen, als er auf dem Weg in die »Heimat« an Bord einer tschechoslowakischen Verkehrsmaschine gezerrt wurde.



George Hansen, ein ehemaliger Abgeordneter, ist inhaftiert, weil der US-Justizminister ihn nicht begnadigen will.

Die wahre Ironie an der Geschichte ist, daß die Vereinigten Staaten die militärische Besetzung und anschließende gewaltsame Annektierung der drei baltischen Republiken – Estland, Lettland und Litauen – durch die Sowjets nicht anerkennen.

So brachten die Sowjets Linnas in die estländische sozialistische Sowjetrepublik, wie sie es nennen, während das US-Außenministerium das kleine Land als Republik Estland bezeichnet.

Wenn das Land nicht einmal als Teil der Sowjetunion existiert, wie kann dann das amerikanische Justizministerium einen Mann dort hinschicken und seine Aktionen rechtfertigen?

Verbindungen zu Wedtech

Wo war Meese, als Linnas gezwungen wurde, die Vereinigten Staaten zu verlassen? Nicht am Flughafen.

Wenn das von Meese bevorzugte Land – nicht die Vereinigten Staaten, sondern Israel – will, daß Linnas zur Hinrichtung an die Sowjets ausgeliefert wird, dann leistet Meese Folge.

Seine wohl publizierten Bemühungen, ein anderes Gastland als die Sowjetunion zu finden, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn die Vereinigten Staaten hatten den Estländer bereits als »Nazi-Kriegsverbrecher« abgestempelt – ohne ihm in Amerika die Möglichkeit einer Gerichtsverhandlung zu gewähren. »Nazi-Kriegsverbrecher« sind auf der ganzen Welt offiziell unerwünscht.

Dann ist da noch die Wedtech Corporation. Meese ist in den Wedtech-Skandal, der bereits einem Kongreß-Abgeordneten, dem Demokraten Mario Biaggi, und einer Vielzahl anderer eine Anklage eingebracht hat, direkt verwickelt. Wedtech ist ein amerikanisches Rüstungsunternehmen. Viele ehemalige Angestellte haben sich bereits schuldig bekannt, zahlreiche Beamte mit Mitteln aus einem geheimen Firmenbestechungsfonds gemeinsam bestochen zu haben.

Im Jahr 1982 ordnete Meese – damals Berater von Präsident Reagan – die Untersuchung an, die das Weiße Haus dazu veranlaßte, im Zusammenhang mit einem Rüstungsauftrag zugunsten der Wedtech zu intervenieren.

Drei Jahre später – kurz nachdem Meese zum amerikanischen Justizminister ernannt worden war – plante er zusammen mit einem Geschäftsmann aus San Francisco, W. Franklyn Chinn, ein Investitionsvorhaben. Dies war kaum einen Monat nachdem Chinn Berater bei Wedtech wurde.

Der US-Justizminister steht unter Beschuß, weil er zwei separate bundesgerichtliche Untersuchungen der Wedtech, jener Firma, für die sein Partner Chinn die fragliche Beratertätigkeit ausgeübt hat, zurückgezogen hat.

Gegen Meese laufen Untersuchungen wegen Betrugs, Fälschung und Verschwörung. Staatsanwalt James McKays Mitarbeiterstab ist mit einer intensiven Zeugenbefragung über Meeses Rolle bei dem oben erwähnten Auftrag in Höhe von 32,3 Millionen Dollar beschäftigt. Obwohl sie in Zeitungsartikeln als »Rüstungsunternehmen mit Minderheitsbeteiligung« bezeichnet wird, hatte die Wedtech damals weder eine Minderheitsbeteiligung, noch handelte es sich um eine Rüstungsfirma.

Wir fanden heraus, daß Wedtech zu dem Zeitpunkt, als der Auftrag an sie vergeben wurde, nicht über die Einrichtungen verfügte, um die Arbeiten, die laut Vertrag verlangt wurden, durchzuführen.

Auf frischer Tat ertappt

Das ist der Hintergrund: Im Februar 1981 bat John Mariotta, ein Puertoricaner, die Small Business Administration (SBA), ihm bei der Erlangung eines Pentagon-Auftrages für die Herstellung von Kleinmotoren und anderem Armeebedarf im Wert von 28,8 Millionen Dollar zu helfen.

Mariotta behauptete, ihm gehöre zusammen mit Fred Neuberger, einem in Rumänien geborenen israelischen Immigranten, eine Produktionsstätte mit dem Namen Wedtech Corporation. Doch ein ehemaliger SBA-Anwalt erzählt: »Nach SBA-eigenen Unterlagen handelte es sich bei der Wedtech um eine kleine Werkstatt in einer alten Garage in Süd-Bronx, einem der schlimmsten Slums von New York City.

Sie hat weniger als 20 Beschäftigte und seit dem Jahr 1974 bereits einige SBA-Kredite erhalten. Sie war langsam, selbst bei der Erfüllung von Kleinaufträgen zur Reparatur von Filtern für Armeehubschrauber und ähnliche Wartungsarbeiten. Sie litt unter ständigen Kostenüberschreitungen.«

Deshalb sagte die SBA »nein«. Doch ein Jahr später zeigte Meese Interesse an Wedtech. In der Folge verzeichnete die Firma hohe Einkünfte von 8,1 Millionen Dollar im Jahr 1982 – was fast doppelt soviel war als im Vorjahr. Im Jahr 1983 verdiente das Unternehmen 44,7 Millionen Dollar und im Jahr 1984 überschritt das Jahreseinkommen von Mariottas kleiner Werkstatt die 100-Millionen-Grenze.

Kein Wunder, daß die roten Lampen aufleuchteten und die Alarmglocken zu läuten begannen. Kein Wunder, daß eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet wurde.

Weitere Anklagen stehen bevor – vielleicht auch die von Meese. Der Top-Bulle der Vereinigten Staaten ist auf frischer Tat ertappt worden, was in diesem Fall nicht unbedingt einem Schuldbeweis gleichkommt, doch ausreicht, um Verdacht zu erregen. □

Nazijagd

USA geben freie Fahrt für Haßwelle

Warren Hough

Unter dem Druck einer Lobby nicht registrierter Agenten eines fremden Landes hat sich die Reagan-Regierung der Kampagne angeschlossen, die die »Kriegsverbrechen-Archive« in der Obhut der Vereinten Nationen öffnen will.

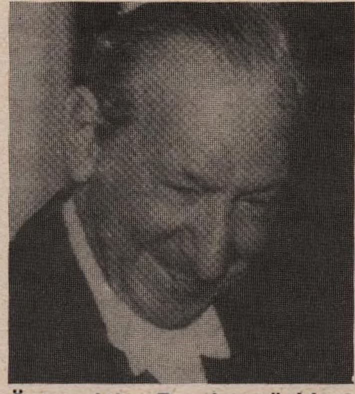
In Umkehrung einer lange von Amerika vertretenen Position hat US-Außenminister George Shultz dem UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuéllar eine offizielle Note geschickt, aus der hervorgeht, daß sich die Vereinigten Staaten entschlossen haben, den Schritt der Israelis, diese umstrittenen Aufzeichnungen zu enthüllen, zu unterstützen.

Überraschung und zugleich Bestürzung

»Wir haben zu diesem Thema eine neue Position eingenommen«, äußerte Irene Payne, eine Sprecherin für die US-Mission bei den Vereinten Nationen gegenüber dem amerikanischen Fernsehkorrespondenten Paul Chevasson. »Wir verlangen umfangreicheren Zugang zu den Kriegsverbrechens-Akten der UN, das heißt, wir wollen, daß sie nicht länger verschlossen und vertraulich behandelt werden. Es tut mir leid«, fügte sie mit erregter Stimme hinzu, »ich kann keine weiteren Fragen zu dem Thema beantworten.«

Amerikanische Diplomaten bei der UN sind überrascht und bestürzt zugleich über die Entscheidung, die lange ruhenden UN-Archive zu enthüllen, und zwar aufgrund von Berichten, daß die berüchtigte Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith-Loge die Absicht habe, dies als ein Sprungbrett für einen Angriff auf die katholische Kirche zu verwenden.

In einer Reihe privater Unterhaltungen mit Gesandten und anderen Quellen bei der UN rekonstruierte ich die jüngsten Entwicklungen dieser sich ausweitenden internationalen Kontroverse wie folgt:



Österreichs Bundespräsident Waldheim löste mit seinem Besuch beim Papst eine neue Haßwelle in den USA aus.

Als im Jahr 1948 der Drang, Deutschland, Italien und andere Achsenstaaten für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu bestrafen, zu schwinden begann, wurde die UN zum »Ablageplatz« für Stapel sogenannter »Kriegsverbrechen-Akten«.

Zusammengetragen waren die Akten von verschiedenen Organisationen wie dem sowjetischen KGB, dem britischen Geheimdienst (SIS) und einer Reihe Fahndungsbehörden aus der Kriegszeit, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre aufgelöst wurden. Sie stellten bei der neu organisierten UN eine Art »Ausschuß« zahlloser Fahndungen und Strafverfolgungen aus der Kriegszeit dar.

»Viele dieser Fälle wurden aufgrund mangelnder Beweise eingestellt«, erzählte ein islamischer Beamter aus dem auswärtigen Dienst, der im UN-Generalsekretariat beschäftigt ist.

»Einige von ihnen sind rachsüchtige oder grundlose Denunziationen«, sagte er. »Andere sind Versuche, gegen Feinde aus der Kriegszeit vorzugehen, Untersuchungen, die eine nur schlecht getarnte, politische Rache darstellten. Keiner von ihnen hätte vor Gericht standhalten können. Ende der vierziger Jahre wanderten sie in den Müll, das heißt, sie wurden in die Archive der UN geschafft.«

Israel dagegen schlug einen anderen Kurs ein. Im Oktober 1986 begann ein UN-Vertreter eine Reihe von Schritten hinter den Kulissen, um sich Zugang zu den Kriegszeit-Archiven bei der UN zu verschaffen.

»Nach einer Gesetzesänderung aus dem Jahr 1950 an der UN-Charta muß eine gemeinsame Kommission aus 16 Nationen mit Mehrheitsbeschluß entscheiden, was mit diesen Unterlagen passiert«, erläuterte Dr. Arturo Torres-Paneque, ein UN-Rechtsberater.

»Fast 40 Jahre lang«, fuhr er fort, »hat die Kommission einstimmig Stillschweigen über diese kontroversen Überbleibsel aus den Kriegstagen bewahrt. Doch jetzt, wo die USA entschieden haben, Israel zu folgen und ›breiteren Zugang‹ zu fordern, überdenken vier oder fünf andere Mitglieder ihre Haltung neu.«

UN-Quellen sagen, Kanada, die Niederlande, Dänemark und Jugoslawien befinden sich unter besonders starkem Druck durch Israel und sollen sich dessen Verlangen nach Enthüllung der Archive anschließen.

Nach dem von Israel vorgeschlagenen Plan, der jetzt auch von der Reagan-Regierung gestützt wird, »würden akkreditierte Institutionen und Organisationen« die Erlaubnis erhalten, in diese »ausgetrocknete Rechtslatrine« – wie es ein UN-Berater nannte – einzutauchen.

Es wird ein schändliches Spektakel

In den Vereinigten Staaten würden derartige Genehmigungen von Abraham Sofaer, dem Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium, von Fall zu Fall erteilt. Sofaers Engagement für Israels Interessen hat Kritik selbst bei Kollegen des auswärtigen Dienstes der USA hervorgerufen, die für den Kleinstaat in Nahost eingenommen sind.

»Wenn Sofaer die Genehmigungen erteilt, kann die ADL sicher sein, daß sie zu den ersten gehören wird, die in diesem Müll graben dürfen«, sagte ein UN-Mitglied, dessen Regierung nicht unter den 16 Ländern vertreten ist, die die Kommission ausmachen.

»Sie bekommen damit noch etwas mehr Schrott in die Finger, den sie Israels Kritikern und Gegnern entgegenschleudern können. Tausende anständiger Leute werden damit der Erpressung ausgesetzt. Es wird ein schändliches Spektakel werden.«

Was US-Diplomaten verärgert hat, die auf inoffizieller Ebene die Entscheidung von US-Außenminister Shultz, sich in dieser Sache Israel anzuschließen, mißbilligen, sind Berichte, daß Israels erstes Opfer Papst Johannes Paul II. sein wird.

»Um gegen die Entscheidung, dem österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim, einem angeblichen ›Kriegsverbrecher‹ – laut israelischen Aussagen –, eine Audienz beim Papst zu gewähren, zurückzuschlagen, wird man nach Öffnung der Archive als erstes nach Anzeichen dafür Ausschau halten, daß katholische Priester nach dem Krieg Flüchtlingen aus Deutschland und seinen Verbündeten geholfen haben, ›Kriegsverbrecher-Prozessen‹ zu entgehen«, warnte der UN-Büroleiter einer französischen Nachrichtenorganisation.

»Die humanitäre Hilfe, die katholische Geistliche solchen Opfern gegeben haben, die nach dem Zweiten Weltkrieg um ihr Leben liefen, wird als Beweis für die ›Komplizenschaft der katholischen Kirche‹ an ›Kriegsverbrechen‹ publiziert werden. Wenn sie diese Akten herausgibt, wird die UN feststellen, daß sie damit die Büchse der Pandora geöffnet hat.« □

Israel

Wem nützt es?

Peter Blackwood

Eine der ältesten und immer noch effektivsten Methoden, ein Verbrechen zu untersuchen, besteht darin zu fragen »Cui bono?« – »Wem nützt es?« Das ist die Frage, die von denjenigen gestellt werden sollte, die die Iran-Affäre in den Vereinigten Staaten untersuchen. Seltsamerweise wird sie nicht gestellt.

Die Öffentlichkeit weiß bereits, wer beschuldigt wird. Es ist der amerikanische Präsident Ronald Reagan. Interessanter ist aber, wer ganz offensichtlich geschützt wird. Um das herauszufinden, sollte man die Frage stellen: Wer profitiert davon?

Der Fuchs im Hühnerhaus

Millionen von Amerikanern haben im Fernsehen mit angeschaut, wie Oberstleutnant Oliver North vom US-Kongreßausschuß ins Kreuzverhör genommen wurde. Sowohl Oberstleutnant North als auch seine Befrager bezogen sich ständig auf »Land eins«, »Land zwei« und so weiter.

Norths Aufmerksamkeit wurde auf »eingekreiste Namen« gelenkt, die nicht genannt werden konnten. Warum nicht? Wenn das die Antwort des amerikanischen Kongresses auf »Offenheit« gegenüber dem amerikanischen Volk ist – selbst in der Sowjetunion gibt es heute »glasnost« –, dann muß man sich fragen, was sich unter dem Tisch befindet.

Es ist deutlich geworden, daß North und seine in die Waffengeschäfte mit dem Iran verwikkelten Kollegen den amerikanischen Kongreß für unfähig halten; ein Korb voller Hühner, die nur durch das Auftauchen des Fuchses zu neuer Aktion bewegt werden können – und auch dann nur schreiend und mit fliegenden Federn.

Stellt man die Frage, wem es nützt, ist die Antwort: Israel, der Fuchs im Hühnerhaus. Israel ist die einzige Macht, die den US-Kongreß zur Aktion bringen kann, egal, wie die Aktion aussehen möge.

Vielleicht gingen einige der Gelder aus dem Waffenverkauf an den Iran an die »Contra«-Freiheitskämpfer in Nicaragua, doch eines ist sicher: Israel hat dabei seinen Profit gemacht.

Wer möchte den Nahen Osten in einem ständigen Aufruhr sehen? Auch hier wieder heißt die Antwort Israel.

Der US-Kongreß untersucht angeblich die amerikanische Außenpolitik, doch die Außenpolitik, die dabei versehentlich untersucht wird, ist die des Kleinstaates in Nahost – Amerikas Lieblingsverbündeter, zu dem die Amerikaner eine »besondere Beziehung« haben.

Wenn es im Interesse Israels wäre, daß die Contras finanziell gut unterstützt werden, dann würde das geschehen – mit dem Segen des US-Kongresses.

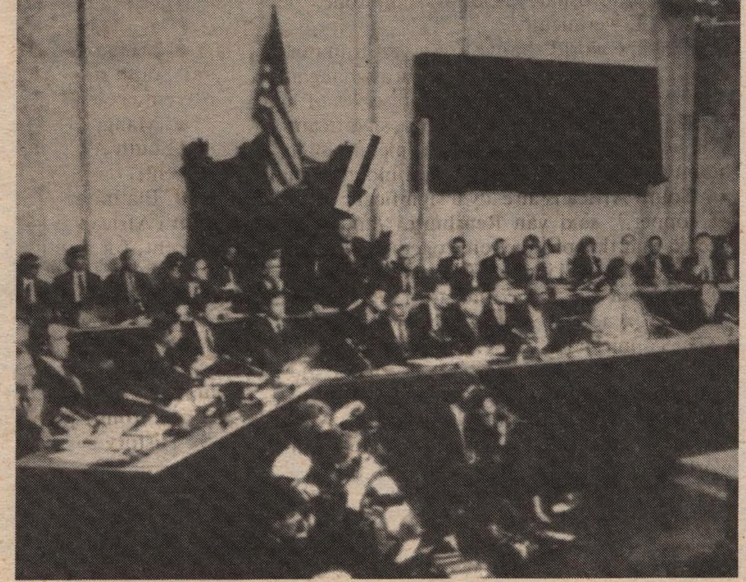
Warum müssen die Vereinigten Staaten eine furchteinflößende Marinestreitmacht am Persischen Golf stationieren? Um das amerikanische Öl zu schützen? Nur sechs Prozent des amerikanischen Öls kommen über den Golf, und die Länder, die den Löwenanteil des Öls erhalten, das durch den Persischen Golf geht, unterstützen die Schritte Reagans in dieser Region nicht.

Eine weitere Frage, die in den Anhörungen nicht gestellt wird, lautet: »Wer hat die ganzen Jahre hindurch seit dem Sturz des Schah während des Krieges mit dem Irak Waffen an den Iran verkauft?«

Da der Iran über fast ausschließlich amerikanische Waffen verfügt, die noch der Schah in Massen aufgekauft hat, ist das Land auf amerikanische Ersatzteile und amerikanische Munition angewiesen.

Nur zwei Länder haben genügend amerikanische Waffen, Ersatzteile und Munition, um die iranische Kriegsmaschinerie in den letzten sieben Jahren am Funktionieren halten zu können – und das sind die Vereinigten Staaten und Israel. Wenn die Vereinigten Staaten bis zum letzten Jahr nichts an den Iran verkauft haben, wer bleibt dann noch übrig?

Nun, wenn die Vereinigten Staaten keine Waffen, Ersatzteile und Munition mehr an den Iran liefern können, wo wird der Iran dann einkaufen?


Bei der Irangate-Anhörung im US-Kongreß wurden keine Namen noch Länder genannt

Wenn in den Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang Köpfe rollen müssen, nun, was soll es? Der Kernpunkt israelischer Außenpolitik – der in der amerikanischen Außenpolitik fehlt – ist nationaler Eigennutz. Israel ist für Israel und das in jeder Hinsicht.

Amerika ist leider nicht für Amerika. Wenn Amerika für Amerika wäre, würden die USA keine amerikanischen Soldaten im Libanon und am Persischen Golf in den Tod schicken. Die Vereinigten Staaten würden keine pro-amerikanischen Führer stürzen und sie durch anti-amerikanische ersetzen; Nicaragua und die Philippinen sind Beispiele dafür. Washington würde auch nicht versuchen, Südafrikas pro-amerikanische Regierung zu stürzen und sie durch ein marxistisches Regime wie das in Zimbabwe zu ersetzen.

Destabilisierung im Nahen Osten

Nein, die amerikanische Außenpolitik in Reagans Außenministerium und im Anti-Reagan-Kongreß basiert auf dem, was der Lieblingsverbündete der USA will.

Deshalb sind die Anhörungen Übungen der Rhetorik und Angriffe auf Ronald Reagan. Deshalb werden die Amerikaner und die westliche Öffentlichkeit nichts über die Hintergründe erfahren, die den Machenschaften in der amerikanischen Außenpolitik zugrunde liegen, wenn sie die Anhörungen verfolgen.

Wenn eines durch die Anhörungen klargeworden ist, dann ist es die Tatsache, daß North ein »guter Soldat« ist, ein Mann, der weiß, wie man Befehle entgegenzunehmen hat und wie man sie befolgt.

Leider ist sich North offenbar über die Bedeutung der Befehle, die er bekommt, nicht im klaren.

Wenn überhaupt etwas geschieht, so wird es schließlich die Aufgabe einer weiteren proamerikanischen Gruppe – in diesem Fall die Contras – sein und eine weitere Destabilisierung in Nahost. Und wem nützt das letztendlich? □

Israel

Waffen für die US-Verteidigung

Victor Marchetti

Sehr zum Unbehagen vieler amerikanischer Militärexperten wird Israel immer stärker zu einem bedeutenden Teilnehmer an den höchst profitablen amerikanischen Lotteriespielen zwischen Militär und Industrie. Israelische Firmen sind jetzt an einer ganzen Reihe von Forschungs- und Entwicklungsprojekten für High-Tech-Waffensysteme zum Einsatz in der Marine, dem Marinecorps, der Luftwaffe und selbst im SDI-Programm, das über die US-Armee läuft, beteiligt.

»Die Doppelt-Loyalen in der Reagan-Regierung haben sich gegenseitig darin übertroffen, um mit den Israelis ins Geschäft zu kommen«, sagte ein hochrangiger Beamter aus dem Stab für »internationale Sicherheitspolitik« des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Richard Perle, der vor kurzem aus dem Stab zurückgetreten war.

Immer mehr Geld für Israel

»Am aktivsten waren dabei der ehemalige amerikanische Marineminister John Lehman und Dr. Dov Zakheim, ehemaliger stellvertretender Staatssekretär für Planung und Forschung. Und sie haben von der Truppe aus dem Weißen Haus eine Menge Unterstützung dabei erhalten.«

»Das bedeutet großen Ärger, wenn die Planung der nationalen Verteidigung in die Hände von Leuten mit fragwürdiger Motivation gelegt wird, wie es bei all diesen Doppelt-Loyalen im Pentagon der Fall ist«, fuhr der Informant fort. »Doch man spielt mit der totalen Katastrophe, wenn man die militärische Forschung und Entwicklung und die Waffenproduktion Ausländern überläßt, die nicht die gleichen nationalen Sicherheitsziele haben.«

Der größte Teil der Pentagon-Gelder für Israel ist für gemeinsame Entwicklungsprojekte bereitgestellt, obwohl derzeit einige Käufe hochtechnisierten Gerätes bevorstehen. Das bisher Hochwertigste aus Forschung und Entwicklung war das umstrittene und sehr teure Lavi-Kampfflugzeug, das fast ausschließlich mit amerikanischen Steuergeldern finanziert wurde.

Bereits das US-Verteidigungsministerium hat 1,5 Milliarden Dollar für dieses Flugzeug ausgegeben, das vor allem von den Israelis im Kampf eingesetzt werden soll. Experten schätzen, daß nahezu eine weitere Milliarde aus amerikanischen Steuergeldern aufgebracht werden muß in den nächsten drei oder vier Jahren, um das Projekt abzuschließen. Sein Einsatz bei Missionen der Luftwaffe wird nur »am Rande« erfolgen, sagen amerikanische Verteidigungsexperten.

Die Kosten pro Flugzeug werden dem amerikanischen Bundesrechnungshof zufolge – das das Projekt im vergangenen Jahr untersuchte – schätzungsweise 22 Millionen bis 25 Millionen Dollar betragen oder gar 45 Millionen. Ein F-16, das wichtigste derzeitige Kampfflugzeug der US-Luftwaffe, kostet bis zu 7 Millionen, je nach Ausführungsart.

Immer größere Geschäfte mit israelischen Firmen

Neben dem Lavi hat das Pentagon derzeit weit über ein Dutzend anderer Projekte laufen, die mit fortschrittlichen israelischen Rüstungsfirmen abgewickelt werden, unter anderem mindestens sechs für die Luftwaffe, vier oder mehr für die Marine und ein paar für die Armee. Die Gesamtkosten für diese Projekte sind nicht bekannt, doch das US-Verteidigungsministerium und Informanten aus dem amerikanischen Kongreß schätzen sie auf eine Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Dollar.

Zusätzlich gibt es noch einige streng geheime, gemeinsame Unternehmungen, über die der Öffentlichkeit nichts erzählt wird, so ein Mitglied des Armee-Ausschusses des Repräsentantenhauses.

Was jedoch mit Sicherheit bekannt ist, ist das große Engagement hochrangiger amerikanischer Verteidigungsbeamten, immer mehr mit israelischen Firmen ins Geschäft zu kommen.

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister William Taft warnte vor kurzem, daß die Haltung des Kongresses zu einer protektionistischen Handelsgesetzgebung den weiteren Einsatz israelischer Waffensysteme vielleicht ausschließen könnte und »uns tatsächlich zwingen könnte, neuen amerikanischen Projekten den Vorzug zu geben, selbst wenn die israelischen günstiger sind«.

Richard Rumpf, der Staatssekretär für Forschung, Technik und Waffensysteme im amerikanischen Marineministerium, äußerte gegenüber Führungskräften der amerikanischen Rüstungsindustrie, daß US-Firmen zu einer höheren Beteiligung israelischer Rüstungsunternehmen aufrufen sollten. Generalleutnant Bernard Randolph, der in der US-Luftwaffe für Beschaffung zuständig ist, hat den amerikanischen Firmen einen ähnlichen Ratschlag erteilt.

Der Ansturm auf eine verstärkte Kooperation zwischen Pentagon und Israelis wird natürlich von Tel Aviv mit großer Befriedigung festgestellt. Abraham Ben Joseph, Direktor der Mission des israelischen Verteidigungsministeriums in Washington – derselben Mission, von der aus der überführte Spion Jonathan Pollard und seine Aktivitäten gelenkt wurden –, erzählte Besuchern der Konferenz für Forschung und Technik an der israelischen Botschaft, daß er optimistisch sei und die baldige Unterzeichnung eines neuen Abkommens über amerikanisch-israelische Kooperation in Forschung und Entwicklung durch das Weiße Haus erwarte.

Immer mehr israelische Waffensysteme für die USA

Die neue Vereinbarung wird nach Aussagen von Joseph Israel mit den NATO-Verbündeten hinsichtlich Zusammenarbeit mit amerikanischen Rüstungsfirmen auf die gleiche Stufe stellen, insbesondere auf dem sehr lukrativen Gebiet von SDI und Forschung und Entwicklung. Ungleich der NATO-Länder wird man jedoch von Israel nicht verlangen, daß es seinerseits Verantwortung für die Verteidigung der USA übernimmt.

Zusätzlich zum haushaltsbelastenden Lavi-Projekt nannte die US-Luftwaffe vier weitere Bereiche, in denen sie gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit den Israelis durchführen will: elektronische Kriegführung, Munitions-Lieferung über den Luftweg, rasche Startbahn-Reparaturarbeiten und biologische Betreuung der Piloten. Sechs Projekte befinden sich derzeit in Vorbereitung auf solch heiklen Gebieten wie Klein-Elektronik-Waffensysteme, Miniradar und fortgeschrittene Datenverknüpfungen.

Die Marine ist noch stärker engagiert und hat bereits ferngesteuerte Mini-Aufklärungsflugzeuge – gebaut nach amerikanischer Technologie – von den Israelis gekauft.

Vier weitere Systeme der Israelis, an denen die Marine interessiert ist, sind die Nimrod-Langstrecken-Panzerabwehrwaffen, der Smart-Feuer-Kontrollradar, die Opher-Seeker-Infrarot-Führung und das Kontrollsystem für Abschußwaffen, die an dem Zielort verbleiben, und das LADS (leichtes, automatisiertes Fallensystem) für Gegenmaßnahmen in der elektronischen Kriegführung.

Zusätzlich plant die US-Marine Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit den Israelis in mindesten sieben anderen Bereichen einschließlich Fallensystemen, Datenverknüpfungen und Miniaturradar. □

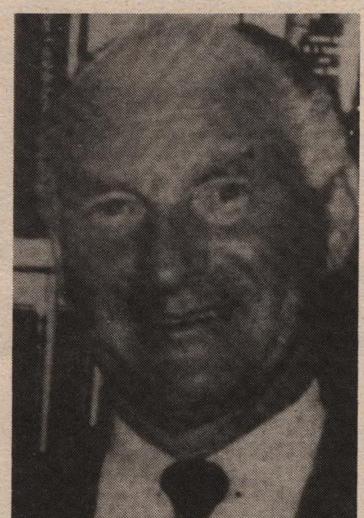
ADL

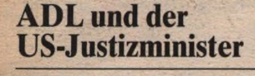
Erpressung gegen jeden Feind

Charles M. Fischbein

Die zionistische Bewegung übt in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt ihre Macht aus, indem sie zu wirtschaftlicher und politischer Erpressung greift, und eine der erfolgreichsten Organisationen, die sich der Expansion des Zionismus und Israels internationalistischen Ziele verschrieben hat, ist die Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith-Loge.

ADL ist besonders wirkungsvoll in der Verwendung juristischer Prozesse zur Unterstützung der zionistischen Philosophie des »erst komme ich«, die so vorherrschend ist in den Vereinigten Staaten. Die ADL hat zu Sondereinsatzstäben innerhalb des amerikanischen Justizministeriums geführt, die sie zur Erreichung ihrer Ziele verwendet, eine »spezielle Beziehung« zu entwickeln.





ADL und der US-Justizminister

Die ADL stützt sich für ihre juristischen Aktionen auf eine Handvoll hochbezahlter Anwälte, doch sie kann sich auf Tausende dieser Berufsangehörigen in den gesamten Vereinigten Staaten berufen, um eine Gruppe oder Einzelpersonen einzuschüchtern oder gegen sie zu prozessieren, auf die sie es abgesehen haben mag.

Es genügt ihr jedoch nicht, für die Abschreckung ihrer politischen Gegner das Gerichtssystem in Anspruch nehmen zu können. Deshalb haben sie eine Beziehung zu dem derzeitigen US-Justizminister Edwin Meese III. aufgebaut, wodurch sie sich nun jederzeit an das amerikanische Justizministerium wenden können, wenn sie etwas gegen bestimmte Personen oder Gruppen planen.

Das Verhältnis zwischen der ADL und dem US-Justizministerium unter Meese ist jetzt enger als je zuvor.

David Brodie, einer der führenden juristischen Vertreter der ADL in Washington, ist ein enger Freund von Meese und konnte Meeses eigenartigen Glauben an den Tag der letzten Entscheidung und die Vorrangstellung Israels voll ausnutzen, um im Justizministerium spezielle Unterstützung zu bekommen.

In den vergangenen zehn Jahren versuchte die ADL angesichts der Konkurrenz, die ihr von dem neu gegründeten Simon-Wiesenthal-Zentrum drohte, durch neue Geldbeschaffungsaktionen der Wiesenthal-Gruppe immer einen Schritt voraus zu bleiben.

Obwohl in der Öffentlichkeit jüngst durch das Simon-Wiesenthal-Zentrum in den Schatten gestellt, ist die ADL immer noch die schlimmere Organisation, wenn es darum geht, zivile Klagen und bundesgerichtliche Untersuchungen vor den Gerichten zu führen, um Grundrechte zu beschneiden.

Lieber klagen als verhandeln

Wenn irgendeine Stadt in den Vereinigten Staaten es wagt, zu Weihnachten auf öffentlichem Boden eine Krippe aufzustellen, zieht die ADL vor Gericht, um dies zu verbieten. In Washington versuchten sie das Aufstellen einer Krippe zu verhindern und erst als das US-Justizministerium am gleichen Platz eine Menorah erlaubte, zog die ADL ihre Klage zurück.

Die ADL und Brodie arbeiten Hand in Hand mit Meese gegen Gruppen, die die Ziele der Zionisten nicht unterstützen. Sobald sie auf jemanden stoßen, der sich gegen ihre internationalen Ziele ausspricht, beraten sie sich mit dem US-Justizministerium, um festzustellen, ob gegen die Gruppe oder Einzelperson eine Zivilklage oder eine strafrechtliche Klage erhoben werden soll.

Die ADL hält sich an die Philosophie, man solle lieber klagen als verhandeln. Mit der großen Zahl an Rechtsanwälten, die ihnen zur Verfügung stehen, sind sie der Überzeugung, daß sie ihren Gegnern zumindest Hunderttausende Dollar an Gerichtskosten verursachen können, selbst wenn es ihnen nicht gelingt, einen Prozeß zu gewinnen.

Es wurde sogar angedeutet, ADL- und andere zionistische Anwälte, die kostenlos für die ADL tätig werden, würden alles in ihrer Macht Stehende tun,

Hymnie Belzberg unterhält enge Beziehungen zur Reagan-Regierung. – Als im Dezember 1984 eine Krippe in Washington aufgestellt wurde, beschwerte sich sofort die ADL.



selbst einen Fall in den Anfangsstadien zu verlieren, so daß es zu den kostspieligeren Berufungsverhandlungen kommt, um so ihre Feinde finanziell zu ruinieren.

Wenn ein Feind der ADL besonders hartnäckig ist oder große finanzielle Reserven hat, wenden sie sich an das amerikanische Justizministerium und fordern eine strafrechtliche Verfolgung oder ein Eingreifen von staatlicher Seite gegen die Gruppe oder Einzelperson.

Der derzeitige amerikanische Justizminister Edwin Meese, ein unerschütterlicher evangelischer Zionist, hat den ADL-Anwälten Zugang zu Regierungsakten erlaubt und direkte Kontakte zwischen Beamten des Justizministeriums und ADL-Mitarbeitern zum Ausbau juristischer Strategien gegen jene ermöglicht, die die Philosophie der Zionisten in Frage stellen.

Die ADL benutzt auch den Einfluß einiger der reichsten Zionistenfamilien in den Vereinigten Staaten, um sich für ihre Aktionen im Justizministerium Unterstützung zu sichern. Seit Meese zum US-Justizminister ernannt worden ist, hat er enge Kontakte entwickelt zu einigen dieser Familien wie den Trumps, Tischmans, Blaustiens und Belzbergs. Diese Beziehungen garantieren Meese ein unbegrenztes Einkommenspotential, wenn die Reagan-Regierung einmal aus dem Amt scheidet.

Beispiel für die Kooperation

Ein Beispiel für die Kooperation zwischen Meese und der ADL trat bei der Untersuchung des Spionagefalls Pollard in Washington auf. Das US-Justizministerium ordnete auf Befehl von Meese – und in Zusammenarbeit mit ADL-Anwälten, die die Pollard-Untersuchung in ihrem Umfang einschränken wollten – gegenüber dem Hauptankläger in dem Fall an – dem US-Staatsanwalt Joseph DiGenova –, das Ausmaß der Untersuchung zu beschränken, um zunehmenden Schaden für Israel zu verhindern.

Meese konnte die Untersuchungen auf Pollard und seine Frau begrenzen. Dies muß der erste Spionagefall sein, in dem der Spion Hilfe von Insidern bekam und wo noch nicht einmal andere Personen untersucht wurden.

Obwohl das FBI Informationen darüber besaß, daß zwischen Pollards Spionageaktivitäten und Israels Waffenverkäufen an den Iran und Länder in Mittelamerika ein deutlicher Zusammenhang besteht, sorgte die ADL dafür, daß niemals eine vollständige Untersuchung durchgeführt wurde – und zwar über Meese.

Weil Meese zu einem wahren zionistischen Eiferer geworden ist, der nach der Pfeife der ADL tanzt, wird er sich über seine finanzielle Zukunft keine Sorgen mehr zu machen brauchen und er wird künftig Millionen Dollar machen, wenn er zionistische Geschäftsleute vertritt, es sei denn, er landet wegen seiner Wedtech-Indiskretionen im Gefängnis.

Einer der schlimmsten Aspekte der juristischen Abteilung in der ADL ist der offenkundige Wunsch, verfassungsrechtlich verankerte Grundrechte zu beschneiden. ADL und Meese mit seinen Freunden im amerikanischen Justizministerium versuchen bei jeder Gelegenheit die Redefreiheit zu beschränken.

Sobald eine amerikanische Radiostation eine Talkshow sendet, in der man sich Israel gegenüber kritisch äußert, wird das US-Justizministerium untersuchen, ob die Verantwortlichen Mitglieder einer »rechten Haßgruppierung« sind oder nicht. Es werden dann auch US-Staatsanwälte eingesetzt, um Geschäftsleute zu belästigen, die die Radiostation durch Werbung unterstützen. □



ADL

Alles zum Schweigen bringen

Charles M. Fischbein

Der primäre Zweck der Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith Loge ist, alles zum Schweigen zu bringen, was nicht eine uneingeschränkte Unterstützung Israels von seiten der US-Regierung und anderen westlichen Regierungen fordert.

In ihrem Aufbaustadium hat sich die ADL in erster Linie mit dem Thema »Antisemitismus« befaßt. Doch sie erkannte bald, daß ihre internationalen Ziele am besten durch die Entwicklung einer ausgeklügelten politischen Infrastruktur erreicht werden können, mit Hilfe derer sie die Stärke der Vereinigten Staaten als Partner nutzen könnte.

Ziel ist eine perfekte Kontrolle

Während eine Abteilung der ADL damit befaßt ist, das Grundrecht der Redefreiheit in den USA einzuschränken, befaßt sich ein anderer Teil damit, den US-Kongreß und das Weiße Haus sowie das Justiz- und Außenministerium zu kontrollieren.

Kurz gesagt, das wahre Ziel der politischen Vertreter der ADL ist es, Kontrolle über die gesamte amerikanische Innen- und Außenpolitik und das amerikanische Rechtssystem zu bekommen und diese Kontrolle zur Durchsetzung einer Politik zugunsten Israels zu benutzen.

Die ADL hat in den vergangenen zehn Jahren in ihren Fähigkeiten, die amerikanische Außenpolitik zu beeinflussen, einen weiten Weg zurückgelegt. Eine Sache, die ihren internationalen Zielen mehr als alles andere entgegengekommen ist, war die Ernennung Henry Kissingers zum amerikanischen Außenminister.

Als US-Präsident Richard Nixon ihn ins Amt berief, brach im zionistischen Lager Jubel aus. Abba Eban und Menachem Begin sollen gesagt haben: »Die Ernennung Dr. Kissingers zum Außenminister hat ebensoviel Bedeutung wie die Abstimmung in den Vereinten Nationen über die Gründung des Staates Israel.«

Kein amerikanischer Außenminister seither konnte mehr prozionistische Tendenz in seiner Außenpolitik aufweisen und kein anderer hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten dazu gebracht, mehr zugunsten Israels und der internationalen zionistischen Ziele zu agieren als Kissinger.

Die ADL schritt zur Tat und begann Pläne zu entwickeln, um in offenkundigster Weise als je zuvor direkte Kontrolle über die US-Außenpolitik auszuüben.

Während die Weltmeinung sagte, Kissinger sei selbstverständlich eingenommen für Israel und die zionistische Sache, beeilte sich die ADL, die Ansichten arabischer Führer weltweit zu publizieren und den Anschein zu erwecken, ihre Besorgnis basiere mehr auf der Tatsache, daß Kissinger Jude sei, als auf der Tatsache, daß er als fanatischer Zionist bekannt ist.

ADL kommt auf den Plan

Es war Kissinger, der mithalf, die ADL in internationalen Angelegenheiten auf den Plan zu rufen. Während seiner Amtszeit als amerikanischer Außenminister hat er auf mehr als 25 ADL-Veranstaltungen gesprochen; er

ADL

Alles zum Schweigen bringen

arbeitete eng mit Spitzenführungskräften der ADL in Washington und New York zusammen und half dabei, engagierten Zionisten Spitzenpositionen im US-Außenministerium zu verschaffen.

Zusammen mit einigen der wohlhabendsten zionistischen Geschäftsleuten knüpfte Kissinger politische und wirtschaftliche Beziehungen zur christlichen Gemeinde und begann den Aufbau breiter Unterstützung der zionistischen Expansion von seiten evangelischer Christen.

Abgesehen davon, daß er für eine breite Unterstützung der ADL auf politischer Ebene sorgte und mithalf, viele Berufsdiplomaten mit starken zionistisch-internationalistischen Tendenzen in Schlüsselpositionen im amerikanischen Außenministerium zu bringen, schloß Kissinger viele Geheimabkommen mit Führern Israels, die die Vereinigten Staaten in eine »Sonderbeziehung« mit dem zionistischen Staat zwangen.

Die ADL verfügte auch über die entsprechenden Mittel, um Kissinger wie alle ihre wichtigsten Freunde auf politischer Ebene zu entschädigen. Abgesehen davon, daß ihm während seiner Amtszeit durch das Vortragshonorar ein ausgezeichneter Bargeldzufluß gesichert war, verpflichtete sich die ADL, ihn nach Verlassen seines Amtes mindestens fünfmal im Jahr als Redner zu engagieren.

Diese Vereinbarung bedeutete für Kissinger ein sechsstelliges Jahreseinkommen aus lediglich ein paar Vortrags-Engagements bei Spendensammel-Veranstaltungen der ADL.

Was diese Art von Vereinbarung bei Regierungsbeamten so populär macht, ist die Tatsache, daß man im Amt maximal 2000 Dollar Vortragshonorar kassieren darf; wenn man jedoch nicht mehr im Amt ist, gibt es keine derartig Begrenzung mehr.

Kissinger ist jetzt – was Rednerhonorare betrifft – das höchstbezahlte ehemalige Regierungsmitglied der USA. Er verlangt und bekommt 20 000 Dollar pro Vortrag und kassiert somit bei fünf ADL-Veranstaltungen jährlich mindestens 100 000 Dollar als Gegenleistung für die über die Dauer von zehn Jahren gewährten Gefälligkeiten, als er im Amt war.



Als US-Präsident Richard Nixon Henry Kissinger zu seinem Außenminister ernannte, brach in Tel Aviv Jubel aus.

Besondere Gefälligkeiten für die ADL

Die ADL ist nun dabei, ihren Operationsbereich zu erweitern, und wie ihr Rivale, das Simon-Wiesenthal-Zentrum, öffnet sie zahlreiche Zweigbüros auf der ganzen Welt. In den letzten Monaten hat man Leute zur Tatsachenfeststellung nach Japan entsandt, um den nach ihren Worten wachsenden »Antisemitismus« aufgrund der großen Anzahl Bücher über die Macht der Zionisten, die jetzt dort Bestseller sind, zu untersuchen.

Die ADL hat Vollzeit-Vertreter mit botschafterähnlichen Vollmachten in vielen europäischen Ländern und einen Vollzeit-Vertreter im Vatikan, der die päpstliche Kirchenpolitik zu diktieren versucht. In den letzten Wochen haben ADL-Vertreter in Rom und im Vatikan von Papst Johannes Paul II. verlangt, er solle den Besuch des österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim und dessen Audienz mit dem Papst absagen. Die ADL war daran beteiligt, Kurt Waldheims Einreise in die Vereinigten Staaten zu verbieten.

Die ADL hat auch Vollzeit-Vertreter im US-Kongreß, die in Sonderunterausschüssen sitzen dürfen, in denen es um streng geheime Daten geht, die wichtig sind für Nahost und die amerikanische Verteidigung.

Die ADL bekommt auch besondere Gefälligkeiten von ihrem begünstigten US-Justizminister Edwin Meese, der der doppeltloyalen Parteilinie der ADL folgt und persönlich von Redner-Engagements bei ADL-Veranstaltungen profitiert.



Meese trifft sich regelmäßig mit ADL-Vertretern und hat der Organisation einen Sonderstab aus dem Justizministerium zur Verfügung gestellt, der auf ihren Ruf hin in Aktion tritt. Viele Anwälte, die die ADL vertreten haben, rücken in hochbezahlte Regierungspositionen auf und Staatsanwälte, die der ADL freundlich gesinnt sind, wissen, daß sie sich die Geschäftsbeziehungen zu wohlhabenden ADL-Freunden zunutze machen können, wenn sie aus dem Staatsdienst einmal ausscheiden und eine private Praxis aufmachen.

Eine solche »spezielle Beziehung« über Kissinger entwickelte sich mit Sheldon Cohen, einem ehemaligen Beamten der amerikanischen Steuerbehörde (IRS). Cohen war direkt verantwortlich für Steuerneuregelungen, für die Steuerbefreiung der ADL, B'nai B'rith und viele andere Zionistenorganisationen. Er arbeitete eng mit ADL-Vertretern zusammen und setzte Sonderstäbe der Steuerbehörde auf anti-zionistische und proarabische Gruppen und Einzelpersonen an.

Keiner wagt die ADL zu untersuchen

Als Gegenleistung für seine Gefälligkeiten im Amt, verschaffte ihm die ADL den Auftrag »Israel«, als Cohen aus dem Staatsdienst ausschied und seine Privatpraxis bei einer angesehenen Washingtoner Anwaltskanzlei wieder aufnahm. Sie haben richtig gelesen: der ehemalige amerikanische Steuereintreiber Cohen, der Liebling der ADL, hat dank ADL einen mehrere Millionen Dollar einbringenden Auftrag, den Staat Israel als dessen privater Anwalt in Washington zu vertreten.

Es sind keine Anzeichen sichtbar, daß der doppelte Standard im Verschwinden begriffen ist. Während der amerikanische Kongreß und Sonderankläger, die Aktionen einer »Schattenregierung« im Weißen Haus untersuchen, werden die Aktionen der ADL und die besonderen Beziehungen dieser mächtigen doppelt-loyalen Organisation mit der amerikanischen Regierung, die sich von ihr die Außenpolitik und inländische Gesetze vorschreiben läßt, noch nicht einmal hinterfragt. □

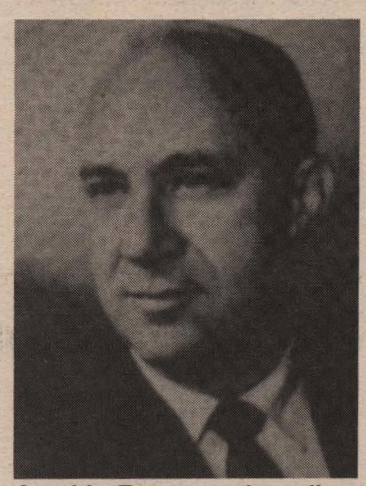
Zionismus

Wann ist man ein Antisemit?

Charles M. Fischbein

Im Buch »The New Anti-Semitism« heißt es, amerikanische Juden müssen den Lehren Hillels folgen. Dieser jüdische Rabbi, der zu Zeiten Jesu lebte, hat gesagt: »Wenn ich nicht für mich bin, wer wird für mich sein? Wenn ich nicht für mich allein bin, was bin ich dann?«

In dem Buch heißt es weiter, daß die Juden niemals irgendwo sicher gewesen sind und wenn sie nicht zuallererst selbst auf sich und »ihre Heimat Israel« achtgeben, wird es kein anderer tun. Diese anschauliche Aussage zeigt beispielhaft die Position der Anti-Defamation-League (ADL), für die Israel an erster Stelle kommt. Das Buch wurde von Arnold Forster geschrieben, dem ehemaligen zweiten Direktor und Berater des ADL.



Arnold Forster, ehemaliger zweiter Direktor und heute Berater der ADL, hat ein Buch über die zionistische Philosophie geschrieben.

Von der Sympathie durch geschichtliche Ereignissen

Ignoriert wird in dem Buch allerdings die besser bekannte Aussage von Hillel: »Tue anderen nichts an, was Dir selbst verhaßt ist.« Diese Aussage wäre zusammen mit vielen anderen Aussagen Hillels, die den Lehren Jesu Christi ähneln, nicht mit dem politischen Zionismus und dessen Haß auf die Palästinenser vereinbar.

In dem von der ADL im Jahr 1974 urheberrechtlich geschützten Werk heißt es weiter, eine jüdische Gemeinde, die über Israel uneins ist, kann nicht existieren.

Und wenn nicht alle Juden Israel und die Arbeit der ADL für Israel unterstützen, droht den Juden eine Gefahr, wie sie in der Geschichte noch nie zuvor dagewesen ist.

Die erste Aussage im Buch – »Wenn ich nicht für mich bin, wer wird dann für mich sein? Wenn ich nicht für mich allein bin, was bin ich dann?« – gibt den Ton an für die »Mission der ADL«. Obwohl die ADL behauptet, sie sei kein Agent Israels und kümmere sich um alle möglichen Arten von Bigotterie und Haß, läßt diese Eröffnungssalve durch ihren Chefberater in einem Buch, das sich mit der Philosophie der ADL befaßt, keinen Zweifel daran, daß es sich bei ihr nicht um eine »amerikanische« Organisation handelt. Sie ist in Wirklichkeit ein Agent des zionistischen Internationalismus.

Im ersten Kapitel des Buches – das im wesentlichen die ADL und die zionistische Philosophie beschreibt – heißt es, die Juden sollten versuchen, die »Sympathie, die ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg entgegengebracht wurde und die zur Gründung des zionistischen Staates Israel führte«, zu verstärken.

Der Direktor der ADL erzählt deshalb den Juden schwarz auf weiß, zuallererst an Israel zu denken und das für sich auszunutzen, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist.

Keine Diskussionen über Israel

Die ADL bemüht sich sehr herauszustellen, daß jeder, der in irgendeiner Form gegen Israel ist, ein »Anti-Semit«, das heißt gegen die Juden, ist. Forster sagt in seiner Philosophie der ADL und des Zionismus zu Beginn: »Aussagen gegen Israel aus oft höchst angesehenen, nicht-jüdischen Quellen tragen eine unverkennbar anti-jüdische Botschaft.«

Er fährt fort: »Äußerungen in der Öffentlichkeit, die offiziell diskutiert werden, bergen eine regelrechte Feindseligkeit gegenüber Juden als Juden in sich. Sie sind oft in einer Sprache abgefaßt, die eindeutig anti-semitischer Natur ist.«

Das ist eine der wichtigsten Aussagen eines hohen ADL-Funktionärs. Sie bedeutet tatsächlich, daß die ADL gegen jegliche Diskussion über Israel und jegliche Diskussion mit irgend jemand über die Ziele der Zionisten ist.

Man ist sogar soweit gegangen, selbst das, was nach Ansicht der ADL eine legitime Diskussion über Israel »von seiten angesehener Personen« sein könnte, als »antisemitisch« zu bezeichnen.

Durch die ganze Philosophie der ADL zieht sich jenes Thema, mit dem man sich die Situation der Juden im Zweiten Weltkrieg zunutze macht. Die ADL ist in dem Glauben, daß Zionisten die internationale Kontrolle wichtiger Informations- und Handelsquellen erreichen können, wenn es der zionistische Gemeinde gelingt, aus der Asche Europas einen neuen Staat entstehen zu lassen, und wenn sie einen Weg finden können, die Vergangenheit am Leben zu erhalten.

Doch vor allem anderen nutzen sie die »Schuldgefühle« der ganzen Welt aus, um jegliche Diskussion und jeglichen Dialog über die Ziele Israels und seiner zionistischen Freunde zu unterbinden.



Aussagen gegen den Staat Israel tragen nach Auffassung der ADL eine unverkennbar anti-jüdische Botschaft.

Zionismus

Wann ist man ein Antisemit?

Die ADL hat viele Publikationen herausgegeben. In einer, die auf die »neue Linke« abzielt, einem traditionellen Verbündeten der zionistischen Internationalisten, heißt es: »Wie überlebende Angehörige einer alten Spezies, haben die Juden in der Gegenwart eine äußerst empfindliche Antenne, einen wahren Überlebensmechanismus entwickelt.«

Wen repräsentiert die ADL?

Dieser Hinweis auf die Juden als »überlebende Angehörigen einer alten Spezies« erinnert an die Formulierungen von Umweltschützern, wenn sie Gesetze zum Schutz gefährdeter Arten durchsetzen wollen. Diese Aussagen werden im Namen des »Weltjudentums« gemacht, das die ADL auch vorgibt zu repräsentieren.

Es ist an der Zeit, sich einmal anzuschauen, wen die ADL tatsächlich repräsentiert. Die Fakten werden für sich selbst sprechen. Die Organisation erhält finanzielle Beiträge von weniger als 10 Prozent der Juden auf der ganzen Welt.

Die Tatsachen zeigen jedoch, daß diese 10 Prozent, die die ADL unterstützen, die reichsten und mächtigsten Zionistenführer auf der Welt sind.

Aufgrund der Tatsache, daß sie Unterstützung von vielen reichen Bankern, Börsenmaklern und Geschäftsleuten bekommt, hat sie inzwischen eine Gruppe von Anwälten, die gegen jedermann vorgehen, der sich gegen ihre Haltung, Israel überall an erster Stelle zu setzen, ausspricht.

Diese Anwälte sitzen in jeder Stadt der USA und sind bereit, kostenlos zu arbeiten, um die mehrfachen Milliardäre zu beeindrucken, die bei den Spendensammel-Aktionen der ADL die Hauptrolle spielen, in der Hoffnung, daß sie, die Anwälte, an dem persönlichen und firmeneigenen Reichtum der Führer der Zionistenbewegung werden teilhaben können.

Wenn irgend jemand – sogar der Präsident der Vereinigten Staaten – sich gegen die Ziele der zionistischen Internationalisten ausspricht, tritt das geheime Netzwerk der ADL-Handlanger sofort in Aktion und verfolgt, verklagt und erpreßt die Abweichler.

Selbst in Colleges und Universitäten existiert inzwischen ein Netzwerk der Anti-Defamation-League. Über ihre Jugendabteilungen haben sie die Professoren unter Beobachtung, um festzustellen, ob diese die »zionistische Standardinterpretation« der Geschichte oder die zionistische Philosophie in Frage stellen.

In einem der eklatantesten Fälle des Eingriffs in die akademische Freiheit und Autonomie der Universität, war die ADL daran beteiligt, eine große Universität, deren christliche Charta mit der zionistischen Philosophie überhaupt nichts zu tun hatte, zu zwingen, einem Ausländer eine Fünf-Millionen-Dollar-Spende zurückzugeben, der damit das arabische Studienprogramm an dieser Universität unterstützen wollte.

Die klassische Taktik der ADL

Die ADL benutzt Mythen der Vergangenheit und Ängste aus der Gegenwart, um Unterstützung und Glaubwürdigkeit zu erlangen.

In geschickten Formulierungen sagt Forster: »Wir glauben, daß die jüdische Gemeinde heute sowohl von der Rechten als auch der Linken angegriffen wird und Druck auf sie ausgeübt wird nicht nur von antisemitischen politischen Extremisten, sondern auch von vielen, die sich selbst für gemäßigte Liberale und Konservative halten, die nicht blindgläubig einer Sache folgen.«

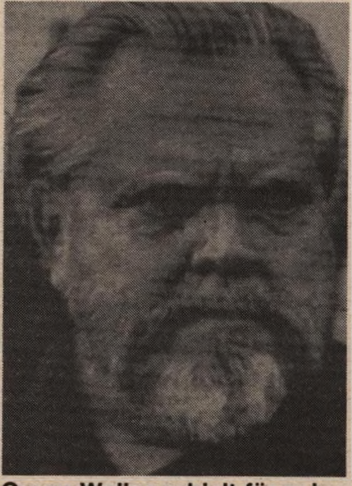
Diese Verwendung von Angst, diese Schöpfung eines nicht vorhandenen Feindes ist eine klassische Taktik der ADL. Durch den Mythos des im Lande um sich greifenden Antisemitismus, den die ADL geschaffen hat, ist es ihr erfolgreich gelungen, ihre Kampagne gegen die grundlegenden Freiheitsrechte in den Vereinigten Staaten zu führen und ein Image von Legitimität zu bekommen, das sie nicht verdient hat. □

Zionismus

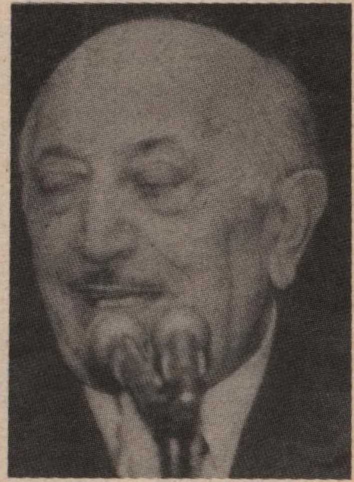
Treibjagd zwischen Organisationen

Charles M. Fischbein

Seit fast 100 Jahren hält die Anti-Defamation-League (ADL) ein Monopol des Geldverdienens durch das Schaffen eines Image von weitverbreitetem »Antisemitismus«. Obwohl es eine Weile länger dauerte, als Wirtschaftswissenschaftler voraussagten, bis eine weitere große Organisation sich auf dem Gebiet der Treibjagd betätigt, ist nun das Simon-Wiesenthal-Zentrum von Los Angeles auf den Plan getreten, um die ADL herauszufordern und sich ebenfalls ein großes Stück von dem finanziellen Zionisten-Kuchen abzuschneiden.



Orson Welles erhielt für seine Mitwirkung an dem Film »Genocide« den Oscar.



Simon Wiesenthal ist spezialisiert auf Material über den Holocaust.

Der Wettlauf zwischen den beiden Organisationen bedroht die Grundrechte aller Amerikaner, da jede Organisation um ihren Marktanteil kämpft. Während die ADL damit erfolgreich war, das Establishment dazu zu bekommen Antizionismus mit Antisemitismus gleichzusetzen, ist es das Kennzeichen des Wiesenthal-Zentrums den Antizionismus mit Neonazismus auf eine Stufe zu stellen.

Wie die ADL hat das Zentrum enge Beziehungen zu US-Justizminister Edwin Meese entwickelt und unbeschränkte Vollmacht erhalten, über das Office of Special Affairs (OSI) des amerikanischen Justizministeriums zu verfügen. Martin Mendolsohn, Berater am Wiesenthal-Zentrum, war jahrelang Direktor des OSI und ist ein enger Freund von Meese.

Während die ADL die Gerichte oft dazu benutzt, ihre Gegner einzuschüchtern und finanziell zu ruinieren, hat das Wiesenthal-Zentrum die Nachrichtenmedien und hochrangige Führungskräfte großer, multinationaler Unternehmen sorgfältig eingestimmt und war in der Lage, die Nachrichten effektiv zu kontrollieren.

Da das Zentrum an Bedeutung und Macht zugenommen hat, ist die ADL aggressiver geworden, um ihren Mitgliedern zu zeigen, daß sie sich von dem Emporkömmling nicht in den Schatten stellen läßt.

Vor einigen Jahren, als das Wiesenthal-Zentrum begann, permanente Mitarbeiter in offizieller Eigenschaft nach Europa zu entsenden, fing die ADL an, ihre internationalen Operationen auszuweiten, und stellte neue Mitarbeiter im Ausland ein, die eine wachsende Zahl von Büros in Übersee leiten sollten. Als das Zentrum bei den Vereinten Nationen um einen Sonderbeobachterstatus in bestimmten Ausschüssen ersuchte, ging auch die ADL als »Sonderbeobachter zu Menschenrechtsfragen« in die Vereinten Nationen.

Wettlauf zwischen zwei Riesen

Der Wettlauf zwischen diesen beiden Riesen bedeutete, daß Führungskräfte aus der Zeitungs- und Fernsehbranche durch Vortragshonorare und Spezialaufträge beider Gruppen reich geworden sind, die sich damit die Zusicherung verschafften, daß ihre jeweilige Organisation in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt und Programme gesendet werden, die der zionistischen Position dienlich sind.

Als das Wiesenthal-Zentrum für die Verfilmung von »Genocide« – ein Dokumentarfilm über den Holocaust, erzählt von Elizabeth Taylor und dem verstorbenen Orson Welles – einen Oscar gewann, erweiterte die ADL ihre audiovisuelle Abteilung und begann Videokassetten über das Thema »Antisemitismus« zu produzieren, die in den Schulen der Vereinigten Staaten kostenlos verteilt wurden.

Als das Zentrum begann, Material über den Holocaust und den Neonazismus zu veröffentlichen, das in amerikanischen High Schools und Universitäten Verwendung finden sollte, fing die ADL an, eine Jugend- und College-Abteilung aufzubauen, die ihre Programme in diese Institutionen bringen sollte.

Als das Wiesenthal-Zentrum dort ein Programm startete, um eine Verbindung zwischen der »neuen Rechten« und den Neonazis herzustellen, startete die ADL ein Campus-Programm, das auf den »arabischen Antisemitismus« abzielte.

In dem Wahn, sich gegenseitig zu übertreffen, fingen diese beiden zionistisch kontrollierten, internationalistischen Organisationen an, die Medien und örtliche Schulsysteme mit ungeheuren Mengen von Propaganda zu überfluten. Ihre Absicht ist es, das amerikanische Volk dazu zu indoktrinieren, daß es glaubt, der Antizionismus oder gar das Eintreten für die Unparteilichkeit Amerikas in der Nahost-Politik sei gleichgestellt mit Antisemitismus.

Im Wettstreit, seinen Anteil am Markt zu erhöhen, hat das Wiesenthal-Zentrum begonnen, rechten Christen den Hof zu machen, mit dem Ziel, kleine Gruppen evangelischer Fundamentalisten in ländlichen Gemeinden dazu zu verwenden, »Nazi-Beobachtungsgruppen« zu bilden. In seinem monatlich herausgegebenen Newsletter hat das Wiesenthal-Zentrum eine Sparte »Nazi-Beobachtung«.

Mit diesen Gruppen ist das Zentrum in der Lage, eine Präsenz in traditionellen christlichen Gemeinden zu erreichen und unter deren Mitgliedern höchst einträgliche Spendensammel-Programme zu starten.

Mit Hilfe von Politikern und Stars

Der Hauptvorteil der ADL in diesem Wettlauf liegt darin, daß sie in Washington und New York City stärker vertreten ist. Das Hauptquartier in New York erhält seine Beiträge aus der großen jüdischen und zionistischen Bevölkerung, während die große Anzahl Mitarbeiter im B'nai B'rith-Gebäude in Washington es ADL-Führungskräften und -Anwälten ermöglicht, enge persönliche und geschäftliche Beziehungen zu amerikanischen Kongreßmitgliedern sowie politischen Beauftragten in den verschiedensten Regierungsbehörden zu knüpfen.

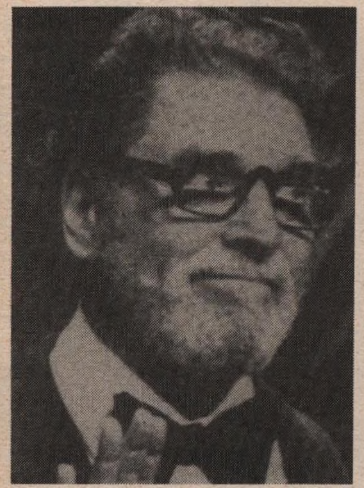
Das Wiesenthal-Zentrum mit seinen Büros in Los Angeles ist Experte darin geworden, sich die Unterstützung einiger von Amerikas bekanntesten Film- und Fernsehstars zu sichern wie Burt Lancaster, Frank Sinatra – der im Vorstand des Zentrums sitzt –, Elizabeth Taylor, Ted Koppel von ABC, Walter Cronkite und Dan Rather von CBS und weitere berühmte Hollywood-Stars und andere Persönlichkeiten.

Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, hat die ADL begonnen, Abendessen in amerikanischen Großstädten zu geben, wo ein »Mann des Jahres« geehrt wird, was ihnen Erwähnung in den Medien sichert.

Ein bedeutender Coup für die ADL war es, als Lawrence Tisch die CBS erwarb. Tisch war immer ein Freund der ADL und seine Kontrolle über das Netzwerk hat die Präsenz der prozionistischen ADL-Propaganda im CBS-Nachrichtenprogramm verstärkt.

Es ist das amerikanische Volk, das die Rechnung bezahlen muß beim Kampf um die Marktkontrolle, den ADL und das Wiesenthal-Zentrum untereinander ausfechten. Jede der beiden Organisationen muß in ihrem Versuch, sich die Vorrangstellung zu sichern, neue Aktivitäten entwickeln, mit denen sie Gefolgsleute gewinnen kann. Diese Aktivitäten mit dem Ziel, in der Verfassung der USA verankerte Grundrechte einzuschränken, haben eine negative Auswirkung auf die Freiheit eines jeden Amerikaners.

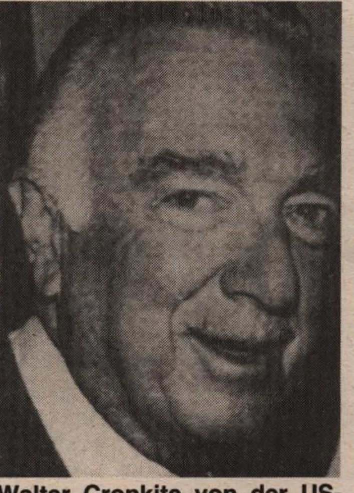
Mit den Organisationen wächst die Kontrolle der Zionisten über den US-Kongreß, das Weiße Haus und die Medien. Da die Präsidentschaftswahlen in den USA in greifbare Nähe rücken, werden diese Gruppen weitere Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß sich die Kandidaten der beiden großen Parteien darüber im klaren sind, daß sie keine Chance haben werden, wenn sie nicht auf die prozionistische, internationalistische Linie der ADL und des Wiesenthal-Zentrums einschwenken. □



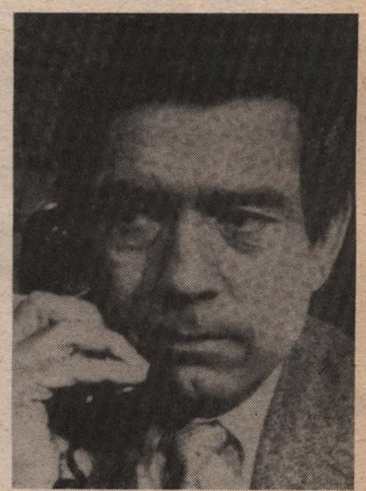
Burt Lancaster unterstützt die Arbeit des Wiesenthal-Zentrums.



Frank Sinatra gehört zum Vorstand des Simon-Wiesenthal-Zentrums.



Walter Cronkite von der US-Fernsehstation CBS arbeitet für die ADL.



Dan Rather, ebenfalls CBS, sorgt für Präsenz der ADL in den Nachrichten.

Zitate

Berlin

Ronald Reagan, amerikanischer Präsident: »In den fünfziger Jahren prophezeite Chruschtschow: ›Wir werden Euch begraben.‹ Aber heute erblicken wir im Westen eine freie Welt, die ein Niveau in Wohlstand und Wohlergehen erlangt hat, die in der Geschichte ihresgleichen suchen. Die kommunistische Welt leidet unter Fehlschlägen. Nach vier Jahrzehnten ist nun für die gesamte Welt klar: Freiheit führt zu Wohlstand, Freiheit ersetzt den Völkerhaß durch Einvernehmen und Frieden. Freiheit siegt. Generalsekretär Gorbatschow, wenn Sie nach Frieden streben – wenn Sie Wohlstand für die Sowjetunion und Osteuropa wünschen –, wenn Sie die Liberalisierung wollen, dann kommen Sie hierher zu diesem Tor. Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder.«

Verständigung

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Wir können nicht mit dem Kopf durch die Wand, auch große Deklarationen und ideologische Feldzüge führen uns nicht weiter, sondern nur eine Politik der Verständigung zwischen West und Ost. Verständigung heißt nicht Einverständnis mit dem anderen System. Gesundbeten ist keine Politik. Es geht auch nicht darum, unsere Sicherheit zu vernachlässigen. Wer sich nicht mehr verteidigen kann, ist nicht mehr politik-fähig. Aber die Politik dient nicht der Verteidigung, sondern die Verteidigung der Politik. Auf der Tagesordnung steht kein apokalyptischer Endkampf zwischen dem Guten und dem Bösen, sondern eine wachsende Anzahl von Problemen, die weder Ost noch West alleine lösen können: Bevölkerungsexplosion und Hunger, Zerstörung der Natur, ethische Bewältigung des Fortschritts, vor allem friedliche Nachbarschaft.«

Waldheim

Henry Siegman, Direktor des amerikanischen jüdischen Kongresses: »Die Entscheidung des Papstes, den österreichischen Präsidenten Waldheim in Rom zu einer offiziellen Audienz zu empfangen, ist eine Beleidigung für jeden Menschen mit Erinnerungen an den Holocaust. Der Papst und seine Berater müssen das gewußt haben. Die Mißachtung dieser Reaktionen ist absolut unbegründet.«

Gegenseitigkeit

Valéry Giscard d'Estaing, früherer französischer Staatspräsident: »Eine unmittelbare Verbindung zwischen Währung und Verteidigung sehe ich nicht, allenfalls eine weiter gespannte, denn beide Länder dominieren jeweils in einem anderen Bereich. Die Bundesrepublik hat ein starkes Gewicht auf dem monetären Sektor, Frankreich auf dem nuklearen. Zwei Aspekte sind wichtig: Bei den konventionellen Streitkräften können wir rasche Fortschritte erzielen, so in der Zusammenarbeit der Generalstäbe oder bei der Standardisierung der Waffen. Die nukleare Seite ist schwieriger. Wir wissen alle noch nicht, was bei den Null-Lösungen herauskommt. Erst dann kann die gemeinsame Verteidigung zum Thema enger Konsultationen zwischen Bonn und Paris werden, um neue Perspektiven zu definieren bei der Anwendung der nuklearen Waffen Frankreichs.«

Glasnost

Margot Honecker, DDR-Volksbildungsministerin: »Die Freiheit, die wir meinen, wurde unter vielen Opfern erkämpft. Wer damit liebäugelt und spielt, unter dem Motto nach mehr Öffnung an den Grundfesten, den Grundlagen der Demokratie und Freiheit, an der Herrschaft des Volkes zu rütteln, dem werden durch die Herrschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Grenzen gesetzt.«

Wiedervereinigung

Egon Bahr, Abrüstungsexperte der SPD: »Was mich ärgert, abgrundtief ärgert, ist, daß von Zeit zu Zeit das Gequatsche von der deutschen Einheit wieder anfängt.«

Teilung

Jacques Chirac, französischer Premierminister: »Das Streben des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung ist legitim und natürlich. Deshalb unterstützt die französische Regierung selbstverständlich die Politik der Bundesregierung, die darauf ausgerichtet ist, dem deutschen Volk die friedliche Wiedervereinigung durch freie Selbstbestimmung zu ermöglichen. Wem macht eine solche Betrachtungsweise Angst? Hierzu merke ich an, daß die Angst nicht im Westen, sondern im Osten besteht. Erinnern Sie sich an die jüngsten Äußerungen der Führungsspitze in Ost-Berlin und insbesondere an die von Herrn Honecker, der die Gesellschaftssysteme der beiden deutschen Staaten ›unvereinbar wie Wasser und Feuer‹ einschätzt.«

Gesetz

Jacques Vergès, französischer Rechtsanwalt und Verteidiger von Klaus Barbie: »Seit Königszeiten gilt, wo kein Gesetz besteht, gibt es auch keine kriminelle Tat, folglich auch keine Strafe.«

Schuldenkrise

Karl Otto Pöhl, Bundesbankpräsident: »Bisher sind wir nicht so schlecht gefahren. Wir haben in den vergangenen Jahren – seit Ausbruch der Schuldenkrise 1982/83 – immerhin die Entwicklung unter Kontrolle behalten. Nicht zuletzt dank des Internationalen Währungsfonds (IWF), der hier eine große Rolle spielte, aber auch dank der Kooperationsbereitschaft der Banken. Gleichzeitig unternahmen die Länder mit sehr hoher Verschuldung große Anstrengungen, ihre Wirtschaft besser anzupassen. Dramatische Wirkungen, die man zum Teil voraussagte, sind bisher ausgeblieben. Was sich zur Zeit abzeichnet, ist die Suche der Banken nach mehr Flexibilität. Zwei Beispiele: Wenn eine Forderung nicht einzubringen ist, dann wandelt man sie in eine Beteiligung um. Man versucht, einen Markt zu schaffen, um Banken in den Stand zu setzen, ihre Forderungen – natürlich mit einem gewissen Abschlag – zu verkaufen. Das halte ich für sinnvoll.«

Moskau

Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Was hier geschieht, ist in der Tat fundamental. Es ist ein Umdenken. Aber die Wirtschaft kann sich nicht allein ändern, ohne die ganze Umwelt miteinzubeziehen, das heißt den Staat zu ändern.«

Deutsche Frage

Michail Gorbatschow, sowjetischer Parteichef: »Heute ist der politische Aspekt wichtig. Es gibt zwei deutsche Staaten mit einer verschiedenen sozialen und politischen Gesellschaftsordnung. Heute sind zwei deutsche Staaten eine Realität, davon muß man ausgehen. Was aber in 100 Jahren sein wird, entscheidet die Geschichte. Kein anderes Herangehen ist hier annehmbar. Wenn jemand einen anderen Weg gehen würde, wären die Folgen sehr ernsthaft. Darüber muß absolute Klarheit herrschen.«

Todesspirale

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Ich sehe dem Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft mit wachsender Sorge entgegen. Es hat keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu hinterlassen.«

Exodus

Johannes Dyba, Erzbischof von Fulda und Vizesekretär der päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden: »Wir haben ja seit einer Reihe von Jahren diese ›Gott-ist-tot-Propaganda‹ oder ›Man kann Christus ohne Kirche haben‹. Der theoretische und praktische Materialismus, unter dessen Einfluß unsere Jugend zunehmend geraten ist, wirkt sich natürlich aus. Und er wirkt sich aus in einem Verlust an Autorität, und zwar auf allen Gebieten, und in einem mangelnden Willen zu festen persönlichen Bindungen. Das stellen wir auch auf staatlichem und gesellschaftlichem Gebiet fest bis hin zur ›Ehe ohne Trauschein‹. Die Austrittszahlen sind bei dieser Entwicklung nicht überraschend.«

Der Weg zum Licht

D. H. Haarmann

Bei jedem großen kosmischen Zeitalterwechsel wie auch jetzt vom Fische- zum Wassermann-Zeitalter hat die Welt große weltanschaulich-religiöse wie auch politisch-machtstrukturelle Umwälzungen erfahren. Mit dem Ende des Fische-Zeitalters – 2155 Jahre – kommt noch eine ganz besondere Situation hinzu. Wir befinden uns zugleich auch am Ende eines großen kosmischen Jahres mit 12 Weltzeitaltern von jeweils rund 26 000 Jahren. Unser Sonnensystem hat in diesen 26 000 Jahren einen Umlauf um die große Zentralsonne unseres Milchstraßensystems vollendet.

Die seit altersher benutzten Redewendungen vom »Weltuntergang«, vom »Ende der Welt«, der christlich-biblischen »Endzeit«, der »Apokalypse«, des nordisch-eddischen »Ragnarök« (»Weltuntergang«), in Wagners »Ring der Nibelungen« schon richtiger »Götterdämmerung« genannt, sind mit Sicherheit nichts anderes als Voraussagen des Endes eines großen Zeitalters von 26 000 Jahren. Und dem damit verbundenen Untergang einer religiös verbrämten Weltherrschafts-Idee, einer falschen Welt- und Lebensauffassung und einer inzwischen welt-beherrschenden Macht.

Das neue Weltbild ist uralt

Das neue Weltbild ist nicht neu, es ist eigentlich uralt. Es ist eine Rückkehr, eine Rückbesinnung auf einen Zustand, wie er in der Frühgeschichte der Menschheit bereits einmal bestanden hat. Was allerdings damals der Mensch rein gefühlsmäßig erahnte, soll nunmehr wissenschaftlich untermauert werden. So gesehen waren Materialismus und Rationalismus ein Irrweg, eine Sackgasse, die wieder aufgegeben und verlassen werden muß.

Im unendlich Kleinen zeigt das »Atommodell« der Wissenschaft das gleiche wie im unendlich Großen: die kreisende Bewegung der Planeten. Die Atomphysik und die gerade den Kinderschuhen entschlüpfende Raumfahrt haben diesem alten Weltbild zwangsläufig zu neuer Blüte verholfen. Beide Wissenschaftszweige sind ohne Grundlage dieses alten Weltbildes nicht lebensfähig.

Das neue Zeitalter hat eigentlich schon während des Zweiten Weltkrieges begonnen, denn seit Ende 1944 erscheinen sie: UFOs. Erst nannte man sie »Foo-Fighters«, dann »Ghost-Rockets«, später »Flying Sauchers« (»Fliegende Untertassen«) und schließlich »UFOs«.

Während der Kriegsjahre, teilweise auch schon früher, wurden östlich von Leipzig, südlich von Prag, wie auch im BMW-Werk in Prag, bei Firma Kertl in Wien, im BMW-Werk in Breslau, in Mauthausen und sicher noch an anderen entlegenen, geheimgehaltenen Orten Forschungen und Experimente begonnen, die zu revolutionären Flugtechniken führten, die dann nachfolgend auch entwickelt, gebaut, im Flug erprobt und Flugscheiben oder Flugkreisel, aber auch V-7 genannt wurden.

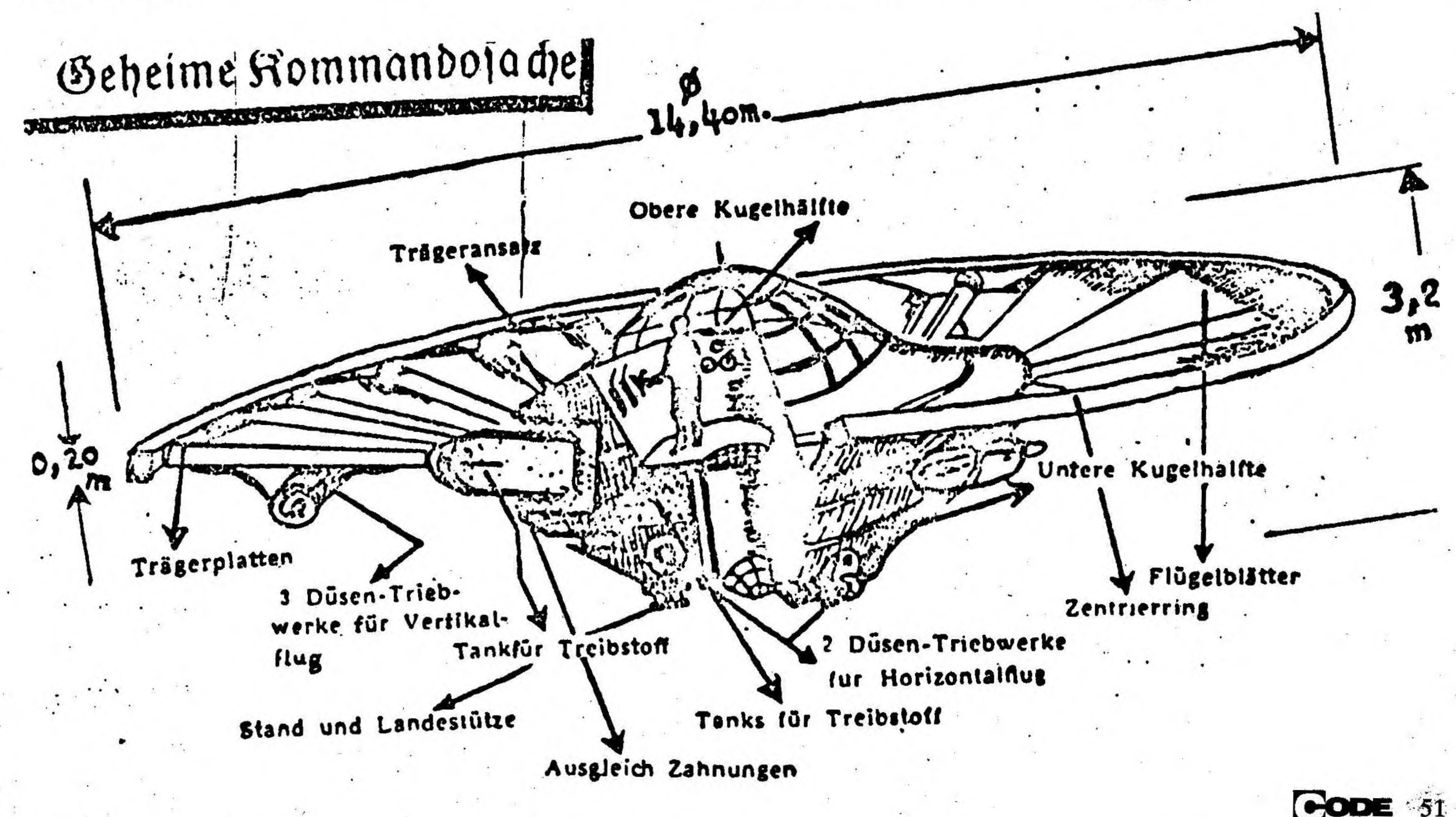
Deutsche Wunderwaffen

Der Leiter der Breslauer Entwicklungen, Dr. -Ing. Oberst Richard Miethe, erprobte den Erstflug am 17. April 1944 und erreichte beim ersten Testflug eine Höhe von 20 803 Metern und beim zweiten Test seiner »Vergeltungswaffe 7«, wie er sie in seinem Bericht nannte, eine Höhe von 24 200 Metern.

Flugkapitän Schriever und Habermohl starteten am 14. Februar 1945 ihre erste »Fliegende Scheibe« bei Prag und erreichten in kaum drei Minuten eine Höhe von 12 400 Metern und schossen dann im Horizontalflug mit einer Geschwindigkeit von 2000 Stundenkilometern davon. Das zweite schon im Bau befindliche Projekt war schon für eine Geschwindigkeit von 4000 Stundenkilometer ausgelegt.

In einer ganzen Anzahl von Zeitungs- und Illustrierten-Berichten zwischen 1950 und 1956 wurde über diese deutschen Entwicklungen berichtet. Allerdings nicht um aufzuklären, sondern um die Deutschen in die Irre zu führen und der umlaufenden

Flugkreisel oder V-7 gehörten zu den geheimsten Entwicklungen des Zweiten Weltkrieges.



Technik

Der Weg zum Licht

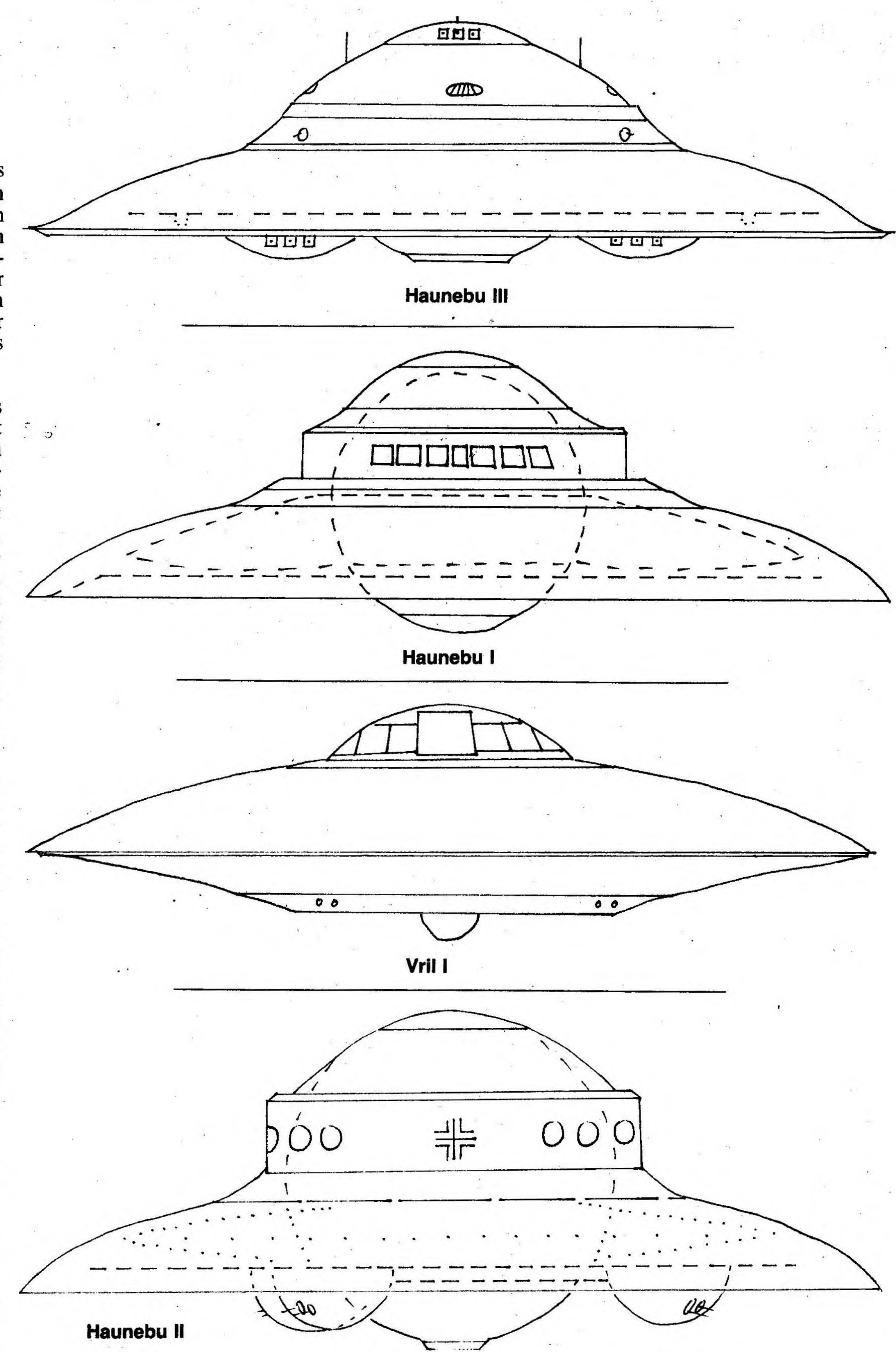
Mundpropaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn diese ganzen Berichte enden in der Regel mit der ablenkenden Aussage, diese »ersten Versuche« seien entweder kurz vor Kriegsende von den Deutschen selbst zerstört worden oder aber den Amerikanern oder Sowjets in die Hände gefallen.

Was heute, 30 Jahre später, als offensichtlich falsch bezeichnet werden kann. Auch das vom Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, herausgegebene »Militärische Taschenlexikon« (K. H. Fuchs und F. W. Kölper, beide vom Ministerium, erschienen im Athenäum-Verlag, Bonn) Ausgabe 1958 und auch die Ausgabe 1961 wie auch »Das große Buch der Bundeswehr« (Hans von Gottberg, Verlag Esslin & Laiblin, Reutlingen, 1970) bedienen sich dieser Selbstzerstörungs- und Feinderbeutungs-Theorie.

In Wahrheit wurden zwar diese Konstruktions- und Produktionsstätten deutscherseits vor Einmarsch der Feinde dem Erdboden gleichgemacht, aber die flugerprobten neuen »Wunderwaffen« vertauschten ihren ehemals deutschen Standort, einschließlich einem Großteil der Ingenieure, Konstrukteure, Arbeiter, Frauen und Kinder, mit angekauften südamerikanischen und anderen überseeischen Stützpunkten und geheimen Sperrgebieten.

Die geheimste Waffe

Die ersten Flugscheiben-Prototypen hatten 14,40 Meter, 42 Meter und 75 Meter Durchmesser und müssen späterhin, wenigstens teilweise, wesentlich größere Ausmaße angenommen haben, gemäß vieler »UFO«-Berichte und Pressemeldungen, die uns heute aus dem Weltraum, von anderen Sternen kommend, womöglich noch irreführend mit »grünen Männchen« bemannt, von den Medien dargeboten werden. Aber für die Ablenkungstheorien der Außerirdischen hat man bis heute noch keine Beweise vorlegen können, wogegen die deutsche Herkunft Schritt für Schritt immer genauer belegbar wurde.



Eine weitere Geheimentwicklung war die Zündunterbrechung gegnerischer Motoren. Auch die »Waffen-Revue« von Januar 1983 schrieb in einem mehrseitigen Bericht mit dem Titel »Die geheimste Waffe des Zweiten Weltkrieges; Motorstoppmittel« zum Beispiel über diese Entwicklungen.

»Todesstrahlen« oder Laser-Waffen ähnliche Strahlen sollten auf Entfernung hin die Luft ionisieren und die Zündungen von Motoren der zum Beispiel in diesem Bereich befindlichen Flugzeuge oder Fahrzeuge unterbre-

chen. Weiter entwickelt konnte man dann späterhin auch elektrische und elektronische Anlagen und Geräte lahmlegen, ja sogar große Städte und noch größere Regionen oder ganze Staaten plötzlich in Dunkel tauchen.

Eine weitere seltsame Entwicklung waren die sogenannten Feuerbälle. Ferngesteuerte, unbemannte Apparate, gelb, rot, silbern oder grün leuchtende und lautlos fliegende Kugeln, die verschiedene Aufgabe erfüllen konnten. Größtenteils zur Einholung von Informationen konnten diese manchmal wie durchscheinend wirkende Kugeln oder auch Diskusscheiben ferngesteuert an gegnerische Objekte, zum Beispiel Flugzeuge, herangeführt werden, konnten ab dann, vielleicht auf Wärme, Metall oder Geräusche reagierend, diese Feindflugzeuge hautnah und ab jetzt selbsttätig weiter verfolgen oder begleiten, ohne sich abschütteln zu lassen, und brachten, nachdem sie vielleicht per Funk zurückbeordert wurden, Bild-Funk-Ton-Radar-Informationen zur Aussendestelle zurück. Sie sind offensichtlich die beste Spionagemöglichkeit, die es zur Zeit gibt, sie können Radar unterlaufen und gegnerische Funkstörungen verursachen.

Diese anfänglich etwa einen halben bis eineinhalb Meter im Durchmesser großen, später teilweise bis auf wenige Zentimeter verfeinerten Feuerbälle wurden im Luftwaffenexperimentierzentrum Nahe Oberammergau, in den Flugzeugwerken in Wiener Neustadt, in der Flugfunkforschungsanstalt Oberpfaffenhofen bei München teils entwickelt, gebaut und eingesetzt und später beim Näherrücken der Sowjets von Wiener Neustadt in die Untergrundfabriken der Zeppelinwerke in den Schwarzwald verlegt, um dann im Zuge der totalen Feindbesetzung ganz von deutschem Boden zu verschwinden.

Den Feinden sind auch diese Feuerballentwicklungen nicht in die Hände gefallen. Dafür wurden nach 1945 die Alliierten von diesen Dingen oftmals genervt, ohne daß man ihnen beikommen konnte.

Die deutschen Flugkreisel

Wenn diese Feuerkugeln wie auch die deutschen Flugscheiben 1945 abrupt aus Deutschland verschwanden und die Alliierten nichts erbeuten konnten, aber ab 1947 in steigendem Maße als »Fliegende Untertassen« und Feuerbälle (Foo-Fighter), später allgemein und insgesamt als »UFOs« bezeichnet, weltweit beobachtet wurden, wo sind sie dann geblieben und von wo operieren diese seither?

Hier einige Fakten über die deutsche Flugkreisel-Erprobung. Vom Typ »Haunebu I« gab es während des Zweiten Weltkrieges zwei Stück, mit denen 52 Erprobungsflüge durchgeführt wurden. Vom Typ »Haunebu II« waren es sieben Maschinen, mit denen 106 Erprobungsflüge gemacht wurden. Der »Haunebu III« war nur einmal vorhanden und hatte 19 Erprobungsflüge absolviert. Siebzehn Exemplare gab es vom Flugkreisel »Vril I«, mit denen 84 Erprobungsflüge erfolgreich abgeschlossen wurden.

Wie unterscheiden sich die einzelnen Typen der deutschen Flugkreisel?

Flugkreisel Typ »Haunebu I«

Es handelt sich um einen mittelschwer bewaffneten Flugkreisel. Durchmesser: 25 Meter; Antrieb: Thule-Tachyonator 7 B; Steuerung: Mag-Feld-Impulser 4; Geschwindigkeit: 4800 Stundenkilometer – rechnerisch bis 17 000 Stundenkilometer; Reichweite in Flugzeit: 18 Stunden.

Die Bewaffnung von »Haunebu I« besteht aus 2×8 Zentimeter KSK in Drehtürmen und 4 ×MK 108, starr nach vorn; Außenpanzerung: Doppel-Victalen; Besatzung acht Mann; Weltallfähigkeit: 60 Prozent; Stillschwebefähigkeit: acht Minuten.

Allgemeine Flugfähigkeit des »Haunebu I« bei Tag wie bei Nacht; grundsätzliche Einsatztauglichkeit: 60 Prozent.

Die Versuchsabteilung hielt damals eine Konzentration auf den bereits im Versuch stehenden »Haunebu II« für sinnvoller als an beiden Typen parallel weiterzuarbeiten. »Haunebu II« verspricht entscheidende Verbesserungen in nahezu allen Punkten, so daß höhere Herstellungskosten gerechtfertigt erschienen.

Flugkreisel Typ »Haunebu II«

Es handelt sich um einen mittelschwer bewaffneten Flugkreisel. Durchmesser: 26,3 Meter; Antrieb: Thule-Tachyonator 7 C gepanzert; Steuerung: Mag-Feld-Impulser 4 A; Geschwindigkeit: 6000 Stundenkilometer – rechnerisch bis 21 000 Stundenkilometer möglich; Reichweite in Flugdauer: 55 Stunden.

Die Bewaffnung von »Haunebu II« besteht aus sechs Acht-Zentimeter-KSK in drei Drehtürmen unten, einer Elf-Zentimeter-KSK in einem Drehturm oben; Außenpanzerung: Dreischott-Victalen; Besatzung: neun Mann – als Transporter bis zu 20 Mann; Weltallfähigkeit: 100 Prozent; Stillschwebefähigkeit: 15 Minuten.

Allgemeine Flugfähigkeit des »Haunebu II« bei Tag und Nacht wetterunabhängig; grundsätzliche Einsatztauglichkeit: 85 Prozent.

Die Serienherstellung des »Haunebu II« ist ab Jahreswende 1943/1944 vorgesehen, jedoch noch ohne verbesserte Kraftstrahlkanone »Donar KSK IIIV«, deren Frontreife nicht vor Frühsommer 1944 angenommen werden kann.

Flugkreisel Typ »Haunebu III«

Es handelt sich um einen schweren bewaffneten Flugkreisel. Durchmesser: 71 Meter; Antrieb: Thule-Tachyonator 7 C plus Schumann-Levitatoren – gepanzert; Steuerung: Mag-Feld-Impulser 4 A; Geschwindigkeit: 7000 Stundenkilometer – rechnerisch bis zu 40 000 Stundenkilometer; Reichweite in Flugdauer: ungefähr acht Wochen – bei S-L-Flug 40 Prozent mehr.

Die Bewaffnung von »Haunebu III« besteht aus 4 × 11 Zentimeter KSK in Drehtürmen – drei unten, einer oben –, 10 Acht-Zentimeter-KSK in Drehringen plus sechs Mk 108, acht Drei-Zentimeter-KSK ferngesteuert; Außenpanzerung: Dreischott-Victalen; Besatzung: 32 Mann, als Transporter maximal 70 Personen; Weltallfähigkeit: 100 Prozent; Stillschwebefähigkeit: 25 Minuten.

Allgemeine Flugfähigkeit des »Haunebu III« bei Tag und Nacht wetterunabhängig; grundsätzliche Einsatztauglichkeit: etwa 1945.

Die Konstruktionsabteilung hält den Hinweis für notwendig, daß in »Haunebu III« ein großartiges Werk deutscher Technik im Entstehen ist, wegen der allgemeinen Materiallage aber alle Kräfte auf das schneller verfügbare »Haunebu II« gesetzt werden sollten.

Flugkreisel Typ »Vril I«

Es handelt sich um eine leichtbewaffnete Flugscheibe (Jäger) der Schumann-Gruppe. Durchmesser: 11,50 Meter; Antrieb: Schumann-Levitator – gepanzert; Steuerung: Mag-Feld-Impulser 3 E; Geschwindigkeit: 2900 Stundenkilometer bei Erprobungsflügen bisher, Steigerungsmöglichkeit bis auf 12 000 Stundenkilometer; Reichweite in Flugdauer: fünfeinhalb Stunden (Flug-Aufladung mittels KS von »Haunebu« aus wird erprobt).

Die Bewaffnung von »Vril I« besteht aus einer Acht-Zentimeter-KSK, fernsteuerbar, unten und zwei 108 Mk sowie zwei MG 17; Außenpanzerung: Doppel-Victalen; Besatzung: je nach Einsatz ein bis drei Mann; Weltallfähigkeit: 100 Prozent; Stillschwebefähigkeit: 12 Minuten.

Allgemeine Flugfähigkeit des »Vril I« bei Tag und Nacht wetterunabhängig. Grundsätzliche Einsatzreife: September 1944, eventuell früher.

Hat mit den Entwicklungen der Flugscheiben während des Zweiten Weltkrieges eine ungeahnte wissenschaftliche und geistige Höherentwicklung eingesetzt und das kosmische, metaphysische, religiöse, astronomische, geschichtliche wie ur- und erdgeschichtliche Weltbild aufgrund der neuen Erkenntnisse geändert? Die auf diesen Gebieten größtenteils als »Verschwörung gegen die Wahrheit« zu bezeichnenden Verfälschungen werden durch Aufklärung beseitigt; auch das gehört zur kommenden Befreiung. □

D. H. Haarmann hat sich in seiner Schrift »Geheime Wunderwaffen – Zerrbild zwischen Täuschung und Tatsachen« eingehend mit den vorstehenden Problemen beschäftigt. Die Schrift ist zum Preis von DM 7,50 bei der Hugin-Gesellschaft für politisch-philosophische Studien e.V., Postfach 13, D-5802 Wetter 4, zu beziehen.

Kulturgeschichte

Magische Weltsicht

Zweite Folge

Ralf Flar

Über Babylon sind heute noch immer die Bibel-Histörchen bekannter als die historische, auch schul-wissenschaftlich abgesicherte Wahrheit. Babylon war zu seiner Zeit weltweit kulturell führend. Es verfügte bereits um rund 2500 vor Christus über ein Rechtssystem einschließlich einer quasi Gleichberechtigung der Frau, wie es erst durch das Bürgerliche Recht im 19. Jahrhundert nach Christus wieder erreicht wurde. Babylon besaß ein Schulsystem, in dem etwa der »Satz des Pythagoras« gelehrt wurde, den die Babylonier bereits lange vor Pythagoras kannten. Das Schreiben war Allgemeingut, neben der Keilschrift gab es sogar eine Alphabetschrift. Die Dichtkunst stand in hoher Blüte. Auf wohl allen Gebieten war Babylon damals das führende Reich.

Wie es in Atlantis zu jener Zeit aussah, ist nicht bekannt. Die Kriegszüge der Atlanter – schulwissenschaftlich als Nord-See-Völker bezeichnet – gegen 1200 vor Christus beweisen deren hohen waffentechnischen und seefahrerischen Stand, auch wenn sie schließlich von Pharao Ramses III. besiegt wurden.

Der Siegeszug El Schaddais

Es ist aufgrund der Gilgamensch-Sage anzunehmen, daß der Held Gilgamensch auf seinen Reisen und der Suche nach dem Gottmenschen Xisuthros nach Atlantis gekommen ist, dorthin, wo der Berg steht, der den Himmel trägt. Diese Erzählung führt aber mindestens in die Zeit um 3000 vor Christus zurück, und zwischen dieser Zeit und dem neu-babylonischen Reich liegt jene Großkatastrophe, die als Sintflut bekannt ist und auch in die Bibel übernommen wurde.

Nun begann die schwerste Tragödie der Menschheit: der Siegeszug El Schaddais. Als jener nämlich mit seiner Schar die neue Welt Erde erreichte, da gelang es ihm schließlich, seinen bösen Geist in einige der Menschen zu senden, die dadurch zum Propheten seines bösen Geistes wurden. Diese wiederum verbreiteten unter den ihren, wie El Schaddai Jahve es wollte: »Alle Völker, die Jahve dir preisgibt, sollst du vertilgen, ohne mitleidig auf sie zu blicken!«

Und so entstanden die Schriften des Bösen, verbrämt durch aus babylonischen Mythen übernommene Geschichten (Gilgamensch-Epos), die an sich mit den Ansichten Jahves nichts zu schaffen hatten.

Und El Schaddai Jahve drohte mit Rache und vernichtendem Tod all denen, die seinem Höllenangebot wohl nicht folgen wollten. Belohnung aber verhieß er jenen, die ihm dienen und ihn als »Gott« anbeten wollten, damit er die Welt Erde beherrsche und die Schöpfung Gottes in eine Hölle umwandele.

Viel gepriesen wird seither der »Monotheismus«, der Glaube an den vorgeblich einen »Gott« Jaho, El Schaddai Jahve, die »Eingottheit« schlechthin. Was indes ist jener »Monotheismus« schließlich anderes als die Personifizierung und »Vermenschlichung« der Gottheit, wie Gott in Wahrheit ganz gewiß nicht sein kann.

Gott ist die alles umfassende Kraft des Lebens und allen Seins. Und eben diese Mannigfaltigkeit Gottes sollte durch die Göttersymbole der alten Völker dargestellt werden, gipfelnd bei den hochstehenden Kulturen im Symbol der Sonne als Zeichen des All-Gottes.

Der wahre Gott ist für uns Menschen in seiner ganzen Bedeutung und Vollkommenheit nicht erfaßbar; er ist – wie Meister Ekkart ahnte, »Alles Sein«, ist die ewige Wahrheit.

Jaho hingegen besteht aus dem Wahn und der Lüge.

Die blaue Insel ist eine der ältesten nordischen Mythen – auch in Asien nicht unbekannt. Die »blaue Insel«, jene geheimnisvolle, unerreichbare Insel hoch im Norden, stets von Nebeln verhangen, durch die blaue Paläste schimmern.

Babylon und die blaue Insel

Möglich, daß die Königsinsel von Thule einst mit dieser sagenhaften »blauen Insel« identisch war. Wahrscheinlich ist dies jedoch nicht. Wahrscheinlich, daß die »blaue Insel«, die gewiß noch im Bewußtsein der Atlanter eine bedeutende Rolle spielte, in Zusammenhang mit dem mystischen »Mitternachtsberg« steht. Manche Anzeichen sprechen für die Realität der »blauen Insel«.



Das alte Babylon war zu seiner Zeit sogar gegenüber Ägypten weltweit kulturell führend.

Auf alle Fälle ist eben jene »blaue Insel« ein magischer Punkt und als solcher, als Quelle magischer Kraftflüsse, auch Wirklichkeit.

Wie sehr die Erinnerung der Babylonier an weit zurückliegende Zeiten und deren Mythen noch

nachgewirkt haben muß, verdeutlicht, daß ganz Babylon – damals die größte Stadt der Welt – wie eine blaue Insel auf dem Land ausgesehen haben muß. Sicherlich nicht ohne innere Verbindung zu jener geheimnisvollen magischen »blauen Insel« im Nordmeer.

Die Unendlichkeit des leiblichen Lebens

Läßt sich Babylon heute auch nicht mehr genau rekonstruieren, so sind doch – vor allem dank Robert Koldewey – viele Dinge wieder greifbar geworden. So etwa das Ischtar-Tor, das blaue Stadttor nach Norden, oder hellblaue Farbreste am »Babelsturm«, dem größten, wenn gleich nicht einzigen Bauwerk dieser Art in der Stadt. Man darf sich Babylon getrost als eine Stadt vorstellen, die überwiegend in verschiedenen Blautönen gehalten war – das Gegenstück zur »blauen Insel« – wie der »Babelsturm« auch ein »Schatten des Mitternachtsberges« war.

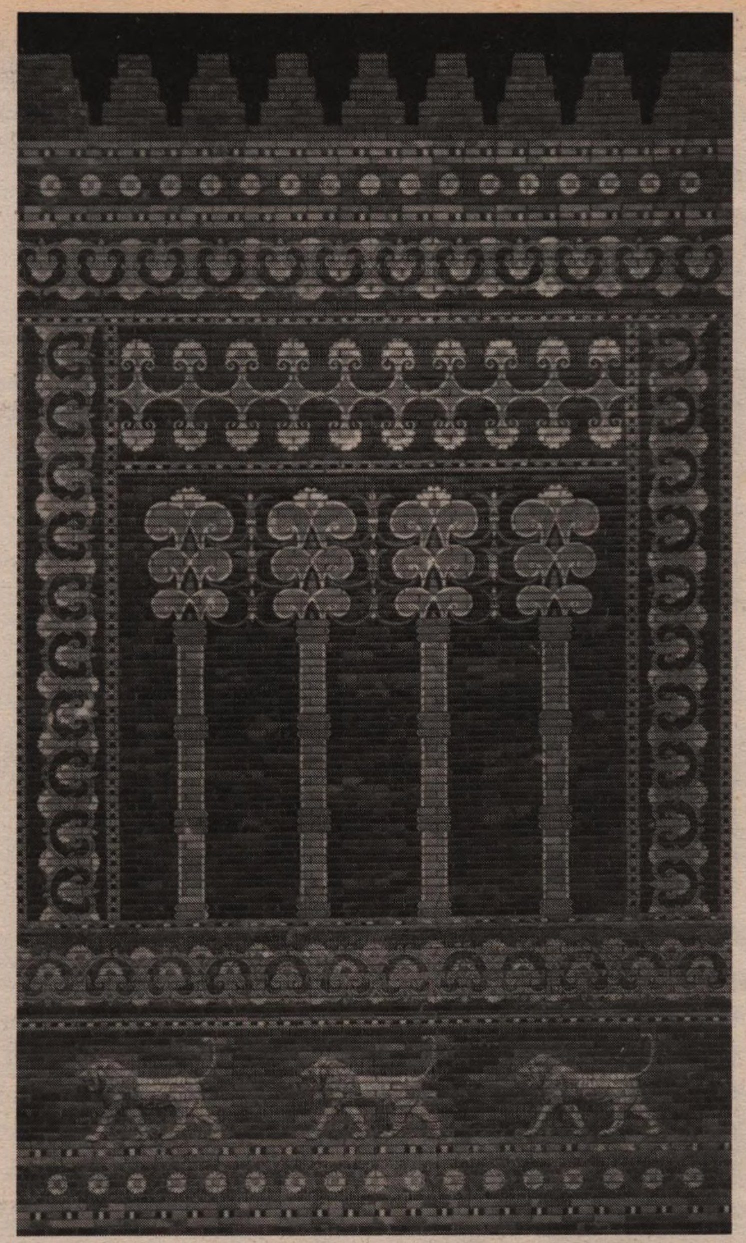
Und ein mehr als 4500 Jahre altes Relief zeigt den König von Babylon, einen hörner-bewehrten Helm auf dem Haupt, am Fuß des Mitternachtsberges, über dem die helle und die dunkle Sonne stehen.

Wohin immer die Erben von Thule gekommen waren, ihre Nachfahren erbauten Stufenpyramiden, ob im Toltheken- oder Inka-Reich, in Ägypten, Sumer oder Babylonien. Sie bauten die Schatten des Mitternachtsberges.

Das uralte Wissen um göttliche Wahrheit, Babylons Erbe von Thule, vermag auf viele Fragen Antwort zu geben, die heutzutage oft und in Hilflosigkeit gestellt werden. Etwa die Frage nach dem Tod und danach, was womöglich nach dem Tod sei.

Es gibt das ewige Leben, und es gibt das unendliche Leben. Es gibt sogar nichts anderes als eben diese beiden immerwährenden Leben, die indes von völlig unterschiedlicher Art sind. Denn ewig ist das Göttliche, ist der Geist – unendlich die Materie.

Die Unendlichkeit bedeutet, daß der Mensch auch körperlich in gewisser Weise »unsterblich« ist, da er ein unendliches irdisches Leben besitzt, das allein im Fall der Auflösung der Schöpfung durch Gott, also einem Aufhören aller für Menschen verstehbaren oder erahnbaren Wirklichkeit, beendet werden kann.



Die Außenfront des Thronsaals Nebukadnezars II. in Babylon. Breite des Saals: 60 Meter, Höhe: 12 Meter. Die Technik der Wandverkleidung ist keine neubabylonische Erfindung, bereits die Assyrer begannen farbig zu glasieren.

Dieser Begriff von Unendlichkeit der Materie versetzt uns in die Nähe der modernen Naturwissenschaft. Dafür ein Beispiel: Es ist bekannt, daß wir heute Sterne sehen können, obschon diese längst erloschen sind. Wir sehen sie aufgrund der Verzögerung durch die Lichtgeschwindigkeit. Stellt man sich nun vor, von verschiedenen, Millionen Lichtjahre entfernten Sonnensystemen aus blicken Wesen durch riesige Fernrohre auf die Erde – und zwar zur objektiv selben Zeit –, so sähen diese Wesen aufgrund der unterschiedlichen Entfernungen zur Erde eine völlig andere erdgeschichtliche Epoche. Dies bestätigt: Alle irdischen Zeiten existieren ständig parallel zueinander.

Das wiederum bedeutet, daß jeder Mensch körperlich unendlich lebt, daß jeder von uns sein Leben unzählige Male erlebt. Denn alle Zeiten bestehen immerfort, und ein Mensch, der vielleicht von 1880 bis 1940 gelebt hat, lebt so unendlich fort, wie auch diese Zeitspanne unendlich existiert.

Diese Unendlichkeit heißt aber nun nicht, der Mensch durchlebe sein Leben vom Punkt der Geburt bis zum Punkt des Todes chronologisch immer wieder, sondern vielmehr in winzigen, unmeßbaren Zeitelementen.

Die Ewigkeit des Geistes

Der körperliche Tod ist also, gleich der körperlichen Geburt, lediglich ein kurzer Moment innerhalb der unendlichen leiblich-irdischen Existenz. Und wie die körperliche Geburt nichts mit der schon längst zuvor erfolgten »Geburt« der Seele zu schaffen hat, so ist auch der Moment des physischen Todes ganz und gar unbedeutend für den Fortbestand des unverlierbaren Lebens.

Und es ist eben dieses unendliche Leben eines jeden Menschen, das spontane Gefühle wie etwa Sympathie oder Antipathie erklärbar werden läßt: nämlich ganz einfach als unbewußte Erinnerung. Solche unbewußten Erinnerungen sind es auch, die »Liebe auf den ersten Blick« – quasi ein »Wiedererkennen« – bewirken. All dies sind in der Tiefe verfangene Erinnerungen an das unendlich schon durchlebte eigene Dasein.

»Sprünge« durch die Dimension Zeit können in diesem Zusammenhang noch manches erklären, wozu hier jedoch nicht der Platz ist.

Da der Körper aber nur ein »Vehikel« für den Geist, die »Seele«, darstellt, gelten für diesen Geist auch andere Gesetze: Der Geist ist ewig. Aus der Ewigkeit des göttlichen Geistes sind die »Seelen« erschaffen.

Und wie Gott ewig ist, so sind auch all jene göttlichen Geistfunken, die Seelen, ewig und unauslöschbar. Eine »Seele« kann niemals sterben, sie kann höchstens – am Ende ihres Sinns – im großen Geist der Allschöpferkraft Gott wieder aufgehen.

Insofern erklärt sich auch der Urgrund des Glaubens, die Gottheit müsse ein jedes ihrer Geschöpfe ständig sehen, seine eventuellen Sorgen und Nöte kennen. Natürlich: Denn jede »Seele« ist ein Stück der Gottheit. Und wenn Christus sagt, es bedürfe keiner langen Gebete,

Magische Weltsicht

da Gott ohnehin um jedes einzelnen Lage wisse, so meint dies jene Gottverbundenheit, die naturgegeben ist.

Nur stelle man sich »Gott« und das Ich-Bewußtsein der Gottheit nicht als von Menschen ergründbar oder mit menschlichen Maßstäben meßbar vor. Die Ewigkeit ist der göttliche All-Geist. Ihm gehören alle »Seelen« an, aus ihm sind sie gekommen, zu ihm werden sie schließlich heimkehren.

Eines Menschen Geist, der als Seelenwesen zur Ewigkeit Gottes zurückgekehrt und wieder im göttlichen Geist aufgegangen ist, hat seinen Sinn erfüllt. Kein Mensch auf Erden kann Näheres darüber sagen.

Vor dieser endgültigen Sinnerfüllung steht dem Geist, der aus der Unendlichkeit kommt, der Weg durch das grüne Land bevor.

Die Zwischenwelt, das grüne Land

Zwischen »Ewigkeit« und »Unendlichkeit« liegt das grüne Land, die »Zwischenwelt«, das »Dämonium«, eine rein geistige Dimension, der auch die Zeit angehört. Verschiedene Deutungen sind für die Bildung des Begriffs vom »grünen Land« überliefert. Im Kern meint dies das Folgende:

Die »blaue Insel« ist das Reich des lichten Geistes; Blau war zugleich auch die Farbe von Thule, Atlantis und Babylon. »Gelb« hingegen ist die Farbe des Schwefeldampfes, ist die Farbe des Jaho El Schaddai. Wo nun die Farben Blau und Gelb miteinander vermischt werden, ergibt sich Grün.

Das »grüne Land« ist auch das Reich der Magie. Und Magie bedeutet in den hohen »magischen Prozessen« das Benutzen dämonischer Kräfte bis hin zum zeitweiligen Betreten des »grünen Landes« selbst. Das magische Handeln beruht auf der Wirksamkeit kosmischer Ströme und Schwingungen, die im »grünen Land«, das materielos ist, von überragender Bedeutsamkeit sind.

Weil nun die Leute von Thule und deren Erben wußten, daß der Satan in einer Welt von Materie sehr stark werden kann, pflegten sie mittels magischer Prozesse ein »Bündnis« mit den lichten Kräften des »grünen Landes«. Denn in einem materielosen Reich sind die Kräfte des Lichts mächtig und die des aus dem Chaos der Materie kommenden Satans schwach.

Wenn das grüne Land hier auch »Dämonium« genannt wurde, so muß dazu der Begriff des »Dämons« geklärt werden, womit kein »Gespenst« oder sonstiges Ungetüm gemeint ist. Statt des Wortes »Dämon« könnte ebensogut »Geistesbestandteil« gesagt werden, denn unter Dämonen verstehen wir unvollständige Geistwesen, Bestandteile von Geistwesen, etwa einzelne Willenskräfte oder Bewußtseinskomplexe.

Dämonen sind nichts anderes als von Menschen zumeist ungewollt hervorgerufene Kräfte. Dämonen sind losgelöste menschliche Willenskräfte. Sie sind Wahne und Leidenschaften von Menschen – gute wie üble –, quasi »Seelenfetzen« von besonderer Art, die eine eigene bewußte oder teilbewußte Geistesexistenz entwickelt haben.

Solche Dämonen, die wir alle mehr oder minder bewußt kennen, haben sich quasi von der Körperlichkeit losgerissen und pendeln nun zwischen Unendlichkeit und grünem Land.

Dämonenhaft sind aber auch die Seelen, die auf dem Weg zur Ewigkeit im »grünen Land« verweilen; wobei abermals betont sei, daß der Begriff »Dämon« oder »dämonenhaft« hier nicht vorwiegend negativ zu verstehen ist. Energie ist, laut Schulwissenschaft, unverlierbar. Und Schwingungen und Geist sind »Energie«.

Da nun jene »Dämonen« ganz unterschiedliche Kräfte darstellen, können die jeweils benötigten Kräfte (Kraftwellen) der Magie nutzbar gemacht werden. Sei zu diesem Thema schließlich noch angemerkt, daß eben dieses Reich der »Dämonen«, das »grüne Land«, identisch ist mit dem Labyrinth von Thule und Atlantis, wie auch das »Land ohne Wiederkehr« der Babyloner dieselbe Zwischenwelt meint.

Durch das grüne Land wirken aber auch die astralen Schwingungen, denen in den »hohen magischen Prozessen« besondere Bedeutung zukommt. Im grünen Land liegen also die Schlüssel zum magischen Handeln. Und dieses »grüne Land« ist keine reine Mystifikation, es existiert.

Die Macht des El Schaddai

In der Menschheitsgeschichte begann bald der Siegeszug des El Schaddai, der Kraft des Materialismus, des Satans. Mehr und mehr gewann sein Einfluß an Geltung.

Um 1350 vor Christus entdeckte der Pharao Rah-neb-suti-Aten (»Echnaton«) die Urgründe des von ferne überlieferten göttlichen Lichts. Doch noch ehe sein neues Ägypten voll aufblühen konnte, stürzte ihn eine Revolution. Naweta (»Nofretete«), seine Gemahlin, konnte mit ihren beiden noch lebenden Töchtern fliehen und erreichte ein nördliches Land.

Im Jahr 864 vor Christus gründete Elissa (Dido) ihre »neue Stadt« (Kath Adascht), Karthago. Und Karthago wurde das zweite Reich des Lichts nach Thule. Doch auch Karthago ging nach drei großen Kriegen, die um des Materialismus wegen geführt worden waren, zugrunde. Erdrückende Finsternis breitete sich über der Welt Erde aus.

Da sandte die gewaltige Allschöpferkraft, Gott, ihren Geist auf unsere Welt und betrat selbst die Erde als Christus. Und Gottes Christus wendete sich dort hin, wo das Übel am ärgsten war, dorthin, wo der Satan Jahve El Schaddai als »Gott« angebetet wurde, nach Palästina. Und er sprach zu den Menschen dort, daß jener Jahve der Teufel sei, der Seelenmörder von Anbeginn und der Vater aller Lüge. Und Christus brachte die Wahrheit Gottes für alle Menschen, die Botschaft des Gottes der Liebe.

Die Juden kreuzigten ihn, weil er ihren »Gott« gelästert hatte. Sie töteten seinen irdischen Leib. Christus aber nahm sich das irdische Leben zurück und sprach erneut zu den Menschen, ehe er die Welt Erde wieder verließ. Gleich nachdem Christus die Erde wieder verlassen hatte, setzte jedoch eine große Verschwörung ein mit dem Ziel, Jahve El Schaddai wieder als »Gott« einzusetzen und Christi Erlösungswerk zu vernichten.

Zum Hohne Gottes wurden die Evangelien verfälscht, und falsche Apostel verbreiteten die ungeheure Lüge, Christus sei der »Sohn« jenes »Schein-Gottes« Jahve, den er als den Teufel bezeichnet und bekämpft hatte.

El Schaddais Zeit der Finsternis

Schon im ersten nachchristlichen Jahrhundert wurde das Vernichtungswerk an der göttlichen Wahrheit beinahe vollbracht. Aufrechte und Wissende – wie beispielsweise Marcion – wurden ermordet, die Briefe des Paulus verfälscht, statt des einen Evangeliums zwölf gefälschte verbreitet. Und all dies, obschon ganz offenkundig ist, daß der Gott der Liebe unmöglich mit jenem Scheusal etwas zu schaffen haben kann, das im sogenannten »Alten Testament« grausig geschildert und Jahve genannt wird (Jaho, Zebaoth, El Schaddai, Jehowa).

Und diese Lügen und Intrigen gegen den wahren Gott stürzten die Welt Erde in Irrglauben und schlimmen Wahn. Der Ungeist Jahves regierte fortan: der Materialismus, die Habgier, der Haß, die Rachsucht, das Verstoßen wider Gott und die Ordnung der Natur.

Im Namen Jahves – nicht im Zeichen des Kreuzes – wütete nun mehr und mehr Krieg und Gewalt. Große Kulturen von Asien bis Amerika wurden vernichtet, Völker ausgeplündert und ausgemerzt – ganz nach Jahves Befehl. Machtvolle Reiche, wie etwa der Inka-Staat, versanken in Blut und Asche. Denn jene Völker kannten die Bosheit des Satanischen nicht, erkannten zu spät, daß Todfeind war, was tükkisch kam.

Die Zahl der Bestie, 666, regierte die Erde nun. Die Macht des Geldes regierte fast überall. 666 Goldtalente betrug weiland das Gewicht des Goldes, das Salomo innerhalb eines Jahres erhielt. 666, das »Tier« der Apokalypse, die Beste, sie ist das Gold, das Geld, das die Welt auch heute regiert. □

Das dritte Geheimnis von Fatima

Frère Michel de la Sainte Trinité

Im November 1985, am Eröffnungstag der sogenannten außerordentlichen »Bischofssynode« in Rom, stellte Frère Michel de la Sainte Trinité, ein Angehöriger der von Abbé G. de Nantes geleiteten Gemeinschaft, in einer Pressekonferenz die ersten drei Bände seines umfangreichen Berichtes »Toute la verité sur Fatima« (»Die ganze Wahrheit über Fatima«), erschienen im Verlag von CRC, F-10260 Saint-Parres-Les-Vaudes, vor. Zu der Konferenz, die im Augustinianeum – in der Nähe des ehemaligen heiligen Offiziums gelegen, einen Steinwurf von St. Peter entfernt – stattfand, hatte der Leiter des Internationalen Fatima-Rosenkranz-Kreuzzuges, Father Nicholas Gruner aus Kanada, eingeladen; sie wurde vom Kommandanten Daniele aus Brasilien geleitet. Der Überblick, den Frère Michel über seine umfangreichen Recherchen auf dieser Pressekonferenz gab, dürfte auch für die CODE-Leser von Interesse sein, zumal sich die nüchterne Analyse und die Auswertung der bekanntgewordenen Tatsachen mit den Vermutungen weitgehend decken.

Da das dritte Geheimnis noch nicht enthüllt ist, mag es auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, daß wir über seinen Inhalt nichts wissen können. Dies ist jedoch ein Irrtum: wenn auch dieses letzte Geheimnis von 1917, zu dem Zeitpunkt, als es von der Heiligen Jungfrau den drei kleinen Schafhirten von Aljustrel geoffenbart wurde, absolut verborgen war und es auch blieb bis 1944, als es Schwester Lucia niederschrieb, oder sogar bis 1960, als es der Welt durch Johannes XXIII. hätte verkündet werden sollen, so stimmt dies gegenwärtig nicht mehr.

Seit über vierzig Jahren mehrt sich nämlich die Anzahl bekanntgewordener Tatsachen, die es betreffen. Heutzutage bilden sie eine beeindruckende Sammlung von sicheren Informationen, auf deren Grundlage der Historiker die gesamte Entwicklung genau nachkonstruieren und die wesentlichen Teile seines Inhaltes mit großer Wahrscheinlichkeit aufdecken kann.

Es war im Juli oder August 1941, als Schwester Lucia in ihren dritten Memoiren zum erstenmal die Aufteilung des Geheimnisses von Fatima in drei gesonderte Abschnitte erwähnte: »Das Geheimnis enthält drei voneinander getrennte Botschaften, und ich werde zwei davon enthüllen.«



Johannes XXIII. weigerte sich, wie alle anderen Päpste seit 1960, das dritte Geheimnis von Fatima zu lüften.

Die erste betraf die Höllenvision sowie die Anempfehlung des unbefleckten Herzens Mariens als das großartigste, von Gott empfohlene Mittel zur Rettung der Seelen: »Um sie zu retten, wünscht Gott weltweit die Andacht zu meinem unbefleckten Herzen einzusetzen.«

Das zweite Geheimnis enthielt die große Prophezeiung hinsichtlich des wunderbaren Friedens, den Gott der Welt zu gewähren beabsichtigte mittels der Weihe Rußlands an das unbefleckte Herz Mariens und der Abhaltung von Sühnekommunionen an jedem ersten Samstag im Monat: »Wenn meine Forderungen erfüllt werden, wird sich Rußland bekehren und es wird Frieden herrschen.«

Auch wurden furchtbare Strafen für den Fall angekündigt, daß man es ablehnen sollte, ihrem Willen zu gehorchen. Bezüglich des dritten Teils des Geheimnisses erklärte Schwester Lucia im Jahr 1941, daß ihr gegenwärtig die Enthüllung nicht erlaubt sei.

Das Geheimnis wird aufgeschrieben

Die dramatische Geschichte der Niederschrift und Übermittlung der letzten Botschaft begann 1943. Damals lebte Schwester Lucia im Kloster der Dorotheerinnen im spanischen Tuy. Im Juni 1943 erkrankte sie plötzlich schwer. Ihr Zustand war derart besorgniserregend, daß der Bischof von Leiria, Monsignore da Silva, sich Sorgen machte aus Angst, sie könne sterben, bevor sie das dritte Geheimnis bekanntgegeben habe, wobei er sich wohl gewarnt fühlte, da dies den Verlust einer für die Kirche seltenen Gnade bedeuten würde.

Kanonikus Gamba, des Bischofs Freund und Berater, schlug ihm eine ausgezeichnete und kluge Idee vor: er solle Schwester Lucia zumindest bitten, den Text des dritten Geheimnisses ohne Verzug niederzuschreiben und ihn dann in einen mit Wachs versiegelten Umschlag zwecks späterer Öffnung zu stecken. In dieser Absicht begab sich also Bischof da Silva am 15. September 1943 nach Tuy und ersuchte Schwester Lucia, das Geheimnis niederzuschreiben.

Die Seherin war mit diesem unbestimmten Auftrag nicht einverstanden. Sie bat ihren Bischof um einen völlig eindeutigen, formellen und schriftlichen Auftrag. Dies sei nämlich sehr wichtig: die letzte Botschaft der Jungfrau von Fatima sei – wie die beiden vorhergehenden Forderungen mit ihren wunderbaren Prophezeiungen, die alle miteinander übereinstimmen – eine beispiellose Gnade, die von Gott unserem zwanzigsten Jahrhundert angeboten würde, um seinen dringendsten Nöten zu begegnen.

Schließlich entschloß sich Bischof da Silva hierzu Mitte Oktober 1943. Er schrieb an Schwester Lucia und gab ihr den bestimmten Auftrag, um den sie ihn gebeten hatte. Indessen erhoben sich weitere Schwierigkeiten. Etwa drei Monate durchlebte Schwester Lucia eine geheimnisvolle, furchtbare Agonie. Sie

Vatikan

Das dritte Geheimnis von Fatima

berichtete, daß sie jedesmal, wenn sie sich an den Schreibtisch setzte und die Feder in die Hand nahm, um das Geheimnis niederzuschreiben, eine Behinderung verspürte.

Rom lehnte die Annahme ab

Schließlich erschien am 2. Januar 1944 die Jungfrau wiederum Schwester Lucia, was kaum bekannt ist. Sie bestätigte ihr, daß dies der Wille Gottes sei, und gab ihr die Erleuchtung, die Kraft zur Durchführung des erteilten Auftrages.

Die äußerste Sorgfalt, die Schwester Lucia anschließend aufwandte, um die Botschaft an den vorgesehenen Empfänger, Bischof da Silva, weiterzuleiten, ist ein weiterer Beweis für die außerordentliche Wichtigkeit, die sie diesem Dokument beimaß. Es war der Erzbischof von Gurza, Monsignore Ferreira, der am 17. Juni 1944 den mit Wachs versiegelten Umschlag, der das kostbare Dokument enthielt, von Schwester Lucia empfing. Er leitete ihn am gleichen Abend noch an Bischof da Silva weiter.

Der Brief war in erster Linie an Bischof da Silva gerichtet, und dieser hätte ihn sofort lesen dürfen. Das sagte ihm Schwester Lucia auch. Aber aus Furcht vor der Verantwortung, die er damit auf sich hätte nehmen müssen, wagte er es nicht, noch wollte er sich mit dem Inhalt bekannt machen. Er versuchte daher, den Brief dem Heiligen Stuhl anzuvertrauen. Aber Rom lehnte die Annahme ab.

Man kam daher überein, daß im Fall des Ablebens von Bischof da Silva das Kuvert dem Patriarchen von Lissabon, Kardinal Cerejeira, anvertraut werden sollte. Daher ist die Behauptung, die nach 1960 so oft wiederholt wurde, falsch, daß das dritte Geheimnis ausdrücklich und ausschließlich für den Papst bestimmt war.

Nichtsdestoweniger ist es wahr, daß Schwester Lucia wünschte, Papst Pius XII. solle ohne weiteren Verzug davon Kenntnis nehmen. Unglücklicherweise geschah dies aber nicht.

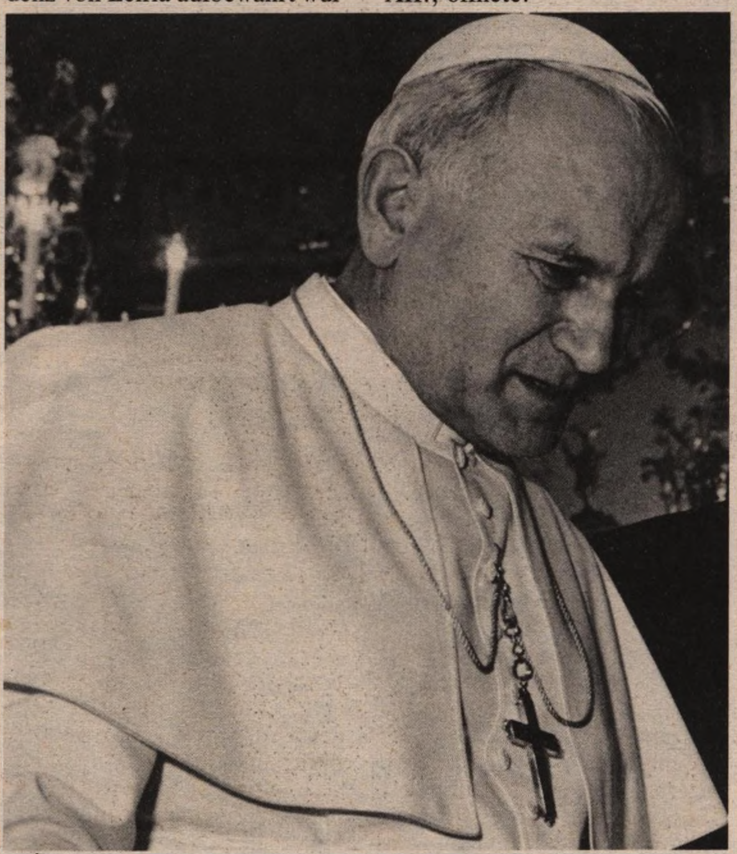
Als Schwester Lucia erkannte, daß Bischof da Silva in seiner Weigerung verharrte, den Umschlag zu öffnen, ließ sie ihn, wie Kanonikus Gamba berichtet, »das Versprechen ablegen, das dritte Geheimnis zu öffnen und es vor aller Öffentlichkeit zu verlesen – entweder bei ihrem Tod oder 1960, je nachdem, was zuerst eintreffen sollte«.

Im Jahr 1957 verlangte das Heilige Offizium den Text, der bis dahin in der bischöflichen Residenz von Leiria aufbewahrt wurde. Mitte März 1957 wies Bischof da Silva seinen Weihbischof an, das kostbare Dokument an den Apostolischen Nuntius in Lissabon weiterzuleiten. Der Weihbischof bat seinen Bischof, wenigstens das Geheimnis zu lesen und eine Fotokopie anfertigen zu lassen, bevor er das Handschreiben nach Rom weiterleiten würde. Aber der alte Bischof bestand auf seiner Weigerung, dieses zu tun.

Am 16. April 1957 kam der versiegelte Umschlag in Rom an. Er wurde im Büro von Papst Pius XII. in eine Lade mit der Aufschrift »Secretum Sancti Officii« gelegt.

Johannes XXIII. liest das Geheimnis

Las Pius XII. das Geheimnis? So wunderlich es erscheinen mag: mit größter Wahrscheinlichkeit nicht. Ich habe stichhaltige Beweise, um das zu verneinen, insbesondere das Zeugnis von Kardinal Ottaviani und von Monsignore Capovilla, dem Sekretär Johannes XXIII., der sagte, der Umschlag sei noch versiegelt gewesen, als der Papst ihn 1959, ein Jahr nach dem Ableben Pius XII., öffnete.



Johannes Paul II. las das dritte Geheimnis von Fatima, wollte es aber gleichfalls nicht bekanntgeben.

Kardinal Ottaviani beobachtete, daß Johannes XXIII. das Geheimnis weitergab, »damit es in eines jener Archive gelegt werde, die wie ein Brunnen sind, wo das Papier tief in die Finsternis hinabfällt und wo niemand mehr etwas unterscheiden kann«.

Was sagte uns Maria in dieser Warnung, die sie für unsere Zeit am 13. Juli 1917 verkündete? Vor allem vermögen wir vier Tatsachen bezüglich des Geheimnisses festzuhalten, die gesichert und objektiv sind, und die uns große Schritte in Richtung einer Aufdeckung des Geheimnisses ermöglichen.

Die erste fundamentale Tatsache: Wir kennen den Zusammenhang, in dem das dritte Geheimnis angesiedelt ist. Richtig betrachtet: es gibt in Wirklichkeit nur ein Geheimnis, das zur Gänze am 13. Juli 1917 offenbart wurde, von dem zusammenhängenden Ganzen kennen wir nur drei von vier Teilen. Wir kennen den Anfang – die beiden ersten Teile des Geheimnisses – und das Ende, das sicherlich die Zusammenfassung bildet: »Zum Schluß wird mein unbeflecktes Herz triumphieren, der Heilige Vater wird mir Rußland weihen, es wird sich bekehren und eine Periode des Friedens wird der Welt verheißen werden.«

In diesem bekannten Zusammenhang steht das dritte Geheimnis. Das ist die erste Tatsache, die ein wichtiges Kriterium ist, das uns befähigt, bei der Enthüllung des Inhalts des letzten Geheimnisses vorwärts zu schreiten. Denn es muß sich in seinen unmittelbaren Zusammenhang einfügen und in Übereinstimmung mit der gesamten Botschaft von Fatima stehen, was in diesem Zusammenhang besonders angemerkt werden muß.

Die zweite grundlegende Tatsache: Wenn die Umstände bei der Offenbarung ein Beweis für deren fundamentale Einheit sind, so lassen uns die dramatischen Umstände anläßlich seiner Abfassung seinen tragischen Ernst erkennen.

Eine dritte, sehr bezeichnende Tatsache: Einzig wegen seines Inhaltes weigerten sich seit 1960 sämtliche Päpste, das Geheimnis zu lüften: zuerst, wie wir sahen, Johannes XXIII., und das trotz der bangen und enthusiastischen Erwartung der gesamten katholischen Welt.

Auch Johannes Paul II. las das Geheimnis

Paul VI. nahm die gleiche Haltung ein. Einige Zeit nach seiner am 21. Juni 1963 erfolgten Wahl verlangte er den Text des Geheimnisses – ein Beweis für die intensive Beschäftigung mit dieser Materie. Da niemand wußte, was Johannes XXIII. damit gemacht hatte, wurde Monsignore

Capovilla, sein Sekretär danach gefragt, und er zeigte den Platz, wo die Niederschrift hingelegt worden war. Sicherlich las sie Papst Paul VI., aber er sprach nicht darüber.

Man weiß nur, daß zu der Zeit, als sich das Jubiläum der Erscheinung näherte, Kardinal Ottaviani im Namen des Papstes eine lange Erklärung über das dritte Geheimnis von Fatima abgab, um zu erläutern, warum es noch nicht verkündet werden könne.

Papst Johannes Paul I. war ein großer Verehrer unserer lieben Frau von Fatima. Er hatte sich im Jahr 1974 auf eine Pilgerreise nach Cova da Iria begeben, und kurioserweise bat Schwester Lucia selbst um ein Treffen mit ihm. So ging Kardinal Luciani zum Karmel von Coimbra und hatte eine längere Unterredung mit der Seherin.

Ich bin in der Lage festzuhalten, daß Schwester Lucia mit ihm über das dritte Geheimnis sprach und ihm den wesentlichen Inhalt eröffnete. Er war davon außerordentlich beeindruckt und teilte auf der Heimreise nach Italien seiner Umgebung seine Erregung und Schwere der Botschaft mit. Als er Papst wurde, entschied er sich zweifellos für die Inangriffnahme einer öffentlichen Stellungnahme, bevor er etwas unternahm. Unglücklicherweise wurde er auf tragische Art von uns genommen, bevor er dazu etwas sagen konnte.

Papst Johannes Paul II: Vor seiner Wallfahrt nach Fatima am 13. Mai 1982 verlangte er die Hilfe eines portugiesischen Übersetzers der Kurie, um sich gewisse, typisch portugiesische Redewendungen im Geheimnis übersetzen zu lassen. Auch er las also das dritte Geheimnis, wollte es aber gleichfalls nicht bekanntgeben.

Schließlich wissen wir, daß Kardinal Ratzinger das Geheimnis ebenfalls gelesen hat. Er sagte das dem italienischen Journalisten Vittorio Messori. Er sprach auch darüber bei zwei Gelegenheiten, einmal im Oktober 1984 und dann im Juni 1985, indem er den Inhalt jeweils in sehr verschiedenen Termini wiedergab, was für uns höchst bedeutsam ist.

Die vierte fundamentale Tatsache: Die Prophezeiung des dritten Geheimnisses erfüllt sich seit 1960 vor unseren Augen. Daraus ergibt sich eine Zeittafel, und es ist uns so möglich, uns hinsichtlich der Punkte, die wir in der Erfüllung der Prophezeiungen von Fatima erreicht haben, zu vergewissern.

Die Prophezeiung erfüllt sich

Einerseits ist es sicher, daß wir noch nicht bei dem Zeitpunkt angelangt sind, der in der Zusammenfassung des Geheimnisses angekündigt wird. Warum? Weil Rußland noch nicht dem unbefleckten Herzen Mariens geweiht ist, wie es sein muß und es eines Tages auch sein wird. Schwester Lucia machte das klar bekannt, gerade nach dem Akt vom 25. März 1984. Rußland hat sich noch nicht bekehrt und die Welt ist noch ohne Frieden, ist weit davon entfernt. So sind wir nicht beim Schlußpunkt der Prophezeiung angelangt.

Andererseits betreffen die im dritten Geheimnis vorausgesagten Ereignisse nicht nur unsere Zukunft. Wir haben noch einen anderen Bezugspunkt: das Jahr 1960. Die Jungfrau verlangte, daß das Geheimnis 1960 bekanntgegeben werden sollte, wie es Schwester Lucia Kardinal Ottaviani sagte, denn »1960 wird die Botschaft klarer erscheinen«.

Nun ist der einzige Grund, der eine Prophezeiung ab einem gewissen Datum verständlicher machen kann, ohne Zweifel der Beginn ihrer Erfüllung. Und wir besitzen auch noch eine andere Erklärung von Schwester Lucia, weil sie sagte, »die von der Mutter Gottes angekündigte Bestrafung habe bereits begonnen«. Da somit der Anfangs- und Endpunkt der prophezeiten Ereignisse bereits festgesetzt sind, können wir sicher sein, uns nunmehr in jener Periode zu befinden, von der sie spricht. Wir erleben also den Vollzug der prophezeiten Ereignisse. Wir sind Zeugen der Vorgänge, die es ankündigt.

Indem wir von diesen sicheren Fakten ausgehen, können wir eine ganze Reihe von falschen »Geheimnissen« ausschließen, die in den letzten 25 Jahren der Reihe nach veröffentlicht worden sind. Ich zitiere sie alle in meinem Buch. Das dritte Geheimnis von Fatima stimmt sicherlich auch nicht überein mit der optimistischen Vorausschau von Johannes XXIII., als er verkündete, das Konzil würde »ein neues Pfingsten«, »ein neuer Frühling für die Kirche« sein. Wäre es so, hätten er oder seine Nachfolger es uns verkündet.

Treffend sagte Kardinal Cerejeira: »Wäre es freudig, so hätte man es uns eröffnet. Da man uns nichts sagt, muß es traurig sein.«

Ja, es ist sicherlich ernst und tragisch. Es beinhaltet auch nicht die Ankündigung des Weltendes, da die Prophezeiung von Fatima mit einem wunderbaren, an keine Bedingung geknüpften Versprechen endet, welches zur rechten Zeit oder Unzeit verkündet werden soll. Denn es ist der Quell unerschütterlicher Hoffnung: »Am Ende wird mein unbeflecktes Herz triumphieren, der heilige Vater wird mir Rußland weihen, das sich bekehren wird, und eine Zeit des Friedens wird der Welt gewährt werden.«

Eine Züchtigung der Seele

Kann es die Ankündigung eines dritten Weltkrieges, eines Atomkrieges beinhalten? Es wäre verständlich, so etwas anzunehmen, denn dann würde die Prophezeiung die scharfsichtige politische Analyse bestätigen.

Ich glaube, daß dies wahrscheinlich nicht der wesentliche Kern des dritten Geheimnisses sein dürfte und zwar aufgrund einer vernünftigen Schlußfolgerung: die Ankündigung von Strafen materieller Art, neue Kriege und Verfolgungen der Kirche, bilden bereits den spezifischen Inhalt des zweiten Geheimnisses.

Haben wir schon hinreichend über die furchtbare Bedeutung der folgenden schlichten Worte nachgedacht: »Die Guten werden gemartert werden, der heilige Vater wird viel zu leiden haben, verschiedene Völker werden vernichtet werden«? Schwester Lucia sagte, »daß viele Nationen vom Antlitz der Erde verschwinden werden, daß Rußland das Werkzeug des Himmels für die Züchtigung der Welt sein werde, sofern wir nicht die Bekehrung dieses armen Volkes bewirken würden«.

Diese furchtbare Drohung, die 1917 unwahrscheinlich klang, ist für uns in der heutigen Zeit, im Atomzeitalter, nur allzu wahrscheinlich.

Es ist somit klar, daß auch die schrecklichsten materiellen Züchtigungen, die uns bedrohen, wie zum Beispiel ein Nuklearkrieg oder die Verbreitung des Kommunismus über die gesamte Welt, bereits im zweiten Geheimnis angekündigt wurden. Wir könnten eigentlich sicher sein, daß keines von diesen Ankündigungen im dritten Teil des Geheimnisses wiederholt würde, oder es dürfte zumindest nicht den wichtigsten Teil der Botschaft des dritten Geheimnisses ausmachen.

Sicherlich handelt es sich in erster Linie um eine Frage einer seelischen Züchtigung, die weitaus schrecklicher und furchtbarer ist als Hunger und Krieg und Verfolgung; denn sie betrifft die Seele, ihre Erlösung oder ihren ewigen Untergang. Der verstorbene P. Alonso, der von Monsignore Venancio zum offiziellen Experten von Fatima genannt wurde, zeigte dies in seinem vierzehn Bände umfassenden großen kritischen Werk, dessen Veröffentlichung unglücklicherweise verboten wurde. Dennoch war er vor seinem am 12. Dezember 1981 erfolgten Tod imstande, uns mit seinen Folgerungen in verschiedenen Broschüren und zahlreichen Artikeln in theologischen Zeitschriften bekannt zu machen.

Meine eigenen Erfahrungen erlauben mir, seine Thesen, die durch neue Dokumente bekräftigt wurden, zu erläutern, zu ergänzen und übersichtlicher darzustellen. Hier die wichtigsten Fakten:

Am 10. September 1984 erklärte Monsignore Cosme do Amaral, der derzeitige Bischof von Leiria-Fatima während einer Diskussion in der großen Aula der Technischen Universität in Wien: »Das Geheimnis von Fatima spricht weder von Atombomben noch SS-20-Raketen. Es handelt nur von unserem Glauben. Das Geheimnis mit Vorhersagen über Katastrophen oder einen nuklearen Holocaust gleichzusetzen, bedeute, den Sinn der Botschaft zu entstellen.

Vatikan

Das dritte Geheimnis von Fatima

Der Glaubensverlust eines Kontinents ist schlimmer als die Vernichtung einer Nation, und es ist Tatsache, daß der Glaube in Europa sich in stetigem Niedergang befindet.«

Der Verlust des Glaubens

Mit anderen Worten: die These von P. Alonso ist nun öffentlich bestätigt worden durch den Bischof von Fatima, daß nämlich das, was die Prophezeiung für unsere Zeit ankündigte, eine schreckliche Krise der Kirche und der Verlust des Glaubens sein würde, falls man ihre Anordnungen nicht hinreichend erfüllte. Und dies ist das Drama, dessen Zeugen wir seit 1960 sind.

Hier kann ich nicht mehr tun, als P. Alonso zu zitieren: »Es ist also sehr wahrscheinlich, daß sich der Inhalt des dritten Geheimnisses konkret auf die Glaubenskrise in der Kirche sowie auf die Nachlässigkeit der Hirten bezieht.« Weiter spricht er von Streitigkeiten im Innern der Kirche und schweren pastoralen Fahrlässigkeiten seitens der oberen Stufen der Hierarchie und von deren Unzulänglichkeiten.

Sicherlich schrieb P. Alonso solch schwerwiegende Worte nicht schwarz auf weiß nieder, ohne sich vorher über ihre Tragweite Gedanken gemacht zu haben. Soll er, der offizielle Experte für Fatima, nach zehn Jahren Arbeit und zahlreichen Gesprächen mit Schwester Lucia einen so kühnen Standpunkt gegenüber einem so kontroversen Gegenstand eingenommen haben, ohne sich vorher wenigstens des stillschweigenden Einverständnisses der Seherin zu versichern? Die Antwort läßt wohl keinen Zweifel aufkommen.

Schließlich erklärt dies auch, warum die Päpste, angefangen beim optimistischen Johannes XXIII., die Veröffentlichung ununterbrochen verzögerten und hinausschoben, indem sie mit allen Mitteln versuchten, es zu unterschlagen.

Schwester Lucia bezog sich ohne Zweifel in manchen Worten ihrer Briefe auf den Inhalt des dritten Geheimnisses, wenn sie die Freilassung des Teufels in unserer Zeit nachdrücklich hervorhebt. Bereits 1957 vertraute sie P. Fuentes folgendes an: »Die allerseligste Jungfrau sagte mir, daß der Teufel sich zum Endkampf mit der Jungfrau vorbereitet . . . Und da er weiß, was Gott am meisten beleidigt und was ihm am schnellsten ermöglicht, die größte Zahl der Seelen zu gewinnen, unternimmt er alles, was er vermag, um Gott geweihte Seele an sich zu reißen. Auf diese Weise läßt er so die Seelen schutzlos zurück, und er kann sich ihrer um so leichter bemächtigen.«

Eine teuflische Welle der Verwirrung

Ihre Benutzung eindringlicher Worte zur Beschreibung der gegenwärtigen Krise der Kirche ist besonders in einer Reihe sehr wichtiger, allerdings weniger bekannter Briefe aus den Jahren 1969 bis 1970 anzutreffen: »Ich entnehme Ihrem Brief, daß Sie sich über die Verwirrung in unserer Zeit Sorgen machen. Es ist in der Tat traurig, daß sich so viele Menschen von der teuflischen Strömung, die über die Welt rast, beeinflussen lassen und infolge ihrer Blindheit unfähig sind, den Irrtum zu bemerken! Ihr Hauptfehler ist, daß sie das Beten aufgaben. So trennten sie sich von Gott, und ohne Gott fehlt ihnen alles. Der Teufel ist sehr schlau und sucht uns an der schwächsten Stelle anzugreifen. Wenn wir nicht eifrig darum bemüht sind, von Gott Kraft zu erhalten, werden wir fallen, denn unsere Zeit ist böse, und wir sind schwach. Nur die Stärke Gottes vermag uns aufrechtzuhalten.«

In einem Brief an eine Freundin, eine eifrige Marien-Verehrerin, bedauerte Schwester Lucia: »Der Rosenkranz sollte täglich gebetet werden. Das ist es, was Maria bei ihren sämtlichen Erscheinungen wiederholte, um uns zu warnen vor diesen Zeiten teuflischer Verwirrung, damit wir nicht von den falschen Lehren betrogen werden. Leider ist der größte Teil der Durchschnittsmenschen auf religiösem Gebiet unwissend und läßt sich daher in alle Richtungen zerstreuen. Daher die große Verantwortung dessen, der die Aufgabe hat, sie zu führen . . . Teuflische Vewirrung bricht in die Welt ein und betrügt die Seelen. Es muß Widerstand geleistet werden.«

Am 16. September 1970 teilte sie einer befreundeten Ordensfrau mit: »Tatsache ist, daß der Teufel mit Erfolg das Böse unter der Gestalt des Guten einsickern ließ, und daß die Blinden weiterhin Blinde führen, wie es der Herr in der heiligen Schrift sagt, und die Seelen sich so täuschen lassen. Ich bin bereit, mich selbst zu opfern und mein Leben Gott darzubieten für den Frieden seiner Kirche, für die Priester und alle Gott geweihten Seelen, insbesondere für die, die so arg getäuscht wurden und sich im Irrtum befinden!«

Für Schwester Lucia befindet sich das Übel nicht in unserer »dekadenten« Welt, die »in die Finsternis des Irrtums, der Unmoral und des Stolzes versunken« ist, es steckt in der Kirche selbst, wo der Teufel seine »Gefolgsleute« und »Helfer« hat, »die sich mit Verwegenheit und Kühnheit nach vorn durcharbeiten«. Ihnen stehen viele »ängstliche Menschen« gegenüber, die davor zurückschrecken, sich zu gefährden.

Schwester Lucia fürchtet sich nicht festzustellen, daß sich unter diesen viele Bischöfe befinden. Außerdem handele es sich nicht einfach um Fälle von Lauheit oder Nachlässigkeit in der Seelsorge. Schwester Lucia gibt klar zu verstehen, daß der Glaube selbst angegriffen wird. Sie spricht von »falschen Lehren«, von »teuflischer Verwirrung« und »Blindheit« unter denen, »die große Verantwortung in der Kirche besitzen«. Sie beklagt es, daß sich so viele Hirten »vom teuflischen Strom, der in der Welt einbrach, treiben lassen«. Könnte es eine bessere Beschreibung der Krise der Kirche geben, die sich selbst einer Welt geöffnet hat, deren Fürst Satan ist?

Anklänge an die Apokalypse der Bibel

Bis jetzt besteht Schwester Lucia darauf, daß die Jungfrau wußte, diese Zeiten »diabolischer Verwirrung« würden kommen. All diese Worte der Seherin und so vieles andere, was wir nicht anführen können, ist vollständig ausgeführt in ihrer wahren Schau, als die Jungfrau am 13. Juli 1917 in ihrem dritten Geheimnis in der Tat vorhersagte, daß »eine diabolische Verwirrung« über die Kirche plötzlich hereinbrechen würde, wenn ihren Anordnungen nicht gehorcht würde.

Befragt über den Inhalt des dritten Geheimnisses sagte Schwester Lucia einmal: »Es steht im Evangelium und der Apokalypse, lesen Sie das!«

Sie vertraute auch P. Fuentes an, daß die Jungfrau Maria deutlich machte, »daß wir in den letzten Zeiten der Welt leben«.

Kardinal Ratzinger selbst führte bei diskreter Behandlung des dritten Geheimnisses drei wichtige Momente an: »Die Gefahren, die den Glauben bedrohen«, die »große Bedeutung der letzten Zeiten« sowie die Tatsache, daß die Prophezeiungen, »welche im dritten Geheimnis enthalten sind, den Voraussagen in der Heiligen Schrift entsprechen«. Wir wissen auch, daß Schwester Lucia einmal die Kapitel 8 bis 13 der Apokalypse anführte.

Nun zum Schluß noch folgendes: Wenn schon der Papst sich nicht dazu entschließen kann, das letzte Geheimnis Mariens bekanntzugeben, um so seine persönliche Autorität einzusetzen, sollte er dann nicht wenigstens dem Präfekten der Glaubenskongregation volle Freiheit gewähren oder dem Bischof von Leiria oder der Seherin selbst, um so den ausdrücklichen Willen der Mutter Gottes zu erfüllen, indem der Welt das Geheimnis mitgeteilt wird?

Denn hier handelt es sich um eine bestürzende Tatsache: Seit mehr als 25 Jahren ist das Geheimnis von Fatima – und es allein – sozusagen »auf dem Index«. Schwester Lucia – und sie allein – wurde zum Schweigen gebracht.

Am 15. November 1966 hob Papst Paul VI. die Artikel 1399 und 2318 des Kirchenrechts auf, die Veröffentlichungen von Büchern und Schriften verboten, die kirchlich nicht anerkannte Erscheinungen, Offenbarungen und Prophezeiungen propagierten. Diese Aufhebung ist auch im neuen Kodex festgeschrieben. □

Vatikan

Dritter Teil der Prophezeiung von Fatima

Bei dem nachträglich veröffentlichten Text handelt es sich lediglich um einen von Seiner Heiligkeit, Papst Paul VI., bekanntgemachten und vom Erzbischof von Fatima bestätigten Auszug, der eine originalgetreue, wenn auch abgeschwächte Wiedergabe des im Vatikan unter Verschluß gehaltenen, entsetzlichen Geheimnisses enthält.

Es war am 13. Juli 1917. An jenem Tag erschien die Heilige Jungfrau den kindlichen Sehern, Jacinta, Francisco und Lucia am Ende einer Reihe von insgesamt sechs Erscheinungen. Nach dem Sonnenwunder vertraute die Mutter Gottes Lucia eine besondere Botschaft an, in der es unter anderem heißt:

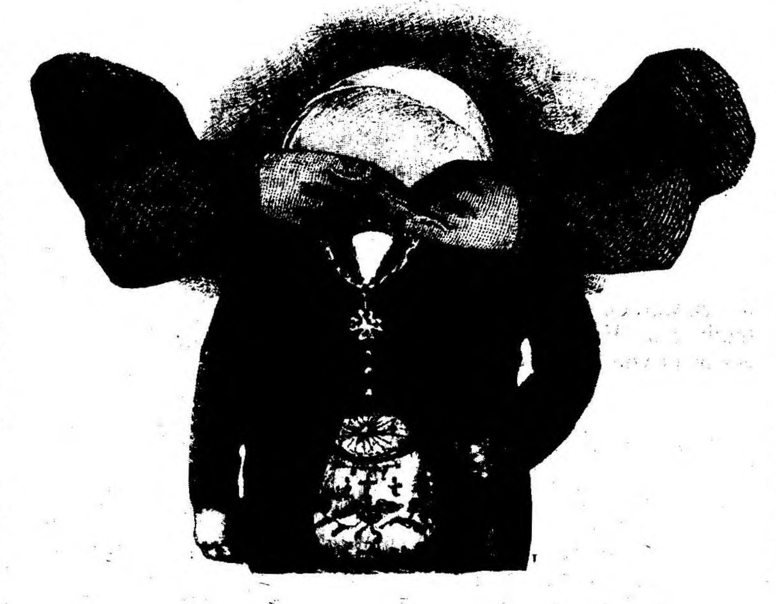
Die Menschen müssen sich bessern

Sorge dich nicht, meine liebe Tochter. Ich bin die Mutter Gottes, die zu dir spricht und die dich bittet, in meinem Namen der ganzen Welt die folgende Botschaft zu überbringen. Du wirst dir hiermit große Feindschaften zuziehen. Höre und merke dir genau, was ich dir zu sagen habe:

Die Menschen müssen sich bessern. Sie müssen beten um den Ablaß ihrer Sünden, die sie begannen haben und weiterhin begehen. Du batest mich um ein Wunderzeichen, damit alle die Worte verstehen, die ich durch dich an die ganze Menschheit richte. Dieses Wunder hast du soeben gesehen. Es war das große Sonnenwunder. Alle haben es gesehen, Gläubige und Ungläubige, Bauern und Städter, Gelehrte und Journalisten, Laien und Priester. Und nun verkünde in meinem Namen:

Auf die ganze Menschheit wird eine große Strafe kommen, nicht heute, nicht morgen, sondern in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Was ich in La Salette durch die Kinder Melanie und Maximin bekanntgemacht habe, wiederhole ich heute vor dir. Die Menschheit hat sich nicht entwickelt, wie Gott es erwartete. Die Menschheit hat Frevel begangen und die empfangenen Gaben mit Füßen getreten.

Nirgends herrscht Ordnung, nicht einmal an den höheren Stellen. Satan ist es, der herrscht und den Gang der Welt bestimmt. Er wird es sogar verstehen, bis an die höchste Spitze der Kirche zu dringen. Er wird es verstehen, Verwirrung in den Geistern der großen Wissenschaftler zu stiften, die Waffen erfinden, mit denen die Hälfte der Menschheit in wenigen Minuten zerstört werden kann.



Er wird die Mächtigen dieser Erde seiner Herrschaft unterwerfen und sie dazu bringen, Waffen in Massenherstellung zu produzieren. Wenn sich die Menschen dagegen nicht wehren, werde ich gezwungen sein, den Arm meines Sohnes fallen zu lassen. Wenn jene, die an der Spitze der Welt und der Kirche stehen, dem nichts entgegensetzen, werde ich es tun und werde meinen Vater bitten, seine Gerechtigkeit über die Menschen walten zu lassen.

Was faul ist, wird abfallen

Dann wird Gott die Menschen härter und strenger strafen, als er sie mit der Sintflut gestraft hat, und die Großen und die Mächtigen werden darin umkommen ebenso wie die Kleinen und die Schwachen.

Aber für die Kirche wird eine Zeit der schwersten Prüfungen anbrechen. Kardinäle werden sich gegen Kardinäle, Bischöfe gegen Bischöfe wenden. Satan wird mitten in ihren Reihen sein. In Rom wird es viele Veränderungen geben. Was faul ist, wird abfallen, und was abfällt, wird nicht wieder aufgerichtet werden. Die Kirche wird verfinstert sein, und die Welt in eine große Verwirrung stürzen.

Der große, große Krieg wird in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stattfinden. Feuer und Rauch werden vom Himmel abfallen, und das Wasser der Meere wird sich in Dämpfe verwandeln, und der Schaum gen Himmel schlagen, und alles, was steht, wird umstürzen. Und Millionen und Abermillionen Menschen werden von einer Stunde zur anderen ihr Leben verlieren.

Und diejenigen, die überleben, werden die Toten noch beneiden. Überall dort, wo der Blick hinfällt, wird es Leiden geben und Elend auf der ganzen Erde und einen großen Jammer in allen Ländern.

Die Zeit rückt immer näher, der Abgrund tut sich immer weiter auf. Es gibt keinen Ausweg mehr, die Guten werden mit den Schlechten umkommen, die Großen mit den Kleinen, die Kirchenfürsten mit ihren Gläubigen, die Herrscher mit ihren Völkern. Überall wird der Tod triumphieren, verursacht durch verirrte Menschen und die Gehilfen Satans, die dann die alleinigen Herrscher auf Erden sein werden.

Das Ende aller Enden

Es wird eine Zeit sein, die kein König, kein Kaiser, kein Kardinal oder Bischof erwartet, aber sie wird den Plänen meines Vaters entsprechend kommen, damit Strafe und Vergeltung geschehe. Später jedoch, wenn alle, die überlebt haben, noch am Leben sein werden, wird man wieder zu Gott beten und seiner Herrlichkeit, und man wird ihm erneut dienen, wie vordem, als die Welt noch nicht verdorben war.

Ich rufe alle wahren Jünger meines Sohnes Jesu Christi, alle wahren Christen und die Apostel der letzten Tage auf. Die Zeit aller Zeiten, das Ende aller Enden wird kommen, wenn die Menschheit sich nicht bekehrt und wenn die Bekehrung nicht von oben kommt, von den geistigen Führern der Welt und der Kirche.

Doch wehe, wenn diese Bekehrung nicht geschieht, und wenn alles so bleibt, wie es ist, oder noch schlimmer wird. Geh, meine Tochter, und verkünde es!

Ich werde dafür immer an deiner Seite sein, um dir zu helfen. □

Vertrauliches

Neuseeland

Plan über atomwaffenfreie Zone verabschiedet

Das neuseeländische Parlament hat den Gesetzesantrag über Neuseeland als atomwaffenfreie Zone verabschiedet, ein Entwurf, der Atomwaffen in dem Land verbieten soll. Als Schlüsselprogrammpunkt in der Plattform der regierenden Labour Party wird damit eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen in der Region auseinandergerissen. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Einwände der Vereinigten Staaten und Australiens verabschiedet.

Künftig kann der Premierminister entscheiden, ob Schiffe oder Flugzeuge in das Land kommen dürfen, je nach dem, ob Atomwaffen mitgeführt werden oder nicht.

»Es handelt sich hierbei um ein entscheidendes Gesetzgebungswerk«, sagte Premierminister David Lange im Parlament. »Diese Regierung ist stolz, daß Neuseeland zum ersten Mal in 40 Jahren eine grundlegende Neueinschätzung dessen vorgenommen hat, was unsere Sicherheit darstellt.«

Nach den Abstimmungen haben Parlamentsmitglieder der Labour Party Einladungen an die Partei verschickt, um ihren Erfolg zu feiern.

»Ich glaube, Neville Chamberlain war angetrunken, als er vor dem Zweiten Weltkrieg aus Europa zurückkam und von Frieden sprach«, stichelte Jim Bolger, der Führer der oppositionellen National Party. »Ich habe keinen Zweifel daran, daß sie den Erfolg dieses Unternehmens nicht begossen haben.« Er meinte, die »Labour Party könne an diesem Abend die rote Flagge besingen«, denn egal, was sie glaubten zu tun, »sie haben soeben den Ausverkauf Neuseelands betrieben«. □

Kanada

B'nai B'rith gegen LaRouche

Frank Chalk, der Vorsitzende des sozialen Aktionskomitees von B'nai B'rith Canada (BBC), hat dort eine Kampagne gestartet, um die wachsende Unterstützung für Lyndon LaRouche zu stoppen, so berichtete die »Jewich Time« von Baltimore. Die BBC wird von Edgar Bronfman kontrolliert, dem Leiter des Jüdischen Weltkrongresses und Boss des Seagrams Spirituosen-Imperiums. Ziel der Bemühungen der BBC ist, die Partei für das Commonwealth »Parti de la Rėpublique du Canada« zu gewinnen, die von von Freunden LaRouches geführt wird.

Vor einigen Wochen brachte die kanadische Rundfunkgesellschaft CBC eine Sendung mit dem Titel »Wer hinter der Commonwealth-Partei von Kanada steckt«. Die Sendung konzentrierte sich auf ein Interview mit Arthur Heiss, dem früheren Direktor der kanadischen Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith. Heiss hat vor kurzem eine neue Organisation gegründet, die rechtlich mit der gemeinnützigen ADL nichts zu tun hat. Diese Organisation soll lediglich gegen LaRouche vorgehen, ohne daß der gemeinnützige Status der ADL gefährdet wird.

Die staatliche CBC wird von Jean Louis Gagnon geleitet, der von Donald McLean aus der kommunistischen Partei von Quebec im Krieg in den britischen Geheimdienst rekrutiert worden ist. McLean ist anschließend zu den Sowjets »übergelaufen«. Diese Kombination ADL-CBC ist genau die gleiche Gruppe, die die Nutzung der kanadischen Arktis durch amerikanische U-Boote verurteilt. □

UdSSR

Boß der »moslemischen Karte« verschwunden

Geidar Aliyev, das sowjetische Politbüromitglied und erster stellvertretender Ministerpräsident, ist Anfang Mai verschwunden. Die Londoner »Sunday Times« brachte Berichte darüber, daß Aliyev am 10. oder 11. Mai einen Herzanfall erlitten habe.

Nach diplomatischen Treffen mit Delegationen aus Äthiopien im März und aus Jugoslawien Mitte April ist er zuletzt bei der Abnahme der Parade am 1. Mai am Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz gesehen worden.

Am 14. Mai 1987 veröffentlichte die »Isvestia« eine Resolution des zentralen Parteikontrollkomitees der Kommunistischen Partei über »ernste Mängel« bei der Schulung von Facharbeitern und in der Berufsausbildung im allgemeinen – was Priorität ist in Arbeitskräfteprogrammen von Wirtschaft und Militär – in Aliyevs Heimatrepublik Aserbaidschan. In Protokollen jüngster Politbüro-Treffen wurden andere Bereiche kritisiert, wo er spezielle Verantwortung trug wie Einzelhandel und Transportwesen.

Die Möglichkeit einer Veränderung in Aliyevs Machtposition bedarf einer genauen Beobachtung im Hinblick auf die Frage, was aus Moskaus »islamischer Karte« wird, der Ausnutzung der sowjetischen moslemischen und islamischen Netzwerke im Ausland für einen geopolitischen Vorteil.

Aliyev ist gebürtiger schiitischer Moslem und machte Karriere beim KGB, bevor er in die Regierung kam und die Parteiführung übernahm. Er überwachte die Entfaltung des sowjetischen Potentials in Nahost, insbesondere in fundamentalistischen und terroristischen Kreisen.

Igor Belyayev, ein sowjetischer Denk-Tank- und Geheimdienstexperte mit Spezialgebiet Nordafrika und Nahost, verfaßte kürzlich eine zweiteilige Serie in der Wochenzeitung »Literaturnaya Gazeta«, in der der Fundamentalismus Khomeinis mit ungewöhnlicher Schärfe angegriffen und eine Kampagne gegen die Ausnutzung islamischer Netzwerke im Untergrund in der Sowjetunion durch »ausländische Geheimdienste« in Gang gesetzt wurde. □

Vatikan

Im Visier der Sowjets

Die kommunistische Parteizeitung Litauens »Sovetskaya Litva« hat den Vatikan beschuldigt, den Tausendjahr-Feierlichkeiten der russisch-orthodoxen Kirche im Jahr 1988 »eine rein politische Orientierung zu geben« und die »Ereignisse anläßlich dieser Tausend-Jahr-Feierlichkeiten zu verfälschen«.

Diese Ausbrüche beziehen sich auf die Betonung des abendländischen Charakters des Heiligen Cyrillus und Methodius, die den Slawen das Christentum gebracht haben, und der Tendenzen in der ukrainischen Kirche, die die westliche Doktrin des »Filioque« unterstützt, dem wesentlichen Unterschied zwischen dem Christentum des Abendlandes und der mystischen Tradition der östlichen Kirche durch den Papst. Diese ukrainischen Strömungen wurden von Muskovy kurz vor dem Fall Konstantinopels im Jahr 1453 zu Fall gebracht.

Die bevorstehenden Feierlichkeiten bedeuten die Vereinigung der politischen und religiösen Führung der Sowjetunion unter der russisch-orthodoxen Doktrin, daß Moskau dazu bestimmt ist, das »dritte Rom« zu werden.

Auf einem Empfang des Sowjetdiplomaten Genadi Yelisaryev anläßlich der Vorbereitungen zur Tausendjahrfeier, zu dem führende Kirchenpersönlichkeiten der Bundesrepublik geladen waren, meinte dieser, »daß die Religion und die Kirchen in der UdSSR beim Wachsen und Gedeihen des sozialistischen Mutterlandes eine sehr wichtige Rolle spielen«. □

Mexiko

PAN erlebt heftige Zusammenstöße mit der Polizei

Die National Action Party (PAN), die rebellische Gruppe aus Kommunisten und Drogenhändlern, die von den Vereinig-

ten Staaten aus durch das Spendenimperium »Projekt Demokatrie« und Carl »Spitz« Channel unterstützt wird, wütet gegen den mexikanischen Staat. Der Tageszeitung Mexico Citys »Excélsior« zufolge ist es jüngst zu drei heftigen Auseinandersetzungen zwischen PAN-Gruppen und der Polizei gekommen, bei denen es mindetens einen Toten und ein Dutzend schwer Verwundeter gegeben hat.

In Parral, 250 km südlich von Mexico City, trieben Anti-Aufruhr-Kommandos der Polizei ungefähr 20 Mitglieder von PAN aus dem Büro des Bürgermeisters, das diese am 1. Juni besetzt hatten. Ein Beamter und ehemaliger PAN-Bürgermeister wurde zusammen mit sieben weiteren PAN-Mitgliedern verprügelt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In Ciudad Juárez starb das PAN-Mitglied Hernandez Grijalva an den Folgen einer Prügelei mit der örtlichen Polizei, wo es um die Forderung der PAN ging, den Bürgermeister zu feuern, der ein Mitglied der PRI ist, Mexikos traditionell regierender Partei.

In der Stadt Chihuahua schließlich besetzte der Präsident des städtischen Komitees der PAN das Büro des Gouverneurs und griff die Polizei an, die geschickt worden war, um ihn hinauszuwerfen. □

Italien

Olivetti-Chef angeklagt wegen Unterschlagung

Dem Chef von Olivetti, Carlo De Benedetti, droht in Mailand eine strafrechtliche Untersuchung wegen Unterschlagung. Die Anschuldigungen stammen aus Umständen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Banco Ambrosiano im Jahr 1982.

Wie »La Stampa« und andere italienische Tageszeitungen melden, haben »die Richter Dell' Osso und Marra eine gerichtliche Vorladung beantragt – da ein Haftbefehl bei Unterschlagung nicht erlassen werden kann«.

De Benedetti sollte wegen des Vergehens der Unterschlagung befragt werden, die er angeblich als stellvertretender Vorsitzender der Banco Ambrosiano vom November 1981 bis Januar 1982 begangen haben soll und in welchem Zeitraum er trotz des Konkursverfahrens der Bank um 30 Milliarden Lire reicher geworden ist.

Aus Londonder Bankkreisen verlautete, daß die Untersuchung in Mailand der Beginn umfangreicher Maßnahmen gegen den mächtigen Benedetti sein könnte, der sich in zahlreichen Unternehmensübernahmen bereichert hat. »De Benedetti hat sich eine Menge Feinde geschaffen. Er hat auf dem Aktienmarkt seine größten Erfolge zu verzeichnen und war bis jetzt darin verdammt gut«, erzählt der Informant, der Verbindungen hat zum Londoner S. G. Warburg.

Er räumte auch ein, daß es »recht plausibel sei, daß De Benedetti und die Bank von Italien im Jahr 1982 der Banco Ambrosiano – die Verbindungen zum Vatikan hat – den Hahn abgedreht haben«. Er versuchte, Gerüchte herunterzuspielen, der Finanzexperte aus Venedig habe einen großen Aktienspekulationsmarkt aufgebaut auf der Grundlage des »chinesischen Schattenboxens«, wo mit verschiedenen Briefkastenfirmen Handel getrieben wird. Warburg ist Aktionär in Benedettis Cofide-Firma. □

Comecon

Gorbatschow verlangt von Rumänien Kriegsbeute

Michail Gorbatschow verlangte bei seinem letzten Besuch in Bukarest, daß Rumänien seine Wirtschaft mehr der Wirtschaft der Sowjetunion anpassen solle. Seine Gespräche mit Nikolai Ceausescu und anderen rumänischen Regierungsbeamten konzentrierten sich auf bilaterale Beziehungen einschließlich der »Ausweitung wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technologischer Kooperation« und der »Expansion des bilateralen Handels, der in den achtziger Jahren um 80 Prozent steigen sollte . . . doch 80 Prozent sollten nicht als Grenze angesehen werden. Die Wachstumsrate sollte sogar noch höher sein«, hieß es in einem Bericht von Radio Moskau.

Dann kam das Ultimatum: »Beide Seiten diskutierten die Etablierung direkter Produktionsverbindungen« zwischen rumänischen und sowjetischen Unternehmen, das heißt, Rumäniens Schritt von einem tyrannischen zu einem Kolonialstatus.

Vor dem Besuch wurden in der »Prawda« Rumäniens ernste Wirtschaftsprobleme, insbesondere in der Energieversorung, beschrieben, sowie seine stark gestiegene Abhängigkeit von Rußland. In der »Prawda« hieß es, daß sich im Jahr 1986 die sowjetischen Rohölexporte nach Rumänien verdreifacht hätten, während die Exporte von Erdgas und Elektrizität um ein Drittel gewachsen sind. Die »Isvestia« ging sogar noch weiter und erwähnte die ernste Nahrungsmittelknappheit und die Lebensmittelrationierung im Land.

In einigen Kreisen werden Gorbatschows Aussagen als Signal angesehen, daß Moskau gerne einen Wechsel in der Führung des Landes sehen würde. Er griff die »Bürokratie und die Vetternwirtschaft« an – beides Code-Wörter für die Ceausescu-Familie.

Rumänien ist das einzige Land im Comecon gewesen, das es abgelehnt hat, Vereinbarungen mit der Sowjetunion auf einer Basis von Unternehmen zu Unternehmen zu treffen. □

Sekten

Baghwan-Jünger preisen Gorbatschow

In einem Artikel mit der Überschrift »Gorbatschow und der neue russische Geist« scheint die deutschsprachige Zeitung »Die Rajneesh Times«, das Blatt der Baghwan-Sekte, es darauf abgezielt zu haben, zu beweisen, daß die Sowjets die »New-Age«-Unternehmungen machen, die die Baghwans verkörpern. Der Führer der deutschen Baghwans schreibt in Form eines Leserbriefes:

»Die Nacht in der Sowjetunion kommt zu ihrem Ende. Gorbatschow ist vielleicht der erste Mann in der ganzen Geschichte der Russischen Revolution, der sein Bestes versucht, um die Sowjetunion zu einer wirklichen, kommunistischen Demokratie zu machen, einer offenen Gesellschaft. Ich sage voraus, daß Gorbatschow Erfolg damit haben wird, Rußland die zweite und größere Revolution zu bringen und seine Revolution in der Sowjetunion wird die ganze Welt beeinflussen . . .

Gorbatschow hat eine Aufgabe, die die Sowjetunion nicht nur zu einer offenen Gesellschaft machen kann, sondern die Amerika die ganze Macht nehmen wird, die es angesammelt hat, indem es in der Welt Furcht vor der Sowjetunion geschaffen hat. Mit dem Verschwinden der Furcht wird auch die Macht Amerikas verschwinden.« □

UdSSR

Sowjets haben Probleme mit ihrer Zivilverteidigung

Die sowjetische Wochenzeitung »Literaturnaya Gazeta« berichtet, daß Bürger der Stadt Balakovo einen Zivilverteidigungstest gemacht haben, in dem eine Atomkatastrophe im Stil Tschernobyls simuliert wurde.

Der Artikel enthält Hinweise, daß der Zivilverteidigungsapparat einer Umwandlung unterzogen werden müsse, da »alles falsch lief«, die Leute gerieten in Panik, eine Evakuierung konnte nicht stattfinden, weil ein Verkehrschaos herrschte, die Alten und Kranken wurden im Stich gelassen; Trennungen von Familien konnten nicht verhindert werden und die Versorgung war unterbrochen.

Lediglich ein unterirdischer Schutzraum war in Ordnung; die

übrigen waren überflutet, übersät mit Insekten oder es fehlte die Lebensmittelzufuhr. Die gesamte Zivilverteidigung war »gelähmt«. Nur die Miliz kam zum Vorschein, die Parteibürokraten haben versagt. Es war eine »wahre Katastrophe«, schrieb die »Literaturnaya Gazeta«.

Den Parteibürokraten wurde vorgeworfen, »Lebensmittelvorräte zu horten«; die Feuerwehrbrigaden erweckten den Anschein, als »machten sie sich auf den Weg zu einem Picknick«.

Der Artikel deutete an, daß wohl Köpfe rollen werden. »Wir haben nicht das Recht Fehler zu machen, denn wir haben nicht das Recht zu vergessen.« □

Irangate

Edwin Wilson spricht von Vertuschung

Der frühere CIA-Agent Edwin Wilson, der seit dem Jahr 1982 wegen Waffenschmuggels nach Libyen im Gefängnis sitzt, sagte in einem amerikanischen Fernsehinterview, daß die Irangate-Untersuchungen im US-Kongreß bis jetzt die ganze Geschichte hinter dem Skandal noch nicht aufgedeckt haben. Der Schlüssel zu den Geschäften Iran/Contras liege darin, die vollständigen Zeugenaussagen des ehemaligen Beraters im US-Außenministerium, Michael Ledeen, und des stellvertretenden US-Justizministers, Mark Richard, zu erzwingen.

Ledeen ist die Hauptstütze im Irangate-Apparat des israelischen Mossad, Richard gehört zur Parallelregierung von Projekt Demokratie innerhalb des US-Justizministeriums.

Wilson sagte, sie seien die »beiden Männer, die die ganze Geschichte kennen«. Er kündigte an, er werde einen RICO-Prozeß (RICO bedeutet organisiertes Verbrechertum) gegen vier Hauptfiguren im Irangate-Skandal führen, nämlich Theodore Shackley, Richard Secord, Albert Hakim und Thomas Clines.

Wilson zufolge stammt die Irangate-Vertuschung aus den Bemühungen, die Untersuchung auf den Zeitraum 1985 bis in die Gegenwart zu begrenzen, während der Apparat »Waffen an den Iran« – an dem Wilson selbst beteiligt gewesen ist – tatsächlich bereits im Jahr 1978 aufgebaut worden ist. Es konzentrierte sich auf die Gründung der Eatsco, einer CIA-Firma, die Waffen an den Iran schickte.

Einem Bericht in der »New York Times« zufolge »bildete Wilsons Ring einen großen Teil der Struktur der privaten Außenpolitik des Waffenverkaufs an den Iran und der Lieferung von Geldern an die Contras, was von Oliver North organisiert wurde«. □

Drogen

FBI beendet Operation gegen Geldwäscherei

Das FBI hat ein großes Unternehmen der Geldwäscherei von Geld aus dem Drogenhandel beendet, im Zuge dessen Dutzende von Drogenhändlern einschließlich einiger Hauptfiguren verhaftet worden sind. Das Unternehmen dauerte drei Jahre.

US-Justizminister Edwin Meese verkündete, daß Operation Cashweb Expressway mit der Verhaftung von 40 Leuten abgeschlossen worden sei. Zwei Jahre lang haben sich FBI-Agenten als Geldwäscher für Drogenhändler einschließlich einiger Topfiguren des berüchtigten kolumbianischen Drogennetzes »Medellin Cartel« betätigt, die zu den Verhafteten gehörten.

In der gleichen Operation sind zu einem früheren Zeitpunkt über 69 Menschen verhaftet worden, womit die Gesamtzahl der Verhafteten in den drei Jahren 109 beträgt, sagte Meese.

Er fügte hinzu, daß das Wichtigste an dem Unternehmen die Tatsache sei, daß »von jetzt an Drogenhändler niemals mehr sicher sein können, ob sie nicht ihr Geld in einer Geheimoperation der amerikanischen Polizei reinwaschen«. □

Asean

Kein Verbot für Atomwaffen

Die Asean-Länder haben aufgrund der Opposition von seiten der USA und Vorbehalten von vier der sechs Asean-Länder einen Plan zum Verbot von Atomwaffen in Südostasien zeitweise zurückgestellt.

Thailand, Philippinen und Singapore waren angeblich dagegen. Die Vereinigten Staaten opponierten, weil der Plan die amerikanische Nuklearabschreckung in der Region schwächen würde, ohne den Sowjets Beschränkungen aufzuerlegen. Vertreter der Philippinen waren besorgt darüber, daß der Vertrag den Gegnern von amerikanischen Stützpunkten in der Region zugute kommen würde.

Der amerikanische Außenminister George Shultz sagte auf den Philippinen, Washington würde sich jeglichen Schritten widersetzen, die Südostasien in eine atomwaffenfreie Zone verwandeln wollen. □

Israel

Fanatiker drohen mit Destabilisierung

Eine Koalition »jüdischer fundamentalistischer« Parteien von Fanatikern hat der derzeitigen israelischen Regierung eine Frist gesetzt, um zugunsten von 27 neuen Siedlungen zu entscheiden, die sie am besetzten Westufer verlangen; andernfalls werden sie ihre Unterstützung von Premierminister Yitzhak Shamirs Likud-Partei zurückziehen und damit die Koalitionsregierung zu Fall bringen.

Anführer der rechten Koalition ist die Tekhya-Partei (Renaissance-Partei) des israelischen Geheimdienstexperten für versteckte Operationen, Raphael Eyten (»Dirty Rafi«), und des Atomwissenschaftlers Yuval Ne'eman. Es ist die gleiche Koalition, die hinter den jüdischen Siedlern am Westufer gestanden haben soll, die am 7. Juni gegen ein palästinensisches Flüchtlingslager in der Nähe Bethlehems vorgegangen sind und dann gegen israelische Soldaten kämpften.

Zu der Koalition gehört auch Meir Kahanes Kach-Partei. Kahane, Gründer der Jüdischen Verteidigungsliga in den Vereinigten Staaten, ist kürzlich seiner Rechte in der israelischen Knesset (Parlament) beraubt worden, nachdem er es abgelehnt hatte, den Amtseid zu leisten. Er bleibt Mitglied der Knesset, doch er verliert fast alle seine Rechte und Privilegien; er wird weder wählen dürfen, noch ist er für irgendeine Funktion im Parlament wählbar; die parlamentarische Immunität bleibt ihm jedoch weiterhin erhalten. Der Knesset-Vorsitzende Shlomo Hillel erklärte, Kahane könne jederzeit zurückkommen, wenn er den Eid leistet. □

New-Age-Bewegung

Spiritualismus überschwemmt USA

»Eine Spiritualismus-Manie überschwemmt die Vereinigten Staaten. Die Beratung mit den Toten ist zum großen Geschäft geworden«, schrieb Charles Bremmer in der Londoner »Times«.

Bremmer meint, diese jüngste Mode sei Teil des »neuen Mystizismus aus Kalifornien, wo jetzt 1000 niedergelassene Psychologen operieren. Die Apostel der ›New-Age‹-Bewegung haben Zehntausende zu ihrer Lehre bekehrt. Die Auflage des ›New Age Journal‹ ist in fünf Jahren von 15 000 auf 150 000 gestiegen.«

Eine führende Figur in dieser Bewegung, sagt Bremmer, ist Shirley MacLaine, die behauptet, »ein Pirat mit einem Holzbein, eine Haremstänzerin, ein buddhistischer Mönch und ein Mitverfasser der amerikanischen Verfassung gewesen zu sein. Sie

verlangt 300 Dollar für eines ihrer Seminare«.

Die New-Age-Gegnerin Constance Cumbey aus Detroit wird im gleichen Artikel mit den Worten zitiert: »Die New-Age-Bewegung hat mehr als nur oberflächlich mit Nazismus zu tun.« Sie meinte weiter: »Ihre Ziele beinhalten eine neue Weltordnung, eine neue Weltreligion und einen neuen Messias.« □

Großbritannien

Briten wollen Vakuum im Weißen Haus füllen

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat bei ihrem letzten Besuch in Washington mit US-Präsident Ronald Reagan die anglo-amerikanischen Beziehungen für die letzten 18 Monate von Reagans Amtszeit besprochen.

In einem Leitartikel der Londoner »Financial Times« wird eine neue Gruppierung um Mrs. Thatcher verlangt, die das Vakuum, das durch die Ziellosigkeit Präsident Reagans geschaffen wurde, füllen soll. Unter dem Titel »Vakuum im Weißen Haus« warnt der Leitartikel davor, daß der US-Präsident scheinbar seine ganze frühere Antriebskraft und fast sein gesamtes, bemerkenswertes Charisma verloren habe.

»Mr. Reagans politische Schwierigkeiten zu Hause und das außerordentliche administrative Durcheinander, das in den Irangate-Anhörungen ans Tageslicht kam, kann seinen Zusagen nur jeden Wert nehmen und jegliche Drohungen, die er vielleicht macht, den Boden entziehen.« Er konnte auf dem Gipfel in Venedig seine Politik nicht durchsetzen und die Europäische Gemeinschaft kann dies nicht kompensieren.

»Wenn das Vakuum also gefüllt werden soll«, so die Zeitung, »ist eine neue Gruppierung erforderlich und das sollte jetzt sicher das Hauptanliegen der britischen Außenpolitik sein. Mrs. Thatcher hat derzeit zu Hause eine sicherere Position als irgendein anderer Führer in der industrialisierten Welt und sie genießt verstärktes internationales Prestige. Während dies sicherlich keine Gelegenheit für die sichtbare Führung von der Front bietet, an der sich die Premierministerin hervortut, sollte die Situation als unwiderstehliche Gefahr für die britische Diplomatie angesehen werden.« □

Polen

Was sagen die Sowjets zu den Massakern von Katyn?

Zum ersten Mal seit dem Jahr 1945 hat ein polnischer Funktionär die Sowjetunion mit dem Massaker vom Frühjahr 1940 in Zusammenhang gebracht, in dem 4500 unbewaffnete polnische Offiziere im Wald von Katyn in der Nähe von Smolensk in Rußland ums Leben kamen.

Ludwig Krasucki, Herausgeber von »Nowe Drogi« und Mitglied des polnischen kommunistischen Parteikomitees über Ideologie, sagte: »Viele von uns sind der Meinung, daß die Russen es waren.«

Unter dem Hitler-Stalin-Pakt, der Polen aufteilte, wurden die polnischen Offiziere von der Roten Armee gefangengenommen, nachdem Hitler das Land angegriffen hatte. Bis zu Krasuckis Aussage, die kurz vor Ankunft des Papstes in Polen veröffentlicht wurde, ist jeder polnische Funkionär der sowjetischen Linie gefolgt und hat die Deutschen dieser Greueltat beschuldigt. □

Athos

Mönche inspirieren Italiens Grüne

Die italienische Monatszeitung für Umweltfragen, »Nuovo Ecologia« enthält den ungewöhnlichen Vorschlag, daß jeder Bürger seinen Teller täglich mit einem Stück Brot saubermachen und so die Verwendung von Spülmittel vermeiden solle, die die Umwelt verschmutzen – insbesondere Geschirrspülmittel.

Dieser Brauch herrscht bei den Mönchen auf dem Berg Athos, der berühmten Klosterhalbinsel in Griechenland, wo keine Frauen zugelassen sind – nicht einmal weibliche Tiere. Die Mönche benutzen nicht einmal Teller, sondern ihr Mal kommt in eine Aushöhlung in den Tischen. Am Ende ihres kärglichen Mahls wischt jeder Mönch die Aushöhlung im Tisch mit seinem Brot sauber. □

China

Grenzabkommen mit der Mongolei

China und die von der Sowjetunion kontrollierte Mongolei haben ein Grenzabkommen unterzeichnet, das den Rahmen setzt für die Beilegung offener territorialer Streitfragen. Dies ist der jüngste Schritt im Prozeß der sowjetisch-chinesischen Annäherung.

Es wurden keine weiteren Einzelheiten über das Abkommen enthüllt, doch die Unterzeichnung kam nur zwei Tage, nachdem das sowjetische Verteidigungsministerium verkündet hatte, daß der »im April begonnene, teilweise Rückzug« sowjetischer Truppen aus der Mongolei abgeschlossen sei. Schätzungsweise 11 000 der 75 000 in der Mongolei stationierten Sowjettruppen sind einschließlich mehrerer Armee-Einheiten und einer motorisierten Division abgezogen worden. □

Weltkirchenrat

Kirchenkonzil gegen Korea

Das Netz des Weltkirchenrates ist tief verstrickt in die Destabilisierung Koreas, so behauptet ein Informant: »Die weltweite ökumenische Solidarität mit den Kirchen und Studenten von Südkorea gegen die Regierung nimmt zu. Das Regime hat ausgespielt. Ich würde sagen, es wird bis zum Jahresende ›fertig‹ sein. Es gibt hier Ähnlichkeiten mit dem, was auf den Philippinen passiert.«

Er sagte weiter, katholische Priester und protestantische Pastoren in ganz Südkorea hätten Hungerstreiks als Ausdruck des Protestes gegen das Regime begonnen. Ein Schlüsseltermin in diesem Jahr sei das Treffen des Koreanischen Nationalen Kirchenrats in der zweiten Novemberwoche, das er als eine »internationale Begegnung über Frieden, Gerechtigkeit und der Vereinigung Koreas« bezeichnete. Daran beteiligt ist das »Konsortium für NCC-Korea«, bestehend aus wichtigen Kirchen Europas und Amerikas einschließlich der westdeutschen evangelischen Kirche. □

NASA

Weltraum-Station Schlüssel zur Zukunft

»Eine Weltraum-Station ist der Schlüssel für unsere Zukunft im Weltraum«, schrieb NASA-Direktor James Fletcher in der »Washington Times«. »Wenn wir zum Mond zurück oder auf den Mars wollen, dann ist es viel wirtschaftlicher und produktiver, das von einem Stützpunkt aus zu tun, der bereits im Weltraum liegt, als von der Erde aus.«

Fletcher argumentierte: »Obwohl es das letztendliche Ziel unserer Weltraum-Station ist, als Tor zum Mond oder Mars zu dienen, ist ihr bedeutendstes Merkmal für die unmittelbare Zukunft, das wesentlich ist für ihren Nutzen auf wissenschaftlichem, kommerziellem und technologischem Gebiet, daß sie permanent besetzt ist.«

»Unsere Weltraum-Station wird sicher die Konkurrenzfähigkeit und Produktivität der USA im allgemeinen gewaltig stärken und schätzungsweise 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze im Land schaffen«, sagte Fletcher. »Wenn man die indirekte Beschäftigung mit einbezieht, wird diese Zahl sogar auf 50 000 bis 60 000 steigen.« □

In eigener Sache

Ein ernstes Thema wird zur Farce

Ekkehard Franke-Gricksch

Aufgrund einer Anzeige des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, wurde im Herbst 1986 die Ausgabe Nr. 5 aus dem Mai 1986 der Zeitschrift »Diagnosen« – so hieß die Zeitschrift CODE bis zum März 1987 – von der Staatsanwaltschaft Stuttgart beschlagnahmt. Galinski hatte bereits vorher zweimal ohne Erfolg versucht, die Zeitschrift »Diagnosen« vom Markt zu holen, weil damals in Fortsetzung die »Protokolle der Weisen von Zion« veröffentlicht wurden. Als Folge der Beschlagnahme wurde gegen den Chefredakteur ein Strafbefehl wegen Volksverhetzung erlassen.

Der Grund der Beschlagnahme der Ausgabe Nr. 5 war die vierte Folge der Serie des britischen Politikers und Historikers Archibald Maule Ramsey mit dem Titel »Der namenlose Krieg«. Am Ende dieser Folge wurde jedesmal ausdrücklich auf die Charakteristika des Autoren hingewiesen. Ramsey war von 1920 bis 1945 Mitglied des britischen Parlaments und in der Zeit von Premierminister Arthur Neville Chamberlain dessen politischer Berater.

Zensur über einen britischen Parlamentarier

Aber weder Staatsanwaltschaft noch der Amtsrichter haben alles dies zur Kenntnis genommen. Sie haben wahllos in ihrer Begründung des Strafbefehls von Ramsey zitierte Zitate aus der vierten Folge herausgegriffen und damit das Vorgehen wegen Volksverhetzung begründet.

In seiner mündlichen Urteilsbegründung verstieg sich der Leonberger Amtsrichter sogar soweit, daß er mit erhobenem Zeigefinger darauf hinwies, daß für eine Veröffentlichung der Ramsey-Serie »Der namenlose Krieg« kein aktueller noch sonstiger Anlaß bestand.

Auch die Tatsache, daß eine Gruppe religiöser Judenführer hinter dieser Zeitschrift steht, interessierte ihn in keiner Weise, weil allein diese Tatsache das gebräuchliche bundesdeutsche Rechtsschema durcheinanderbringen würde. Zionisten und religiöse Juden sind ein und dieselbe Gruppierung mit den gleichen Interessen und religiösen und politischen Einstellungen. Es dürfte kein Wunder sein, daß durch solche Vereinfachung jeder Form von Antisemitismus Vorschub geleistet wird.

Auch ein Brief, der bereits 1986 veröffentlicht wurde, unterzeichnet von einer Reihe führender jüdischer Persönlichkeiten und Rabbiner, blieb unbeachtet. In diesem Brief heißt es:

»Als Juden, die unseren jüdischen Glauben und unser jüdisches Erbe verstehen und achten, unterstützen wir, wie es Bestand unserer jüdischen Religion ist, das Recht eines jeden Menschen, seine Überzeugung zu äußern. Wir kennen ›The Spotlight‹ (Red.: ›Diagnosen‹ und CODE haben Lizenzvereinbarungen mit dieser amerikanischen Wochenzeitung) und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die vertretene Position, die Unterschiede zwischen Zionisten und Judaismus aufzuzeigen.«

Weiter heißt es: »Als Juden verstehen wir, daß der politische Zionismus nichts mit unserer Religion zu tun hat, und wir halten jene nicht für anti-semitisch, die gegen den Zionismus eintreten.«

Der Brief wurde in der Ausgabe Nr. 6/ 1986 veröffentlicht. Er trägt die Unterschrift von zwölf jüdischen Führern, darunter sind sechs Rabbiner, sowie die Unterschrift des ehemaligen Freundes des früheren israelischen Premierministers Begin, Haviv Schieber, der der frühere Bürgermeister der israelischen Stadt Beersheba war und heute in den USA lebt.

Wie das Verfahren vor dem Leonberger Amtsgericht verlief, geht am besten aus zwei Presse-Veröffentlichungen hervor, die hier auszugsweise zitiert werden, weil sie im Grunde sehr typisch die Dinge charakterisieren.

War das Gericht überfordert?

Unter diesem Titel veröffentlichte die »Böblinger Kreiszeitung« einen dreispaltigen Bericht, verfaßt von dem Volontär Frank Volk, in dem es unter anderem heißt:

Der Angeklagte Franke-Gricksch bezeichnete die Anklage wegen Volksverhetzung als Farce. Er hat als Herausgeber in seinem Magazin nach der Anzeige auch öffentlich Stellung bezogen. In einem Artikel stellt er die Frage: »Wie gebildet ist eine deutsche Staatsanwältin?« In diesem Artikel wirft er der mit der Angelegenheit betrauten Staatsanwältin Susanne Ehrmann vor: »Sie hat wahllos in ihrer Begründung von Ramsey zitierte Zitate aus der vierten Folge herausgegriffen und damit die Beschlagnahme (35 Exemplare des Magazins wurden in der Leonberger Wohnung Franke-Grickschs beschlagnahmt, Anm. der Red.) und das Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung begründet.«

Franke-Gricksch verwies ferner darauf, daß mit dem Artikel keineswegs die Juden als Volksgruppe diffamiert werden sollten. Die Angriffe richteten sich vielmehr gegen den Zionismus.

In der Folge der Verhandlung zitierte der füllige Herausgeber Leserbriefe von jüdischen Rabbinern, die sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet hatten: »Als Juden verstehen wir, daß der politische Zionismus nichts mit unserer Religion zu tun hat, und wir halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus eintreten.«

Von dieser Argumentation ließ sich dann auch die Staatsanwältin überzeugen. Ihr viel es sichtlich schwer, überhaupt noch einen Anklagepunkt aufrechtzuerhalten. Sie vertrat die Ansicht, daß der Vorwurf, den öffentlichen Frieden gestört und aufgewiegelt zu haben, nicht haltbar sei. Lediglich des Druckes und des Vertriebs als Verantwortlicher habe sich Franke-Gricksch schuldig gemacht und schließlich habe er auch Zwischenüberschriften in den Text eingefügt. Sie forderte eine Geldstrafe von insgesamt 2000 Mark.

Der Verteidiger Theodor Gerlach plädierte auf Freispruch. Das Werk Ramseys sei ein Zeitdokument, aus dem man jederzeit zitieren könne, war die Kernaussage seiner Verteidigungsrede.

Etwas anders beurteilte Richter Dr. Glaser den Fall. Für ihn war der Tatbestand der Gefährdung des öffentlichen Friedens gegeben. Sein Urteilsspruch lautete auf 900 Mark Geldstrafe.

Die »Kreiszeitung« hat einmal die Ausgabe des Magazins »CODE« vom Mai 1987 unter die Lupe genommen. Bereits nach kurzer Lektüre wird deutlich, daß es sich um ein geschickt aufgebautes, latent antisemitisches Organ handelt. Dabei tritt das Böse immer in Gestalt des Juden auf. So zum Beispiel auf S. 11: Dort wird der geldgierige Jude in Person von Lev Bronstein vorgestellt, eine Seite weiter Ivan Boesky als der Denunziant.

So beurteilt man dann auch bei der Jüdischen Gemeinde Stuttgart den Fall: »Die Abgrenzung zwischen gläubigen Juden und Zionisten ist totaler Quatsch. Den klassischen Juden kann man nicht mehr fixieren, also trifft man die Unterscheidung guter und böser Jude. Die Formen der Diffamierung (gemeint sind Geldgier, Ausbeutung und Verschlagenheit, Anm. der Red.) sind die gleichen geblieben.«

In den »Stuttgarter Nachrichten« schreibt Frau Lore Schnedler, Redaktionsmitglied, über den Prozeß vor dem Amtsgericht Leonberg:

Wegen Volksverhetzung bestraft

Er war, sagt er, Chefredakteur in großen Verlagshäusern und lebt jetzt von 800 Mark monatlich, »weil ich diese Zeitschrift machen wollte«. In diesem »zeitkritischen Magazin«, wie es im Untertitel heißt, veröffentlichte Ekkehard F. (54) im Mai 1986 einen Artikel des Engländers Archibald Maule Ramsey – und die Staatsanwältin und Richter Gerhard Glaser sahen darin den Tatbestand der Volksverhetzung, des Aufrufs zum Haß gegen Juden. Das Urteil: 90 Tagessätze zu zehn Mark. Die Geschichte geht weiter: »Natürlich« will Ekkehard F. in Berufung gehen . . .

Den Anstoß zur Anklage hatte Heinz Galinski gegeben, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin. Er hatte den Generalstaatsanwalt in Berlin auf die Veröffentlichung aufmerksam gemacht. Das hatte zur Anklage geführt. In dem Artikel wird, sinngemäß, das Judentum als das Böse schlechthin dargestellt – und nur Hitler und seine Partei hätten das erkannt. »Die Juden sollen als eine Gruppe von Kriegstreibern oder Aufwieglern abqualifiziert werden«, so Richter Glaser in der Urteilsbegründung. Eine derartige Darstellung stachle »ganz zweifellos« zum Haß, zur Feindschaft »gegen derartige Gruppen« auf. Der Artikel solle nicht etwa zionistischen Tendenzen entgegenwirken, sondern er stelle »eindeutig Antisemitisches« dar.

Ekkehard F. hatte sich darauf zurückgezogen, er sei nicht antijüdisch, sondern antizionistisch – und was er nachgedruckt habe, seien Auszüge aus dem Buch »Der namenlose Krieg« des »Politikers und Historikers Ramsey«, der bis 1945 dem britischen Parlament angehörte und seinerzeit Berater von Premierminister Chamberlain gewesen sei. Doch Amtsrichter Glaser wies diese Argumente zurück: »Als wissenschaftliche Veröffentlichung mit historischem Hintergrund wird man den Abdruck dieses Buchs nicht bezeichnen können.« Auch wenn Ekkehard F. den Vorwurf zurückwies, war für das Gericht doch klar: Hier habe der Herausgeber F. vorsätzlich zum Antisemitismus aufgerufen.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt. Vielleicht ergibt sich in der nächsten Instanz die Möglichkeit, daß das Gericht sich die Mühe macht und versucht, den Unterschied zwischen Zionismus und Judaismus zu begreifen.

Da wir ohne Anzeigen leben müssen und nur auf den Erlös aus dem Einzelverkauf der Hefte angewiesen sind, müssen wir an das Verständnis unserer Leser appellieren, da wir auf ihre finanzielle Hilfe angewiesen sind. Wir hoffen auf spontane Hilfe. Unser Konto lautet: Verlag Diagnosen, Postgiroamt Stuttgart, Kontonummer 32048-708. □